



Plenarprotokoll 10 / 27 ✓

01. 06. 89

Landtag von Baden-Württemberg

27. Sitzung

10. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 1. Juni 1989 · Haus des Landtags

Beginn: 9.36 Uhr

Schluß: 19.12 Uhr

INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 2025
- Umbesetzung im Präsidium 2025
- Änderung der Federführung bei der Beratung des
Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über
die Einrichtung kommunaler Statistikstellen –
Drucksache 10/1381 2025
1. Aktuelle Debatte – Auswirkungen des Europa-
wahlkampfes der CDU auf die politische Kultur
in Baden-Württemberg – beantragt von der Frak-
tion GRÜNE 2025
- Abg. Schlauch GRÜNE 2025
- Abg. Teufel CDU 2027, 2045
- Abg. Ulrich Maurer SPD 2030
- Abg. Dr. Döring FDP/DVP 2032
- Ministerpräsident Späth 2034
- Abg. Dr. Spöri SPD 2037
- Abg. Birgitt Bender GRÜNE 2041
2. Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs
der Landesregierung – Gesetz über die Feststel-
lung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan
von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre
1989/90 – Drucksache 10/1624
- Beschlußeempfehlungen des Finanzausschusses –
Drucksachen 10/1645, 10/1646 2053
- Anträge Drucksachen 10/1665-1 bis 10/1665-3
- Abg. Dr. Puchta SPD 2053
- Abg. Dr. Karl Lang CDU 2055
- Abg. Schrempp SPD 2057
- Abg. Bütikofer GRÜNE 2059, 2073
- Abg. Vollmer FDP/DVP 2060, 2075
- Minister Schlee 2063
- Abg. Brechtken SPD 2066, 2074, 2076
- Ministerpräsident Späth 2068
- Abg. Redling SPD 2071
- Staatssekretär Heckmann 2072
- Beschluß 2077
3. Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion
GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP und
Stellungnahme des Innenministeriums – Kom-
munalwahlrecht für Staatsangehörige der EG-
Mitgliedsstaaten – Drucksache 10/1454 2100
- Abg. Birzele SPD 2100, 2111
- Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE 2102
- Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 2104, 2110
- Abg. Haasis CDU 2106
- Minister Schlee 2108
- Abg. Dr. Schäuble CDU 2112
- Abg. Birzele SPD (zur Geschäftsordnung) 2113
- Beschluß 2113
4. Mitteilung des Rechnungshofs vom 10. Mai 1989
– Bericht über die Prüfung des Landesverwal-
tungsnetzes und weiterer Aspekte des Landessy-
stemkonzepts – Drucksache 10/1590 2078
- Abg. Dr. Maus CDU 2078
- Abg. Dr. Spöri SPD 2080, 2092
- Abg. Birgitt Bender GRÜNE 2083, 2097
- Abg. Dr. Döring FDP/DVP 2085
- Ministerpräsident Späth 2087, 2095
- Abg. Brechtken SPD 2099
- Beschluß 2100
5. Fragestunde – Drucksache 10/1644
- 5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Wolfgang Beb-
ber SPD – Computer für Bedienstete des
Staatlichen Hochbauamts Heilbronn 2122
- Schriftliche Antwort 2123
- 5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Dö-
ring FDP/DVP – Entschädigung wegen
PCB-kontaminierter Futtermittel 2123
- Abg. Dr. Döring FDP/DVP 2123
- Abg. Dr. Ohnewald CDU 2123
- Staatssekretär Schöttle 2123
- 5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gerhard Wei-
mer SPD – Stellung des Ministers für Wis-
senschaft und Kunst 2124
- Abg. Weimer SPD 2124

Landtag von Baden-Württemberg - 10. Wahlperiode - 27. Sitzung - Donnerstag, 1. Juni 1989

- 5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Josef Rebhan
CDU - Verkabelung in den Gemeinden . . . 2124
Abg. Rebhan CDU 2124, 2125
Staatssekretär Alfons Maurer 2124, 2125
Abg. Brinkmann SPD 2124
Abg. Dr. Ohnewald CDU 2125
Abg. Weimer SPD 2125
- 5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Döring
FDP/DVP - „Chemische Zeitbombe“
auf Crailsheimer Deponie 2125
Abg. Dr. Döring FDP/DVP 2125
Staatssekretär Baumhauer 2125
- 5.6 Mündliche Anfrage des Abg. Kurt Vollmer
FDP/DVP - „Lange Polizei-Leitung“ von
Baden ins Elsaß 2126
Abg. Vollmer FDP/DVP 2126
Staatssekretär Alfons Maurer 2126
- 5.7 Mündliche Anfrage des Abg. Friedrich Haag
FDP/DVP - Hamsterkäufe bei Atrazin und
Anwendungsverbot 2126
Abg. Haag FDP/DVP 2126, 2127
Staatssekretär Schöttle 2127
6. Große Anfrage der Fraktion GRÜNE - Zucht-
entwicklung und Bio- und Gentechnologie in der
baden-württembergischen Landwirtschaft -
Drucksache 10/404
mit der Antwort der Landesregierung - Druck-
sache 10/866 2078
(abgesetzt)
7. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnah-
me des Ministeriums für Umwelt - Verhinderung
von Sommersmog - Drucksache 10/410 2113
Abg. Dr. Rochlitz GRÜNE 2113
Abg. Haas CDU 2115
Abg. Seltenreich SPD 2117
Abg. Dr. Scharf FDP/DVP 2118
Abg. Kretschmann GRÜNE 2119
Staatssekretär Baumhauer 2120
Beschluß 2122
8. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnah-
me des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie - Verhalten baden-württember-
gischer Unternehmen in der Republik Südafrika -
Drucksache 10/409 2078
(abgesetzt)
9. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellung-
nahme des Innenministeriums - Tempo 30 in
Wohngebieten - Drucksache 10/501
b) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE - Kon-
sequenzen aus den Erfahrungen mit der Zonen-
geschwindigkeitsbeschränkung - Drucksache
10/899
mit der Antwort der Landesregierung -
Drucksache 10/1159 2078
(abgesetzt)
10. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-
regierung - Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen
dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Würt-
temberg zur Änderung des Staatsvertrags vom
5. Mai 1978 zwischen dem Freistaat Bayern und
dem Land Baden-Württemberg über die Zugehö-
rigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und
Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Würt-
temberg zur Bayerischen Apothekerversorgung -
Drucksache 10/1380
Beschlüßempfehlung und Bericht des Sozialaus-
schusses - Drucksache 10/1610 2127
Beschluß 2127
11. Beschlüßempfehlungen und Berichte des Peti-
tionsausschusses zu verschiedenen Eingaben -
Drucksachen 10/1561, 10/1562, 10/1574,
10/1613 2128
Beschluß 2128
12. Beschlüßempfehlungen und Berichte der Fach-
ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von
Abgeordneten - Drucksache 10/1536 2128
Beschluß 2128
13. Beschlüßempfehlung und Bericht des Ständigen
Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregie-
rung vom 28. Februar 1989 - Gesetz zu dem
Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr
und zur Änderung des Staatsvertrages über einen
Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten
vom 27. Juni 1983; hier: Berichte der Landes-
rundfunkanstalten über die Finanz-, Haushalts-
und Personalkostenentwicklung in den Jahren
1987 bis 1990 - Drucksachen 10/1243, 10/1428 2128
Beschluß 2128
14. Beschlüßempfehlung und Bericht des Finanz-
ausschusses zu der Mitteilung der Landesregie-
rung vom 28. Februar 1989 - Anmeldung des
Landes zum 18. Rahmenplan der Gemeinschafts-
aufgabe „Verbesserung der regionalen Wirt-
schaftsstruktur“ für die Jahre 1989 bis 1993 -
Drucksachen 10/1234, 10/1596 2128
Beschluß 2128
15. Beschlüßempfehlung und Bericht des Finanz-
ausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums
für Wissenschaft und Kunst vom 17. März 1989
- Anmeldungen des Landes zum 19. Rahmenplan
(HBFEG) nach dem Hochschulbauförderungsgesetz -
Drucksachen 10/1387, 10/1597 2128
Beschluß 2128
16. Beschlüßempfehlung und Bericht des Finanz-
ausschusses zu
a) der Mitteilung der Landesregierung vom
16. März 1989 - Gemeinschaftsaufgabe „Ver-
besserung der Agrarstruktur und des Küsten-
schutzes“; hier: Änderung der Anmeldung des
Landes zum Rahmenplan 1989

Landtag von Baden-Württemberg - 10. Wahlperiode - 27. Sitzung - Donnerstag, 1. Juni 1989

- b) der Mitteilung der Landesregierung vom 16. März 1989 - Anmeldung des Landes zum 18. Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für die Jahre 1990 bis 1993
- Drucksachen 10/1368, 10/1379, 10/1598 2128
 Beschluß 2128
17. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus und Sport vom 14. Juni 1988 - Staatliche Gymnasien in Aufbauform mit Internat - Drucksachen 10/97, 10/1275 2078
 (abgesetzt)
18. Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie vom 20. Januar 1989 - Energiebericht 1987/88 - Drucksache 10/1276 2129
 Beschluß 2129
19. Kleine Anfragen - Drucksachen 10/1554, 10/1555, 10/1560 2129
- Nächste Sitzung 2129

Protokoll

über die 27. Sitzung vom 1. Juni 1989

Beginn: 9.36 Uhr

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Sitzung des 10. Landtags von Baden-Württemberg.

Dienstlich verhindert sind der Herr Minister für Kultus und Sport, der Herr Minister für Wissenschaft und Kunst und der Herr Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für eine Umbesetzung im Präsidium. Für Herrn Abg. Bütikofer soll Herr Abg. Dr. Schwandner stellvertretendes Mitglied des Präsidiums werden. – Das Haus stimmt zu.

Meine Damen und Herren, der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung über die Einrichtung kommunaler Statistikstellen, Drucksache 10/1381, in seiner 25. Sitzung vom 27. April 1989 dem Ständigen Ausschuß und federführend dem Innenausschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf ist eilig und soll deshalb in der Ausschußwoche vom Juni beraten werden. Da der Ständige Ausschuß nach dem Innenausschuß tagt, schlage ich Ihnen vor, die Federführung dem Ständigen Ausschuß zu übertragen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, daß Sie dem zustimmen. – Es ist so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Auswirkungen des Europawahlkampfes der CDU auf die politische Kultur in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich auf eine Gesamtdauer der Aktuellen Debatte von 45 Minuten verständigt. Dabei wird die Redezeit der Mitglieder der Regierung und ihrer Beauftragten nicht mit angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen soll jede Fraktion 10 Minuten Redezeit zur Verfügung haben. Danach dürften die 45 Minuten aufgebraucht sein. – Das Haus ist damit einverstanden.

Ich bitte die Mitglieder der Regierung, sich ebenfalls an diese Redezeiten zu halten, zumal die Gesamtdauer der Aussprache im Regelfall eine Stunde nicht überschreiten soll.

Das Wort darf ich Herrn Abg. Schlauch erteilen.

Abg. Schlauch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist keine zwei Jahre her – der CDU-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Herr Barschel, war den Weg in die Badewanne gegangen –, daß sich die gesamten CDU-Größen, auch in diesem Hause, Büßergewänder angezogen und Asche auf das Haupt gestreut haben.

(Abg. Norbert Schneider CDU: Das fängt ja schon gut an!)

– Das ist wahrscheinlich richtig.

Der Begriff der politischen Kultur, der politischen Moral hatte in Ihren Reihen, meine Damen und Herren von der CDU, damals Hochkonjunktur. Wie gesagt, das ist keine zwei Jahre her. Und die gleichen CDU-Größen, die ganze Bäche von Krokodilstränen vergossen haben, die die Erneuerung beschworen haben, greifen jetzt im Europawahlkampf tief in genau die gleiche Kiste und „barscheln“ völlig ungeniert: „Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade.“

Jedem Deutschlehrer, dem Kultusminister vorneweg, müßte dieses total verunglückte Versmaß eines achtfüßigen Trochäus mit einem Sprung in der Mitte und einem abgebrochenen siebenfüßigen Daktylus in einer abenteuerlichen Kombination den Magen umdrehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Teufel und Herr Späth, steht es eigentlich um Ihren Laden schon so „mind“, daß Sie zu einem solchen dilettantischen und ausgelutschten Gassenhauer Zuflucht nehmen müssen, und das alles noch für das hehre Ziel Europa?

Die massive Kritik aus der eigenen CDU-Mitgliedsbasis – ich empfehle Ihnen, heute zu lesen,

(Abg. Leicht CDU: Sie müssen einmal Ihre primitiven Wahlkampfsports im Fernsehen ansehen!)

daß der Kreisvorsitzende der CDU in Langenau (Kreis Ulm) die Plakate eigenhändig überklebt – wird von den CDU-Spitzen halbherzig und hilflos zurückgewiesen: Man müsse halt mit Hämmern arbeiten, um das Thema Europa überhaupt zum Thema machen zu können. So von Ihrem Parteifreund Wissmann über Geißler, der in diesem Zusammenhang – man höre und staune, man höre bitte ganz genau hin – die aktuelle Krise des Politischen durch mehr Glaubwürdigkeit und höhere moralische Ansprüche der

(Schlauch)

Politiker überwinden will, bis hin zum Landesvorsitzenden der CDU, Lothar Späth, der heimlich, still und leise – der Gartenschau sei Dank – in seiner Wahlkreisstadt Bietigheim vornehm auf diese Plakate verzichtet

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Dr. Spöri SPD)

und meint, sich damit elegant aus der Affäre ziehen zu können. Aber es ist so: Der Herr Späth ist ja nicht Vorsitzender des Kreisverbandes Hintertupfing, dem der General Geißler von oben auch gegen den ausgesprochenen politischen Willen der Basis und einer noch funktionierenden Sensibilität in Sachen Demokratie das Kleben dieser Pamphlete kommandieren kann

(Abg. Leicht CDU: Die Sie betrachtet haben!)

und dem bei Befehlsverweigerung sogar der Parteiaus-schluß drohen kann.

Wer sich umhört, meine Damen und Herren, stellt fest, daß sich ein Großteil der CDU-Mitglieder und der CDU-Anhänger für diesen hirnlosen Slogan aus der untersten Ecke der reaktionären Agitpropkiste schämt.

(Widerspruch bei der CDU – Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Abg. Brechtken SPD:
Nur die Hirnlosen schämen sich nicht!)

Im Vergleich dazu hatte der legendäre Zwillingssatz „Freiheit statt Sozialismus“ geradezu rechtsintellektuelles Niveau.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Damals haben Sie sich, Herr Späth, wenigstens noch um einen positiven Begriff, wenn auch verballhornt, bemüht.

Herr Teufel, Herr Späth, ist die CDU eigentlich schon so weit am Ende, daß sie nicht einmal mehr bei den eigenen Leuten ankommen will, daß sie nicht einmal mehr versucht, die eigenen Leute argumentativ, in einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu überzeugen? Da hilft auch die Meisterleistung des Kohl-Alber-Plakates nicht mehr, auf dem diese beiden Herren wie zwei aus dem kalten Krieg der fünfziger Jahre übriggebliebene Schwarzmarkthändler vor dem blauen Himmel das Europa der Zukunft bauen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Lachen bei der CDU – Abg. Leicht CDU: Warum Sind Sie eigentlich nicht ins Kabarett gegangen? Als Schmierenkommödiant!)

Und das alles ohne jeglichen Widerspruch vom Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU, Lothar Späth, der doch so gerne an seinem liberalen Image strickt. Oder drängt es Sie, Herr Späth, allen Beteuerungen zum Trotz, doch so schnell nach Bonn, daß Sie gegen diesen peinlichen Slogan nichts unternommen haben, um im Doppelpaß mit Herrn Geißler Herrn Kohl den endgültigen K. o. zu versetzen?

(Abg. Dr. Spöri SPD: Ja! Das wird es sein!)

Wir könnten uns wirklich vergnügt die Hände reiben, wenn diese Klamotte nicht auch noch ernsthafte Aspekte hätte. Herr Geißler hat ja dankenswerterweise die Intention und Interpretation dieses Spruches mitgegeben: In Berlin arbeitet die SPD ja mit Radikalen zusammen, sagt er. Er will damit die liebe, gute, solide, 125 Jahre alte Tante SPD mit den Grünen in die böse radikale Ecke stellen.

(Abg. Teufel CDU: Das ist richtig!)

Abgesehen davon, daß die Rechnung längst nicht mehr aufgeht, kann ich nur sagen: Es war dringend notwendig und längst überfällig und ist den Grünen von der Gesellschaft bis hin zu ihrer eigenen Klientel positiv angerechnet worden, daß wir die Ausbeutung der Natur, den ökologischen Raubbau, den Filz zwischen Wirtschaft und Politik, den atomaren Wahnsinn radikal in Frage gestellt haben

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CDU:
Radikal schon!)

und auch einen radikalen Umbau dieser Industriegesellschaft, dieser naturzerstörenden Industriegesellschaft vorschlagen. Weiter – das ist der entscheidende Punkt – hat dieser Spruch das eigentliche Ziel – Herr Teufel, ich weiß nicht, ob das zum Lachen ist –

(Abg. Teufel CDU: Sie reizen mich zum Lachen!)

jegliche Kumpanei und Kumpelei der CDU mit denen, die seit Berlin und Frankfurt in der Öffentlichkeit als die eigentlichen Radikalen gehandelt werden, nämlich mit der NPD und den Republikanern, wegzuwischen – und dies, obwohl offenkundig ist, daß die neuen Rechten die ungewollten Kinder Ihrer Stammtischsprüche, Ihrer ausländerfeindlichen Wahlkämpfe in Berlin und Frankfurt geworden sind, und es keinen Zweifel mehr gibt, daß die Wählerinnen und Wähler der neuen Rechten die sozialen und emotionalen Verlierer Ihres hemmungslosen Modernisierungskurses sind. Anstatt innezuhalten, wofür es ja nach Frankfurt aus Ihren Reihen Signale gab, anstatt die politische Auseinandersetzung zu suchen, anstatt tatkräftig an die sozialen Ursachen dieses Rechtswählens zu gehen, setzen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, noch einen drauf und rollen den braunen Teppich für diese Herrschaften aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Leicht CDU)

Mit solchen Parolen – das wissen Sie nach Berlin und Frankfurt ganz genau – verschrecken Sie die Rotgrünwähler nicht mehr. Ganz im Gegenteil: Sie ermutigen sie gerade zu neuen Mehrheiten in dieser Republik. Aber Sie bereiten den Sumpf dafür, daß die Originalsprüche eines Herrn Schönhuber, wenn er beispielsweise vom „Lump Momper“ spricht, wenn er beispielsweise davon spricht, daß sich in Berlin „die Politik mit dem Verbrechen vermählt“ hat, ihre volle Blüte und ihre gefährliche Wirksamkeit entfalten können. Begreifen Sie eigentlich diesen Zusammenhang nicht? Oder wollen Sie ihn nicht begreifen?

(Schlauch)

Herr Späth, auch an diesem Punkt: Wo bleibt denn eigentlich Ihre Versöhnungsgesellschaft 1983? Wer so etwas mitbetreibt, der versöhnt nicht, er spaltet in die Guten, die Sie wählen, und in die Bösen, die die anderen wählen, und zwar schert er alle anderen über einen Kamm.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Sehr gut!)

Wie dem auch sei, meine Damen und Herren, mit solchen panischen Primitivslogans – und da bin ich ganz sicher – werden Sie Rotgrünmehrheiten nicht mehr aufhalten können.

(Abg. von Trotha CDU zur SPD: Was sagt ihr dazu?)

Ihre mit großem moralischem Tamtam eingeleitete Wende ist verrottet. Sie haben Ihre Chance gehabt und glorreich verspielt.

(Zuruf des Abg. Mühlbeyer CDU)

Die Leute haben es satt mit dieser CDU. Da helfen auch solche verzweifelten demagogischen Turnübungen eines Herrn Geißler nichts mehr.

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Rebhan)

Zu guter Letzt, Herr Teufel: Es gibt eigentlich ein altes Gesetz in der Politik, das gerade in Wahlzeiten gilt: Man soll die Wähler nicht für dümmer halten, als man selber ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Abg. von Trotha CDU: Zugabe!)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erhält Herr Abg. Teufel.

Abg. Teufel CDU: Vielleicht können Sie das

(Der Redner hält einen Zeitungsausschnitt hoch, den Abg. Schlauch GRÜNE am Rednerpult vergessen hat.)

noch einmal brauchen, Herr Kollege. Ich möchte es Ihnen gern lassen.

(Lebhafte Heiterkeit – Abg. Schlauch GRÜNE: Das habe ich Ihnen zum Lesen gelassen! – Abg. Weimer SPD: Lesen bildet! – Anhaltende Heiterkeit)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich suche von mir aus keinen Streit, weil ich glaube, daß wir von den Bürgern gewählt sind, um Probleme zu lösen und um die Zukunft zu gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Wer aber wie die Grünen mit dieser Debatte am falschen Ort und zum falschen Thema Streit sucht, der kann ihn haben.

(Jawohl! bei der CDU)

Die Grünen stört ein Wahlplakat der CDU zur Europawahl, und sie sehen die politische Kultur gefährdet.

(Zuruf der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Deshalb der Reihe nach. Zuerst zum Plakat, dann zum Inhalt und dann zur politischen Kultur.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wir überkleben es nicht!)

Auf einem Plakat kann man nicht argumentieren und differenzieren wie in einer Rede.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Doch! – Abg. Birgitt Bender und Abg. Jacobi GRÜNE: Diffamieren!)

Ein Plakat muß eine Aussage auf den Punkt bringen.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein Plakat muß in prägnanter Weise unterschiedliche Positionen markieren.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Ich finde, daß der Grundgedanke des Slogans „Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade“ richtig ist

(Beifall bei der CDU – Pfui-Rufe von der SPD)

und daß er argumentativ zu belegen ist.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Ein rotgrünes Bündnis ist eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung,

(Abg. Brechtken SPD: Vielen Dank! – Abg. Jacobi GRÜNE: Schreckgespenst!)

ist ein Hemmschuh für Europa,

(Abg. Jacobi GRÜNE: Eine Katastrophe!)

ist eine Verschlechterung der inneren Sicherheit und deshalb eine Gefahr für wirtschaftlichen Wohlstand und für soziale Sicherheit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die SPD hat dies nicht anders gesehen. Noch im Januar dieses Jahres, vor den Berliner Wahlen,

(Abg. Keitel CDU: Hört, hört!)

hat Herr Momper klipp und klar gesagt, ein Bündnis mit der AL werde es für ihn und seine Partei nicht geben.

(Teufel)

(Hört, hört! bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Geisel SPD)

Übrigens hat er noch am Wahlabend eine solche Koalition abgelehnt.

(Abg. Birzele SPD: Herr Teufel, vollständig zitieren!)

Inzwischen ist die SPD unter klarem Wortbruch genau diese Koalition mit der AL, dem Berliner Landesverband der Grünen, eingegangen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. von Trotha: So ist es! – Zurufe von der SPD)

In Frankfurt gibt es eine Zweitaufgabe dieser Koalition.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Ja und?)

Man stelle sich einmal vor, die CDU hätte in einem deutschen Bundesland oder in einer Großstadt eine Koalition mit den Republikanern gemacht!

(Abg. Schlauch GRÜNE: Sie werden sich noch wundern! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Zu Recht würden Sie Großplakate machen und überall plakatieren, daß ein Bündnis der Radikalen mit der CDU die Zukunft unseres Landes gefährde.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Das ist auch ein Unterschied! – Gegenrufe von der CDU)

Wir sind nicht auf einem Auge blind. Wir lehnen ein Bündnis mit den Rechtsaußen und mit den Linksaußen ab.

(Sehr gut! und lebhafter Beifall bei der CDU)

Mit solchen Kräften sollte keine große Volkspartei koalieren; das sage ich mit aller Eindringlichkeit an die Adresse der SPD.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Das glauben Sie ja selber nicht!)

Die Parolen und Zielsetzungen dieser politischen Kräfte dürfen nicht durch uns legitimiert werden.

(Sehr gut! und lebhafter Beifall bei der CDU)

Es kann Ihnen, Herr Kollege Spöri, bei einer solchen Koalition nicht wohl sein. Genau diese Legitimation ist durch das Bündnis SPD/AL in Berlin geschehen.

Ich befasse mich mit Fakten, und zwar nicht mit dem Wahlprogramm der AL, in dem noch viel abstrusere Dinge stehen,

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Sagen Sie!)

sondern mit der Koalitionsvereinbarung. In dieser Koalitionsvereinbarung von Berlin steht kein Wort zur Mauer, kein Wort zur Wiedervereinigung, kein Wort zur Selbstbestimmung der Deutschen.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Alte Klamotten aus den fünfziger Jahren! – Lachen bei der CDU – Lebhaftige Gegenrufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Es muß der amerikanische Präsident nach Deutschland kommen, um vom Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu reden, weil es inzwischen Deutsche gibt, die auf das Selbstbestimmungsrecht verzichten, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der CDU – Abg. Leicht CDU: So ist es!)

Dafür werden die Zahlungen des Landes Berlin an die Zentrale Erfassungsstelle für Menschenrechtsverletzungen in Salzgitter eingestellt.

(Abg. Haasis CDU: Macht da die SPD auch mit?)

Dabei hat diese Zentralstelle allein im vergangenen Jahr 1 232 Gewalttaten in der DDR registriert. Insgesamt sind es über 38 000 Gewalttaten, darunter Hunderte von Erschießungen von Flüchtlingen an der Mauer und an der Zonengrenze. Was ist denn von Parteien zu halten, die zu Recht täglich Menschenrechtsverletzungen in Chile und in Südafrika beklagen und dagegen protestieren, aber brutale Menschenrechtsverletzungen in der DDR nicht einmal mehr registrieren wollen?

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall bei der CDU)

Menschenrechtsverletzungen sind unteilbar.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Völlig richtig, Herr Teufel!)

Und diese Fakten sollen wir nicht mehr nennen dürfen, weil es angeblich gegen die politische Kultur verstößt?

Zur inneren Sicherheit hat die Berliner Koalition von SPD und AL vereinbart –

(Abg. Brechtken SPD: Jetzt reicht es dann wirklich, Herr Teufel! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Die SPD übertüncht das doch!)

ich zitiere wörtlich aus der „Süddeutschen Zeitung“ –: Keine Sondereinheiten der Polizei, Vorrang politischer Problemlösungen gegenüber polizeilichen Problemlösungen,

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das sollten Sie sich einmal ins Stammbuch schreiben!)

Abbau von Feindbildern auf allen Seiten,

(Abg. Leicht CDU: Am 1. Mai haben wir gesehen, wohin das führt!)

(Teufel)

neue flexible Einsatzstrategien bei den Demonstrationen mit größtmöglicher Offenheit gegenüber den Veranstaltern,

(Abg. Haas CDU: Am 1. Mai haben wir es gesehen!)

so wenig sichtbare Polizeipräsenz wie möglich, Verpflichtung jedes Polizeibeamten zur Aushändigung der Dienstkarte ohne Ausnahme, Beschränkung der Bewaffnung der Polizei auf das nach dieser neuen Konzeption notwendige Maß, insbesondere Verzicht auf polizeifremde Waffenarten.

(Abg. Haas CDU: Siehe 1. Mai!)

Meine Damen und Herren, diese neue Strategie mit beschränkter Bewaffnung der Polizei, mit wenig sichtbarer Polizeipräsenz, mit größtmöglicher Offenheit gegenüber den Veranstaltern wurde erstmals bei den Demonstrationen am 1. Mai in Berlin angewandt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Brechtken SPD: Das ist eine Unverschämtheit! – Abg. Birzele SPD: Sie sagen doch bewußt die Unwahrheit! – Unruhe bei der CDU)

– Genau das ist der Fall. Entschuldigen Sie, es ist doch unglaublich, wenn man hier „Unverschämtheit“ ruft, während ich wortwörtlich die Koalitionsvereinbarung von SPD und AL zitiere.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Genau diese Taktik wurde angewandt, und das Ergebnis: Schäden in Millionenhöhe, Plünderung von Läden,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wie war es denn unter Ihrer Ägide? Genau das gleiche in schwarz!)

ausgebrannte Autos, Verletzung von 346 Polizeibeamten.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Wie viele waren es unter Ihrer Herrschaft in Berlin?)

Die verordnete Taktik der Deeskalation hat zu einer Eskalation der Gewalt, zu einer Gefährdung des inneren Friedens geführt. Extremisten auf der Linken und Extremisten auf der Rechten schaukeln sich gegenseitig hoch. Das sind die Fakten.

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall bei der CDU)

Wann erkennt die SPD, daß nicht die Anwesenheit der Polizei Ursache der Gewalt ist, sondern das kriminelle Potential autonomer und radikaler Gruppen?

(Beifall bei der CDU)

Und das alles soll man nicht mehr sagen und man soll nicht mehr fragen dürfen, weil das Aufzeigen der Fakten angeblich gegen die politische Kultur verstößt!

(Abg. Brechtken SPD: Wir brauchen keinen Schönhuber mehr! Es gibt viel bessere Leute!)

Ich habe noch einen wichtigen Punkt zum Strafvollzug; den werde ich, weil meine Redezeit abläuft, in einer zweiten Runde nachher noch darstellen.

Ich will aber noch ein paar Fakten nennen. Einer der Verhandlungsführer der AL mit der SPD war der Rechtsanwalt und Linksanwalt Ströbele, der 1982 wegen Unterstützung der RAF vom Bundesgerichtshof rechtskräftig zu zehn Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

(Abg. von Trotha CDU: Hört, hört!)

Tatsache ist: „Die Grünen übernahmen mit der Erbschaft der neuen Linken nicht nur eine Vielzahl von Personen, sondern auch das theoretische und ideologische Erbe dieses linken Radikalismus.“

(Beifall bei der CDU – Abg. Schlauch GRÜNE: Seit acht Jahren versuchen Sie, das den Leuten einzuhämmern! Das gelingt Ihnen aber nicht! – Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Alte Klamotten!)

– Herr Kollege Schlauch, beruhigen Sie sich. Das ist nicht eine Behauptung von mir über die Grünen, sondern ein wörtliches Zitat von Joschka Fischer. Sie können sich wieder beruhigen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Birgitt Bender und Jacobi GRÜNE)

Die AL ist nach Herrn Ströbele die APO der achtziger Jahre. Im Jahrbuch zum zehnjährigen Bestehen der AL heißt es:

Der Hauptinhalt unserer Revolution liegt weniger in der Entmachtung der wirtschaftlich und politisch Mächtigen, sondern mehr in der radikalen Veränderung des Systems der Überzeugungen, Lebensvorstellungen und Gewohnheiten der Menschen.

Mit dieser Gruppierung koalitiert die SPD! Und da soll man nicht mehr sagen dürfen, daß ein solches Bündnis die Zukunft unseres Landes gefährdet?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, vor der Berliner Wahl, noch am 23. Januar 1989, erklärte Hans-Jochen Vogel für das Parteipräsidium der SPD wörtlich: „Wer AL wählt, bewirkt Unsicherheit und Instabilität.“ Wir sagen auf unserem Plakat nach der Berliner Wahl und vor der Europawahl das gleiche und fügen hinzu: „Wer mit der AL koalitiert, bewirkt Unsicherheit und Instabilität.“

(Beifall bei der CDU)

Und da wird meiner Partei vorgeworfen, sie verstoße gegen die politische Kultur.

(Zuruf von der SPD: Allerdings!)

(Teufel)

Der Partei wird das vorgeworfen, der in früheren Wahlkämpfen auf Plakaten die Friedensfähigkeit abgesprochen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Originale aus den letzten Wahlkämpfen mitgebracht: „Statt Strauß den Frieden wählen“,

(Zuruf von der SPD: Das stimmt auch!)

„Helmut Schmidt, Kanzler des Friedens – Franz Josef Strauß, Kandidat des Unfriedens“, „Wer Kohl wählt, bekommt automatisch neue Raketen“.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Zittern Sie nicht so, Herr Teufel!)

Meine Damen und Herren, das wird ausgerechnet gegen den Kanzler gesagt, der der einzige ist, der in seiner Amtszeit eine Abrüstung von Raketen zustande gebracht hat.

(Beifall bei der CDU – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme sofort zum Schluß, Herr Präsident.

Wir lassen uns von Ihnen mit dem Totschlagargument „Verstoß gegen die politische Kultur“ nicht den Mund verbieten.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wer schlägt denn tot?)

Wir kennen die Lehren von Weimar

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Die kennen Sie eben nicht! Das scheint das Problem zu sein!)

und wissen, daß Radikale von rechts und links die Demokratie zerstören können. Wir wissen, daß Demokraten Radikale bekämpfen und sie nicht hoffähig machen sollen. Wir sagen den Bürgern, daß sie Radikale von rechts und links mit dem Stimmzettel stoppen können.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Und Radikale sind alle außer Ihnen!)

Wir sagen ihnen, daß Radikale von links und rechts in diesem Europawahlkampf die EG ablehnen. Wir aber sehen unsere Zukunft in der Europäischen Gemeinschaft.

Meine Damen und Herren, die CDU hat sich nicht zu rechtfertigen für ihr Wahlplakat. Wir können seine Aussagen mit Fakten belegen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Was sagen Sie denn zu Ihrer Basis? – Abg. Leicht CDU: Das sagen wir auch der Basis!)

Wenn sich jemand zu rechtfertigen hat, dann diejenigen, die eine solche Politik betreiben, wie ich sie gerade dargestellt habe.

(Starker anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ulrich Maurer.

(Abg. Haas CDU: Der arme Mann! – Abg. Brigitte Wimmer SPD: Die CDU dankt den Grünen auf Knien für diese Debatte!)

Abg. Ulrich Maurer SPD: Herr Präsident! Ich darf vorausschicken, daß ich die gleiche Redezeit wie Kollege Teufel in Anspruch nehmen werde.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Sehr gut!)

Herr Kollege Teufel, die Bemerkung, dies sei der falsche Ort für diese Debatte, steht Ihnen nicht zu,

(Abg. Teufel CDU: Aha!)

nachdem Sie hier die Tradition eröffnet haben, die innerparteiliche Situation anderer Parteien im Landtag zum Gegenstand von Parlamentsdebatten zu machen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Teufel CDU: Spärliches Rinnsal! – Abg. Haasis CDU: Schwacher Auftakt!)

– Euch wird es noch vergehen.

Der Herr Kollege Schlauch hat wohl auch den Eindruck, daß sein Auftakt angesichts des letzten Redebeitrags, der gerade abgelaufen ist, etwas zu humorvoll angelegt war. Ich sage Ihnen: Ich bin mit der Erwartung in diese Debatte gegangen, daß Sie sich von dieser Wahlkampfführung und von diesem Pamphlet in der gebotenen Weise distanzieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rochlitz GRÜNE – Abg. Haasis CDU: Distanzieren Sie sich doch einmal von dem, was in Berlin geschieht!)

Das, was hier stattgefunden hat, nämlich daß sich die Parlamentsfraktion der Union, der Fraktionsführer, der Ministerpräsident geschlossen mit diesem politischen Stil identifizieren, reißt Gräben in diesem Haus und in Baden-Württemberg auf. Das werden Sie noch bereuen; das kann ich Ihnen sagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall des Abg. Dr. Rochlitz GRÜNE – Lachen bei der CDU)

Ich weiß nicht, wer Ihnen einbläst, im Stile eines verlorenen Haufens zu glauben, man könne an einer solchen Stelle zum Angriff übergehen und sich identifizieren.

(Abg. Leicht CDU: Es wird Zeit zum Angriff!)

Ich sage Ihnen: Uns erschreckt Ihr Plakat im Hinblick auf den Wahlausgang überhaupt nicht.

(Abg. Dr. Schwandner GRÜNE: Uns auch nicht!)

(Ulrich Maurer)

Die Bevölkerung von Baden-Württemberg ist in ihrer großen Mehrheit viel zu anständig, um auf so etwas hereinzufallen. Das ist unsere Erfahrung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Dr. Schäuble CDU: Deshalb bleibt die SPD auch immer unter 30%!)

Unsere Erfahrung ist die, daß sich Mitglieder und Anhänger Ihrer Partei, anständige Leute, reihenweise bei Sozialdemokraten für dieses Plakat entschuldigen. Sie überkleben es und plakatieren es nicht. Der Apotheker in Feuerbach und Gemeinderat kommt zu seinem sozialdemokratischen Kollegen,

(Abg. Haasis CDU: Sagen Sie doch einmal etwas zu Berlin! Sagen Sie einmal etwas zum Hintergrund!)

mit dem er viele Jahre zusammengearbeitet hat, mit dem er zum Teil sogar freundschaftlich verbunden ist. Er sagt ihm, daß er sich für die Art und Weise schäme, wie seine Partei in dieser Endphase des Wahlkampfes auftrete. Das ist unsere Erfahrung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Leicht CDU: Das Lamento geht durch die ganze Geschichte!)

– Zur Geschichte komme ich auch noch.

(Abg. Haas CDU: Zur Momper-Geschichte!)

Es wäre für Sie ein Grund, stolz darauf zu sein, daß es bei Ihnen noch Menschen gibt, die so reagieren. Ich sage: Ich bin stolz darauf – das ist meine Hoffnung für die Zukunft –, daß sich vielleicht wenigstens in den Kommunalparlamenten ein anderes Verhältnis aufrechterhalten läßt, als Sie es in der großen Politik und im Landtag offensichtlich bewirken wollen.

(Abg. Haas CDU: Was?)

Die Bevölkerung empfindet diese Anwürfe gegenüber einer Sozialdemokratie, die ihre ganze Geschichte hindurch gegen Radikalismus gekämpft hat – unsere Leute sind in den Lagern gesessen, lieber Freund von Trotha.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Leicht: Unsere auch!)

Sie sind bei den Stalinisten und bei den Faschisten in den Lagern gesessen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE – Abg. von Trotha CDU: Das hat damit überhaupt nichts zu tun!)

Herr Kollege von Trotha, wir haben

(Abg. Leicht CDU: Wichtiger wäre es, daß Sie sich darauf besinnen, was Sie heute zu tun haben! – Abg. von Trotha CDU: Sie haben die Lehren daraus verlernt! – Glocke des Präsidenten)

nach dem Krieg 40 Jahre dafür gekämpft, daß Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten in dieser Gesellschaft überhaupt erst möglich geworden ist.

(Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Wir sind heute damit beschäftigt, gegen Ihre Wendepolitik ein bescheidenes Maß an Wohlstand für das untere Einkommensdrittel zu sichern. Das wissen die Menschen.

(Unruhe)

Das wissen die Menschen, und deswegen liegen Sie völlig daneben. Dies wird nur bewirken, daß Sie bei der Europawahl noch 2 % mehr verlieren werden, als Sie sowieso schon verlieren. Das wird das Ergebnis dieser Strategie sein.

Diese Absurdität gilt im übrigen auch für die Versuche, unter dem Stichwort „Radikalismus“ die Grünen und die Neonazis in einen Topf zu werfen. Das ist die Wiederholung der Strategie der fünfziger Jahre, der Versuch, das, was man an die Adresse der Kommunisten gemacht hat, wieder aufzunehmen, und auf die grüne Partei zu übertragen. Wie wollen Sie eigentlich bei einer solchen Strategie wider besseres Wissen noch mit den Kollegen von den Grünen in diesem Hause auskommen? Sie wissen so gut wie ich, daß die Grünen in Baden-Württemberg, mit denen Sie es zu tun haben, vielleicht eine Partei sind, die sich sehr uneinig ist, vielleicht eine Partei sind, die sich noch um Kompetenz bemühen muß,

(Lachen bei der CDU)

vielleicht eine Partei sind, die außerordentlich widersprüchliche Beschlüsse faßt.

(Lebhafte Unruhe – Zuruf des Abg. von Trotha CDU – Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber wir bemühen uns!)

– Also, Herr Kollege von Trotha, aus dem ökolibertären Anwalt Rezzo Schlauch einen Radikalen zu machen, das ist so absurd wie der Versuch, aus dem Ministerpräsidenten einen Gladiator im Zirkus Maximus zu machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dies ist so lächerlich, daß Ihnen das niemand abkaufen kann. Das einzige, was Sie damit bewirken – so hoffe ich –, ist, daß einige in den Reihen der Grünen ihre schwarzgrünen Visionen, die sie auch gelegentlich haben sollen, nach der Erfahrung, die sie hier mit Ihnen gemacht haben, ad acta legen können. Dies hat mit der baden-württembergischen Realität

(Zuruf des Abg. von Trotha CDU – Weitere Zurufe von der CDU, u. a.: Schwarzbunt!)

für die Bevölkerung erkennbar nichts zu tun. Was uns erbittert und was besonders viele ältere Sozialdemokraten erbittert – das sage ich Ihnen, und das wird bittere Folgen auch für Sie haben –,

(Ulrich Maurer)

(Abg. Leicht CDU: Daß Sie in Berlin und Frankfurt mit denen zusammengehen!)

das ist die Art und Weise, wie Sie versuchen, das Thema des neuen Rechtsradikalismus mit uns zusammenzuwerfen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: So ist es!)

Das ist ein totales Versagen als demokratische Partei. Wir hätten erwartet, daß Sie plakatieren: „Republikaner, NPD und DVU, Wohlstand ade!“ Dann hätten wir Ihnen geholfen. Aber dies so zu machen, das zeigt, daß Sie völlig unfähig geworden sind, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus in unserem Land zu führen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Leicht CDU: Wir entlassen Sie nicht aus Ihrer ureigenen Verantwortung! Aus Ihrer Verantwortung lassen wir Sie nicht heraus! – Gegenruf des Abg. Weimer SPD)

Ich sage Ihnen: Dieser Stil der politischen Auseinandersetzung ist der, der die Rechtsradikalen noch weiter fördern wird. Das Ansehen der Parteien ist in unserer Bevölkerung schon genug problematisiert. Wer diese Schmutzagitiation führt, der sorgt nur dafür, daß die Parteienverdrossenheit, wie damals in der Weimarer Republik, noch weiter zunimmt. Sie leisten einen erneuten Parteibeitrag dazu – einen Parteibeitrag dazu –, daß das Ansehen unserer Demokratie in der Bevölkerung schwindet und der Weizen der Rechtsradikalen blüht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Abg. Leicht CDU: Das hätten Sie sich früher sagen müssen! – Abg. von Trotha CDU: Jetzt sagen Sie einmal etwas zur AL!)

Sie, Herr von Trotha, haben allen Anlaß, über die Ursachen dieses neuen Rechtsradikalismus nachzudenken, nachdem Sie von Geschichte geredet haben.

(Abg. Weimer SPD: Keine Ahnung! Unmöglich!)

Sie haben Anlaß, darüber nachzudenken, was kleine Leute in die Arme der Rattenfänger treibt, was an Ihrer Politik den kleinen Polizisten, den kleinen Postbeamten, dem tatsächlich das Geld hinten und vorne nicht reicht und der unter Wohnungsnot leidet, dahin treibt

(Abg. Leicht CDU: Das haben wir jetzt in Berlin gesehen! Das sollten Sie sich fragen! – Abg. von Trotha CDU: Ihre Haltung!)

und was Sie zu korrigieren haben. Sie haben allen Anlaß, darüber nachzudenken, ob die Tatsache, daß in einer Hälfte dieser Gesellschaft die Erfahrung des Faschismus nicht verarbeitet und nicht bewältigt worden ist, etwas mit der Restaurationspolitik der fünfziger und sechziger Jahre zu tun hat. Sie haben allen Anlaß, darüber nachzudenken!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Deswegen erwarten wir, Herr Ministerpräsident, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU und gelegentlicher Verbreiter von „Spiegel“-Schlagzeilen zum Thema große Koalition – – Das ist ja ein toller Vorgang, wenn man sich das einmal überlegt.

(Lebhafte Unruhe und Zurufe, u. a. der Abg. Teufel und von Trotha CDU)

Derselbe Verein, der auf der einen Seite,

(Zurufe von der CDU)

um bei den linksliberalen Magazinlesern Eindruck zu machen, solche Adressen anbringt, identifiziert sich dann mit den Schmutzstrategien des Herrn Geißler und der totalen Konfrontation. Das kennen wir. Das ist nicht nur schillernd, das ist wirklich die Beweglichkeit der Bachfelle, die hier an den Tag gelegt wird.

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf des Abg. Leicht CDU – Gegenruf des Abg. Köder SPD: Können Sie nicht ein bißchen zuhören?)

Ich sage Ihnen: Die Bevölkerung dieses Landes ist nicht so dumm, als daß sie eine solche Art von wechselnden, chamäleonhaften Erscheinungsformen nicht auf die Dauer zu würdigen weiß. Ich erwarte vom stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden, von dem, wie ich höre, neuen Hauptvertrauten des Herrn Geißler, wenn es um die Zukunft des Herrn Kohl geht, daß er hier herauskommt und das tut, was ich für selbstverständlich gehalten hätte, nämlich sich für diese Plakate zu entschuldigen

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Lachen bei der CDU – Abg. Leicht CDU: Sie sind an Selbstgerechtigkeit nicht zu übertreffen!)

und zu erklären, daß diese Plakate in Baden-Württemberg nicht mehr geklebt und die vorhandenen überklebt werden. Das erwarte ich. Diese Erklärung erwarte ich. Ich bin gespannt, was jetzt kommt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Leicht CDU: Ojemeine! Das war keine staatsmännische Rede! – Abg. von Trotha CDU: Eine doppelte Moral ist das!)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Döring.

(Abg. Leicht CDU: Jetzt bin ich gespannt, was das Weltkind in der Mitte macht!)

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Debatte, die wir vor etwa vier Wochen im Zusammenhang mit dem Rechtsradikalismus gehabt haben, hatten wir eigentlich die leise Hoffnung, daß es ein gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsradikale gebe

(Abg. Leicht CDU: Und links, wenn es geht!)

– auch gegen Linksradikalismus! –,

(Dr. Döring)

(Abg. Leicht CDU: Dann sagen Sie es doch! –
Weitere Zurufe von der CDU)

daß wir gemeinsam dagegen vorgehen

(Abg. Leicht CDU: Es wird nicht honoriert, wenn
Sie wackeln!)

und in aller Deutlichkeit antreten und sagen: Verhindert,
daß ausgerechnet aus der Bundesrepublik Deutschland
Rechtsradikale in das Europäische Parlament einziehen!
Das müßte die gemeinsame Zielrichtung von uns gewesen
sein.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den
GRÜNEN)

Bedauerlicherweise aber müssen wir uns heute mit einem
– ich meine, es ist tatsächlich so – höchst unanständigen
Plakat beschäftigen,

(Abg. Leicht CDU: Oh, oh! – Weitere Zurufe von
der CDU)

unanständig unter vielerlei Aspekten. Zum einen halte ich
es für unerträglich, daß Sie einer Partei – das werden Sie
zugestehen müssen –, die über Jahrzehnte am Mitaufbau
beteiligt war, die Zukunftsfähigkeit absprechen. Ich halte
das für einen unmöglichen Vorgang, und deswegen fordern
wir Sie auch dazu auf, sich endlich von diesem Plakat zu
distanzieren.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den
GRÜNEN – Zuruf des Abg. von Trotha CDU)

Wir haben außerdem – und das ist das, was an diesem
Plakat insgesamt nicht nur ungeheuer störend wirkt, son-
dern zutiefst ärgerlich ist – den Eindruck, daß Sie damit
erneut mit aller Gewalt und jedem Mittel Ihre Mehrheiten
verteidigen wollen.

(Abg. Weimer SPD: Mit jedem Mittel!)

Wenn Sie so vorgehen, werden Sie sie verlieren. Das allein
wäre überhaupt nicht schlimm. Aber daß Sie durch diese
Art und Weise des Wahlkampfes und der Auseinanderset-
zung den Rechtsradikalen direkt und indirekt die Stimmen
zutreiben, das ist der eigentliche Skandal an diesem Plakat.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den
GRÜNEN – Abg. Leicht CDU: Sie haben nichts
begriffen!)

– Herr Leicht, daß Sie noch nie etwas begriffen haben, be-
weisen Sie fortwährend durch Ihre selten dämlichen Zwi-
schenrufe.

(Zustimmung und lebhafter Beifall bei der
FDP/DVP, der SPD und den GRÜNEN)

Sie treiben indirekt den Erfolg der Rechtsradikalen in die
Höhe,

(Abg. Norbert Schneider CDU: Das machen Sie!)

weil es doch völlig klar ist, daß der Bürger, der bei Gott
nicht so dumm ist, wie Sie ihn gerne hätten, sich angewidert
von der Politik abwendet und nicht zur Wahl geht. Damit
helfen Sie indirekt denen, die wir eigentlich nicht haben
wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den
GRÜNEN – Zurufe der Abg. Pfister FDP/DVP
und Leicht CDU)

– Herr Leicht, in Sie setzt hier kein Mensch mehr irgend-
welche Hoffnungen. Aber wir hatten die Hoffnung und die
sichere Erwartung, daß der Kollege Teufel sich distanzie-
ren würde, und ich will Ihnen auch sagen, warum. Herr
Kollege Teufel, es ist vier Wochen her, daß Sie in der von
mir vorhin angesprochenen Debatte, allerdings in Rich-
tung SPD, vor einer Strategie gewarnt haben, die dazu
führt – ich zitiere –, daß der politische Gegner pauschal
verunglimpft wird. Was passiert denn aber mit diesem
Plakat? Der politische Gegner wird pauschal verunglimpft.
Er wird diffamiert und herabgesetzt, und damit wird genau
das gemacht, was Sie vor vier Wochen noch richtigerweise
angepöbeln und vor dem Sie richtigerweise vor vier
Wochen noch selbst gewarnt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den
GRÜNEN – Abg. Dr. Geisel SPD: Richtig, genau
das ist der Punkt!)

Wir hatten die Hoffnung, daß das anders werden kann,
aber wir müssen heute doch feststellen

(Zuruf des Abg. Leicht CDU)

– Herr Leicht, bei Ihnen ist doch gar nichts anderes da –,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Bei dem ist Hopfen und
Malz verloren!)

daß derjenige, der nichts im Köcher hat, daß derjenige, der
sachlich nichts zu diesem Europawahlkampf beizutragen
hat,

(Abg. Leicht CDU: Sagen Sie doch mal etwas zur
Sache!)

zur unverschämten Verunglimpfung des politischen Kon-
kurrenten greifen muß.

(Abg. Leicht CDU: Sagen Sie mal etwas zur Sache
in Berlin, Sie Musterdemokrat!)

Das zeigt Ihre elende Schwäche.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der
SPD und der GRÜNEN)

Wir haben erwartet – und das wäre auch die Aufgabe
zumindest derer gewesen, die so, wie Sie es ja auch immer
vorgeben, dafür sind, daß dieses Europa unsere Zukunft
wird –, daß wir in diesem Europawahlkampf dafür werben,
daß wir deutlich machen, was mit Europa geschehen muß,
welche Vorteile es bringen kann, welchen Nutzen wir alle
davon haben können. Sie machen sich überhaupt nicht die

(Dr. Döring)

Mühe, sich damit auseinanderzusetzen, sondern Sie greifen zum Totschlagargument auf diesen Plakaten. Deswegen können wir nur noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Noch haben Sie Zeit dazu; distanzieren Sie sich, und überleben Sie diese schlimmen Plakate.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den GRÜNEN – Abg. Leicht CDU: O Jesses!)

Wir haben aber – das muß man natürlich auch mit sehen – Plakate auch von der SPD gesehen, über die wir genauso sagen müssen – nicht genauso, Pardon! –, über die wir auch sagen müssen, so besonders toll – –

(Lachen bei der CDU – Abg. Leicht CDU: Das ist typisch! – Beifall bei den GRÜNEN)

– Weil sie auf dieses Niveau von Ihnen gar nicht hinuntersteigen kann, deswegen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Geisel SPD: Richtig!)

Wir haben da auch ein Plakat gesehen – – Von denen hier im Hause kann sich jeder anstrengen, wie er will, das Niveau von Ihnen wird er nie erreichen, nicht in dem negativen Sinne, wie Sie das machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der SPD und der GRÜNEN – Abg. Leicht CDU: Das ist primitiv!)

Wir haben genausowenig Sinn und Verständnis für Plakate, auf denen steht:

(Abg. von Trotha CDU: Beleidigung des Wählers!)

„Die CDU/CSU ist zu allem fähig, aber zu nichts zu gebrauchen.“ Auch das ist mit Sicherheit nicht ein argumentatives Plakat,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Abg. von Trotha CDU: Wenn er recht hat, hat er recht!)

wie man das in der politischen Kultur, wie wir sie uns vorstellen, verwenden sollte und wie man damit umgehen sollte.

Aber nachdem wir ja nur wenige Tage von einer – auch nicht von allen von Ihnen – für groß gehaltenen Rede entfernt sind, will ich Ihnen eine Passage aus der Rede von Richard von Weizsäcker vom 24. Mai zitieren, die zu diesem Thema gut paßt. Ich zitiere:

... zur Auseinandersetzung über den besten Weg, mit Kopf und Herz, mit großem Ernst, aber ohne Verbissenheit. Wir teilen die Aufgabe, dem Staat zu dienen. Einer gibt sie an den anderen weiter, je nach Wählerauftrag. Es wechselt nicht der Staat, es wechseln Regierungen. Die oft propagierte Lehre von den großen Zäsuren steht im Widerspruch zu unseren Erfahrungen. Es gibt keine Stunde Null. Mit keinem demo-

kratischen Machtwechsel droht der Untergang, mit keiner neuen Regierung fängt die Sache erst richtig an.

Soweit Richard von Weizsäcker. Wenn wir uns nur an dieses halten würden, dann könnten solche Dinge, wie Sie sie jetzt in diesem Wahlkampf vorführen, nicht passieren. Ich hoffe, daß Sie sich künftig daran halten werden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erhält der Herr Ministerpräsident.

(Abg. Dr. Spöri SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Heiterkeit – Abg. Dr. Schäuble CDU: Er hat ja noch gar nichts gesagt! Das ist ja entlarvend, Herr Spöri! – Abg. Dr. Spöri SPD: Auf den weiß ich immer etwas!)

Ministerpräsident Späth: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist erstens Wahlkampf, zweitens hätte ich den Beitrag des Kollegen Schlauch eigentlich als Lachnummer ins Theaterhaus verwiesen.

(Abg. Teufel CDU: So ist es! – Abg. von Trotha CDU: Kleinkunst!)

Das, was er sagt, hört sich einfach immer fröhlich an.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Das ist im Grunde genommen auch eine fröhliche Geschichte!)

Er hat auch einen gewissen Charme, solche Dinge vorzutragen. Aber es war interessant, wie plötzlich Ihre Ruhe gebrochen war, als der Kollege Teufel daran ging, zu sagen: Wenn wir schon über politische Kultur reden wollen, dann reden wir über politische Kultur. Ich glaube, da ist der Unterschied.

(Abg. Leicht CDU: Jawohl! Dazu hat Herr Döring kein Wörtchen gesagt!)

Wissen Sie, Herr Schlauch, über so ein Plakat können Sie streiten. Erwin Teufel hat hier Plakatüberschriften vorgelesen. Der Kollege Döring hat gerade die Frage aufgeworfen, was denn ein Plakat mit dem Slogan bedeuten soll: „Die CDU ist zu allem fähig, nur zu nichts zu gebrauchen.“

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Haben Sie das schon mal in Baden-Württemberg gesehen?)

– Ja, das habe ich gesehen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: In Baden-Württemberg haben Sie es auch gesehen? – Abg. Ulrich Maurer SPD: Sie sind dran, Herr Späth!)

– Herr Maurer, ich bin dankbar, wenn Sie nachher hierhergehen – –

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Sie sind dran!)

(Ministerpräsident Späth)

– Herr Maurer, ganz ruhig bleiben! Gehen Sie doch nachher hierher, und distanzieren Sie sich gleich von dem Plakat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ulrich Maurer SPD:
Sie sind dran!)

Gehen Sie doch gleich hierher, und distanzieren Sie sich von allen Plakaten, die Herr Teufel vorgelegt hat. Wir haben noch 20 dabei.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Nicht tricksen, nicht ausweichen! Sie sind dran! – Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie Taschenspieler!)

Aber führen wir doch jetzt einmal das Thema auf die Realität zurück. Sie haben nämlich die Frage aufgeworfen und den Antrag auf eine Aktuelle Debatte zu dem Thema der politischen Kultur in Baden-Württemberg gestellt. Sie haben nicht gesagt – Sie haben so getan, als ob dieses Plakat – Wir müssen auf den Kern kommen – der Kollege Teufel hat es angesprochen –, nämlich auf den Vorwurf, SPD plus Radikale seien eine Gefährdung. Dabei bleibt es.

(Abg. Leicht CDU: So ist es! – Gegenruf von der SPD)

Jetzt komme ich zur Abgrenzung. Jetzt komme ich nicht zu dieser lächerlichen Plakatdiskussion, von der Sie selber wissen, daß sie lächerlich ist. Das wissen Sie selber. Das hätten Sie doch auch gar nicht gemacht. Aber wenn wir an den Punkt kommen – Jetzt komme ich zu Ihrer Bachforelle, Herr Maurer. Ich weiß nicht, ob es in Berlin Forellen gibt.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Sicher nicht nach Ihrer Regierungszeit!)

Aber wenn es in Berlin Forellen gibt, dann finde ich, daß Ihr Vorwurf zur politischen Kultur dann gerechtfertigt ist, wenn ein Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters am 30. Januar nach einer Wahl bzw. zunächst am 25. Januar vor der Wahl sagt: „Keine Koalition mit der AL.“

(Abg. Teufel CDU: So ist es! Das ist der Punkt!)

Ich spreche jetzt nicht ganz generell von den Grünen. Ich spreche von der AL mit all den Programmen, mit denen sie im Wahlkampf angetreten ist. Mit diesem Wahlkampf hat man den Bürgern in Berlin gesagt: Dies wollen wir. Und dafür gab es Stimmen. Aber Sie müssen einmal das Programm anschauen, wenn Sie über politische Kultur reden wollen.

(Abg. Teufel CDU: Das ist eine Frage der politischen Kultur!)

Jetzt kommen wir zur Kultur. Derselbe Kandidat, der Spitzenkandidat der SPD, erklärt – auch noch nach der Wahl, weil er da offensichtlich das Programm im Kopf hat –: Mit der AL kann es im Interesse Berlins keine Koalition geben. – 30. Januar 1989!

(Abg. Haasis CDU: Nach der Wahl! – Gegenruf von der SPD)

Derselbe sagt am 14. Februar, exakt 15 Tage später: Ich bin ein nachdrücklicher Befürworter eines rotgrünen Bündnisses in Berlin. Dort erhebt sich die Frage der politischen Kultur und des Umgangs mit dem Wähler.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Hören Sie bitte mit einer Geschichte auf. Politische Kultur muß immer wieder in der Gegenwart bewiesen werden. Ich sage Ihnen offen: Ich kann es nicht mehr hören, wenn Sie dauernd die Geschichte der Sozialdemokraten ausgraben,

(Abg. Leicht CDU: So ist es!)

wenn Sie Stellung nehmen sollen zur Gegenwart der Sozialdemokratie und ihrer Position.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Ulrich Maurer SPD: Wann kommt das Plakat weg?)

Ich sage Ihnen, Herr Maurer, ich räume ausdrücklich eines ein: Es gab in der CDU, vor allem in Baden-Württemberg, auch Freunde, die gesagt haben: Uns gefällt an diesem Plakat nicht, daß wir SPD und Radikale gewissermaßen – –

(Abg. Weimer SPD: Und wo stehen Sie? – Abg. Ulrich Maurer SPD: Wohin gehören Sie?)

– Moment. Jetzt hören Sie mir doch einmal zu. Ich will es Ihnen gerade erklären. – Zu mir kommen aber auch alte Sozialdemokraten. Ich sage Ihnen, die würden sich herumdrehen, wenn sie erleben würden, was aus der Sozialdemokratie in Berlin mit der AL geworden ist. Die gibt es auch in Scharen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Köder SPD: Da dreht sich kein einziger um! – Abg. Weimer SPD: Sie machen den billigen Jakob! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Jetzt kommen wir zum eigentlichen Thema – ganz ruhig bleiben –, zum Radikalismus.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Nein, jetzt kommen wir zum Thema „Lothar Späth und das Plakat“!)

Ich sage Ihnen gleich, daß ich da gar keine Probleme habe. Wenn Sie dasselbe tun, dann können wir, meine ich, den Kampf gegen den Radikalismus gemeinsam weiterführen.

(Abg. Leicht CDU: So ist es! Rechts und links! – Abg. Brinkmann SPD: Jetzt einmal anfangen!)

Jetzt komme ich gleich zu Ihrem Vorwurf, ich hätte gesagt, ich sei unter bestimmten Umständen für eine große Koalition. An diesem Beispiel will ich Ihnen meine Position erläutern. Ich habe erklärt: Ich werde in der CDU keine

(Ministerpräsident Späth)

Verantwortung mehr tragen, wenn die CDU mit den Republikanern in eine Koalition geht.

(Abg. Mogg SPD: Wer's glaubt!)

Ich würde gern einmal eine Erklärung von Ihnen hören, was Sie zu dem Thema zu sagen haben,

(Abg. Leicht CDU: Wie in Berlin!)

wie Sie mit einer Partei umgehen wollen, die ihr Verhältnis zur Gewalt und zum staatlichen Gewaltmonopol immer noch nicht geklärt hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bütikofer GRÜNE:
Unser Verhältnis zur Staatsgewalt ist ganz einfach: Wir sind bereit, sie auszuüben!)

– Ja. Die Staatsgewalt? – So! Wenn das jetzt ein Republikaner gesagt hätte, dann hätte ich hören mögen, was hier in diesem Saal los gewesen wäre.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Überlegen Sie einmal: Gibt es einen radikaleren Satz als den: „Unser Verhältnis zur Staatsgewalt besteht darin, daß wir sie ausüben.“? Haben Sie einmal überlegt, was das bedeutet?

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wir sind bereit dazu!
– Abg. Haasis CDU: Mein lieber Scholli!)

„Unser Verhältnis zur Staatsgewalt bedeutet, daß wir bereit sind, sie auszuüben.“ Das ist ein ganz interessanter Satz zum Thema Abgrenzung.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Könnte von Ihnen sein! – Abg. Bütikofer GRÜNE: Was macht denn eine Regierung?)

Ich will gern von Ihnen hören,

(Unruhe – Zuruf des Abg. Haasis CDU – Glocke des Präsidenten)

wie Sie zum staatlichen Gewaltmonopol stehen, wie Sie zur Frage der Verletzung von Sachen stehen.

(Abg. Brechtken SPD: Der ist doch Teil des Verfassungsorgans! Haben Sie das nicht verstanden?)

– Herr Kollege, wir bleiben beim Thema. Hier an diesem Pult ist schon dreimal die Debatte geführt worden.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Sie sind doch auch die personifizierte Staatsgewalt! – Unruhe)

– Ich übe hier ein Amt aus. Herr Kollege Bütikofer übt seines auch aus. Ich habe ihn gefragt, wie er zum Monopol der Staatsgewalt steht. Das war die Frage.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Jetzt wäre es einmal gut, wenn von Ihnen jemand hier ans Rednerpult ginge und klipp und klar erklärte, daß Sie sich nicht mit Regelverletzungen um das Thema des Rechtsstaats und seiner klaren Position herumdrücken wollten.

Herr Kollege Schlauch, Sie wissen doch, daß dort der Punkt ist. Sie wissen doch, daß in Berlin der Punkt noch ganz anders ist als hier in Baden-Württemberg. Aber meine Frage an die Sozialdemokraten ist: Sind Sie bereit, sich genauso abzugrenzen, wie ich das zu den Republikanern tue? Machen Sie das doch bitte einmal genauso, und sagen Sie: Solange sich die Grünen und die AL

(Unruhe)

nicht ganz klar in der Frage entscheiden, welches Verhältnis sie zur Gewalt gegen Personen und gegen Sachen haben, gehen wir mit denen keine Koalition ein.

Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, was die Bürger viel mehr als die Plakate berührt: Den Bürger berühren die Bilder aus der Nacht zum 1. Mai in Berlin. Das bewegt die Bürger.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Und das treibt die Leute ins rechte Lager.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Erzählen Sie mir doch nicht, daß die Polizisten wegen unseres Plakates zu den Republikanern neigen! Die sehen, welchen politischen Schutz die Polizei hat, wenn es in Berlin gegen die Randalierer losgeht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Verfolgen Sie doch einmal die Debatte im Berliner Abgeordnetenhaus, und verfolgen Sie doch einmal die Rolle, die Herr Pätzold dort gespielt hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Köder SPD: Wie ist es denn in Baden-Württemberg?)

Wir können das in aller Ruhe festmachen.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Wir wissen immer noch nicht, wie Sie zu den Plakaten stehen!)

Ich habe gesagt: Wenn die CDU mit den Republikanern eine Koalition eingeht – ich sage ausdrücklich: gleich, ob im Bund oder in irgendeinem Land –, lege ich meine Ämter bei der CDU nieder.

(Abg. Köder SPD: Das ehrt Sie als Person! Jetzt sagen Sie aber etwas zum Plakat! – Abg. Dr. Spöri SPD: Da muß aber die Gefahr sehr real sein!)

– Sie wollten meine Position hören.

Punkt 2:

(Unruhe)

Sie können mich daran festhalten; deshalb wiederhole ich das hier. Ich bin gefragt worden, was die CDU in Bonn

(Ministerpräsident Späth)

machen solle, wenn sie vor der Entscheidung stünde, daß sie eine Mehrheit nur noch mit den Republikanern oder in einer großen Koalition bekommen kann. Für diesen Fall, habe ich gesagt, bin ich für eine große Koalition, weil das logisch ist, wenn ich sage, daß ich meine Ämter niederlegen würde, wenn die CDU mit den Republikanern zusammenginge. Wie soll diese Abgrenzung denn klarer ausfallen?

Sie sollten einmal hören, wie viele Leute mich in den Versammlungen fragen, warum ich in dieser Frage eine so harte Meinung habe. Dann fragen die nämlich etwas ganz Komisches zurück: Die fragen nämlich, wieso eigentlich bestimmte Gruppen hoffähig geworden sind, die in der Frage der Radikalität auch kein geklärtes Verhältnis haben, genauso wenig wie die Republikaner. Dann muß ich sagen: Ich erwarte eigentlich von der SPD dasselbe, was die SPD zu Recht von mir bei der Abgrenzung von den Republikanern erwartet.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wir kommen mit dem Begriff der Kultur sehr viel weiter, wenn wir, statt über Plakate zu diskutieren, erreichen – ich habe meine Position bestimmt, ich hätte das gerne auch von der SPD –, daß der Vorsitzende der SPD einmal hierhergeht und seine Abgrenzung zum linken Radikalismus genauso präzise vornimmt.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Das Wort zur Entgegnung erhält jetzt Herr Abg. Dr. Spöri.

(Abg. von Trotha CDU: Herr Maurer wollte doch auch etwas sagen! – Weitere Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es um die politische Kultur geht, sollten wir hier konzentrierter diskutieren und ein gewisses Niveau einhalten.

Meine Damen und Herren, wer ehrlich über politische Kultur in Wahlkämpfen diskutiert, der muß immer auch selbstkritisch sein. Das ist doch ganz klar. Die Geschichte der Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland ist auch eine Geschichte von Geschmacklosigkeiten bei allen politischen Parteien, von Schlägen unter die Gürtellinie. Ich will überhaupt nicht verkennen, daß wir als SPD in der Vergangenheit auch Fehler gemacht haben; das soll hier nicht wegdiskutiert werden. Es gibt auch unintelligente Vermaße, die die SPD im Wahlkampf benützt. Das zuzugeben gehört zur Glaubwürdigkeit einer solchen Diskussion, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Entscheidend ist der Wähler!)

Aber, es gibt graduelle Unterschiede, unterschiedliche Qualitäten. Was wir gegenwärtig auf diesen Großflächen erleben, ist aus meiner Sicht eine neue negative Qualität im politischen Stil zwischen den demokratischen Parteien.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Haasis CDU: Was ist mit dem, was Herr Teufel vorgelesen hat, aus den Jahren 1980, 1984?)

Ich will das gar nicht mit Empörtheit unterstreichen, sondern ich will es argumentativ belegen. Es ist doch so, daß wir im Grunde genommen immer davon ausgegangen sind, auch in diesem Parlament, daß der politische Gegner aus seiner Sicht das Beste für das Gemeinwesen will. Das heißt, wir haben ihm nicht die redliche Motivation abgesprochen. Das Neue, qualitativ Negative an diesen Plakaten ist,

(Zurufe von der CDU)

daß sie einen SPD-Wahlerfolg gleichsetzen mit dem Untergang der Republik. Dies ist ein Tiefpunkt in der politischen Kultur.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Haasis CDU: Sie haben doch viel schlimmere gehabt! Und Ihre Staeck-Plakate?)

Ich sage Ihnen: Dies wird sich für Sie nicht auszahlen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Ich bitte, doch den Redner zu Wort kommen zu lassen.

Abg. Dr. Spöri SPD: Ich sage Ihnen: Dies wird sich am 18. Juni nicht auszahlen. Von solchen Radikalismen in der Sprache lassen sich nur noch 150prozentige CDU-Anhänger wirklich mobilisieren. Diese fahren darauf ab, aber alle nachdenklichen Bürger, alle Bürger, die im Wahlkampf wirklich Informationen wollen, wie es denn weitergeht in Europa, wie es weitergeht im Binnenmarkt,

(Abg. Haasis CDU: Die kriegen sie!)

alle nachdenklichen, kritischen Bürger, werden sich angewidert abwenden.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie werden diesen Slogan auf diesen Großflächenplakaten am 18. Juni bitter bereuen. Sie werden ihn mit noch größeren Verlusten am 18. Juni bezahlen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt zu den Einlassungen des Herrn Ministerpräsidenten kommen. Sie empören sich hier über unsere Kritik aus der Opposition. Jetzt muß ich Sie doch fragen: Kommt denn diese Kritik in den Zeitungen der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg nur aus der Opposition, von SPD, von Grünen oder der FDP? Lesen Sie nicht in der Zeitung, daß zum Beispiel bei Herrn Teufel die südbadische Junge Union inhaltlich genau das gleiche gesagt hat wie ich, nämlich daß es ein Verfall politischer Kultur ist, wenn man den politischen Gegner nicht mehr als demokratischen Konkurrenten behandelt, sondern als einen Feind in dieser Gesellschaft?

(Dr. Spöri)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dies sagt die Junge Union zu Ihrem Generalsekretär, Herr Teufel, auf dem Bezirkstag. Das habe ich gestern in der Zeitung gelesen.

(Abg. Haasis CDU: Lesen Sie doch mal bei den Jusos nach!)

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Späth: Das müßte Sie mehr umtreiben, das müßte Ihnen mehr Sorgen machen, denn es ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Wahlkämpfe, daß eine Parteibasis der CDU, daß ganze Kreisverbände – Breisgau-Hochschwarzwald, Waldshut und viele andere – sich von diesem Wahlkampf distanzieren, die Wahlplakate überkleben und daß die CDU-Wahlkampfzentrale darauf pochen muß, daß sie für diese Plakate verantwortlich ist und neu plakatieren muß.

(Abg. Haasis CDU: Sie sollten sich von den Jusos distanzieren! Abgrenzung zur AL! Wo bleibt die Abgrenzung von den Linksradikalen?)

Dies ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Wahlkämpfe, daß sich eine Basis so deutlich von der Geschmacklosigkeit ihrer Zentrale distanziert.

Meine Damen und Herren, es müßte Sie zumindest zum Nachdenken bringen, wenn Ihre Basis aufgrund dieses Stils in diesem Wahlkampf nicht mehr mitzieht.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Den Herrn Teufel nicht!)

Herr Späth, Sie haben ja Berlin angesprochen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU: Jetzt! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Jetzt wacht der Haasis auf! Berlin! – Heiterkeit – Abg. Schlauch GRÜNE: Da ist mehr los als in Balingen! – Anhaltende Heiterkeit – Abg. Ulrich Maurer SPD: Der Haasis war einmal als Abiturient dort!)

Ich habe den Eindruck, daß Sie geradezu lechzen nach diesen Krawallen,

(Widerspruch bei der CDU)

in Sehnsucht nach diesen Krawallen lechzen, um ein Horrorszenario gegen rotgrüne Koalitionen aufzubauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rochlitz GRÜNE – Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Erregte Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Wendt – Abg. Ströbele CDU: Übler Polemiker! – Abg. von Trotha CDU: Ist das politische Kultur? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sage Ihnen eines.

(Anhaltende lebhafte Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haasis: Eine Frechheit ist das!)

– Da können Sie noch so schreien. Ich bin immer lauter als Sie.

(Anhaltende lebhafte Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haasis: Uns das zu unterstellen! Das ist eine Rüge wert! Das müßte man rügen! Eine Frechheit par excellence!)

– Ja. Getroffene Hunde bellen sehr laut.

(Anhaltende Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren, es gehört auch zur politischen Kultur, daß man hier den Redner zu Wort kommen läßt.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP – Abg. Haasis CDU: Das ist eine Frechheit!)

Abg. Dr. Spöri SPD: Der Berliner Senat wird Ihnen nicht den Gefallen tun, dafür zu sorgen, daß Sie Ihre Strategie betreiben können, hier ein rotgrünes Horrorszenario an die gesellschaftliche Wand zu malen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Faktum ist, daß es in Berlin zu Gewalttätigkeiten gekommen ist,

(Abg. Ströbele CDU: Ihr Innensenator hat versagt!)

die wir verurteilen, die der Berliner Senat verurteilt und die beide Koalitionspartner verurteilen. Faktum ist, daß es auch schon in der Vergangenheit am 1. Mai in Berlin zu Krawallen gekommen ist. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD – Anhaltende Unruhe)

Ich sage Ihnen: Sie sind schlechte Verlierer in Berlin gewesen, daß Sie diesem Berliner Senat keine Chance geben.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Ströbele CDU: Eine Chance der Gewalt! Schauen Sie, was in Berlin passiert! Da werden Polizeibeamte zusammengeschlagen! – Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Die SPD – und jetzt komme ich zur Koalitionsbildung –

(Abg. Ströbele CDU: Was hat er vor der Wahl gesagt?)

hat eindeutig vorher gesagt – jetzt komme ich auf den Kollegen Momper zu sprechen –

(Zurufe von der CDU)

Die SPD lehnt in Berlin eine Koalition ab – Herr Späth! –, wenn nicht drei Essentials erfüllt sind,

(Dr. Spöri)

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Ströbele CDU:
Aber im nachhinein nicht! – Unruhe – Glocke des
Präsidenten)

nämlich erstens die Anerkennung des Gewaltmonopols des
Staates,

(Widerspruch bei der CDU)

zweitens die Aufrechterhaltung der Westbindung an die
Bundesrepublik Deutschland und drittens die Westbindung
an die alliierten Schutzmächte.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Momper konnte im Wahlkampf nicht davon ausge-
hen, daß diese Essentials erfüllt werden.

(Abg. Scheuermann CDU: Oh!)

Durch die Verhandlungen und durch die konsequente
Verhandlungsführung von Herrn Momper hat sich erwie-
sen, daß in allen drei Essentials die Bedingungen erfüllt
worden sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Um
Gottes willen! – Abg. von Trotha CDU: Das
glauben Sie ja selber nicht! – Weitere Zurufe von
der CDU)

Ich sage Ihnen, was auch ein Faktum ist. Sie wissen das
ja ganz genau. Es wurde ja auch über eine große Koalition
verhandelt. Aber was die Wahrheit ist und was auch in den
Zeitungen gestanden hat: Warum ist es nicht zu einer
großen Koalition in Berlin gekommen? Weil Ihre Leute in
der CDU-Zentrale in Bonn den Diepgen zurückgepfiffen
haben,

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

damit Sie Ihre rotgrüne Horrorpolitik betreiben können.

(Abg. Haasis CDU: Das ist die Unwahrheit! –
Weitere lebhaftige Zurufe von der CDU – Gegen-
rufe von der SPD)

Diese rotgrüne Koalition in Berlin

(Anhaltende lebhaftige Zurufe von der CDU –
Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ist nicht eine Koalition, die wir in allen Bundesländern
wollen. Wir koalieren mit der FDP in Hamburg, wie Sie
vielleicht zur Kenntnis genommen haben, und wir lassen
uns hier überhaupt nicht festlegen. Aber ich sage Ihnen
folgendes: Diese Koalition wird Zeichen und Signale einer
ökologischen und sozialen Erneuerung in Berlin setzen,

(Abg. Schöttle CDU: Oh!)

zu denen der Berliner Senat unter Diepgen nicht in der
Lage war. Davon bin ich fest überzeugt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜ-
NEN – Zurufe der Abg. Haasis und Ströbele
CDU)

So, Herr Späth. Sie sind ansonsten ja ein argumentativer
Typ.

(Ministerpräsident Späth: „Europa sind wir“, die
SPD!)

Aber ich möchte Sie einmal wirklich fragen – darum macht
es mir hier manchmal auch wirklich Spaß – :

(Zuruf des Ministerpräsidenten Späth)

Was sagen denn diese Plakate oder diese Zeitungsannon-
cen zum Europawahlkampf?

(Lachen des Abg. Ulrich Maurer SPD)

Ich frage Sie wirklich.

(Ministerpräsident Späth: „Europa sind wir“!)

Wenn Sie da reinschreiben, daß dann, wenn die Roten und
die Grünen koalieren, alles untergehe, was ist das für eine
europapolitische Aussage in einem Europawahlkampf?

(Zuruf des Abg. Ströbele CDU)

Was sagen Sie hier zu den Zielen, zu den Ängsten, die die
Menschen mit Europa verbinden, zu der Umweltgemein-
schaft, zu den Ängsten, die die Menschen vor dem Euro-
päischen Binnenmarkt und vor der Frage haben, ob So-
zialabbau betrieben werden könnte? Sie geben keinerlei
Antworten.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich sage Ihnen folgendes: Sie kriegen Ihre Leute mit
positiven Argumenten nicht mehr hoch. Und deswegen
betreiben Sie einen Schmutzwahlkampf. Das ist die Wahr-
heit.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Dr. Spöri, gestatten
Sie eine Frage des Herrn Abg. Späth?

Abg. Dr. Spöri SPD: Ja, immer, wenn es der Wahrheits-
findung dient.

Abg. Späth CDU: Herr Kollege Spöri, vielleicht können Sie
mir aufhelfen. Ich überlege mir immer, wie argumentativ
die Aussage ist: „Europa sind wir – SPD“.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Dr. Spöri SPD: Das ist die Antithese zu Ihrer Ver-
leumdung der SPD. Sie haben nämlich immer gesagt, die
SPD habe ein gestörtes Verhältnis zu Europa. Die SPD tritt
seit über hundert Jahren für ein vereinigtes Europa ein. Wir
sind Europa.

(Dr. Spöri)

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU –
Abg. Teufel CDU: Der neue Friedrich List! –
Abg. Haasis CDU: Karl der Große, der erste
Sozialdemokrat!)

Herr Späth, was bedeutet das, was hier abläuft, für die politische Kultur in Baden-Württemberg? Wir haben es immer noch in der Hand, was das bedeutet. Meine Damen und Herren, erinnern wir uns wirklich an die Situation vor eineinhalb Jahren? Damals haben wir doch alle mit feierlichem Tremolo in der Stimme erklärt, daß wir besser miteinander umgehen wollten, daß wir eine neue Art des Umgangs miteinander praktizieren wollten.

(Abg. Ströbele CDU: Dafür sind Sie heute morgen ein ganz schlechtes Beispiel!)

Wir alle haben damals, nach Kiel, nach dieser ganzen Geschichte um Barschel, erkannt, man sollte das, was da passiert war, nicht einseitig parteitaktisch ausschlichten. Wir haben erkannt, daß die Glaubwürdigkeit der Parteiendemokratie ganz stark beschädigt worden war, und zwar nicht nur durch diese Affäre, sondern auch durch andere Affären, zum Beispiel die Parteispendenaffäre, den Flick-Skandal und alle anderen Dinge.

(Abg. Haasis CDU: Wer war denn beim Flick-Skandal an der Regierung? – Abg. Ströbele CDU:
Da waren doch Sie an der Regierung!)

Wir haben uns geschworen, die Glaubwürdigkeit und die Akzeptanz dieser Parteiendemokratie wieder zu verbessern, auch durch den Stil, wie wir miteinander umgehen.

(Abg. Leicht CDU: Was sagen Sie zum Dachlattenanspruch? Haben Sie das vergessen?)

Aber ich stelle jetzt fest, daß das alles sehr schnell vergessen worden ist. Ich frage Sie, Herr Späth: Was wollen Sie eigentlich aus dieser Debatte an Konsequenzen ziehen? Wie können Sie eigentlich mit solchen politischen Ungeheuern, wie Sie sie an die Wand malen, mit solchen Radikalen und SPDlern, die die Republik untergehen lassen, noch kollegial in diesem Hause zusammenarbeiten?

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir müssen – das wissen Sie doch –, wenn das im Interesse Baden-Württembergs und seiner Bevölkerung funktionieren soll, hier und in den Ausschüssen ein Mindestmaß an demokratischem Konsens aufbringen, auch schon wenn es um Geschäftsordnungsfragen geht. Wenn die Sachen vorgehen sollen, sind wir wechselseitig auf diesen Minimalkonsens unter den Demokraten angewiesen. Diesen Minimalkonsens haben Sie durch diese Kampagne aber wirklich stark belastet; deswegen sollten Sie jetzt davon Abstand nehmen.

Herr Späth, noch eines, auch zu Ihnen, Herr Teufel – –

(Ministerpräsident Späth: Was ist jetzt mit Ihrer Abgrenzung?)

– Die Abgrenzung ist eindeutig.

(Lachen bei der CDU – Abg. von Trotha CDU:
Wie denn? Jetzt wird es spannend! – Abg. Haasis
CDU: Sobald sie mit der SPD koalieren, sind
alles Demokraten!)

Herr Teufel, Sie haben hier wieder eine These gebracht, die Herr Späth in der letzten Debatte über die Rechtsradikalen eingeführt hat. Sie haben sie neu variiert. Ich finde sie ungeheuerlich. Meine Partei ist davon nicht betroffen, aber ich finde sie vor dem Hintergrund der Geschichte Deutschlands ungeheuerlich. Wenn ich mir einmal überlege, welche einmalige historische Schuld der deutsche Rechtsradikalismus auf sich geladen hat, finde ich es ungeheuerlich, wenn Sie diesen neuen Rechtsradikalismus mit den Grünen gleichsetzen,

(Abg. Haasis CDU: Mit Linksradikalen!)

einer Partei, die sicherlich kritikwürdig ist,

(Abg. Leicht CDU: Haben Sie einmal etwas vom KBW gehört und was da so drin ist? Haben Sie sich daran erinnert, was die Kommunisten in Weimar gemacht haben?)

die aber – das will ich Ihnen einmal sagen – auch durch unser Versagen entstanden ist,

(Abg. Ströbele CDU: Sie koalieren mit Linksradikalen!)

ökologische Fragen in der Politik früh genug aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie hier diese Gleichsetzung vornehmen, dann haben Sie nichts über die Entstehungsgeschichte dieser grünen Partei begriffen.

(Abg. Haasis CDU: Wir haben nicht pauschal „Grüne“ gesagt! Linksradikale! Herr Spöri, sagen Sie doch einmal etwas zu den Linksradikalen!)

Meine Damen und Herren, eines zeigt diese Kampagne natürlich auch – das ist mir erst jetzt, als ich an den Plakaten vorbeigefahren bin, so richtig aufgegangen –: Warum greifen Sie eigentlich die SPD und die Grünen zusammen mit den Rechtsradikalen an? Ich habe den leisen Verdacht, dahinter steht auch die Tatsache, daß Sie es in Ihrer eigenen Partei nicht mehr schaffen – oder denken, es nicht mehr zu schaffen –, allein auf die Rechtsradikalen loszugehen. Da müssen Sie Ihren Mitgliedern gleichzeitig auch Angriffe gegen die SPD und gegen die Grünen bieten, damit die überhaupt noch mitmachen. Das ist nur ein Nebenaspekt.

(Abg. Haasis CDU: Reden Sie doch einmal zum Thema! Linksradikale! Sagen Sie doch einmal etwas dazu!)

Herr Späth, Sie sind nicht nur Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, Sie sind auch stellvertretender Bundesvorsitzender. Sie äußern sich zu Gott und der Welt, zu jedem Punkt, landespolitisch wie bundespolitisch.

(Dr. Spöri)

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Zu jedem Dreck!)

Ich habe aber zu dieser Kampagne noch nie etwas von Ihnen gehört, bis Sie Herr Maurer heute morgen darauf angesprochen hat. Das ist mir aufgefallen. Ich sage Ihnen: Sie sind mitverantwortlich für diese Kampagne. Sie sitzen im Präsidium der CDU. Dort werden doch alle diese Vorlagen erst einmal vorgestellt, diese Kampagnen von Herrn Geißler stolz präsentiert, was es an Anzeigenserien und an Plakatslogos so gibt. Da waren Sie doch sicherlich überall mitbeteiligt.

(Heiterkeit bei der CDU – Ministerpräsident Späth: Woher wissen Sie das? – Abg. Leicht CDU: Waren Sie dabei? – Ministerpräsident Späth: Hat das der Erhard Eppler erzählt? – Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Spöri, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetter?

Abg. Dr. Spöri SPD: Natürlich.

Abg. Dr. Wetter CDU: Lieber Herr Kollege Spöri, Sie treten hier als Moralapostel auf, haben aber selbst Dreck am Stecken.

(Oh-Rufe von der SPD)

Ich erinnere mich – und das werde ich nie vergessen, mein ganzes Leben lang nicht – an einen SPD-Wahlwerbespot im Fernsehen. Ein evangelischer Pfarrer schreitet bei Kirchenglockengeläute die Treppen herunter und verkündet dann: „Ein guter Christ kann nicht CDU wählen.“ Finden Sie das gut?

Trotzdem kann ich Ihnen sagen: Diesen Minimalkonsens haben Sie nach jenem Spot bei mir immer wieder spüren können.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Abg. Dr. Spöri SPD: Lieber Herr Wetter, ich habe eingangs meiner Ausführungen gesagt, ich selbst sei der Auffassung, daß die Geschichte der Wahlkämpfe der demokratischen Parteien auch eine Geschichte von Geschmacklosigkeiten und von Schlägen unter die Gürtellinie sei

(Abg. Haasis CDU: Distanz!)

und daß dies auch von meiner Partei betrieben worden sei; sonst könne man ja an diesem Pult nicht glaubwürdig argumentieren.

(Abg. Köder SPD: Herr Wetter, das ist zehn Jahre her!)

Insofern distanzieren mich natürlich gern von dem oder von anderen Dingen.

Wir diskutieren aber heute über etwas anderes. Wir diskutieren aktuell über Ihre unmögliche Schlammschlacht, die Sie im Europawahlkampf inszeniert haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Späth, Sie sind ja ein sehr guter Spezi von Herrn Geißler, wenn es um die Perspektiven des Bundeskanzlers Kohl geht. Deshalb: Nehmen Sie Einfluß auf ihn, daß er diese Anzeigenkampagne, diese Plakatkampagne stoppt.

Inzwischen plakatiert ja nicht nur der Kreisverband Waldshut-Tiengen etwas ganz anderes. Es scheint so zu sein, daß die gesamte Bundes-CDU schon neue Plakate aufstellt,

(Lachen bei der CDU)

übrigens mit dem zentralen Zugpferd Helmut Kohl.

(Lachen bei der SPD)

Ich kann mich des Verdachts nicht erwehren, daß diese neue Plakatkampagne, Herr Späth, eigentlich auch das Ziel haben könnte, das Wahlergebnis am 18. Juni für die CDU noch schlechter zu gestalten als ohne diese neuen Wahlplakate.

(Beifall des Abg. Jacobi GRÜNE)

Aber wir wollen Ihnen diese Infamie nicht unbedingt unterstellen, weil wir fair sein wollen.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Rebhan CDU: Das waren Sie aber nicht!)

Wir wollen nicht weiter spekulieren. Wir wollen nur, daß Sie sich endlich von dieser Schlammschlacht distanzieren, die Sie in den letzten Wochen betrieben haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haasis?

(Der Redner hat das Pult bereits verlassen.)

Das Wort erteile ich jetzt Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß die CDU sowohl in Gestalt ihres Fraktionsvorsitzenden wie auch des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, des Herrn Ministerpräsidenten, in dieser Debatte keine Antwort gegeben hat auf die Fragen, die ihr gestellt worden sind.

Sie haben – das gilt insbesondere für Sie, Herr Teufel – dieses Plakat, das hier Stein des Anstoßes ist, zu einer meterlangen Rolle entfaltet und haben mit dem, was Sie damit angerissen haben, in breitem Umfang Stichworte just für die Republikaner gegeben. Denn es nützt eben nichts, Herr Späth, wenn man in einem Nebensatz gewissermaßen als salvatorische Klausel sagt: „Na ja, diese Plakataktion ist eigentlich lächerlich“, und dann im Doppelpaß mit Herrn Teufel genau diese Argumente ableiert.

(Zuruf des Abg. Leicht CDU)

(Birgitt Bender)

Ich könnte Ihnen, Herr Teufel, zu dem, was Sie hier gemacht haben, diesem Geben von Stichworten gegenüber den Republikanern, einfach sagen: Das Original ist besser. Ich will trotzdem in einigen Sätzen auf Ihre Argumente eingehen. Sie haben Stichworte genannt; da war der Katalog voll. Es hieß: „Wiedervereinigung“, „Law and order“, „RAF“ und zu guter Letzt kam „Weimar“.

Wie ist es denn mit der Wiedervereinigung? Das Positive an der CDU ist – es ist ja nicht so, als gäbe es nichts Positives an ihr –,

(Abg. Leicht CDU: Das ist aber nett! – Abg. Wieser CDU: Zählen Sie doch einmal auf!)

daß Sie das Erbe der von Willy Brandt eingeleiteten Ostpolitik sehr wohl angetreten und ein pragmatisches Verhältnis im Umgang mit der DDR gefunden haben.

(Abg. Haasis CDU: Schon einmal davon gehört, daß Kiesinger die neue Ostpolitik angefangen hat? – Abg. von Trotha CDU: Oder Gerhard Schröder?)

Ihre Politik zielt real doch gar nicht auf die Wiedervereinigung. Ich bin mir sicher, daß Sie mir in Ihrem Herzen zustimmen, wenn ich sage: Wir brauchen nicht die deutsche Wiedervereinigung, sondern eine demokratische DDR.

(Zurufe von der CDU)

Damit, daß Sie aber nach wie vor dieses Wort vor sich hertragen, bündeln Sie Ängste, wecken Sie Hoffnungen bei den Menschen, die dann, weil Sie diese Hoffnung nicht einlösen, lieber gleich das Original, nämlich die Republikaner, wählen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann hatten Sie es mit der Polizei, mit der Sicherheit und Ordnung.

(Abg. Haasis CDU: Frau Bender, machen Sie noch ein bißchen Werbung für die Republikaner!)

Wissen Sie, es ist ja so einfach, auf die Krawalle in Berlin zu verweisen. Aber Sie scheinen ein kurzes Gedächtnis zu haben, Herr Teufel. Denken Sie an die Nacht zum 1. Mai 1987, als es in Kreuzberg unter einem CDU-Senat schwere Krawalle gab.

(Abg. Schlauch GRÜNE: 1985, 1986!)

Ich denke, hier brodelt etwas in dieser Gesellschaft, insbesondere in den Metropolen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Da brodelt etwas unter einer gesellschaftlichen Gruppe von Leuten, die weder Anschluß an Ihr Modell des Wirtschaftswachstums noch ein Zuhause in der Alternativkultur, aus der die Grünen kommen, gefunden haben. Das ist ein Problem, das nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Solche Lösungen können auch die Grünen und kann der

Berliner Senat nicht aus der Tasche ziehen. Aber es ist bestimmt keine Lösung, hier den großen Knüppel aus dem Sack zu holen und einfach draufzuhauen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Minister Weiser:
Wer hat denn den herausgeholt? – Abg. Haasis
CDU: Wer hat das heute gemacht?)

Was jetzt in Kreuzberg erreicht worden ist, Herr Teufel, das hat der Dieppen-Senat mit seiner Polizeistrategie nie geschafft.

(Abg. Haasis CDU: Das ist wahr! – Abg. von
Trotha CDU: 300 Verletzte!)

Denn jetzt gibt es beispielsweise ein sogenanntes Kreuzberger Manifest, hinter dem Leute stehen,

(Zuruf des Ministers Weiser)

die dort wohnen, Leute, die sich der Alternativkultur,

(Abg. Haasis CDU: Denken wir an die Hafens-
straße!)

der linken Kultur, verpflichtet fühlen und die gesagt haben:
„Wir lassen die Zerstörung des Bezirks nicht weiter zu.“

(Abg. Haasis CDU: Baden-Württemberg kann
jetzt Polizeibeamte an die Hafensstraße schicken,
damit wieder Ordnung hergestellt wird!)

Wenn ihr wieder so auftrittet, dann werden wir euch Farbe und Wasser auf den Kopf schütten. Wir werden uns zwischen steinewerfende Menschen und die Polizei stellen, um diese zu schützen.“ Das hat es noch nie gegeben. Das halte ich für einen guten Schritt nach vorn.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten
der SPD – Abg. Haasis CDU: Hafensstraße! Das
ist alles schon einmal dagewesen!)

Herr Teufel, Sie haben Joschka Fischer mit der Aussage zitiert, die Grünen hätten das theoretische und ideologische Erbe des linken Radikalismus angetreten. Diese Aussage trifft zu. Nur: Was wir mit dieser Erbschaft gemacht haben, Herr Teufel, das ist etwas anderes als das, was Sie mit vielen Erbschaften, die Sie mit sich herumschleppen, gemacht haben. Wir haben sie nicht in einen Banktresor gelegt und gesagt: „So, da schauen wir immer hinein. Das ist es. Dabei bleiben wir.“ Vielmehr sind wir mit dieser Erbschaft konstruktiv umgegangen. Ich denke, in keiner Partei wird so viel und so intensiv wie gerade bei den Grünen diskutiert. Wir haben Konzepte entwickelt. Da gibt es Wurzeln im Linksradikalismus, demokratische Wurzeln zum Beispiel, die ich für richtig halte. Aber daneben haben wir eine völlig neue Frage ins Zentrum der Politik gestellt, und das ist die ökologische Frage.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Da liegt auch der Fehler, Herr Teufel, wenn Sie immer mit Weimar winken. Weimar hatte prinzipiell eine ganz andere gesellschaftliche Ausgangsposition, als wir sie heute nach

(Birgitt Bender)

40 Jahren Grundgesetz haben. Sie sollten daran denken, daß damals wesentliche Teile dieses Staates, darunter auch wichtige Parteien, die demokratische Staatsform als solche nie akzeptiert haben. Sie sollten vor allem daran denken, daß es für die Grünen in Weimar kein historisches Vorbild gibt. Wir haben eine neue Qualität, eine neue Frage in die Politik gebracht.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Wenn Sie heute einen Umweltminister haben und wir uns hier um die Behandlung des Sondermülls oder um Tempolimits streiten, dann ist das Erfolg unserer Politik, mit dem Sie sich auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Wenn Sie hier sagen – Herr Späth und Herr Teufel tun das gleichermaßen –: Da sind die Radikalen links, und da sind die Radikalen rechts. Wenn die SPD mit Grünen geht, dann können wir auch mit Reps – das ist doch alles dasselbe –

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Teufel: Jetzt unterstellen Sie etwas!)

– Sie sagen im Moment: „Wir koalieren nicht mit den Reps!“ Wir wollen einmal sehen, wie lange Sie das durchhalten.

(Zurufe der Abg. Leicht und Haasis CDU)

Aber das Eigentliche ist doch, daß Sie sich

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mit dieser Gleichsetzung, die nicht den realen Verhältnissen entspricht, eine Auseinandersetzung ersparen. Sie ersparen sich damit die Auseinandersetzung mit den Republikanern als Ihrem eigenen Abfallprodukt.

(Abg. Haasis CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Frau Abg. Bender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haasis?

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Ja.

Präsident Erich Schneider: Bitte schön, Herr Abg. Haasis.

Abg. Haasis CDU: Frau Kollegin Bender, Sie reden ja zur politischen Kultur, und diese Aktuelle Debatte wurde von Ihnen beantragt. Entweder haben Sie dem Herrn Ministerpräsidenten vorhin nicht zugehört, oder Sie verdrehen absichtlich, was er gesagt hat. Er hat ausdrücklich gesagt, daß die CDU nicht „SPD und Grüne“ sagt, sondern „SPD und AL“ und „Linksradikale“.

(Abg. Drexler SPD: Wo denn?)

– Das hat der Herr Ministerpräsident hier vorhin erklärt. Er hat das ausdrücklich hier so erklärt. Sie stellen jetzt wieder –

(Zuruf von der SPD: Radikale!)

– „Radikale“ steht dort. Wenn Sie, Herr Brechtken, Radikale mit Grünen gleichsetzen, dann ist das Ihre Sache. Wir tun das nicht.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

– „Radikale“ steht dort, nicht „Grüne“. Deshalb frage ich Sie, ob das Absicht war. Haben Sie nicht zugehört? Sind Sie bereit,

(Glocke des Präsidenten)

die Unterscheidung anzunehmen, wenn Sie über die politische Kultur diskutieren, daß wir nicht „Grüne“, sondern „Radikale“ gesagt haben?

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Gut, dann möchte ich Sie, Herr Haasis, fragen: Heißt das, daß dieses Wahlplakat zwar für Berlin gilt – es bezieht sich auf die AL Berlin –, aber für Baden-Württemberg keine Geltung haben soll?

(Abg. Brechtken SPD: Welches? – Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Wenn das so ist, muß ich Sie fragen: Warum ist es dann hier plakatiert?

(Zuruf des Abg. Leicht CDU)

Und warum müssen sich Ihre Kreisverbände zum Beispiel im Südbadischen dagegen wehren und dieses Plakat überkleben?

(Abg. Haasis CDU: Auf „Radikale“ bezieht sich das! – Abg. Köder SPD: Dann müssen Sie in Berlin plakatieren! – Abg. Brechtken SPD: Frau Bender, gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Da sind Sie, wie ich meine, mit sich selbst nicht so ganz im reinen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Frau Abg. Bender, gestatten Sie die Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Ja.

Abg. Brechtken SPD: Frau Kollegin Bender, könnte diese feinsinnige Unterscheidung zwischen AL einerseits und Grünen andererseits möglicherweise daran liegen, daß die Aussage des Herrn Ministerpräsidenten, er werde zurücktreten, wenn die CDU irgendwo mit den Republikanern koaliere, mit den Gesetzen der Logik zu tun hat? Wenn die Aussage stimmt, erstens, daß er zurücktritt, wenn irgendwo seine Partei mit den Republikanern koaliert, und wenn Sie, zweitens, gleichzeitig sagen – auch die Rede von Herrn Teufel war so angelegt –, daß nämlich Republikaner

(Brechtken)

als Radikale einerseits gleichzustellen seien mit den Grünen und andererseits mit Radikalen, dann müßten Sie, Herr Ministerpräsident, längst zurücktreten, weil Ihre Partei an verschiedenen Stellen längst mit den Grünen koalitiert.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Sie kommen aus dieser Logik nur heraus, indem Sie feinsinnig AL und Grüne unterscheiden. Dies ist die Unredlichkeit, die Sie hier jetzt vorführen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Noch einmal, meine Damen und Herren von der CDU: Das Etikett „radikal“

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ziehe ich mir auch und gerade für die baden-württembergischen Grünen an. Ich meine, wir sind radikal. Wir sind für eine radikale Umorientierung im Sinne eines ökologischen und sozialen Umbaus dieser Gesellschaft. Dazu stehe ich. Ich denke, daß da die eigentlichen Zukunftskonzepte liegen.

Damit komme ich wieder zu Ihnen. Ich meine, daß ein solches Wahlplakat, ein solcher Wahlkampf Ausdruck dessen ist, daß es bei Ihnen an einem solchen Zukunftskonzept fehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie steht denn die CDU heute da? Sie haben die Versprechen, die Sie mit der Wende gemacht haben, im wesentlichen nicht eingelöst. Heute können Sie, auch angesichts der gravierenden Probleme, die nicht zuletzt Ihre Politik geschaffen hat, nicht mehr einfach sagen: Weiter so! Das geht nicht mehr. Aber eine neue Zielperspektive ist nicht vorhanden. Deswegen haben Sie für die Zukunft nichts zu sagen. Sie schreiben es auf Ihr Wahlplakat und sagen: Wenn die anderen drankommen, ist die Zukunft sozusagen schon abgefeiert. Das heißt, Sie ersparen sich auch hier gerade für sich selber, ein inhaltliches Konzept vorzulegen.

Jetzt könnte ich ja aus der Sicht der Grünen sagen, meine Damen und Herren: Das ist uns gerade recht. Was Sie da tun, wird auf Sie zurückschlagen. Es wird Ihnen eher Wahlverluste bescheren, und wir könnten sozusagen die Hände in den Schoß legen und zukucken. Ich glaube – das ist auch der Grund, warum wir die heutige Debatte beantragt haben und sie hier führen –, daß es so nicht geht, weil der Schaden, den Sie damit anrichten, weiter geht. Es gibt ja in diesem Land Menschen, die tatsächlich Zukunftsangst haben. Die haben sie auch zu Recht gerade angesichts Ihrer Politik. Wenn Sie immer sagen, angesichts des Europäischen Binnenmarkts müßten sich eben alle fit machen,

(Zuruf des Ministers Dr. Palm)

die Bauern müßten sich fit machen, das Handwerk müsse sich fit machen, der Mittelstand müsse sich fit machen,

dann sprechen Sie damit auch selber an, daß diese Ängste real begründet sind.

Ich fürchte, daß Sie durch diese Tabuisierung eines politischen Wechsels und das blinde Draufhauen auf eine mögliche politische Alternative dazu beitragen, daß sich solche Zukunftsängste umsetzen in die Entscheidung des Protests, in die Entscheidung für diejenigen, die zwar auch nichts anzubieten haben, die aber am lautesten krakeelen und die Konjunktur der einfachen Weltbilder betreiben. Und das sind nun einmal die Republikaner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie tragen damit dazu bei, diesen Rechtsaußen-Parteien Auftrieb zu geben. Sie fördern damit die Parteiverdrossenheit.

Ich möchte Ihnen zum Abschluß noch etwas zu denken geben. Vielleicht lesen Sie mal die Rede des soeben wiedergewählten Bundespräsidenten von Weizsäcker nach.

(Abg. Teufel CDU: Den Sie nicht gewählt haben!)

Er hat in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Grundgesetzes gesagt:

Es gibt keine Stunde Null.

(Abg. Leicht CDU: Das haben wir heute schon einmal gehört!)

Mit keinem demokratischen Machtwechsel droht der Untergang.

(Abg. Leicht CDU: Sie haben auch nicht zugehört! Das ist vorhin vorgelesen worden!)

– Herrgott, jetzt hören Sie mir doch mal zu! Schaffen Sie das eigentlich nie, Herr Leicht?

(Heiterkeit und Zurufe – Abg. Leicht CDU: Ich kenne das schon! – Abg. von Trotha CDU: Wir kennen die Rede gut! – Weitere Zurufe von der CDU)

Nochmals:

Mit keinem demokratischen Machtwechsel droht der Untergang. Mit keiner neuen Regierung fängt die Sache erst richtig an.

Ich glaube, da liegt Ihr Problem, daß Sie einen demokratischen Machtwechsel, der zur Demokratie an sich dazugehört, tabuisieren, daß Sie den nicht ertragen können.

(Abg. Haasis CDU: Thema „Politische Kultur“! – Abg. Leicht CDU: Sie müssen doch den Herrn Bundespräsidenten nicht pachten! Ausgerechnet Sie! Der hat unser Grundsatzprogramm verfaßt! Den haben Sie nicht zu pachten! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

(Birgitt Bender)

Das, meine Damen und Herren von der CDU, ist ein politisches Versagen, das nicht nur Sie noch lange verfolgen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teufel.

Abg. Teufel CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte es für sehr gut, daß wir uns hier einmal argumentativ mit dem auseinandersetzen können,

(Lachen bei der SPD - Abg. Brechtken SPD: So etwas Heuchlerisches wie den erlebt man selten!)

was gesagt worden ist. Herr Kollege Spöri sprach von einer neuen Qualität und sagte dann an unsere Adresse: Sie lechzen geradezu nach Krawallen! - Das ist allerdings eine neue Qualität der Auseinandersetzung, Herr Kollege Spöri.

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abg. Leicht und von Trotha CDU)

Wie Sie das noch mit der Überschrift „Politische Kultur“, die über dieser Debatte steht, vereinbaren wollen, das ist Ihre Sache.

Herr Kollege Spöri, Sie treten hierher und sagen: Wir haben uns nach Kiel geschworen, daß wir Kiel nicht einseitig politisch ausschachten wollen. - Gleichzeitig führen Herr Schlauch und Herr Spöri aber Kiel hier ein,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Ja, selbstverständlich!
- Abg. Dr. Spöri SPD: Warum denn nicht? Das geht doch uns alle an!)

obwohl es wohl zu den simpelsten Wahrheiten gehört, daß es Schuld nur als persönliche Schuld gibt und daß Sie keinem CDU-Mann in diesem Haus das Verhalten von Barschel unterschieben können,

(Abg. Dr. Spöri SPD: Wer hat denn das gemacht?
- Gegenruf des Abg. Leicht CDU: Unterschwellig kommt das an!)

sowenig, wie man das irgendeinem Politiker einer anderen Partei unterschieben kann.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie fragen, wie man nach diesen Plakaten kollegial in diesem Hause zusammenarbeiten soll. Wir haben in dieser Debatte nicht die SPD in Baden-Württemberg angegriffen, und wir haben in dieser Debatte nicht die Grünen in Baden-Württemberg angegriffen,

(Abg. Köder SPD: Dann plakatieren Sie doch hier nicht!)

sondern wir haben in dieser Debatte die SPD in Berlin angegriffen, weil sie eine Koalition mit Extremisten in der AL gemacht hat. Das war das Thema dieser Debatte.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie verwechseln Ursache und Wirkung. Das Europawahlplakat der CDU hätte es nicht gegeben ohne die Koalition in Berlin, die auf der Grundlage eines Wortbruches zustande gekommen ist. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Teufel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Spöri?

Abg. Teufel CDU: Jetzt gerne, natürlich. Vorher nicht, weil es auf die Zeit gegangen wäre. Jetzt gern.

Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Kollege Teufel, können Sie mir sagen, warum Sie, wenn Sie nur die Berliner SPD mit Ihren Plakaten angreifen wollen, in Baden-Württemberg diese Plakate gegen uns aufstellen? Das ist ja wirklich bemerkenswert. Dann müßten Sie ja eigentlich nur in Berlin plakatieren.

Abg. Teufel CDU: Das beantworte ich gern: Weil ich gerne möchte, wenn wir schon beim Distanzieren sind, das Sie immer gefordert haben, Herr Kollege Spöri, daß Sie sich hier im Landtag von Baden-Württemberg von dieser Koalition und von der Zusammenarbeit mit Radikalen distanzieren. Das möchte ich gerne haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Schneider: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Kollege Teufel, nur eine Nachfrage:

(Abg. Schlauch GRÜNE: Herr Teufel, Sie reden sich um Kopf und Kragen!)

Haben Sie einmal die Plakate und die Annoncen zu den Plakaten in den Tageszeitungen genau nachgelesen, und ist Ihnen bekannt, daß dort nicht etwa nur die Berliner SPD und die rotgrüne Koalition angegriffen wird, sondern daß dort die These aufgestellt wird, daß gewissermaßen in der gesamten Bundesrepublik die SPD Bündnisse mit den Grünen eingehen würde,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Den Pakt mit den Grünen!)

und daß Sie insofern die SPD in der gesamten Bundesrepublik angreifen und daß Ihre Aussage hier nicht der Wahrheit entspricht?

Abg. Teufel CDU: Ich beantworte Ihre Frage sehr gern. Natürlich greife ich die SPD in der ganzen Bundesrepublik an,

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das ist aber ein Widerspruch!)

(Teufel)

und ich bin dankbar, daß mir Ihre Zwischenfrage die Gelegenheit dazu gibt.

(Beifall bei der CDU)

Ich greife Sie deshalb an - und vielleicht sagen Sie mir dazu einen Satz -,

(Abg. Dr. Spöri SPD: Gerade haben Sie das Gegenteil gesagt!)

weil Sie in der letzten Präsidiumssitzung vor der Berliner Wahl durch das Wort Ihres Parteivorsitzenden und einen Präsidiumsbeschluß mit fast den gleichen Worten, wie wir sie heute gebrauchen,

(Abg. Leicht und Abg. von Trotha CDU: So ist es!)

vor einer Koalition mit der AL und vor der Wahl der AL gewarnt haben.

(Beifall bei der CDU)

Nach der Wahl haben der Bundesvorsitzende der SPD und das Präsidium Ihrer Partei die Berliner SPD nicht zurückgepfiffen, diese Koalition einzugehen. Deswegen greife ich die ganze SPD an, denn sie ist jetzt nicht mehr verläßlich.

(Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Spöri SPD: Lesen Sie mal Ihr Protokoll nach!)

Ich muß befürchten, daß es nach dieser Desavouierung der Berliner SPD von ihrer eigenen Bundespartei und nach dem nachträglichen Sanktionieren durch die Bundespartei kein Halten mehr gibt bei Koalitionen zwischen der SPD und Radikalen. Deswegen greifen wir die ganze SPD an.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage noch einmal: Sie verwechseln Ursache und Wirkung. Am Anfang der Auseinandersetzung steht doch nicht das Plakat der CDU, sondern am Anfang der Auseinandersetzung steht doch die Koalition in Berlin. Das Plakat der CDU hätte es doch überhaupt nicht gegeben ohne diese Koalition in Berlin. Das sind doch die Fakten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Abg. Leicht CDU: So ist es! - Abg. Dr. Spöri SPD: Glatter Widerspruch! - Abg. Bütikofer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Präsident Erich Schneider: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Abg. Teufel CDU: Nein. Jetzt will ich den nächsten Gedanken hier ausbreiten.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Der gehört noch gerade dazu!)

Herr Kollege Spöri, ich gehe auf jedes einzelne Argument von Ihnen ein.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Sie reden sich um Kopf und Kragen! Lassen Sie es lieber bleiben!)

Ich halte das nämlich für sehr wichtig. Sie sagen, es sei ungeheuerlich, wenn man die historische Schuld des Rechtsradikalismus sehe, daß man dann gleichzeitig in dieser Form Linksradikalismus angreife.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Die Grünen! - Abg. Dr. Spöri SPD: Die Grünen meinen Sie doch! Es steht doch in der Annonce drin, daß das die Grünen sind!)

- Auf die komme ich gleich zu sprechen.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Jetzt sagen Sie doch mal, ob der Schlauch und der Schwandner Linksradikale sind! - Abg. Dr. Spöri SPD: Setzen Sie Schönhuber mit Schlauch und Schwandner gleich? Sagen Sie uns das!)

- Herr Kollege Spöri, es muß Ihnen unangenehm sein, daß ich ein Zitat aus Ihrer Rede hier nehme, um argumentativ hier Stellung zu nehmen. Vielleicht hören Sie einmal zu, was ich dazu sagen möchte.

Ich kann nur sagen: Ich wäre nicht in der Politik, wenn ich nicht aus ganzer Kraft das, was an historischer Schuld durch den Rechtsradikalismus in Deutschland geschehen ist, in meinem Leben und in meinem politischen Leben, so gut ich überhaupt kann, bekämpfen würde, damit so etwas in diesem Land nicht mehr geschieht. Aber, Herr Kollege Spöri, es gehört zu den Errungenschaften der Politikwissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, und es waren große Wissenschaftler, die Ihrer Partei angehören - ich denke an Bracher, ich denke auch an Topitsch, ich denke aber auch an Sontheimer -, die den Nachweis geführt haben, daß es sich um Totalitarismus insgesamt handelt, der zu bekämpfen ist,

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Spöri SPD: Unglaublich! Der Mann ist doch unglaublich! - Abg. Birgitt Bender GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

und daß die Merkmale des Linksradikalismus nicht anders aussehen als die Merkmale des Rechtsradikalismus.

(Abg. Leicht CDU: So ist es!)

Wir würden deshalb historische Schuld auf uns laden, wenn wir in unserer Zeit heute nur den Rechtsradikalismus bekämpfen würden - was wir mit ganzer Kraft tun müssen -, wenn wir aber nicht den Linksradikalismus gleichermaßen bekämpfen würden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Lachen des Abg. Schlauch GRÜNE - Glocke des Präsidenten)

Das würde unsere historische Schuld, meine Damen und Herren - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Teufel, es sind wieder Fragen da. Sind Sie bereit, die Fragen zu beantworten? – Bitte.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Darf ich Sie wirklich ernsthaft – –)

– Frau Abg. Bender hat sich schon etliche Male gemeldet. Ich darf Frau Abg. Bender zuerst das Wort geben. Danach kommen Sie, Herr Abg. Dr. Spöri.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Herr Teufel, darf ich aus Ihren Ausführungen schließen, daß Sie die Grünen für eine Partei mit einer totalitären Zielsetzung halten, oder auf wen beziehen sich sonst Ihre Ausführungen?

Abg. Teufel CDU: Frau Kollegin, auf die Grünen komme ich nachher noch zu sprechen. Sie kommen noch zum Zug, keine Sorge.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das ist aber keine Antwort!)

Im Augenblick bin ich noch bei der SPD. Ich komme auf die Grünen noch zu sprechen. Ich werde Ihnen Ihre Frage beantworten. – Herr Kollege Spöri, Sie wollten auch noch eine Frage stellen.

Abg. Dr. Spöri SPD: Ja. Ich wollte Sie einfach fragen, wie Sie dazu kommen – Sie definieren ja die Radikalen in Ihren Annoncen, die unter dem gleichen Slogan stehen, auch als Grüne –, eine aus einer ökologischen Lebenskrise dieser Gesellschaft entstandene politische Bewegung

(Abg. Teufel CDU: Das ist doch verrückt!)

mit einem Radikalismus auf der rechten Seite Deutschlands zu identifizieren, der wirklich eine einmalige historische Schuld zu verantworten hat. Habe ich Sie da richtig verstanden, daß Sie eine solche Gleichsetzung machen?

Abg. Teufel CDU: Herr Kollege Spöri, ich wäre auf dieses Thema nachher beim Thema Grüne noch zu sprechen gekommen. Die Tatsache, daß Grüne ökologische Themen aufgreifen, kann doch nicht ausgleichen, daß es bei den Grünen Leute gibt, die ein gebrochenes Verhältnis zur Gewalt und zum Rechtsstaat haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. von Trotha CDU: Besonders in Berlin!)

Das wird doch damit nicht ausgeglichen. Damit stemple ich aber doch nicht jeden Grünen zum Radikalen, sondern ich distanzieren mich von ganz bestimmten Aussagen ganz bestimmter Grüner und von deren Politik.

(Abg. von Trotha CDU: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Leicht CDU)

Insbesondere distanzieren mich von dem, was die AL vor der Berliner Wahl gefordert und in die Koalitionsvereinbarung in Berlin eingebracht hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Ist das eine totalitäre Partei? – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das ist doch ein Eiertanz, was Sie da vorführen! – Abg. Bütikofer GRÜNE: Zwischenfrage!)

Nun, Herr Kollege Spöri, komme ich zu Ihrem nächsten Punkt. Sie sagen: „Der Kollege Momper in Berlin hatte die Möglichkeit, diese Koalition einzugehen, denn im Unterschied zur Aussage der Alternativen vor der Wahl haben sie einige Essentials akzeptiert, und deswegen konnten wir die Koalition eingehen.“ Ich stelle die Frage: Was würden Sie denn eigentlich sagen, wenn es irgendwo zu einer Koalition zwischen der CDU und den Republikanern käme

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Die gibt es doch längst!)

und wir an dieses Pult treten und sagen würden?: „Das konnten wir tun, denn die Republikaner haben einige unserer Grundsätze akzeptiert und einige ihrer Forderungen aufgegeben.“ Drei haben sie akzeptiert.

(Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Schlauch GRÜNE – Abg. Dr. Spöri SPD: Hören Sie doch Kiechle an!)

Was würden Sie denn tun? Wie sind Sie denn über einen Mann wie den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten hergefallen,

(Zurufe der Abg. Dr. Spöri SPD und Schlauch GRÜNE)

der genau dies gesagt hat? Er hat gesagt: „Jetzt eine Koalition? – Undenkbar. Die Republikaner müßten sich total wandeln und zu einer ganz anderen Partei werden. Dann könnten wir darüber vielleicht nachdenken.“

(Zuruf des Abg. Dr. Spöri SPD – Gegenruf des Abg. Haasis CDU)

Sie stellen sich hierher und sagen: „Drei Essentials zur Deutschlandpolitik sind anerkannt worden.“ Drei Essentials zur Deutschlandpolitik! Von der Rechtspolitik haben Sie nicht gesprochen. „Deswegen können wir mit denen koalieren!“

(Beifall bei der CDU)

Ich muß Sie fragen: Was ist denn das für eine Argumentation?

(Abg. Dr. Spöri SPD: Was ist mit Lummer und Kiechle?)

Herr Kollege Spöri, wenn hier eines notwendig wäre, dann dies, wozu Sie der Ministerpräsident hier aufgefordert hat: daß Sie sich nicht nur vom Rechtsradikalismus distanzieren, wie wir das unaufgefordert tun, sondern daß Sie sich auch vom Linksradikalismus distanzieren.

(Teufel)

(Zurufe von den GRÜNEN – Abg. Birgitt Bender
GRÜNE: Sie reden doch von Phantomen! –
Lachen bei der CDU)

Ich habe übrigens hier keine Behauptungen aufgestellt und kaum eine eigene Wertung in meiner Rede abgegeben. Sie können das noch einmal schriftlich haben; dann sehen Sie, daß meine Rede fast ausschließlich aus Fakten und Zitaten besteht,

(Abg. Dr. Spöri SPD: Und Widersprüchen! Gerade eben!)

die belegbar sind.

Wenn von der Sprecherin der Grünen gesagt worden ist, das seien Stichworte für die Republikaner gewesen, dann kann ich nur sagen: Es waren wörtliche Zitate aus der Koalitionsvereinbarung von SPD und AL.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! – Zuruf der
Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Dann hat diese Koalitionsvereinbarung Stichworte für die Republikaner gegeben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Dann sind wir der Wahrheit näher, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dann sind wir deshalb der Wahrheit näher, weil es eine Erfahrungstatsache ist, daß sich links und rechts gegenseitig hochschaukeln.

(Zustimmung bei der CDU)

Es würde in Berlin ohne die AL keine Republikaner geben. Das ist ein Faktum, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Spöri SPD: Oje, oje! – Abg. Ulrich Maurer SPD: Warum gibt es in Baden-Württemberg Republikaner?)

Dann stehen Sie hierher, Herr Kollege Spöri, und behaupten wahrheitswidrig,

(Abg. Jacobi GRÜNE: Dumme Unverschämtheit!
– Glocke des Präsidenten)

die CDU auf Bundesebene ...

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Teufel, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Abg. Teufel CDU: ... habe Herrn Diepgen, der eine große Koalition gewollt habe, zurückgepfiffen.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das ist doch klar!)

Das ist nicht wahr.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Sie haben doch die Kampagne schon abgesetzt gehabt!)

Ich habe ebenso an der fraglichen Bundesvorstandssitzung der CDU teilgenommen wie unser Ministerpräsident. Der Regierende Bürgermeister von Berlin hatte freie Hand. Selbstverständlich – obwohl ich große Koalitionen im Grunde nur in Notzeiten und zur Abwehr noch größeren Übels für gerechtfertigt halte; diese Situation war für mich in Berlin gegeben; das sage ich ganz offen – hätten Demokraten in dieser Situation eine große Koalition einem Bündnis der SPD mit den Radikalen in der AL vorziehen müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg.
Birgitt Bender GRÜNE)

Daran wäre selbstverständlich die Berliner CDU nicht gehindert worden. Ja, sie hatte diese Absicht. Herr Momper ist umgefallen. Verdrehen Sie doch nicht die Wahrheit! Nicht die Berliner CDU ist umgefallen, Herr Momper ist umgefallen.

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Teufel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Spöri?

Abg. Teufel CDU: Ja, bitte. Gern.

Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Kollege Teufel, Sie haben eben die atemberaubende These aufgestellt, die allen Wahlforschern widerspricht, daß die Berliner Republikaner ihren Wahlerfolg vor allem der AL zu verdanken hätten. Ich möchte Sie fragen, ob Ihnen die Auswertung der Berliner Wahlergebnisse aller Institute bekannt ist, die nämlich besagt, daß die zentrale Ursache des Berliner Wahlerfolgs der Republikaner die Tatsache gewesen ist, daß viele Menschen in Berlin keinen preiswerten Wohnraum gefunden haben, daß die Wohnungsbaupolitik in Berlin katastrophal gewesen ist und daß die Leute aus Protest gegen die Belastung einer ungerechten Gesundheitsreform diesen Senat Diepgen abgewählt haben

(Beifall bei der SPD)

und daß Herr Diepgen, lieber Herr Teufel, nicht bereit war und von der Bonner CDU-Führung nicht den Spielraum bekommen hat, diesen falschen sozialpolitischen Kurs im Rahmen einer großen Koalition zu korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Abg. Teufel CDU: Herr Kollege Spöri, zwei Aussagen dazu:

Erstens: Gehen Sie davon aus, daß alle öffentlich zugänglichen Wahlanalysen über das Wahlergebnis von Berlin nicht nur von Ihnen gelesen worden sind, sondern auch von mir.

Zweitens werden Sie wahrscheinlich nicht den simplen Sachverhalt bestreiten, daß jede eingeworfene Fensterscheibe, jedes angebrannte Auto, jeder angegriffene Poli-

(Teufel)

zeibeamte, jeder Straßenterror auf Berliner Straßen den Republikanern und den Rechtsaußen Stimmen zutreibt.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: War das die AL?)

Das ist doch ein simpler Sachverhalt.

(Beifall bei der CDU)

Dafür brauche ich überhaupt keine Wahluntersuchungen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich komme jetzt zum nächsten Punkt. – Sie können hier ja selber reden. Wenn ich jede Minute eine Zwischenfrage zulasse, dann wird es doch wohl reichen, dann darf ich doch einen eigenen Satz dazwischensagen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß für die Fensterscheiben nicht die AL verantwortlich ist?)

Ich habe von radikalen Kräften gesprochen.

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Spöri, Sie haben noch zwei Sätze gesagt, die es wert sind, hier festgehalten zu werden, weil wir Sie vielleicht in künftigen Debatten gerne an diese zwei Sätze erinnern. Der eine lautete: „Wir bilden Koalitionen in jede Richtung, wir lassen uns nicht festlegen.“ Das wird interessant sein. Das ist für uns auch im Hinblick auf kommende Wahlkämpfe in Baden-Württemberg eine interessante Aussage. Ihre zweite Aussage: „Die Koalition in Berlin wird Maßstäbe der ökologischen Erneuerung setzen.“ Wollen wir einmal sehen, was aus der Koalition in Berlin in einem halben oder ganzen Jahr geworden ist, ob sie nicht ein ähnliches Schicksal erleidet, wie wir es in Hessen schon einmal erlebt haben.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das ist Ihre Sehnsucht! Das hätten Sie gern so! – Gegenruf des Abg. Leicht CDU: Das ist bittere Erfahrung für Sie!)

Ich wende mich dem nicht mehr anwesenden Herrn Kollegen Döring zu. – Doch, er ist da. Er sitzt inzwischen in der hinteren Reihe. Herr Kollege Döring, ich würde mich jetzt gerne Ihnen zuwenden, wenn Sie gestatten.

(Abg. Leicht CDU: Das war eine schlechte Figur heute!)

Ich möchte einige Bemerkungen zu Ihnen machen. Sie beklagen sich, wörtliches Zitat, mit großen Krokodilstränen darüber, daß der Bürger sich von der Politik abwende. Sie verwechseln die Politik mit der FDP. Der Bürger wendet sich von der FDP ab. Herr Kollege Döring, in Baden-Württemberg haben Sie nur 5,4 % bekommen, jetzt sind Sie nach Umfragen gerade bei 5 %.

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

– Na ja, Sie haben nach dem, was Sie hier gesagt haben, ein bißchen was verdient, Herr Döring. Das werden Sie zugeben.

Jetzt will ich aber sagen, warum ich dies zitiere. Herr Kollege Döring, haben Sie denn noch nicht bemerkt,

(Abg. Leicht CDU: Der merkt nichts!)

daß Ihre Partei in Berlin die 5 % nicht mehr geschafft hat, weil es inzwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten gibt, zwischen denen die FDP als demokratische Kraft zerrieben worden ist? Ich glaube deshalb, daß Sie sich des Themas Berlin und der Ereignisse in Berlin annehmen sollten, bevor Sie sich mit einem Wahlplakat befassen, das ausschließlich Folgerungen aus diesen Ereignissen von Berlin zieht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Haasis CDU: Sehr gut!)

Jetzt möchte ich noch gerne einen Satz zu den Grünen in Baden-Württemberg sagen, nachdem ich dazu aufgefordert worden bin. Die Grünen in Baden-Württemberg waren – Sie wissen das, denn Sie haben die Aktuelle Debatte beantragt – wohl nicht das Thema dieser Aktuellen Debatte. Aber wenn Sie etwas zu den Grünen in Baden-Württemberg hören wollen, dann bin ich auch gerne bereit, etwas zu den Grünen in Baden-Württemberg zu sagen. Ich habe mich exakt an das Thema gehalten und habe mit Fakten zur Koalition zwischen SPD und AL Stellung genommen. Wie ich die Grünen in Baden-Württemberg beurteile, das hängt davon ab, welche Grünen in Baden-Württemberg welche Aussage dieser Koalitionsvereinbarung von SPD und AL in Berlin, die ich zitiert und angegriffen habe, bejahen oder bekämpfen; schlicht und ergreifend: Ich differenziere, ich verurteile nicht pauschal.

(Beifall bei der CDU)

Ich wasche aber nicht pauschal rein, daß das auch klar ist.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Alle antreten zum Eignungstest! – Abg. Dr. Spöri SPD: Teufel macht den Lackmустest!)

Ich befinde mich in guter Gesellschaft, ich mache es wie die Fraktion der Grünen in Baden-Württemberg; die differenziert auch.

(Zuruf von der CDU: Wenn sie es braucht!)

Die distanziert sich etwa von der Fraktionskollegin Glaser, wenn diese ganz unmögliche Dinge zum Hungerstreik der rechtskräftig verurteilten Terroristen in Gefängniszellen sagt. Deswegen distanzieren sich auch von Frau Glaser. Ich distanzieren mich beispielsweise von folgender Aussage der Frau Glaser, einer ungeheuerlichen Aussage. Sie sagt:

Die Mehrzahl dieser Todesfälle – in Stammheim – in staatlichem Gewahrsam sind bis heute entgegen herrschender Auffassung weitgehend ungeklärt, insbesondere was die Frage von Mord oder Selbstmord anlangt.

(Teufel)

(Abg. Dr. Volz CDU: Hört, hört! – Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE: Zitat weiter?)

Eine ungeheuerliche Aussage, nachdem dieses Parlament einen Untersuchungsausschuß eingesetzt hatte,

(Abg. Dr. Volz CDU: Und einstimmig!)

dem Vertreter aller Fraktionen angehört haben, unter Vorsitz des früheren SPD-Justizministers. Dieser Ausschuß hat ein einstimmiges Ergebnis gehabt.

(Zuruf der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Einstimmig! Und ich würde Ihnen empfehlen, daß Sie sich damit einmal befassen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Was wollen Sie jetzt damit sagen?)

Meine Damen und Herren, ich stecke nicht alle Grünen in einen Sack. Aber man wird doch wohl noch sagen dürfen, wenn ein grüner Bundestagsabgeordneter, der Sprecher Ihrer Fraktion war, Herr Ebermann,

(Abg. Keitel CDU: So ist es!)

von dem ich ein halbes Dutzend Zitate dahabe

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Nur? – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Schwaches Archiv!)

– ich habe da noch einiges –, beispielsweise laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 5. Mai erklärt:

(Lachen der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Hierbei ging es um

– jetzt wörtliches Zitat –

das Wahrnehmen einer möglichst umfassenden Einflußnahme und Bündnispolitik gegenüber der grünen Wahlbewegung, um das Überleben der Kommunisten in dieser Situation überhaupt zu ermöglichen.

(Abg. Schaufler CDU: Hört, hört! – Lachen der Abg. Birgitt Bender GRÜNE – Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Wann ist das gesagt worden? – Gegenruf des Abg. von Trotha CDU)

Meine Damen und Herren, es ist doch wohl nicht zu bestreiten, daß in die Partei der Grünen auch solche Leute hineingegangen sind,

(Zurufe von den GRÜNEN – Abg. Dr. Spöri SPD: Ein McCarthy!)

die dort eine größere Chance gesehen haben für die Verwirklichung ihres radikalen, rechtsstaatsfeindlichen Gedankengutes als in kommunistischen Splitterparteien. Das kann doch wohl auch nicht bestritten werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Und wenn Sie dafür weitere Zitate haben wollen, dann können Sie sie bekommen.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Ja!)

Deswegen ist mein Verhältnis zu den Grünen so,

(Abg. Dr. Spöri SPD: Der McCarthy aus Spai-chingen! – Gegenrufe von der CDU)

daß ich sie weder pauschal verurteile noch pauschal reinwasche, sondern daß ich mich mit Fakten befasse, mit Aussagen und mit konkreter Politik.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Im übrigen, Herr Kollege Spöri, ist noch einmal ein gewaltiger Unterschied, ob wir in diesem Parlament mit den Grünen, mit Vertretern einer anderen Fraktion, die von den Bürgern gewählt sind, vernünftig umgehen und parlamentarisch zusammenarbeiten

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Das ist katholische Inquisition!)

oder ob wir mit Radikalen in irgendeinem Parlament eine Koalition bilden. Das ist doch wohl noch einmal ein elementarer Unterschied.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Für das erste bin ich und gegen das zweite mit der gleichen Entschiedenheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Das ist katholische Gesinnungsprüfung in miesester Form! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Filbinger-Zitat!)

Jetzt komme ich noch zum Herrn Kollegen Maurer. Der hat ja auch gesprochen.

(Zurufe von der SPD)

– Man soll doch jedem die Ehre antun, wenn er hier schon das Wort nimmt.

(Abg. Drexler SPD: Bringen Sie doch mal das Filbinger-Zitat! – Zuruf des Abg. Ulrich Maurer SPD)

Wissen Sie, man muß ein denkbar gutes Gewissen haben, um nicht zu sagen: sehr selbstgerecht sein,

(Abg. Drexler SPD: Das sagen Sie! – Lachen bei der SPD)

wenn man wie Herr Maurer an der Bundespräsidentenwahl in Berlin teilnimmt

(Teufel)

(Abg. Dr. Spöri SPD: In Bonn war das!)

- in Bonn teilnimmt; leider nicht in Berlin -, dort an Plakaten vorbeifährt „Die CDU ist zu allem fähig und zu nichts zu gebrauchen“ und dann hierhersteht und uns Vorwürfe macht wegen des Europawahlplakats.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Volz CDU)

- Haben Sie sich von diesem Plakat distanziert?

(Abg. Dr. Spöri SPD: Der Käse wird hier nicht plakatiert!)

- Distanzieren Sie sich von diesem Plakat?

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Machen Sie das! - Abg. Dr. Spöri SPD: Ich sage Ihnen: Dieser Slogan ist nicht intelligent! Deswegen wird er nicht plakatiert! Die SPD in Baden-Württemberg plakatiert nur sehr intelligente Slogans! - Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

- Gut. Dann befasse ich mich mit Plakaten, die aus Ihrer Sicht intelligent sind und in Baden-Württemberg aufgehängt sind.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Richtig!)

Dieser Plakatslogan, der mir überall entgegenlacht, lautet: „Wir sind Europa.“

(Abg. Leicht CDU: Sehr intelligent! - Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Man muß sich einmal diesen Totalitätsanspruch vorstellen, und man muß sich einmal das Pluralismusverständnis einer solchen Partei vorstellen,

(Abg. Mogg SPD: Ihr seid von uns aus auch Europa!)

die sagt: „Wir sind Europa“,

(Abg. Dr. Spöri SPD: Jawohl!)

die also in einer Demokratie den totalen Anspruch erhebt.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Totalitär? - Glocke des Präsidenten)

- Ja, das meine ich schon.

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Teufel, es werden wieder Wünsche laut, Fragen zu stellen. Ist das möglich?

Abg. Teufel CDU: Das liegt beispielsweise auf der Linie: Wir haben die Friedenspolitik für uns gepachtet, und die anderen sind friedensunfähig.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Oje, oje!)

Das ist völlig die gleiche Linie.

(Zuruf des Abg. Dr. Spöri SPD)

Das ist politische Kultur. Weil SPD draufsteht, ist es politische Kultur.

Weil Sie Plakate kritisiert haben, auf denen neben Herrn Alber der Herr Bundeskanzler Helmut Kohl zu sehen ist, möchte ich Ihnen sagen:

(Zuruf des Abg. Dr. Spöri SPD)

Ich habe in Frankreich Großflächenplakate zur Europawahl gesehen

(Zuruf von der SPD: Von Herrn Kohl?)

- in der Tat -, auf denen Herr Mitterand und Herr Kohl abgebildet sind. Es sind Wahlplakate der französischen Sozialisten, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der CDU - Abg. Bütikofer GRÜNE: Ist es richtig, daß man auf diesem Plakat Herrn Kohl nur von hinten sieht? - Abg. Dr. Spöri SPD: Da wird der Herr Kohl immer übersetzt! In Frankreich hören ihn die nie im Original!)

Im übrigen hat Herr Maurer in einem zehnminütigen Beitrag uns zwar beschimpft - -

(Zuruf des Abg. Dr. Spöri SPD)

- Nein, das heißt ja nur, daß die französischen Sozialisten intelligenter sind als die deutschen Sozialdemokraten.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU)

Sie sehen nämlich, was unter dem Ratsvorsitz des deutschen Bundeskanzlers in sechs Monaten für Europa geleistet worden ist. Ich kann Ihnen nur sagen, ein anderer französischer Sozialist, der derzeitige Präsident Delors, hat mir in einem Gespräch mit einigen Fraktionsvorsitzendenkollegen aus anderen Bundesländern

(Abg. Schlauch GRÜNE: Mir auch!)

wörtlich gesagt: „Herr Kohl hat in sechs Monaten für Europa mehr zustande gebracht als andere in sechs Jahren.“ Das sehen die französischen Sozialisten. Das sehen deutsche Sozialdemokraten nicht, weil sie dafür blind sind. Aber Sie müssen Verständnis dafür haben, daß wir uns darum bemühen, daß es auch eine Mehrheit der Deutschen erkennt, wenn es eine Mehrheit der Franzosen so sieht. Dafür machen wir derzeit Wahlkampf.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Teufel, lassen Sie eine Frage des Herrn Abg. Maurer zu? Er hat sonst keine Möglichkeit mehr.

Abg. Teufel CDU: Das ist wahr. Gern. Ein verstummter Maurer wäre eine Verarmung des Parlaments; das muß man sagen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Deswegen sehr gerne, Herr Kollege Maurer.

Abg. Ulrich Maurer SPD: Herr Kollege Teufel, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß Ihnen der Kollege Spöri die Wegnahme dieses Kohl-Alber-Plakates wegen mangelnder Intelligenz dieses Plakates empfohlen hat und daß wir immer noch auf die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten warten, daß Sie in Baden-Württemberg ein Plakat beseitigen, das sich nicht durch mangelnde Intelligenz auszeichnet, sondern durch die Verunglimpfung des politischen Gegners. Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß unser Werturteil über Herrn Kohl nach allem, was man lesen kann, nicht schlechter ist als das Ihres CDU-Landesvorsitzenden.

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Abg. Teufel CDU: Herr Kollege Maurer, Sie haben sich zum richtigen Zeitpunkt gemeldet und darauf hingewiesen, daß noch eine Erklärung fällig ist. Es fehlt nämlich noch eine Erklärung von Ihnen. Sie haben vorhin zehn Minuten – das hatte ich vorhin gesagt – über ein Plakat gesprochen und uns, die CDU, verunglimpft, in Ihrem Beitrag aber überhaupt nichts zum Bündnis zwischen SPD und AL in Berlin gesagt. Es würde mich außerordentlich interessieren, wie Sie zu diesem Bündnis stehen. Das ist nämlich keine Verunglimpfung, sondern jetzt beginne ich wieder – das möchte ich wieder ausdrücklich sagen – zu zitieren. Ich zitiere aus der Koalitionsvereinbarung zwischen AL und SPD wörtlich aus dem Fachorgan „Der Strafvollzug“, Nummer 11/89.

(Abg. Dr. Volz CDU: Das ist gut!)

Vereinbart sind: Erweiterung von Urlaub und Vollzugslockerungen, offener Vollzug als Regelvollzug ...

(Abg. Schlauch GRÜNE: Für den Sauerkrautfabrikanten Manz gibt es bei einer fast sechsjährigen Freiheitsstrafe schon nach zehn Monaten Lockerungen! Das ist die alte Klassenjustiz! – Lachen bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

– Verehrter Herr Schlauch, wenn sich die Grünen von dieser Koalitionsvereinbarung distanzieren wollen, haben sie heute hier Gelegenheit dazu.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Keine Notwendigkeit!)

Wenn ihnen aber nichts anderes einfällt, als daß sie sagen: „Sehen Sie doch ein, wir haben auch ökologische Ziele“, und sie zu solchen Vereinbarungen überhaupt nichts sagen --

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Ist das richtig? – Es ist richtig. Die ersten zwei Punkte werden also auch von den Grünen bejaht. Dann mache ich weiter:

Keine Vermehrung der Haftplätze, Schließung der Frauenhaftanstalt, Schließung von Sicherheitsbereichen für gefährliche Gefangene ...

Das heißt, die Hochsicherheitstrakte werden geschlossen. Sie werden übrigens, wie ich gelesen habe, zu Werkstätten und Freizeiteinrichtungen umgebaut.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dann geht es weiter – jetzt wieder wörtliches Zitat –:

Auflösung der Sicherungsgruppen, Abschaffung der Arrestzellen, Auflösung des Krankenhauses der Berliner Vollzugsanstalt, Akteneinsichtsrecht der Gefangenen in ihre Gefangenenpersonalakten.

(Zuruf von der SPD: Was ist daran radikal? – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Sehr richtig! Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen!)

Das Fachorgan der Strafvollzugsbeamten berichtet wörtlich:

Die AL hat ihr Ziel, die Abschaffung der Vollzugsanstalten in der Koalitionsvereinbarung festzuschreiben, über den Umweg gezielter Einzelmaßnahmen erreicht.

(Abg. Leicht CDU: SPD, wo bist du geblieben?)

Die Zusammenfassung aller beabsichtigten Maßnahmen bedeutet die bewußte Zerschlagung des Berliner Strafvollzugs. Das Chaos ist vorprogrammiert.

(Abg. Dr. Volz CDU: Hört, hört!)

Es geht weiter, wörtliches Zitat:

Der Hungerstreik linksterroristischer Gewalttäterinnen begann in Berlin zeitgleich mit der Aufnahme der Koalitionsvereinbarungen über den Justizvollzug, bei denen die AL auch Forderungen zur Zusammenlegung linksterroristischer Gewalttäter stellte.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Das sind aber keine Zitate!)

Meine Damen und Herren, die Haltung des SPD/AL-Senats von Berlin zum Hungerstreik und zur Zusammenlegung der rechtskräftig verurteilten Terroristen ist bekannt. Nach Abbruch des Hungerstreiks erklärte der Regierende Bürgermeister Momper, die Inhaftierten hätten „eine wichtige Vorleistung erbracht“.

(Lachen bei der CDU)

Berlin stehe weiterhin zu seiner Bereitschaft, einer Zusammenlegung zuzustimmen.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

(Teufel)

Meine Damen und Herren, solche Fakten soll man nicht mehr nennen dürfen, weil ihre Einführung in die öffentliche Diskussion angeblich die politische Kultur gefährdet. In Wirklichkeit gefährdet eine solche Politik von SPD und AL zentrale Prinzipien des Rechtsstaats.

(Beifall bei der CDU – Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Das ist der liberale Rechtsstaat!)

Damit die Grünen in Baden-Württemberg auch noch auf ihre Kosten kommen, nur ein Beispiel aus jüngster Zeit: vorletztes Wochenende Bundestagung der Grünen, Verabschiedung eines Ausländerpapiers. Ich zitiere aus dem Pressedienst der Grünen wörtlich:

Es gibt keine von Ausländer- oder Flüchtlingsproblemen überforderte Europäische Gemeinschaft, weder ökonomisch noch sozial, noch kulturell. Was es jedoch gibt,

– und jetzt bitte ich aufzumerken –

ist die weltweite Politik der wirtschaftlichen Ausbeutung und der sozialen, politischen und militärischen Unterdrückung durch die Industrienationen der Europäischen Gemeinschaft.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Stimmt das etwa nicht?)

Von solchen unglaublichen Beschlüssen der Grünen distanzieren sich mich allerdings mit aller Entschiedenheit, wenn Sie sich nicht davon distanzieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schlauch GRÜNE: Das dürfen Sie auch! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie brauchen unsere Parteitagbeschlüsse nicht unterschreiben!)

Das alles soll man den Bürgern vor der Europawahl nicht sagen dürfen, weil man sonst gegen die politische Kultur verstößt. Meine Damen und Herren, politische Kultur wäre es,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wenn Sie jetzt aufhören würden!)

wenn die Demokraten aller Parteien in aller Entschiedenheit radikale von links außen und rechts außen gleichermaßen bekämpfen würden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Leicht CDU: Ausgezeichnet! – Abg. Dr. Spöri SPD: Oje!)

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind längst verbraucht. Ich darf deshalb die Aktuelle Debatte jetzt abschließen.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das Archiv ist geschlossen!)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1989/90 – Drucksache 10/1624

Beschlußempfehlungen des Finanzausschusses – Drucksachen 10/1645, 10/1646

Berichtersteller: Abg. Dr. Puchta

Meine Damen und Herren, der Finanzausschuß hat mündliche Berichterstattung beschlossen. Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Puchta zur Erstattung des Berichts über die Ausschußberatungen.

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich berichte über die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Innenausschusses vom Dienstag, dem 30. Mai 1989. Die gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse dauerte von 10 Uhr bis zirka 11.30 Uhr.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Den einzigen Tagesordnungspunkt bildete die Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, Drucksache 10/1624, des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1989/90.

Im Entwurf eines Sondernachtrags, über den wir heute beraten, wird das Sonderwohnungsbauprogramm 1989/90 veranschlagt. Das Sonderwohnungsbauprogramm umfaßt zusätzlich 5 000 Wohneinheiten mit einem zusätzlichen Bewilligungsvolumen von 165 Millionen DM. Die Wohneinheiten teilen sich in insgesamt fünf verschiedene Bereiche auf:

Erstens: Es werden 600 Eigentumsmaßnahmen für kinderreiche Familien mit einem Subventionswert von 61 500 DM und einem Bewilligungsvolumen von 36 Millionen DM finanziert.

Zweitens: Außerdem sind 2 400 Mietwohnungen für einkommensschwache Familien, gleichermaßen für Einheimische und Aussiedler, mit einem Subventionswert von 40 000 DM und einem Bewilligungsvolumen von 96 Millionen DM enthalten.

Drittens: Im Rahmen eines sogenannten Investorenmodells werden Aufwandsdarlehen in Höhe von 12 000 DM für insgesamt 1 000 Altenwohnungen mit einem Bewilligungsvolumen von 8 Millionen DM finanziert.

Viertens: 500 studentische Wohnheimplätze werden mit einem Subventionswert von 15 000 bis 20 000 DM und einem Bewilligungsvolumen von 10 Millionen DM finanziert.

Fünftens: Abschließend werden 500 Schwesternwohnheime mit einem Subventionswert zwischen 25 000 und 30 000 DM und einem Bewilligungsvolumen von 15 Millionen DM finanziert.

(Dr. Puchta)

Der Entwurf des Sondernachtragshaushalts enthält für 1989 eine Verpflichtungsermächtigung von insgesamt 165 Millionen DM. Darin sind 140 Millionen DM für den Bereich des Innenministeriums und 25 Millionen DM für den Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst enthalten.

An Haushaltsmitteln sind 30 Millionen DM für 1990 veranschlagt, davon für den Bereich des Innenministeriums 20 Millionen DM und für den Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst 10 Millionen DM.

Die Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen bei der Vermögensteuer und durch Forderungsverkäufe an die Landeskreditbank gedeckt.

An die Darstellung des Nachtragsentwurfs im Finanzausschuß durch Staatssekretär Heckmann schloß sich eine umfangreiche und kontroverse Diskussion an. Verschiedene Sprecher der SPD zweifelten vor allem an, ob Barmittel in Höhe von 30 Millionen DM für das Jahr 1990 genügten, wenn allein die Eigentumsmaßnahmen mit 600 von insgesamt 5 000 Wohneinheiten ein Bewilligungsvolumen von 36 Millionen DM erforderten.

Ein CDU-Sprecher wollte wissen, ob gesichert sei, daß die Finanzmittel ausbezahlt werden könnten.

Der Vorsitzende stellte die Frage, was passiere, wenn die Mittel nicht ausreichen würden.

Ein Sprecher des Ministeriums erklärte, beim Kassenbedarf seien drei Aspekte zu berücksichtigen. Als erstes zeige sich aus Erfahrung, daß im ersten Jahr eines Programms in der Regel keine Kassenmittel anfielen. Im zweiten Jahr würden 15 bis 20 % abgerufen und im dritten ungefähr 30 bis 40 %.

Ein zweiter wichtiger Aspekt sei der, daß das Aussiedlerwohnungsbauprogramm vom Bund mit einem wesentlich günstigeren Zufluß an Kassenmitteln versehen sei, als dies bisher im Sozialmietwohnungsbau üblich gewesen sei. Der Kassenbestand betrage 285 Millionen DM.

Schließlich stehe im Notfall, drittens, der Kassenpool des Innenministeriums zur Verfügung, von dem jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit kein Gebrauch gemacht werden müsse.

Zu diesen Ausführungen meldete ein SPD-Abgeordneter erhebliche Zweifel an, weil die genannten 285 Millionen DM bereits aus alten Programmen vorbelastet seien. Für ihn liege auf der Hand, daß es nur zwei Möglichkeiten gebe: Entweder reichten die Mittel nicht, oder die Wohnungen würden nicht schnell genug gebaut.

Im gleichen Zusammenhang stellte ein FDP/DVP-Abgeordneter fest, der vorgetragene Mittelabfluß sei sehr langsam, da erst nach drei Jahren der Hauptteil der Mittel abfließe.

Ein CDU-Abgeordneter entgegnete, Sorgen, daß das Geld zu langsam zufließe, seien unbegründet.

Der Staatssekretär nahm zu dieser Diskussion abschließend wie folgt Stellung: Das Programm werde ordnungsgemäß finanziert, es werde keine Verzögerungen geben, und falls bei den Finanzmitteln Schwierigkeiten auftauchen würden, würde die Landesregierung rechtzeitig einen Nachtragshaushalt beantragen.

Auf Frage eines FDP/DVP-Abgeordneten antwortete der Innenminister, daß insgesamt 13 000 Anträge vorlägen, wovon 9 700 Anträge nicht hätten berücksichtigt werden können. Im übrigen sei beim bisherigen Wohnungsbauprogramm die Differenzierung zwischen Inländern und Aussiedlern von Anfang an unglücklich gewesen.

Ein Abgeordneter der Grünen fragte den Innenminister ausdrücklich nach Einzelheiten des Mietwohnungsbauprogramms. Unter anderem wollte er wissen, welche Bedeutung dieses Programm für Entspannungen auf dem Wohnungsmarkt habe. Des weiteren wollte er wissen, wie lange die Sozialbindung gelten würde und wie die Mietpreise gestaltet würden.

Der Innenminister verdeutlichte, daß durch die Zuzüge von Aussiedlern am Wohnungsmarkt kurz- und mittelfristiger Handlungsbedarf vorhanden sei. Wenn zur Zeit 18 000 Aussiedler in Pensionen und Gaststätten untergebracht seien, sei es besser, Wohnungen zu bauen. In diesem Rahmen müßten auch die Gemeinden etwas tun, indem sie entweder Grundstücke bereitstellten oder sich direkt finanziell am Wohnungsbau beteiligten.

Der Innenminister versprach, daß nach Verabschiedung des Gesetzentwurfs innerhalb von zehn Tagen die Konditionen des Bauprogramms vorgelegt würden.

Ein Vertreter des Innenministeriums wies in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich auf § 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes hin, wonach neben dem Bund und den Ländern auch die Kommunen ihren Teil zum Wohnungsbau beitragen müßten.

Im Anschluß an diese eher grundsätzliche Diskussion ergaben sich vielfältige Fragen zu den Einzelerläuterungen des Nachtrags.

Im Rahmen der Diskussion über Kapitel 0309 begründete ein SPD-Abgeordneter den SPD-Antrag zur Erstellung von 12 000 Sozialmietwohnungen. Der Antrag wurde mit 18 : 11 Stimmen abgelehnt.

Ein Abgeordneter der Grünen wies darauf hin, daß seine Fraktion in diesem Zusammenhang eventuell noch eigene Anträge einbringen werde.

Ein Abgeordneter der CDU verwies darauf, daß seine Fraktion eigentlich einen Antrag auf Förderung von Wohnraum für große Familien habe einbringen wollen, darauf jedoch verzichte, weil im Augenblick die Konditionen und die Richtlinien des Sonderprogramms noch ausstünden. Er behalte sich jedoch vor, beim Vorliegen der Richtlinien eventuell im Herbst im Rahmen der Nachtragsberatungen noch einen Antrag einzubringen.

(Dr. Puchta)

Im Rahmen der Beratung von Kapitel 1214 - Informationstechnisches Gesamtbudget - brachte ein SPD-Abgeordneter den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein, hier im Haushaltsjahr 1989 10 Millionen DM und im Haushaltsjahr 1990 32 Millionen DM zum Ausgleich der Mehrausgaben für den Wohnungsbau einzusparen. Der Antrag wurde mit 17:14 Stimmen abgelehnt. Im übrigen wurde sämtlichen Kapiteln des vorgelegten Nachtrags mehrheitlich zugestimmt.

Abschließend beschlossen der Finanzausschuß und der Innenausschuß mehrheitlich, dem Plenum zu empfehlen, das Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1989/90 anzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über diesen Nachtrag eine Redezeit von 10 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt. Für die sich anschließende Einzelberatung soll die übliche Fünfminutenregelung gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Karl Lang das Wort.

Abg. Dr. Karl Lang CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stimmt diesem Nachtragsplan, der in seiner Hauptsache das Sonderprogramm für den Wohnungsbau enthält, zu.

Meine Damen und Herren, der Herr Berichterstatter hat die Bestandteile dieses Sonderprogramms vorgetragen. Für uns ist einer der Hauptpunkte, daß wir mit der Erhöhung der Mittel für Eigentumsmaßnahmen für kinderreiche Familien dem Bedarf, der jetzt schon angemeldet ist, Rechnung tragen können. Denn wir konnten bisher über 500 Anmeldungen nicht berücksichtigen. Durch die Zahl von 600 glauben wir, diesem Personenkreis durch Eigentumsbildung helfen zu können.

Ein zweiter Punkt, auf den ich hier eingehen möchte, ist die Dauer der Bindung beim Mietwohnungsbau, weil sie sowohl im SPD-Antrag als auch im Antrag der Grünen eine wesentliche Rolle spielt. Sie, Herr Kollege Bütikofer, haben ja, wenn ich die Presse zitieren darf, von einem „Wohnungsbaubetrug“ - so die Überschrift in der „Stuttgarter Zeitung“ - gesprochen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ja!)

Dazu muß man eines sagen: Wir brauchen heute, meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, keine Bindungen mehr auf die Dauer von über 30 Jahren, wie das in den Programmen der fünfziger Jahre der Fall war. Wir haben heute erhebliche Wohnungsnachfrage, wir haben auch Wohnungsmangel für bestimmte Personengruppen. Wir haben aber auf den einzelnen Wohnungsmärkten eine völlig verschiedenartige Situation. Lassen Sie mich nur wenige Sätze dazu sagen. Wir haben im Ballungsraum flächenmäßig die beste Versorgung im ganzen Land und trotzdem die größte Wohnungsnachfrage. Wir haben in

Großen Kreisstädten, in kreisfreien Städten, zum Beispiel in Baden-Baden, eine Versorgungsquote von 2,0 Personen pro Wohnung. In Stuttgart liegt die Zahl in der Größenordnung von 2,08. Wir haben in Landkreisen in der Spitze 2,8 Personen pro Wohnung. Trotzdem spricht man nur vom Ballungsraum.

Worauf ist diese Situation mit zurückzuführen? Wir haben landesweit eine Belegung der Großwohnungen - vier Zimmer und mehr - durch Ein- und Zweipersonenhaushalte in der Größenordnung von 33 %, in den Großstädten von 50 % und zum Teil noch mehr. Nun nützt es niemandem, der eine Großwohnung benötigt, zu wissen, daß es in seiner Stadt eine große Wohnung gibt, die von einer Einzelperson belegt ist, solange diese Wohnung nicht frei ist.

Die Situation wird auch dadurch verschlechtert und erschwert, daß bei zwar gleichbleibender Bevölkerungszahl oder nur geringfügigem Wachstum in Baden-Württemberg die Zahl der Haushalte immer noch zunimmt. Aber auch hier, meine Damen und Herren, ist ein Ende abzusehen. Man muß wissen, daß der letzte zahlenmäßig starke Jahrgang der Jahrgang 1968 gewesen ist. Bis zum Ende der neunziger Jahre, also in zehn Jahren, sind die Personen des Jahrgangs 1968 32 Jahre alt. Mit anderen Worten: Sie haben ihren Beruf, sie haben ihre Familiensituation geklärt, sie sind letztlich wohnungsmäßig versorgt, sie sind untergebracht. Was nachwächst, hat eine um rund 400 000 reduzierte Größenordnung.

Meine Damen und Herren, wenn also die zahlenmäßig starken Jahrgänge versorgt sind, bedeutet das im Ergebnis, daß die weitere Vergrößerung der absoluten Zahl der Haushalte, selbst wenn ich eine prozentuale Erhöhung, gemessen an der Bevölkerungszahl, einrechne, in wenigen Jahren aufhört. Ich brauche also heute nicht mehr eine Bindung auf drei Jahrzehnte hinaus, wenn ich weiß, daß in zehn Jahren eine Bindung nicht mehr erforderlich ist. Was ich heute benötige, ist eine rasche Lösung.

Ich spreche das deswegen an, meine Damen und Herren: Sie und wir, wir können Programme beschließen, soviel wir wollen. Bis die ersten Wohnungen fertig sind, vergehen eben zwei bis drei Jahre. Das ist das Problem, vor dem wir heute stehen. Es gibt nun durchaus Lösungsmöglichkeiten, über die man einmal nachdenken müßte.

(Abg. Köder SPD: Sie haben das Problem erst neu entdeckt! - Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

- Nein. Wenn Sie gewußt hätten, lieber Herr Kollege Köder, daß wir mit einem solchen Zustrom von Aussiedlern rechnen müssen würden, dann hätten Sie sich wahrscheinlich auch schon vor einem oder vor zwei Jahren zu Wort gemeldet.

(Abg. Schrempp SPD: Das haben wir! - Abg. Köder SPD: Es haben schon vorher 20 000 Wohnungen gefehlt!)

- Sie haben global gefordert, den Mietwohnungsbau nach den Methoden der Steinzeit weiter zu betreiben, meine Damen und Herren.

(Dr. Karl Lang)

(Lachen bei der SPD - Abg. Schrempp SPD: Die Wohnungen sind aus Stein!)

Mehr kann man dazu wirklich nicht sagen. Sich einfach hinzustellen und 10 000 bis 12 000 Wohnungen mehr nach der alten Finanzierungsmethode zu fordern bedeutet doch, das Geld mit Gewalt kaputtzumachen.

Sie müssen einmal darüber nachdenken, ob es nicht möglich ist, zu einer raschen Lösung zu kommen, wenn wir den Alleinstehenden oder den Ehepaaren, die in einer großen Wohnung wohnen, einen finanziellen Anreiz bieten, eine kleinere Wohnung zu beziehen. Die wollen zum Teil deshalb nicht umziehen, weil die neu gebaute kleine Wohnung teurer ist als die große alte Wohnung. Aber vielleicht könnte man durch Bezahlung von Umzugskosten,

(Abg. Schrempp SPD: Das wird doch in vielen Städten schon gemacht, Herr Kollege!)

durch Zahlung von Wohngeld bei Freimachung zu einer Umsetzung kommen.

(Abg. Schrempp SPD: Das wird doch gemacht! - Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Das ist etwas, was in sehr viel größerem Stil gemacht werden müßte.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Dann tun Sie es doch!)

Dadurch könnte man auch zu einer raschen Lösung kommen, weil die Großwohnungen dann auf dem Markt bereits zur Verfügung stehen.

Sie haben weiter die Förderungshöhe beim Mietwohnungsbau mit 40 000 DM bei 2 400 Wohnungen kritisiert. Meine Damen und Herren, in der gemeinsamen Sitzung wurde zu Recht zitiert, daß der Mietwohnungsbau und der soziale Wohnungsbau überhaupt Aufgabe des Bundes, der Länder und der Gemeinden ist. Ich glaube, es wird einfach Zeit dafür, daß man nicht mehr nur durch die öffentliche Hand fördert, sondern daß man auch Privatkapital in diesen Sektor lenkt. In der gemeinsamen Sitzung wurde auch dargestellt und dargelegt, daß man dies durch die bereits beschlossenen steuerlichen Vergünstigungen erreicht, die über das hinausgehen, was § 7 b damals geboten hat, daß aber da natürlich noch eine soziale Komponente fehlt, um zu einem Mietpreis von 6,50 bis 7 DM pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat zu kommen, und daß mit den 40 000 DM diese Komponente gewährt wird. Wenn die Gemeinde noch mitfinanziert, ergibt sich ein Betrag, der vertretbar ist und der auch akzeptiert wird.

Meine Damen und Herren, ich mache gar keinen Hehl daraus: Ob es bei diesem Programm bleibt und wir nicht aufstocken müssen, können wir heute nicht verbindlich sagen. Das hängt natürlich mit davon ab, wie sich die Zahl der Aussiedler verändert. Wenn sie gleichbleibt oder zunimmt, werden wir wahrscheinlich ein weiteres Programm benötigen. Wir werden auch dann mehr Mittel benötigen, wenn sich der Bund zu einer Erhöhung der Mittel durchringt, weil wir dann Komplementärmittel brauchen. Aber jetzt bedienen wir das, was notwendig ist.

Meine Damen und Herren, bei jedem Programm müssen Sie natürlich eines mit in Betracht ziehen: Wir haben nicht nur völlig verschiedene Wohnungsmärkte, sondern auch völlig verschiedene Baumärkte.

(Abg. Brechtken SPD: Weil ihr vorher heruntergefahren seid!)

Wenn Sie in diesem Ballungsraum hier mit neuen Programmen kommen, werden Sie erreichen, daß nicht eine Wohnung mehr gebaut wird, aber jede Wohnung teurer gebaut wird, denn die Bauwirtschaft ist nicht unbeschränkt leistungsfähig. Wenn Sie diese Programme in die Ballungsräume lenken, machen Sie dort die Baupreise letztlich kaputt. Die Bauwirtschaft ist hier voll ausgelastet. Wir haben, meine Damen und Herren, beim Baustahl Preissteigerungen von 80 %. Der Baustahlpreis macht ein Drittel des Rohbaupreises aus. Das sind Entwicklungen, die letztlich zu Lasten derer gehen, die bauen wollen. Deswegen ist hier erforderlich, was uns in der Vergangenheit immer wieder gefehlt hat: eine Verstetigung des Baugeschehens.

(Abg. Brechtken SPD: Ja, eben! - Abg. Schrempp SPD: Ja, endlich!)

- Ich sage es Ihnen, lieber Herr Kollege.

(Abg. Schrempp SPD: Sie haben doch die Bauwirtschaft kaputtgemacht!)

- Nein. Ich begründe es. Lieber Kollege Schrempp, wir haben hier doch lange darüber diskutiert, wie viele Wohnungen leer standen, ob eine Million oder 300 000.

(Abg. Schrempp SPD: Ach was! Das ist doch gar nicht wahr! Die Märchen von Haus und Grund sind fürchterlich gewesen!)

- Herr Kollege Schrempp, Sie kommen nachher hier ans Rednerpult. Dann können Sie all das erzählen. Sie haben erklärt, eine Million sei zuviel, es seien 300 000.

(Abg. Schrempp SPD: Sie haben eine Million behauptet! Sie haben falsche Behauptungen aufgestellt!)

Wir haben darüber diskutiert, ob man bei den Wohnblocks, bei den Hochhäusern Stockwerke abtragen soll - das war Diskussionsstoff -, weil die Anlagen im Grünen zum Teil nicht mehr belegt worden sind, weil sie leer standen. Meine Damen und Herren, das war Diskussionsgegenstand.

(Abg. Schrempp SPD: Herr Kollege Lang, Sie können uns doch nicht Ihre Lügen vorhalten!)

- Lieber Herr Schrempp, ich halte Ihnen vor: Sie haben kein Gedächtnis, Sie haben es irgendwann verloren, wann, ist mir egal. Wenn Sie das bestreiten, haben Sie das Gedächtnis verloren. Das war der Diskussionsstoff der letzten Jahre.

Daß bei dieser Situation natürlich kein Anreiz besteht, auf diesem Sektor Privatkapital einfließen zu lassen, ist doch

(Dr. Karl Lang)

völlig klar. Wenn wir jetzt mit Programmen hochpuschen, werden diese Wohnungen alle im Jahre 1991 oder später fertig, zu einer Zeit, in der auch private Tätigkeit erheblich zunimmt. Wir haben doch eine Zunahme der Baugenehmigungen um über 30 % im Geschoßbau, meine Damen und Herren. Das bedeutet, daß wir in wenigen Jahren erneut ein Überangebot haben werden mit dem Ergebnis, daß die private Bautätigkeit wiederum nachläßt.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Dieses Auf und Ab können wir seit Anfang der siebziger Jahre verfolgen. Damit muß endlich Schluß gemacht werden.

Dieses Programm hier ist notwendig, dieses Programm tragen wir mit, dem stimmen wir zu. Wir werden, je nachdem, wie die Entwicklung bei den Aussiedlern weitergeht, uns entschließen, entweder mehr zu machen, ein weiteres Programm aufzulegen,

(Abg. Schrempp SPD: Noch weniger kann man ja nicht machen!)

oder das Programm zu reduzieren. Wir werden das tun, was zur gegebenen Zeit notwendig ist. Heute stimmen wir diesem Programm zu.

(Beifall bei der CDU - Abg. Köder SPD: Dieses Jahr kommen 60 000! Ich bitte Sie! Da wollen Sie sagen, daß damit alles gelöst sei!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schrempp.

Abg. Schrempp SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Jahren weist die SPD-Landtagsfraktion auf die schlechte Wohnungsversorgung hin. Wir haben Wohnungsnot in den Ballungsräumen, in den Universitätsstädten und mittlerweile auch in vielen anderen Teilen des Landes. Während die CDU zur zweiten Lesung des Haushaltsplans 1989/90 noch von einer „herbeigeredeteten“ Wohnungsnot gesprochen hat, gibt es immer mehr kinderreiche Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen und Behinderte, die in unserem Land zum Teil schon seit Jahren eine Wohnung suchen. Der Ministerpräsident behauptet wider besseres Wissen nach wie vor, es gebe keine Wohnungsnot, bringt aber immer neue Vorschläge zum Bau von Wohnungen. Sein Drei-Säulen-Modell zum Bau von 300 Wohnungen in drei Jahren ist allerdings wie ein Luftballon zerplatzt.

Der Innenminister befindet sich auf Tauchstation und schaut mit großen Augen zu, welche Luftschlösser von Herrn Späth gerade wieder gebaut werden.

Dann wird ein Aussiedlerwohnungsbauprogramm aufgelegt, das einen sozialen Keil zwischen wohnungssuchende Aussiedler und Einheimische treibt. Der Innenminister hält dies, wie er in der Sitzung des Finanz- und Innenausschusses am 30. Mai 1989 erklärt hat, für falsch, obwohl er dieses Programm über Monate hinweg vehement verteidigt hat.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Das ist doch gut!)

Der Antrag der SPD-Landtagsfraktion, im Staatshaushaltsplan 1989/90 den Bau von 12 000 Sozialmietwohnungen einzuplanen, wird von der CDU arrogant abgelehnt.

Das Staatsministerium erklärt in seinem Schreiben an den Deutschen Mieterbund vom 6. März 1989, die Landesregierung habe sich stets dafür ausgesprochen - ich zitiere -

... die Frage des Wegfalls der Steuerfreiheit für gemeinnützige Wohnungsunternehmen aus der Steuerreform 1990 herauszunehmen, damit die Frage der Streichung der Steuerfreiheit bzw. die Beibehaltung und Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ohne Zeitdruck geprüft werden kann.

Ein gleichlautender Antrag des Landes Schleswig-Holstein wird jedoch von dieser Landesregierung in der Sitzung des Bundesrats vom 21. April 1989, also wenige Wochen später, abgelehnt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Hört, hört!)

So wird mit gespaltener Zunge geredet, werden Zusagen nicht eingelöst und wird die hundertjährige Tradition der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zerschlagen. Leidtragende sind die Mieter, die mit erheblichen Mieterhöhungen rechnen müssen.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Warum?)

Nach den Wahlen in Berlin und Hessen war der Eindruck entstanden, die CDU habe gemerkt, daß ihre verfehlte Wohnungspolitik mit ein Grund für die soziale Unzufriedenheit ist und mit den Boden für den Rechtsextremismus bereitet. Aber seither wird am wohnungspolitischen Scherbenhaufen von seiten der CDU nur herumkuriert.

Ich darf daran erinnern, daß schon im Herbst 1987 der Vorsitzende des Städtetags, Herr Oberbürgermeister Rommel, CDU-Mitglied, darauf verwiesen hat, allein in den Städten des Landes fehlten 15 000 Sozialmietwohnungen. Damals kamen nur wenige Aussiedler.

Der von der SPD immer wieder kritisierte Ausstieg des Landes aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus, der vom Ministerpräsidenten Späth 1986 aus ideologischer Engstirnigkeit heraus verfügt wurde, rächt sich jetzt. Das Land ist nicht fähig, die notwendigen Wohnungen zur Verfügung zu stellen, weder den Aussiedlern noch den Einheimischen. Im vergangenen Jahr kamen über 35 000 Aussiedler. In diesem Jahr werden es nach allen Berechnungen bis zu 70 000 sein, die allein nach Baden-Württemberg kommen. So muß damit gerechnet werden, daß uns Ende dieses Jahres mindestens 40 000 bis 50 000 bezahlbare Sozialmietwohnungen im Land Baden-Württemberg fehlen werden.

Der Ausstieg aus der Förderung hat aber auch zu einem erheblichen Abbau von Baukapazität geführt. Schon der Bau von wenigen Eigenheimen und Aussiedlerwohnungen bringt die Bauwirtschaft in Kapazitätsengpässe. Arbeitsplätze sind gesucht. Diese Engpässe können jedoch gemeistert werden, weil ja insbesondere für Aussiedler, die zu

(Schrempp)

49 % aus handwerklichen Berufen stammen, aber auch für Einheimische Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden.

In einigen Kommunen fehlt das notwendige baureife Gelände. Neue Wohnungen können aber in großem Umfang nur gebaut werden, wenn garantiert wird, daß möglichst schnell das Baugelände zur Verfügung gestellt wird. So ist die Landesregierung aufgefordert, die Regierungspräsidien und die Landratsämter zu veranlassen, die Genehmigung – zum Beispiel von Bebauungsplänen – zu beschleunigen. Die Kommunen sind ihrerseits dabei, soweit es ihnen möglich ist, die Voraussetzungen für die Ausweisung von mehr Bauland zu schaffen.

Die vielen Initiativen der SPD-Landtagsfraktion, meine Damen und Herren, haben nunmehr zu einem Teilerfolg geführt. Die Landesregierung beginnt aufzuwachen. Das nun im Nachtrag zum Staatshaushaltsplan vorgelegte Sonderwohnungsbauprogramm kommt allerdings sehr spät und ist nach wie vor völlig unzureichend. Dennoch enthält es einige richtige Ansätze.

Wir wissen, daß die Anträge für die Förderung von Eigentum die bisher vorgesehenen 5 000 Wohneinheiten übersteigen. Wir sind für die Eigentumsförderung und begrüßen die vorgesehene Förderung von zusätzlich 600 Wohneinheiten gerade für kinderreiche Familien. Es bleibt abzuwarten, ob dies ausreichend ist.

Für das mit 5 000 Wohneinheiten vorgesehene Aussiedlerwohnungsbauprogramm liegen nach Aussage des Innenministeriums 13 000 Anträge vor. Gerade wegen der schlechten Finanzierung, der nur zehnjährigen Bindungsfristen und der Mietsteigerung auf 10,40 DM pro Quadratmeter und Monat nach zehn Jahren zeigen jedoch diese Anträge, wie dringend diese Wohnungen gebraucht werden. Wir sagen: Wir wollen mindestens eine Sozialbindung von 25 Jahren. Und Sozialbindung heißt: Belegungs- und Preisbindung.

Während jedoch die Eigentumsmaßnahmen und auch die Aussiedlerwohnungen mit etwa 60 000 bis 70 000 DM pro Wohnung gefördert werden, sollen die nunmehr vorgesehenen zusätzlichen 2 400 Mietwohnungen nur noch mit 40 000 DM pro Wohneinheit gefördert werden. Die notwendigen weiteren Fördermittel sollen wohl über steuerliche Abschreibungen erwirtschaftet werden. Dagegen haben wir erhebliche Bedenken, weil damit die noch gemeinwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen, also die Gesellschaften und Genossenschaften, die auch über die notwendigen Erfahrungen und Kapazitäten verfügen, die Baumaßnahmen nicht werden durchführen können.

Wir begrüßen auch, daß zu den bisher 1 000 Wohnungen für ältere Menschen und Behinderte nunmehr zusätzlich 1 000 Wohnungen gefördert werden sollen. Diese Wohnungen sollen allerdings insgesamt nur mit 8 Millionen DM – 8 Millionen DM für 1 000 Wohneinheiten! – gefördert werden. Dies ist ein „Nasenwasser“ und bringt die soziale Wohnungsbaukonzeption für die sogenannten Seniorenwohnungen völlig außer Konzept. Allein mit steuerlichen Abschreibungen solche Wohnungen zu bauen heißt, auf die notwendigen sozialen Belange keine Rücksicht zu nehmen. Wir fordern daher, soziale Mietwohnungen für ältere Men-

schen und Behinderte wieder so zu fördern, daß sie auch als soziale Mietwohnungen benutzt werden können.

Die Förderung von je 500 Wohneinheiten für Studenten und Pflegepersonal ist richtig, aber wohl noch zu gering. Wenn man allerdings diese Förderung besonderer Personengruppen – wie Studenten und Pflegepersonal –, die an sich richtig ist, begrüßt, stellt sich auch die Frage, warum beispielsweise nicht für Polizeibeamte in Ballungsräumen, insbesondere im Stuttgarter Raum, die notwendigen Wohnungen zu bezahlbaren Mieten gefördert werden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Unteroffiziersanwärter nicht zu vergessen!)

Insgesamt ist damit festzustellen, daß Förderungsmaßnahmen für einzelne Gruppen immer dann notwendig werden, wenn nicht genügend Wohnungen für alle zur Verfügung stehen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat erneut einen Antrag vorgelegt, den der Kollege Redling nachher noch begründen wird. Wir haben erhebliche Bedenken, daß der im Landshaushalt nunmehr für 1990 vorgesehene Kassenbedarf von 30 Millionen DM nicht ausreicht. Allein für die 600 Eigentumsmaßnahmen muß ein Betrag von 36 Millionen DM veranschlagt werden, da diese Maßnahmen mit Sicherheit im Laufe des Jahres 1990 fertiggestellt werden, weil hierbei bereits die Bauanträge und zum Teil die technischen Voraussetzungen vorliegen. Die fehlenden Mittel sind wohl nur dadurch zu erklären, daß die CDU selbst nicht daran glaubt, daß diese Wohnungen schnell gebaut werden können.

Aber genau dies ist falsch. Die SPD wird daher alle politischen Initiativen ergreifen, die dazu führen, daß möglichst schnell die notwendigen bezahlbaren Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Die SPD ist auch nicht bereit, weiter hinzunehmen, daß blödsinnige finanzierungs- und wohnungspolitische Vorschläge der Chaotenregierung in Bonn quasi von der Landesregierung übernommen werden müssen.

(Abg. Heckmann CDU: Das ist die politische Kultur!)

Die vorhandene Konzeptionslosigkeit kann nicht länger hingenommen werden.

(Zuruf des Abg. Heckmann CDU)

Die Menschlichkeit, die Humanität und die christliche Verantwortung verpflichten die Landesregierung, endlich eine durchdachte und erfolgreiche Arbeit vorzulegen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Obwohl wir also erhebliche Bedenken in bezug auf das vorgelegte Sonderwohnungsbauprogramm der Landesregierung haben, werden wir ihm angesichts der riesigen und katastrophalen Wohnungsnot in unserem Lande notgedrungen zustimmen, allerdings auch weitere Vorschläge zur

(Schrempf)

konstruktiven Verbesserung der Wohnungsbauprogramme machen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann dem Vertreter der CDU-Fraktion, Herrn Lang, in einem wichtigen Punkt dieser Debatte gleich am Anfang zustimmen: Es ist keinesfalls so, daß es einen einheitlichen Wohnungsmarkt gäbe. Die Probleme, denen wir uns gegenübersehen, sind sehr differenziert. Es kommt gerade darauf an, für die einzelnen Bereiche des Wohnungsmarktes die Probleme genau zu identifizieren und dann zu sehen, wie man darauf angemessen reagieren kann.

Ich will eines dieser Probleme herausgreifen, das nach Auffassung der Fraktion der Grünen eine ganz besondere Bedeutung hat und das uns die Frage stellt, wie es möglich ist, für diejenigen, die normalerweise etwas rücksichtslos als die sozial Schwachen bezeichnet werden, auf Dauer billigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, es gibt viele Erfahrungen von Menschen, die eine Wohnung finden könnten, manchmal sogar auch noch im Ballungsraum eine Wohnung finden könnten, die sie sich aber nicht leisten können, die sie nicht bezahlen können. Da liegt das Problem, dem wir uns stellen müssen. Darum dürfen Sie sich nicht herumdrücken. Traditionell war ja das Instrument des sozialen Wohnungsbaus genau auf diese Gruppen gezielt, genau für diese Gruppen sollte eine soziale Sicherheit gewährleistet werden.

Wir haben schon lange akzeptiert, daß der traditionelle soziale Mietwohnungsbau eine ganze Menge Probleme aufgeworfen hat, die sich auch in ihrer Konsequenz uns sozial ausgewirkt haben: zum Beispiel, daß sich das Instrument der Zinssubventionen, das von unrealistischen Einkommenssteigerungen ausging, als Sprengsatz für die Mieten erwiesen hat; zum Beispiel, daß die Anwendung des Instruments der Mietobergrenze nicht effektiv war; zum Beispiel, daß es vorgekommen ist, daß eine Vierzimmerwohnung, über den sozialen Mietwohnungsbau erstellt, bis zu 50 000 DM teurer war als eine vergleichbare Wohnung auf dem freien Markt, was darauf hinweist, daß da offensichtlich mit der Staatsknete nicht sehr sorgfältig umgegangen wurde.

Alle diese Probleme konzedieren wir. Für alle diese Probleme haben wir auch Lösungsansätze vorgeschlagen. Aber eines hat noch niemand dem sozialen Mietwohnungsbau vorgeworfen - und das ist mir daran besonders wichtig, das möchte ich gerne verteidigt sehen -, nämlich daß er immerhin einen guten Weg gefunden hat, auf lange Zeit eine soziale Sicherheit zu gewährleisten.

An diesem entscheidenden Punkt, an dieser größten Stärke des traditionellen sozialen Mietwohnbaus setzt die Landesregierung, setzt die Bundesregierung an, und sie versuchen, das zu kappen, versuchen, das wegzubügeln. Sie haben das bereits im Aussiedlerprogramm getan, indem die Bindungsfrist auf zehn Jahre heruntergesetzt wurde. Es hat

mir damals etwas leid getan, daß in der Öffentlichkeit so oft davon die Rede war, Ausländer und schon länger hier Ansässige müßten im Wohnungsbau gleichbehandelt werden. Man muß heute etwas zynisch sagen: Diese Forderung ist von der konservativen Regierung erfüllt worden; sie werden heute gleichbehandelt, was die soziale Sicherheit betrifft, nämlich gleich schlecht. Auch in diesem neuen Sonderprogramm wird die Sozialbindung auf zehn Jahre reduziert.

Die Frage, daß wir und andere aus der Opposition lange gesagt haben, es müsse mehr gebaut werden, hat der Kollege Schrempf angesprochen. Ich will sie hier nicht noch einmal hervorholen, auch wenn ich bedaure, daß der Kollege Keitel, der in der Haushaltsdebatte die Wohnungsnot nicht finden konnte, ausgerechnet heute fehlt und also nichts dazulernen kann.

(Abg. Schrempf SPD: Das ist Absicht!)

Ich will das nicht noch einmal ausbreiten, weil ich Ihnen auch einräumen will, dazugelernt zu haben. Aber eines halte ich gleich fest, und da teilen wir die Auffassung der SPD-Fraktion. Ihr Sonderprogramm reicht bereits rein quantitativ nicht aus. Wenigstens in einer fünfstelligen Größenordnung müssen nach unserer Meinung Mietwohnungen gebaut werden. Viel entscheidender ist aber das soziale Profil dessen, was Sie tun. Und da muß ich sagen: Die Richtung ist falsch, das soziale Profil dessen, was Sie tun, ist falsch.

Ihre Wohnungspolitik ist de facto eine Fortsetzung des Programms der Umverteilung von unten nach oben, und sie ist eine Fortsetzung der konservativen Politik der sozialen Spaltung. Wenn ich's auf ein Schlagwort bringen soll: Für die einen ein Modell „Billiger Lothar“ und für die Reichen das Modell „Onkel mit dem Füllhorn“. Und das - das vielleicht nur als Nebenbemerkung - vor dem Hintergrund der von Ihnen lang propagierten Politik des Subventionsabbaus. Es wird hier tatsächlich Subventionsabbau betrieben, aber gerade da, wo Subventionen sozial wirksam gewesen wären, während für Rechtsanwälte, für Zahnärzte eine Subventionsexplosion stattfindet. Man könnte auch sagen: Was Sie hier vorschlagen, ist in seiner Essenz ein Zahnärzte-Investitionsprogramm.

Wie wirkt dieses Programm? Die 40 000 DM Subventionsvolumen pro Wohnung, die vorgesehen sind, reichen ja auch Ihrer Meinung nach allein nicht aus, jemand zur Investition zu bewegen. Es soll zusammengekoppelt werden mit einer noch nicht als Gesetz beschlossenen, aber in Aussicht stehenden Steuererleichterung nach § 7 Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes, die sich für die einzelnen Bauherren je nach Steuersatz

(Zuruf des Abg. Dr. Wetter CDU)

- auch Baudamen, Herr Kollege Wetter - im Volumen von 80 000 bis 90 000 DM pro Wohnung bewegen kann. Das heißt, das Subventionsvolumen, die verschiedenen Töpfe nun zusammengeschnitten, bewegt sich in der Größenordnung von 130 000 DM pro Wohnung. Dies scheint mir insbesondere deswegen bemerkenswert, weil die Regierung vor noch nicht allzu langer Zeit gesagt hat, es sei völlig

(Bütikofer)

unfinanzierbar, heutzutage noch Wohnungen mit einer öffentlichen Subvention von 100 000 DM zu bauen. Es zeigt sich jetzt: Die Regierung hat das Geld, die Regierung ist sogar bereit, noch etwas mehr zu geben. Die Frage ist nur, in welcher Form. Das, was Sie hier tun, fördert und erleichtert den Mißbrauch, der sozial verhängnisvoll sein wird.

In dem Programm, das Sie vorhaben, sind zum Beispiel keine Obergrenzen für die Baukosten festgelegt, es ist nur eine Obergrenze der bezuschussungsfähigen Baukosten vorgesehen. Das bedeutet etwa, ein Manager kann für 4 000 DM pro Quadratmeter eine Luxuswohnung bauen; er nimmt sich vor, in zehn Jahren, wenn er pensioniert wird, dort selber einzuziehen. Einstweilen läßt er für 7 DM pro Quadratmeter seine Kinder dort wohnen. Er bekommt von Staats wegen bei einem Steuersatz von 50 % 130 000 DM,

(Zuruf des Abg. Dr. Karl Lang CDU)

und nach zehn Jahren ist die Mietwohnung weg, und der Mann hat sein Luxusapartment.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich wollte nur für etwas mehr Ruhe sorgen und darum bitten, Gespräche, die geführt werden müssen, vielleicht doch außerhalb des Saales zu führen.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich bestreite keineswegs, daß Sie dann jemandem zu vergrößertem Wohnraum verholfen haben, aber ich hebe darauf ab, daß Sie jedenfalls den Bedarf, von dem ich ausgegangen bin, nämlich auf Dauer billigen Wohnraum zur Verfügung zu haben, nicht befriedigt haben.

(Abg. Dr. Karl Lang CDU: Da kommt doch einer rein! Das haben Sie vergessen!)

– Nein, ich rede gerade von dem, was nach zehn Jahren stattfindet, wenn die Belegungsbindung ausläuft, Herr Kollege Lang. Das haben Sie schon so weit verdrängt, daß Sie gar nicht mehr darüber nachdenken.

Außerdem: Dieses Programm schließt, so wie es finanziert ist, die Beteiligung von Wohnungsbaugenossenschaften an der Erstellung von Mietwohnungen total aus.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Wieso? – Abg. Keitel CDU: Das stimmt doch nicht!)

Um für Wohnungsbaugenossenschaften so attraktiv wie für private Investoren zu sein, müßte dieses Programm nämlich durch die Kommunen mit einem Subventionswert von 90 000 DM pro Wohnung aufgepolstert werden. Ich sage Ihnen: Die Kommune, die sich das leisten könnte, hätte schon längst gebaut, hätte diese Mietwohnungen schon längst hingestellt. Sie betreiben hiermit eine einseitige Politik, und Sie werden den sozialen Sprengsatz, den das in sich birgt, nicht kontrollieren können. Sie stehen vor dem Risiko, daß dieser Sprengsatz in nicht allzu langer Zeit explodiert. Sie verschaffen sich eine gewisse Verschnauf-

pause, aber nur um den Preis des Einreißen sozialer Standards.

Ganz zum Ende möchte ich noch einen anderen Punkt kurz ansprechen. Die Landesregierung verwechselt im Wohnungsbaubereich eine Standespolitik, die jedem Feudalismus gut anstehen würde, mit einer Antwort auf Probleme der modernen Gesellschaft, indem sie versucht, Wohnungsangebote exakt für verschiedene Berufsgruppen zuzuschneiden. Um nur eine davon herauszugreifen, die Krankenschwestern, die Sie ja mit Appartements bedenken:

(Abg. Dr. Wetter CDU: Die Unteroffiziersanwärter sind noch nicht dabei!)

Ich glaube, es wäre wesentlich sinnvoller, deren Probleme über eine vernünftige Bezahlung anzugehen und ansonsten eine akzeptable Grundversorgung mit billigem Wohnraum zu schaffen.

Ich breche an diesem Punkt ab. Ich werde auf unseren Antrag in der zweiten Runde noch eingehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Vollmer.

Abg. Vollmer FDP/DVP: Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Einer der Leitsätze, die sich gestern in der Debatte über die Beratungsstellen nach § 218 herauskristallisiert haben, ist, meine ich, der Satz, der etwa so lautet, wie Sie, Frau Kollegin Hanke, es formuliert haben: „Menschenwürdiges Wohnen ist eine der Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben.“ Sie haben sich dazu bekannt, daß im Bereich der Wohnungsbeschaffung mehr getan werden muß, und auch die Frau Sozialministerin hat erklärt, sie wolle dafür alles tun. Es ist erfreulich, daß Sie zu diesem Ergebnis kommen, aber es wäre wünschenswert gewesen, daß Sie dies schon vor einigen Monaten gemacht hätten, wenn nicht gar vor einigen Jahren.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Noch im Februar haben wir hier einen Antrag eingebracht und zur Abstimmung gestellt,

(Abg. Dr. Wetter CDU: Ohne Deckung!)

wenigstens 1 000 Sozialmietwohnungen mehr zu finanzieren. Den haben wohl auch Sie, Frau Kollegin Hanke, und auch Frau Schäfer abgelehnt.

Daß man dies schon lange weiß, wohl auch in CDU-Kreisen, beweist mir der Brief eines Landrats, der der CDU angehört. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten möchte ich Ihnen daraus zitieren. Er schreibt:

Bereits in meinem Schreiben habe ich versucht, darzulegen,

– er meinte ein früheres Schreiben –

(Vollmer)

daß auch heute noch ein großer Bedarf an Sozialwohnungen besteht. Dieser Bedarf wird durch den Zuzug von Aussiedlern zusätzlich weiter erhöht. Aber auch ohne Spätaussiedler besteht hier eine starke Nachfrage. Ich habe deshalb nie verstanden, warum Land und Bund die Förderung so stark reduziert haben.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Wer war das jetzt?)

– Herr Landrat Lässig natürlich. – Gibt es denn zweierlei Leute in der CDU?

(Abg. Heckmann CDU: Was hat der Landrat selber gemacht?)

– Er hat mir dann sehr umfangreich nachgewiesen, was er gemacht hat.

(Abg. Heckmann CDU: Das würde mich interessieren!)

Ich komme nachher in einem kurzen Satz gern darauf zurück, Herr Heckmann. Aber es wäre vielleicht ganz gut, in CDU-Kreisen da einmal aktiv zu werden und nicht bloß hier durch Zwischenrufe, Herr Staatssekretär.

(Abg. Heckmann CDU: Trotzdem kann man einen machen!)

Die FDP/DVP-Fraktion begrüßt das Sonderprogramm, ein Sofortprogramm im Eilverfahren, muß man sagen. Sie bedauert die Verzögerung des Wirksamwerdens, weil es – wir haben es ja gehört; Herr Puchta hat es auch schon gesagt – offenbar Jahre – nicht ein Jahr, sondern Jahre! – dauern wird, bis es wirklich wirksam wird. Eine solche Entscheidung hätte deshalb wenigstens beim Uretat getroffen werden müssen. Sie hätte dann besser geholfen. Dann wäre es noch vor Beginn der Bausaison gewesen, und dann wäre einiges gelaufen.

Wir stimmen also zu, daß mit dem Sonderprogramm 2 400 Wohnungen im sozialen Mietwohnungsbau bereitgestellt werden, daß 600 Eigentumsmaßnahmen gefördert werden, daß 500 Wohnplätze für Studenten – das ist für diesen speziellen Bereich wohl zuwenig – gefördert werden, daß 400 bis 500 Personalwohnungen im Pflegebereich geschaffen und daß weitere 1 000 Altenwohnungen gefördert werden. Hier muß man wohl die Erläuterungen auf Seite 11 des vervielfältigten Haushaltsplans ergänzen; dort fehlt dieser Hinweis.

(Abg. Heckmann CDU: Richtig!)

Dieses Umschwenken zeigt, daß die Landesregierung und die sie tragende CDU-Mehrheitsfraktion mit ihrer bisherigen Politik der sozialen Kälte bei der Wohnungsbauförderung gescheitert ist.

(Abg. Keitel CDU: Oh!)

Es ist für mich recht interessant gewesen, welchen Salto Herr Dr. Lang heute geschlagen hat, wenn ich daran denke, was er früher gesagt hat, wenn wir Wohnungsbauanträge gestellt haben.

(Abg. Keitel CDU: Seien Sie vorsichtig!)

– Herr Keitel, Sie haben sich ja eine Zeitlang schamhaft zurückgehalten, haben auch bei der Debatte nicht mitgewirkt, weil Sie noch vor wenigen Wochen denselben Quatsch – Entschuldigung, aber so ist es deutlich – erzählt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Keitel CDU: Das stimmt nicht! Ich stehe Wort für Wort zu dem!)

Das bisherige Verfahren – Herunterfahren der Mietwohnungsbauförderung auf Null – ist und war schon immer unverantwortlich. Immer wieder wurden unsere Anträge abgelehnt, zuletzt – ich sagte es bereits – am 17. Februar 1989. Dabei war dies, nämlich 1 000 zusätzliche Wohnungen zu fördern, wirklich nur eine Minimalforderung. Die Aussiedlerproblematik ist ja längst bekannt. Ich kann auf einen Antrag vom 21. Januar 1988 verweisen, in dem wir schon darauf hingewiesen haben, daß man nicht nur für die Aussiedler fördern sollte, sondern insgesamt, was das Land dann später auch gemacht hat.

Die CDU-Mehrheitsfraktion lehnte also bei den Haushaltsberatungen alle Oppositionsanträge ab, und jetzt muß sie ständig nachbessern. Das ist genauso bei den Lehrern; wir haben gehört, daß da jetzt etwas kommen soll. Dasselbe haben wir bei den Polizeibeamten gehört; da kommen 40 Kriminalbeamte dazu.

(Abg. Brechtken SPD zur CDU: Spät kommt ihr, doch ihr kommt!)

40 nimmt man der Schutzpolizei weg, die man vor einiger Zeit um die gleiche Zahl erhöht hat, weil man diese Stellen dringend brauchte. Da weiß auch kein Mensch, was los ist.

(Beifall der Abg. Dr. Döring und Haag FDP/DVP)

Ein Hin und Her, ein Hickhack, wie man ihn sich kaum vorstellen kann;

(Abg. Brechtken SPD: Fast so wie bei der FDP!)

beim sozialen Mietwohnungsbau und auch bei der Wohnungsbauförderung überhaupt ist es nicht anders.

(Abg. Schrempp SPD: Konzeptionslos und chaotisch!)

– Das kann ich nur unterstreichen, Herr Kollege Schrempp.

Dies zeugt von einer großen Fehleinschätzung. Bedauerlich, daß erst negative Wahlergebnisse die CDU zum Umdenken zwingen.

(Abg. Dr. Wetter CDU: So ein Quatsch!)

Man darf gespannt sein, was beim ordentlichen Nachtrag, der im Spätsommer als zweiter Nachtrag zu erwarten ist,

(Vollmer)

noch an Korrekturen der Haushaltspolitik auf uns zukommen wird.

Mit diesem Nachtrag ist nun der Weg in die richtige Richtung eingeschlagen. Wir appellieren an die Städte und Gemeinden, durch die Bereitstellung von Baugelände und Komplementärfördermitteln ihren Teil zur Lösung der Wohnungsbauprobleme beizutragen.

Fünf Punkte sind uns wichtig:

Erstens: Einen bestimmten Bereich, für den der soziale Mietwohnungsbau gefördert werden muß, wird es immer geben. Dies hat die Entwicklung zum Beispiel bei den kinderreichen Familien deutlich gezeigt.

Zweitens: Der private Mietwohnungsbau in seinen vielfältigen Formen ist nach wie vor nachhaltig zu fördern, insbesondere durch steuerliche Maßnahmen. Daneben wird es aber immer noch eine gewisse öffentliche Förderung geben müssen. Der private Mietwohnungsbau würde sonst auch gegenüber den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen benachteiligt.

Drittens: Es gibt im Lande außer der staatseigenen LEG auch noch andere gemeinnützige Wohnungsunternehmen.

(Beifall des Abg. Albrecht FDP/DVP)

Darauf muß man deutlich hinweisen. Es darf nicht einmal der Eindruck entstehen, das Land bevorzuge sein eigenes Wohnungsunternehmen zu Lasten der anderen und mache es zu einem Staatsmonopolisten.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Das wäre verwegen!)

Viertens: Die Eigentumsbindung und damit die Eigentumsförderung ist weiterzuführen. Das wird auch von uns unterstützt. Die große Zahl der nicht bewilligten Anträge zeigt, daß da noch viel zu tun ist. Jede Familie, die zum Wohnungseigentümer wird, belastet den Mietwohnungsmarkt nicht mehr.

Fünftens: Eine Verstetigung im Wohnungsbereich – Herr Keitel, Sie kommen ja aus diesem Bereich – ist Grundbedingung, um die Baukosten und damit auch die Mieten in den Griff zu bekommen. Der Schaden, der durch die Go-and-stop-Politik der Landesregierung und der sie tragenden CDU-Mehrheitsfraktion bei der Wohnungsbauförderung angerichtet worden ist, geht ins Unermeßliche. Die Regierung und die sie tragende CDU-Fraktion können da aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden.

(Abg. Haag FDP/DVP: Richtig! – Minister Weiser: Wollen wir auch nicht!)

Ich möchte noch einige wenige Bemerkungen zu den vorliegenden Anträgen machen. Es liegt der Antrag der SPD vor, der etwa deckungsgleich ist mit einem Antrag, der auch schon bei der Beratung des Uretats vorlag. Man will damit 12 000 zusätzliche Wohnungen fördern. Ich sagte damals:

Das wünschenswerte Bauvolumen muß im angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft stehen, sonst haben wir nur hohe Preise und noch teurere Mieten und sonst gar nichts.

Ich habe dem nichts hinzuzufügen, und damit ist auch unser Urteil über diesen Antrag gefällt.

Zweitens aber sagte ich, die Finanzierung müsse realistisch sein. Ich meine, daß das, was Sie hier tun, einfach nicht mit dem vereinbar ist, was Sie sonst immer wollen: Sicherheit bei der Staatsverschuldung, die Sache in den Griff bekommen. Das funktioniert bei Ihrem Antrag nicht.

(Abg. Brechtken SPD: Das stimmt aber nicht, Herr Kollege!)

Dann zum Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE. Der Antrag enthält drei Ziffern. Ich meine, die Forderung, wieder die Sozialbindung auf 30 Jahre einzuführen, ist nicht richtig. Zur Zeit ist ja häufig nicht einmal der Instandsetzungsaufwand aus der Miete zu decken. Sie müssen auch denen, die die Wohnungen bauen, die Gewähr bieten, einigermaßen einen Ertrag erzielen zu können.

(Zuruf des Abg. Schrempf SPD)

– Wir erleben es auch durch Ihre Anträge, Herr Schrempf. Sie fordern dauernd, daß man da noch einiges machen solle; man soll zum Beispiel die Renovierungskosten fördern.

Zur Ziffer 2 des Entschließungsantrags der Fraktion GRÜNE: Hinsichtlich der Forderung, weitere 2 400 Mietwohnungen zu erstellen, sind wir der Meinung, wir sollten uns enthalten. Sie haben zum einen die Forderung nach 30jähriger Sozialbindung erhoben; dieser Forderung können wir nicht zustimmen. Wir warten aber darauf, daß die Landesregierung zu unserem Antrag Stellung nimmt und berichtet, wie viele Anträge auf staatliche Wohnungsbauförderung überhaupt noch vorliegen. Erst wenn wir darüber eine Übersicht haben, können wir weiter entscheiden. Aber der Forderung nach 30jähriger Sozialbindung können wir nicht entsprechen.

Bei Ziffer 3 Ihres Entschließungsantrags sieht es anders aus. Darin fordern Sie, wenigstens 1 000 weitere Wohnplätze für Studierende zu fördern. Da sind wir der gleichen Meinung.

Meine Damen und Herren, ich schließe mit der nochmaligen Zitierung des Leitsatzes, den ich bereits eingangs nannte: „Menschenwürdiges Wohnen ist eine der Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben.“ Ich freue mich, daß der Weg, den wir schon lange vorsehen, mit diesem Nachtrag ein Stück beschritten wird. Wir freuen uns deshalb über das Lernen der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Schlee: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zunächst herzlich dafür danken, daß dieser Nachtragshaushalt beschleunigt beraten worden ist. Damit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß wir dieses Wohnungsbausonderprogramm

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

rasch umsetzen können. Wir haben dies, wie Sie wissen, auch beim Landeswohnungsbauprogramm 1989 und beim Bund-Länder-Aussiedlerprogramm 1989 so gehalten. Wir haben diese Programme beschleunigt umgesetzt. Die Programme sind alle plaziert. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß wir gerade die Probleme am Wohnungsmarkt schneller lösen können.

Mit dem Sonderprogramm, das wir Ihnen heute vorlegen, tragen wir weiteren Bedarfsschwerpunkten Rechnung. Wir haben uns gezielt auf ein Maßnahmenbündel verständigt, das rasch wirken kann.

Ich habe vorgestern auf die Antragssituation hingewiesen. Mehr als 13 000 Anträge sind gestellt worden. 3 300 Anträgen auf Bezuschussung haben wir über das Bund-Länder-Sonderprogramm stattgeben können. Es liegen also baureife Anträge vor; deshalb dieses zugeschnittene Sonderprogramm, das sicher ganz rasch wirken wird.

Vorhin ist die Frage aufgeworfen worden – ich will sie gleich aufnehmen –, wie es im Wohnungsbau weitergehe. Wir werden darauf in den eigentlichen Nachtragsberatungen sicher alle gemeinsam eine Antwort geben müssen. Es gibt in Bonn ja Überlegungen, die Wohnungsbaumittel für 1990 anzuheben. Das geht mit auf unsere Initiative und auf all die Vorschläge zurück, die wir in den letzten Monaten gemacht haben. Lieber Herr Kollege Schrempp, daß wir uns nicht mit allen unseren Vorschlägen durchsetzen konnten – denken Sie an die Sozialbindung, denken Sie an das, was wir im steuerlichen Bereich zusätzlich vorgeschlagen haben –, das kann man nicht wegdiskutieren, das ist so. Wir haben uns nicht voll durchgesetzt, aber wir haben Schrittmacherdienste geleistet und damit in Richtung Wohnungsbau auch echt etwas erreicht.

(Abg. Haasis CDU: Der Schrempp würde am liebsten Beifall klatschen! – Gegenruf des Abg. Schrempp SPD: Aber mit Sicherheit nicht; das ist zu dürftig!)

Wir meinen, daß die Schwerpunkte dieses Sonderprogramms richtig gesetzt sind.

Zunächst einmal, was die Eigentumsförderung angeht: Wenn doppelt so viele Anträge eingehen, als wir Mittel zur Verfügung haben, wenn also das alles gewirkt hat, was wir gerade in Sachen Wohnungsbau immer für Mehrkinderfamilien getan haben, dann muß man daraus die Konsequenzen ziehen.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Man muß schauen, daß all diese Anträge bezuschußt und positiv beschieden werden können.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schrempp?

Innenminister Schlee: Selbstverständlich.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön, Herr Abg. Schrempp.

Abg. Schrempp SPD: Herr Innenminister, das interessiert mich jetzt doch. Sie haben in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Innenausschusses gesagt, mit den zusätzlichen 600 Wohneinheiten könnten Sie alle zusätzlichen Anträge abdecken. Nun sagen Sie, Sie hätten doppelt so viele Anträge für Eigentumsmaßnahmen, wie im ursprünglichen Programm vorgesehen seien.

(Abg. Haasis CDU: „Wenn man soviel hat“!)

Wie verhält sich dies nun?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Minister.

Innenminister Schlee: Herr Kollege Schrempp, das ist ein Mißverständnis. Wir wollen mit diesen 36 Millionen DM, die wir zusätzlich in diesem Sonderprogramm haben, alle Anträge, die bis zur Entscheidung der Regierung am 5. Mai gestellt worden sind, positiv bescheiden. Das macht diese 36 Millionen DM aus. Wir gehen davon aus – wir haben dazu eine Erhebung gemacht –, daß das zusätzlich 600 Anträge sein werden. Ich glaube, daß das richtig angesetzt ist, besonders wenn Sie an Familien mit drei und mehr Kindern denken.

Der zweite Schwerpunkt des Sonderprogramms ist all das, was im Bereich des Mietwohnungsbaus zusätzlich zu geschehen hat.

Ich darf noch auf das eine oder andere Argument eingehen, das vorhin vorgetragen worden ist. Im April – die Maizahl haben wir noch nicht – sind weit mehr als 5 000 Aussiedler nach Baden-Württemberg gekommen. Man kann davon ausgehen, daß es im Mai mindestens gleich viel, also auch im Mai wieder mehr als 5 000 gewesen sind. Darauf muß man doch reagieren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe im Ausschuß gesagt, daß wir etwa 18 000 Aussiedler mit der entsprechenden Kostenwirkung in Gaststätten und Pensionen untergebracht haben. Deshalb diese 2 400 Wohnungen in den Fällen, wie gesagt, in denen die Anträge auf dem Tisch liegen. Hier kann rasch umgesetzt werden. Ich meine, daß dieser Ansatz richtig ist.

Wir haben mit diesem Schwerpunkt sicherlich auch etwas erreicht, was immer wieder gefordert worden ist, nämlich eine gewisse Kontinuität hineinzubringen und damit selbstverständlich auch private Investoren bei der Stange zu halten. Jetzt gibt es diese Kontinuität: Landeswohnungsbauprogramm 1989, Bund-Länder-Programm 1989 und jetzt dieses Sonderprogramm. Das bringt den Anschluß zu den Bund-Länder-Programmen des Jahres 1990. Ein Mehr an Kontinuität, meine Damen und Herren, kann man wirklich nicht mehr hineinbringen.

(Minister Schlee)

(Lachen bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: So kann man Kontinuität auch definieren!)

– Lieber Herr Kollege Brechtken, natürlich.

Ich sage es noch einmal; es ist doch inzwischen wohl jedem einsichtig:

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Wenn wir in diesem Jahr rund 60 000 Aussiedler in Baden-Württemberg aufzunehmen haben, dann müssen, gerade auch was die Wohnungsbaupolitik angeht, Konsequenzen gezogen werden.

Ich bin vorhin danach gefragt worden – ich meine, es war der Kollege Schrempp –, warum wir jetzt sagen würden, daß wir dieses Sonderprogramm Aussiedler für unglücklich gehalten hätten. Diese Frage kann ich Ihnen ganz klar beantworten, Herr Kollege Schrempp. Der Bund hat damals sofort für eine Gruppe, die in ganz besonderen Schwierigkeiten war, reagieren müssen. Wir haben komplementiert. Jetzt, wo wir die Möglichkeit haben, selber zu entscheiden – Sie sehen es bei dem Sonderbauprogramm –, haben wir diese Aufspaltung, die wir nie für glücklich gehalten haben, aufgegeben.

(Abg. Schrempp SPD: Dann hätten Sie es doch damals gesagt!)

– Aber Herr Kollege Schrempp, hätten wir die Bundesmittel ablehnen sollen? Was ist denn das für eine Überlegung?

(Abg. Schrempp SPD: Nein! Das hätten Sie sagen können! Dann hätten wir zusammen gekämpft!)

Wir haben selbstverständlich die Bundesmittel abnehmen müssen.

(Abg. Schrempp SPD: Wir hätten etwas zusammen gemacht, Herr Minister! – Zuruf des Abg. Birzele SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Schrempp SPD: Man muß doch keinen Blödsinn verteidigen! – Abg. Birzele SPD: Man kann es gleich ergänzen durch Landesmittel!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen weiteren Punkt aus dem Beitrag des Kollegen Schrempp aufnehmen, nämlich die Frage, wer sich denn alles am Wohnungsbau zu beteiligen habe. Sie kennen den berühmten § 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, in dem steht, daß sich Bund, Länder und Gemeinden an der Wohnungsbauförderung beteiligen sollen.

(Abg. Schrempp SPD: Dann hätten Sie sich doch daran beteiligt!)

Vorhin ist die Rede davon gewesen, daß wir jetzt die Gemeinden bitten würden.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Es ist doch eine bare Selbstverständlichkeit,

(Abg. Schrempp SPD: Das Land ist doch aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus ausgestiegen!)

daß sich die Gemeinden jetzt auch an diesen Programmen beteiligen sollen. Da wird es die eine oder andere Variante geben, zum einen durch eine direkte Förderung, zum anderen vielleicht durch das Zurverfügungstellen von Grundstücken.

Herr Kollege Schrempp, was Sie zur gemeinnützigen Wohnungswirtschaft gesagt haben, ist so falsch wie nur irgend etwas.

(Abg. Schrempp SPD: Ich habe doch das Staatsministerium zitiert!)

– Nein. Sie haben gesagt, daß diese gemeinnützige Wohnungswirtschaft keine Zukunft habe, weil sie in diesem Programm nicht entsprechend bedacht werde. Das ist so doch überhaupt nicht richtig.

Ich möchte es gerade an dem kommunalen Beispiel aufzeigen: Zwischen den Kommunen und den Gemeinnützigen gibt es doch seit Jahrzehnten, um nicht mehr zu sagen, eine enge und engste Kooperation. Gerade auf diesem Feld, auf dem die privaten Bauherren ja steuerliche Möglichkeiten haben, könnte jetzt die kommunale Seite zusammen mit den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften etwas ganz Besonderes machen.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

Das wird auch so sein. Das zeichnet sich doch schon an allen Ecken und Enden im Lande ab.

Zum dritten Schwerpunkt: Mit der Bereitstellung eines weiteren Kontingents von 1 000 Altenwohnungen – ich möchte das noch einmal deutlich machen, weil ich es wohnungspolitisch für außerordentlich wichtig halte – verfolgen wir zwei Ziele. Zum einen versuchen wir, der Veränderung der Altersstruktur Rechnung zu tragen. Ich glaube, daß das dringend notwendig ist.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

Das zweite wohnungsbaupolitische Ziel bei der Förderung von Altenwohnungen ist, daß wir ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger veranlassen wollen – ich möchte es einmal so zurückhaltend formulieren –, sich zu überlegen, ob sie die früher familiengerechte Wohnung nicht verlassen wollen, um in eine kleinere, in eine Altenwohnung zu ziehen. Ich werde nachher noch Zahlen dazu nennen. Das kann man nicht dekretieren, das kann man nur anregen, und man kann Anstöße dafür geben. Man kann natürlich auch, wie Sie, Herr Kollege Schrempp, vorhin sagten, das eine oder andere an Finanziellem tun. Das wird ja auch in einer ganzen Reihe von Städten gemacht.

(Abg. Schrempp SPD: Die Fördersumme von 8 Millionen DM für 1 000 Wohnungen für ältere Menschen ist natürlich ein Nasenwasser!)

(Minister Schlee)

Ich habe mir einmal die Aufwendungen der Städte für die Bezuschussung von Umzügen angesehen. Sie haben ja vorhin gesagt, manche Städte machten das.

(Abg. Schrempp SPD: Ja!)

Ich glaube, daß wir uns über diesen Umzugskostenersatz hinaus etwas einfallen lassen müssen. Wenn Sie die Zahlen für eine Stadt wie Stuttgart sehen, dann können Sie das vergessen. Es müssen andere Anreize auf den Tisch, damit der entsprechende Effekt erzielt wird. Ich weiß auch nicht, ob man das nur mit Geld erledigen können. Man muß auch sehen, daß diese älteren Menschen einen gewissen Lebenskreis in ihrem Stadtteil haben, in dem sie jahrzehntelang gelebt haben.

(Abg. Schrempp SPD: Einverstanden!)

Wir müssen an diese Sache sehr vorsichtig und hochsensibilisiert herangehen.

Es ist dann noch auf die 500 Studentenwohnungen und auf die Wohnheimplätze für das Pflegepersonal an Kliniken hingewiesen worden. Einer der Vorredner hat gerade im Hinblick auf die Wohnheimplätze für Pflegepersonal an Kliniken Kritik geübt. Ich kann das überhaupt nicht verstehen. Natürlich ist über dieses Programm hinaus noch das eine oder andere notwendig. Darüber wird man an dieser Stelle noch zu reden haben. Aber ich glaube, daß das auf jeden Fall ein ganz wichtiger Schritt ist.

Meine Damen und Herren, wir haben mit diesem Sonderprogramm ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das auf die aktuelle Lage und die Entwicklung am Wohnungsmarkt abgestimmt ist. Wir können die heutigen Probleme am Wohnungsmarkt - ich möchte das noch einmal aufnehmen; Herr Kollege Dr. Lang hat es vorhin in die Diskussion eingeführt - nicht mit den Rezepten der Nachkriegszeit lösen. Herr Kollege Bütikofer hat dies auch angesprochen. Das ist das, Herr Kollege Schrempp, worüber wir immer wieder kontrovers diskutiert haben.

(Abg. Schrempp SPD: Wir haben doch eine völlig neue Förderungskonzeption vorgelegt!)

Sie haben immer versucht, die Probleme mit den Mitteln der Nachkriegszeit zu lösen.

(Lachen des Abg. Birzele SPD - Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE - Abg. Schrempp SPD: Aber diese Mittel waren im Gegensatz zu Ihrer Politik erfolgreich!)

Wir meinen, daß wir jetzt mit den aktuellen Programmen eine Politik aus einem Guß,

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

die den aktuellen Sorgen entspricht, vorgelegt haben.

Ich will einmal anhand einiger Zahlen deutlich machen, warum man, lieber Herr Kollege Schrempp, die Probleme des Jahres 1989 nicht mit den Mitteln der fünfziger und der sechziger Jahre lösen kann. In Baden-Württemberg -

um damit zu beginnen, Herr Kollege Schrempp - hat die Bevölkerung gegenüber der letzten Volkszählung von 1970 um 4,4 % von 8,9 Millionen auf 9,3 Millionen zugenommen.

(Abg. Schrempp SPD: Ja also!)

Die Zahl der Wohnungen - jetzt müssen Sie gut zuhören - hat gleichzeitig gegenüber der letzten Gebäude- und Wohnungszählung von 1968 um 41,2 % zugenommen. Das ist mit Abstand die höchste Zuwachsrate aller Bundesländer.

Ich nenne eine zweite Zahl, die gerade, was die älteren Mitbürger angeht, meine ich, von ganz besonderer Bedeutung ist: Etwa 1,3 Millionen Ein- und Zweipersonenhaushalte in Baden-Württemberg - das ist ein Drittel aller Haushalte in Baden-Württemberg - belegen Wohnungen mit vier und mehr Zimmern.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD - Abg. Schrempp SPD: Moment einmal! Ist da Eigentum dabei, oder was ist das?)

- Das sind alle Wohnungen, Herr Kollege Schrempp. Das ist doch ganz klar.

(Abg. Schrempp SPD: Da ist die Witwe mit der 250-qm-Villa mit dabei!)

Aber wenn das ein Drittel aller Haushalte ist, macht diese Zahl doch deutlich,

(Abg. Schrempp SPD: Das sind nicht die Sozialmieter!)

daß der Ansatz, Herr Kollege Schrempp, daß man mit einem alten Wohnungsbauprogramm versucht, eine gewisse Entlastung am Wohnungsmarkt zu erreichen, nicht - nur das will ich deutlich machen - falsch sein kann.

(Abg. Schrempp SPD: Der Ansatz ist falsch, aber aus anderen Gründen!)

Eine weitere Zahl: Pro Person, Herr Kollege Schrempp, stehen heute im Vergleich zu 1968 rund 40 % mehr Wohnfläche zur Verfügung. Auch dies, meine ich, muß ins Kalkül gezogen werden, muß sich in einer neuen Wohnungsbaupolitik niederschlagen; sonst werden wir den Herausforderungen sicherlich nicht gerecht.

(Abg. Schrempp SPD: Ich würde mir nicht bloß etwas aufschreiben lassen, sondern auch einmal darüber nachdenken!)

- Ach, Herr Kollege Schrempp, der Trick 17! Sie sollten sich bessere Tricks einfallen lassen.

(Abg. Haas CDU: Sehr gut!)

Wir haben zwei Entwicklungstrends am Wohnungsmarkt: Wir haben auf der einen Seite neue Bedarfsschwerpunkte. Die Aussiedler sind nur ein Schwerpunkt dieser Art. Wir haben darüber hinaus sicherlich eine generelle, auch wohl-

(Minister Schlee)

standsbedingte Verknappung. Das kann man drehen und wenden, wie man will, man muß es einräumen, wenn man diese Zahlen sieht. Nun muß die staatliche Wohnbauförderung – nur deshalb sage ich das – natürlich auf diese besonderen Bedarfsschwerpunkte reagieren. Hier muß die Förderpolitik ansetzen. Zu glauben, wir könnten auch die wohlstandsbedingten Probleme lösen, ist völlig neben dem Hut. Diese muß der Markt lösen,

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

aber wir müssen als Staat versuchen, diese ganz besonderen Bedarfsschwerpunkte – Stichwort Aussiedler –, die sich ergeben haben, zu lösen, natürlich nicht nur mit staatlichen Mitteln, sondern auch indem wir privates Kapital anziehen

(Abg. Drexler SPD: Locken!)

– natürlich, anlocken –, damit hier das Geld investiert wird und nicht irgendwo fernab, wo uns das überhaupt nichts bringt.

(Abg. Drexler SPD: Quellensteuer!)

Dies sind, meine ich, die richtigen Ziele. Wir setzen nun die Dinge so um, daß wir am Ende dieses Ziel erreichen werden. Wir nehmen die Senioren als eigene Zielgruppe in unsere Wohnungsbauprogramme auf. Wir setzen weiter den Schwerpunkt Eigentumsförderung und damit familien- und gesellschaftspolitische Akzente. Und ein Drittes: Wir schaffen mit einer sozialpolitisch ausgewogenen Mietwohnungsförderung zusätzlichen Wohnraum für einheimische Bedarfsgruppen, aber natürlich auch für solche, die neu hinzukommen. Wie gesagt, die Aussiedler sind dafür nur ein Beispiel.

Sie haben überhaupt nichts dazu gesagt, Herr Kollege Schrempp, wie ein Mehr an privatem Geld in den Wohnungsmarkt geschleust werden kann. Sie sehen es doch selbst, daß Sie das allein mit staatlichen Mitteln nicht machen können. Deshalb sollte man diese steuerlichen Anreize nicht verteufeln, wie das immer wieder an der einen oder anderen Stelle gemacht wird.

(Abg. Schrempp SPD: Das habe ich doch gar nicht gemacht!)

Daß dies wirkt, Herr Kollege Schrempp, daß sich Private engagieren, sehen Sie daran, daß die Zuwachsraten, was die Baugenehmigungen im Januar und Februar angeht, im Januar – immer bezogen auf Baden-Württemberg – weit über 50 % lagen. Das ist doppelt soviel, wie dies in anderen Bundesländern der Fall ist. Das heißt, es ist ein wohnbaufreundliches Klima in Baden-Württemberg geschaffen worden.

Zu den Rahmenbedingungen gehört das Steuerrecht. Zu den Rahmenbedingungen gehört aber auch etwas, was wir nun auch angegangen haben; denken Sie an unsere Überlegungen für ein neues Baurecht, für eine Vereinfachung in diesem Baurechtsbereich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was in Sachen Wohngeld gerade aktuell gegangen ist – das ist auch mit ein Instrument, ein Teil dieses Bündels –, wird mit dazu beitragen, daß wir zu einer

bedarfsgerechten Verteilung des Wohnungsbestands kommen.

Lieber Herr Kollege Schrempp, Sie haben das vorhin angesprochen. In Baden-Württemberg sind seit 1980 fast 550 000 neue Wohnungen fertiggestellt worden, davon 100 000 mit öffentlicher Förderung. Die öffentlichen Hände haben in den letzten fünf Jahren 2 Milliarden DM bereitgestellt, und diese 2 Milliarden DM haben Investitionen in Höhe von 16 Milliarden DM am Wohnungsmarkt ausgelöst.

(Abg. Schrempp SPD: Dann machen Sie doch so weiter! Genau! Dann macht doch so weiter!)

– Ihre Zustimmung, lieber Herr Kollege Schrempp, ehrt Sie. Wenn sie früher gekommen wäre, wäre es natürlich noch entschieden hilfreicher gewesen.

(Abg. Schrempp SPD: Nein! Machen Sie doch so weiter! Sie blocken doch ab!)

Lieber Herr Kollege Schrempp, ich sage Ihnen eine letzte Zahl, damit Sie einfach auch noch einmal, wenn Sie als Verbandsvertreter unterwegs sind, die Leistungen der Landesregierung entsprechend darstellen können.

(Abg. Köder SPD: Um Gottes willen! – Abg. Schrempp SPD: Also da fehlt mir jegliches – –)

Die Wohnungsbauprogramme 1989 in Baden-Württemberg – Herr Kollege Schrempp, das müssen Sie darstellen, wenn Sie vor Ort sind – haben ein Volumen

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

von 625 Millionen DM, und damit werden 17 000 Wohneinheiten und Wohnplätze gefördert. Ich meine, das ist eine positive Bilanz. Ich will Ihnen die Zahl nur an die Hand geben, damit Sie sie – neben uns natürlich – auch draußen bei Ihrer Klientel darstellen können.

(Abg. Schrempp SPD: Dann stimmen Sie unserem Antrag zu! Dann lobe ich Sie auch!)

Lieber Herr Kollege Schrempp, die Landesregierung wird zusammen mit den Kommunen und auch mit den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften – ich will das noch einmal unterstreichen, weil da vorhin ein falscher Zungenschlag hineingekommen ist – und den privaten Anlegern, gemeinsam mit all diesen Gruppen die vorhandenen Probleme lösen, wie dies in einer sozial verantwortlichen Marktwirtschaft notwendig ist. Wir meinen, mit diesem Sonderprogramm haben wir dazu einen ganz wichtigen Beitrag geleistet.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich ursprünglich

(Brechtken)

etwas zur Finanzseite sagen, aber ich will mich jetzt auf diese Bedarfs- und Marktseite einlassen.

Herr Innenminister Schlee, eine Bemerkung zu Ihrem letzten Satz: Sie verkaufen hier ja nicht nur ein Sonderwohnungsbauprogramm in Richtung einer alten Kontinuität, sondern Sie gehen neue Wege. Sie knüpfen an dem an, was wir bisher kritisiert haben. Sie gehen ein Stück weit auf unsere Vorschläge ein. Das ist gut so; das muß hier aber einmal festgehalten werden. Insofern haben wir hier eindeutig einen Erfolg unserer beständigen Politik, daß Sie jetzt einen Teil dieses Weges mitgehen müssen.

(Beifall des Abg. Schrempp SPD)

Der zweite Punkt, Herr Kollege Lang: Bei der Frage, wie man künftige Fehler in der Politik vermeiden kann, muß man sich einmal die Marktlage anschauen. Ich teile Ihre Auffassung, daß wir auf dem Wohnungssektor einen sehr differenzierten Umfang von Teilmärkten haben. Jetzt nehmen Sie doch einmal die Situation exakt im mittleren Neckarraum, wo sich das wie unter einem Brennglas verstärkt. Hintergrund ist eine dynamische Wirtschaft, die auch weiterhin einen erheblichen Arbeitskräftebedarf im mittleren Neckarraum hat. Das heißt: Wir haben hier die Tendenz zum Zuzug auf jeden Fall noch über einen längeren Zeitraum.

Wer zieht denn hier zu? Hier ziehen zum Beispiel die Einzelhaushalte zu, nämlich nach dem Studium in Richtung auf ihren Arbeitgeber. Das sind starke Kräfte, die haben finanziell starke Kräfte, die gehen auch in größere Wohnungen, weil sie es sich leisten können. Und was machen sie? Sie verdrängen damit auf dem Wohnungsmarkt einen großen Teil der Finanzschwächeren.

Nehmen Sie dazu noch ein zweites Beispiel. Sie haben heute finanzkräftige Familien im mittleren Neckarraum. Das mache ich nicht als Karikatur. Nehmen Sie einmal - ich sage das immer salopp - das A-25-Ehepaar, er Hauptschullehrer und sie Gymnasiallehrerin, das ein gutes Einkommen hat, wo beide Ehepartner ein Arbeitszimmer in ihrer Wohnung haben. Was machen die? Die ziehen heute in ein Einfamilienhaus, das früher zwei Dreizimmerwohnungen beinhaltet hat, bauen das geringfügig um und breiten sich damit im Bestand aus. Das haben Sie bei allen finanzstärkeren Berufsgruppen. Das heißt: Dadurch wird Wohnraum verdrängt, der bisher mehreren Familien zur Verfügung stand.

(Abg. Teufel CDU: Wollen Sie das verbieten?)

- Das verbiete ich doch niemandem, Herr Kollege Teufel. Wissen Sie, was mich an Ihnen ärgert? Jetzt komme ich noch einmal auf das von heute morgen zurück.

(Unruhe)

Mit Ihnen diskutiere ich immer im katholischen Bereich bei allen möglichen Wochenendtagungen,

(Abg. Teufel CDU: Mit Ihnen habe ich noch nie diskutiert!)

daß man sich

(Abg. Teufel CDU: Nicht einmal habe ich mit Ihnen diskutiert!)

- doch, das haben wir; nicht einmal ein Gedächtnis haben Sie! - gegenseitig ernst nehmen sollte.

(Abg. Teufel CDU: Das ist verlogen, was Sie sagen!)

Und bei jedem ersten halben Satz, mit dem ich hier ein Problem beschreibe, kommen Sie daher und machen einen Zwischenruf: „Wollen Sie das verbieten?“ Das ist Ihre heuchlerische Art, mit anderen Menschen umzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will dies niemandem verwehren, aber ich muß den Fakt hier festhalten. Ich freue mich, wenn sich Leute dies finanziell leisten können.

Aber wenn dies so ist - jetzt komme ich zur Quintessenz, Herr Kollege Lang - -

(Abg. Haasis CDU: Ein bißchen ruhiger!)

- Ich habe vorhin ganz ruhig argumentiert, Herr Haasis.

(Abg. Haasis CDU: Nein, Sie gehen immer hin-auf!)

Aber diese Art des Herrn Teufel, die heute morgen begonnen hat, lasse ich für meine Person nicht gelten. Da schlage ich auch einmal zurück, weil ich meine, daß das notwendig ist, damit manche Leute endlich einmal lernen, daß man gegenseitig ernst miteinander umgeht und nicht in dieser unqualifizierten Weise.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Abg. Haasis CDU: Da müssen Sie einmal in den Spiegel schauen!)

- Ich habe hier ganz sachlich vorgetragen.

Herr Lang, wir stimmen wohl fachlich darin überein, daß dies die Grundfrage ist. Wenn Sie hier in diesem Bestand die Ausdehnung haben, dann haben Sie noch eine dritte Komponente. Da stimme ich Ihnen zu. Ich bin ja für die Mobilisierung privaten Kapitals. Ich lasse jetzt einmal die Verteilungswirkung weg. Dazu muß man dann noch eigens diskutieren. Da gibt es dann auch Möglichkeiten von Begrenzungen und solchen Dingen, um das nicht ausufern zu lassen. Die können sich das auch wiederum leisten. Und die tragen natürlich auch zur Wohnraumversorgung bei, aber natürlich logischerweise auf einem Mietniveau, das sich wiederum nur ein bestimmter Teil unserer Bevölkerung leisten kann. - Doch, ganz zwangsläufig.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Brechtken, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Brechtken SPD: Jetzt sind Sie in der Situation, daß Sie exakt mit all diesen Maßnahmen nur zwei Drittel – um es grob zu sagen – auf dem Wohnungsmarkt bedienen können, nämlich die, die sich genau dies leisten können.

Jetzt kommt die Situation des einen Drittels, der Alleinziehenden, der Familien mit mehreren Kindern, der Finanzschwächeren in der Gesellschaft. Genau für die haben Sie keine Lösung auf dem Wohnungsmarkt.

Ich bin dafür, daß man die ersten zwei Drittel nicht vernachlässigt. Ich gönne das denen allen. Aber wir müssen dann vom Staat her, Herr Innenminister, genau das Pendant auf dem Wohnungsmarkt in Form des sozialen Mietwohnungsbaus liefern. Das heißt: Ich muß durch staatliche Intervention und Förderung garantieren, daß auch diese Menschen eine entsprechende Wohnraumversorgung haben. Deshalb sind wir dafür eingetreten, den sozialen Mietwohnungsbau nicht einzustellen, sondern ihn kontinuierlich fortzuführen – als ein Marktsegment, auf das wir dringend angewiesen sind.

(Glocke des Präsidenten)

Einigen wir uns darauf – mit dem schließe ich ab, Herr Präsident –: Das, was Sie jetzt zu tun beginnen, freut mich, Herr Innenminister, weil Sie damit an die alte Politik anknüpfen, weil Sie eingesehen haben, daß Ihre Konsequenzen falsch waren. Aber machen wir das miteinander so: Legen wir noch etwas darauf entsprechend unserem Vorschlag. Dann sind wir nicht gegen Ihre Elemente, aber dann haben wir den Versuch gemacht, wirklich alle Marktsegmente zu bedienen. Darauf kommt es mir an.

Zwischenfrage? – Bitte schön.

(Ministerpräsident Späth: Nein! Wortmeldung!)

– Eine Wortmeldung, gut.

Dann, glaube ich, kommen wir einen Schritt weiter, Herr Lang, und darüber sollten Sie einmal nachdenken. In dem Augenblick haben Sie der Wohnraumversorgung einen Dienst getan, weil Sie alle Seiten entsprechend berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Späth: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte diesen Grundgedanken noch einmal aufnehmen, damit klar wird, wo wir uns unterscheiden. Herr Kollege Brechtken, jetzt gehen wir einmal nicht von der Wertung aus, was die richtige Wirkungspolitik ist, sondern wir müssen einfach sehen, mit wieviel Geld wir eine Sozialwohnung für den Personenkreis schaffen, über den wir jetzt reden. Ich weiß, es gibt das Problem der Verdrängung. Das macht die Sache so schwierig, daß wir im Grunde eine Situation mit Ein- und Zweipersonenhaushalten haben. Es kommt das große Problem: Sitzen nicht viele Leute in der falschen Wohnung? Wir haben dies bisher nicht lösen können.

Ein Punkt, über den wir langfristig einmal nachdenken müssen – ich weiß nicht, ob wir kurzfristige Lösungen finden –, ist der Gedanke, ob wir nicht eine Finanzierungsform finden, bei der wir Wohnungen mit drei, vier und fünf Räumen mit ein bis zwei Bewohnern mit Hilfe einer finanziellen Unterstützung des Umzuges in die kleinere Wohnung räumen können. Ich sehe immer noch ein gewaltiges Potential in der Umstrukturierung der Wohnungsnutzung. Dies ist ein Problem, das alle Fachleute beschäftigen muß, denn es wird ein immer größeres Problem, wenn wir Ein- und Zweipersonenhaushalte in billigen großen Wohnungen lassen und immer alles neu hinzubauen wollen, was wir brauchen, während wir gleichzeitig inzwischen eine Durchschnittsnutzung von über 30 qm pro Person haben. Die Statistik hilft uns nicht weiter – das räume ich ja ein –, aber das Problem kann nicht aus den Augen verloren werden, daß wir eines Tages ein neues Problem auf dem Wohnungsmarkt haben werden, weil wir nämlich im Grunde eine völlig falsche Strukturzusammensetzung haben.

(Abg. Schrempp SPD: Die Statistik enthält natürlich auch den Eigentumsanteil!)

– Herr Kollege Schrempp, wenn wir es genau untersuchen, ist dort eine gewaltige Bereinigung durch den Eigentumsanteil durchzuführen, aber auch im Mietwohnungsbereich hat die Volkszählung gezeigt, daß es dort dieses Problem gibt. Es ist übrigens auch ganz logisch, weil die Oma als Witwe in vier Zimmern lieber im Winter zwei Zimmer zuschließt, damit sie die Zimmer nicht heizen muß und in dieser Wohnung billiger lebt.

Jetzt brauchen wir aber gleichzeitig – ein zunehmendes Problem – für diese älteren Menschen Betreuung durch Sozialstationen, aktive Altenhilfe. Deshalb müssen wir über das Thema Altenwohnungsbau und soziale Dienste unter Umständen eine Koppelung mit dem Thema der Umschichtung der Wohnungsnutzung erreichen.

(Abg. Schrempp SPD: Natürlich!)

Das wollte ich noch einmal zum Thema anmerken, an das wir gemeinsam herangehen müssen. Da ist mir jeder Vorschlag willkommen. Ich weiß im Moment noch keine Lösung, weil die reine Umzugsprämie, wie es zum Beispiel Stuttgart versucht, nicht ausreichend wirkt, und zwar deshalb nicht, weil der Nachteil der höheren Dauermiete die Leute davon abhält. Vielleicht müssen wir sogar am Wohngeld drehen, in der Struktur, ob wir nicht in einer Kombination von individueller Wohngeldhilfe eine Lösung finden.

Jetzt komme ich aber zum Neubau. Wenn Sie jetzt die Baupreisentwicklung anschauen, dann stellen wir fest, daß wir inzwischen Baupreissteigerungen von bis zu 30 % haben. Jetzt könnten wir die alte Diskussion führen. Wir haben schon immer gewußt, wie viele Aussiedler kommen. Das wollen wir jetzt ganz weglassen; das gehört zum politischen Meinungsstreit. Ich will mich jetzt ganz sachlich mit der Frage auseinandersetzen, was wir heute tun können. Wenn wir jetzt schon in die Richtung von 30 % Preissteigerungen gehen, dann ist die große Frage, ob es klug ist, die Nachfrage schlagartig, ja panikartig hochzu-

(Ministerpräsident Späth)

fahren und dann möglicherweise einen großen Teil der Fördermittel für Baupreissteigerungen zu verbrauchen. Denn in dem Augenblick, in dem die Baupreise um 30 % steigen, stimmen unsere ganzen Fördersätze nicht mehr, und es kommt so sicher, wie ich hier stehe, als nächstes die Nachsubventionierung. Die Leute, die kalkuliert haben, werden bei 30 % Baukostenüberschreitung zum Staat gehen und sagen: Jetzt habe ich bereits durch die Baukostensteigerung das öffentliche Darlehen verbraucht.

(Abg. Schrempp SPD: Es sind natürlich keine 30 %, es sind zur Zeit 8 %!)

- Herr Kollege Schrempp, ich würde im Moment sagen, wir diskutieren effektiv zwischen 8 und 12 %,

(Abg. Schrempp SPD: Gut, einverstanden!)

aber mit steigender Tendenz und mit einer Gefahr. Wenn der Baumarkt erkennt, daß jetzt ganz schnell hochgefahren wird, dann kommt natürlich auch die spekulative Überlegung: Wenn soviel nachkommt, dann können wir mit den Preisen anziehen.

(Abg. Schrempp SPD: Da sind wir uns einig!)

Da können wir uns aber nicht mit den Bauherren herumstreiten.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Es macht einen Unterschied, ob ich den privaten Investor betrachte, der dem unterliegt, oder die Wohnbaugesellschaft, die die Grundstücke bereits hat!)

- Jetzt komme ich genau zu dem Punkt. Das ist ja ein Baupreisthema und nicht nur ein Grundstücksthema.

Wir haben nicht sehr viele Genossenschaften - das muß man gleich dazusagen -, die in den Stadtbereichen, wo die große Nachfrage besteht, über den Baugrund verfügen, den wir brauchen. Wir haben in den Großstädten Untersuchungen gemacht und herausgefunden: Der Markt ist baulandmäßig weitgehend leergefegt. Ich erinnere an mein Geplänkel mit der Stadt Stuttgart. Als wir dann einmal den Dampf weggenommen haben, Herr Rommel und ich zusammengegessen sind und ich gesagt habe: „Gehen wir mit dem Wohnungsbau an den und den Platz; aber ich sage Ihnen dazu, daß dann das Thema Universitätserweiterung weg ist“, hat auch in der Stadt Stuttgart das Nachdenken eingesetzt, ob man jetzt gewissermaßen 1 000 Wohnungen schnell an Plätzen bauen soll, wo es Baugrund gibt, aber sich anschließend die Dienstleistungsstadt nicht mehr entwickeln kann.

Ich will es einmal ausdrücklich sagen: Wenn die Aussiedlergeschichte so weitergeht, brauchen wir langfristig noch größere Zahlen. Da muß ich aber jetzt erst die Baulandvorbereitung treffen. Da machen wir uns auch nichts vor. Deshalb meine ich, der wichtige Schritt sei jetzt, Bauland bereitzustellen.

(Abg. Schrempp SPD: Richtig! Habe ich ja gesagt! Natürlich!)

Und ich sage ausdrücklich: Das Land stellt alle Grundstücke, die brauchbar sind, dafür zur Verfügung, und der Planungsgewinn, der durch das Planungsrecht entsteht, wird voll in den sozialen Wohnungsbau eingegeben. Das ist, glaube ich, einmal eine Grundsatzentscheidung, die gar nicht unvernünftig ist, die nämlich jetzt Städten einen Anreiz geben kann, Landesgrundstücke zu nehmen und zu sagen: Gut, da planen wir, wir wollen aber vom Land kontrolliert haben, daß die Kaufpreiserlöse, auch die Wertgewinne voll in die Förderung des Wohnungsbaus gehen. Das ist der längerfristige Ansatz.

Jetzt noch einmal zu der Frage: Mit wieviel Geld erreichen wir jetzt welches Förderungsvolumen? Wir haben ja einen Kompromiß geschlossen und haben gesagt: Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft muß bereit sein, Eigenkapital so hoch einzusetzen, daß sie mit einem Fördervolumen zwischen 40 000 und 60 000 DM durchkommt. Und dafür gibt es Anzeichen. Zu meiner Überraschung gibt es eine Reihe von Wohnungsbauträgern, die bereit sind, so hoch mit Eigenkapital zu 2 und 3 % einzusteigen - sonst rechnet sich's gar nicht. Aber über diesen Kreis hinaus kann ich mit der Fördersumme nicht gehen, denn wenn ich über den Kreis hinausgehe, reicht die Fördersumme von 40 000 bis 60 000 DM nicht aus. Da machen wir uns nichts vor. Dann kommen wir wieder in die alte Förderung rein, daß wir nämlich die langfristige Förderung nur erreichen mit Subventionswerten von 100 000 und 150 000 DM. Dann sind wir ganz schnell am Ende der Möglichkeiten.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist mit weniger zu machen! - Abg. Bütikofer GRÜNE: Der Subventionswert ist doch jetzt über 100 000 DM!)

- Nein.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Doch! Durch die Steuervergünstigung!)

- Ich spreche jetzt von dem Kreis der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, der im Augenblick bereit ist, relativ hohe Eigenkapitalansätze zu 2 und 3 % einzusetzen und damit mit einer Fördersumme von 40 000 bis 60 000 DM mit der Kommune durchzukommen. Sehr viel mehr als das, was wir dort - -

(Abg. Schrempp SPD: Das schafft er nicht!)

- Herr Schrempp, das Interessante ist, die packen's.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

Deshalb haben wir gesagt: Wenn wir mit dem Förderwert hinkommen, dann bekommen wir ein relativ vernünftiges Wohnungsbauvolumen, rein bezogen auf den traditionellen sozialen Mietwohnungsbau.

Jetzt kommt das zweite.

(Abg. Schrempp SPD: Aber das geht doch nur, wenn die Kommune die Bodenpreise so weit heruntersubventioniert, daß sie selbst eine Menge drauflegen muß!)

(Ministerpräsident Späth)

– Gut. Aber das muß auch ihr Beitrag sein. Da bin ich stur und sage: Das muß sie mitmachen.

(Abg. Schrempp SPD: Ich habe nichts dagegen!)

Aber mit der Kombination erreiche ich eine kleinere Zahl von Wohnungen mit einem Subventionswert, der von der Förderseite her tragfähig ist. Wenn ich den überschreite und in einen anderen Personenkreis reingehe und einmal in den nicht steuerlichen, gemeinnützigen Bereich gehe, dann brauche ich sofort in den Städten einen Subventionswert von 100 000, 120 000, 130 000 DM pro Wohnung. Und da kommen wir ganz schnell an die Grenze aller Möglichkeiten.

(Zurufe der Abg. Bütikofer GRÜNE und Schrempp SPD)

Jetzt können wir natürlich tricksen, Herr Brechtken.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Können Sie erklären, Herr Ministerpräsident – –)

Da können wir natürlich tricksen. Wir können den jährlichen Subventionswert in den Haushalt einstellen und damit die nächsten 10 oder 15 Jahre gewaltig belasten. Das führt aber zu keinem Ergebnis.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schrempp?

Ministerpräsident Späth: Eine.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Schrempp.

Abg. Schrempp SPD: Herr Ministerpräsident, wenn Sie über Subventionswerte sprechen, würden Sie dann zugestehen, daß es bisher einen Subventionswert in Höhe von 70 000 bis 100 000 DM gegeben hat, den das Land den Wohnungsbaugesellschaften für die Förderung gegeben hat und der jetzt gesplittet werden soll in 40 000 DM vom Land und zirka 50 000 DM über die steuerlichen Vergünstigungen?

(Abg. Weimer SPD: Das ist doch das gleiche! Das ist doch Jacke wie Hose!)

Insofern bleibt es unter dem Strich gleich.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Späth: Moment. Deswegen hätten Sie mir vollends zuhören müssen. Ich komme jetzt zu der steuerlichen Seite.

Warum ich unzufrieden bin über das, was der Bund gemacht hat, war, daß er meinen Vorschlag nicht aufgenommen hat. Ich hätte nämlich die steuerliche Subvention nicht allgemein erhöht. Ich bin persönlich der Meinung, daß 5 % Abschreibung für den normalen, frei finanzierten Wohnungsbau ausreichend sind. Ich hätte gern 10 % an-

geboten gegen eine zehnjährige Bindung für den sozialen Mietwohnungsbau. Dann hätten Sie nämlich folgendes gehabt: Wenn es 10 % Abschreibung gegeben hätte, dann wäre der Subventionswert etwa bei 30 000 DM gelandet. Aber so, wie ich unsere Landsleute kenne, hätten die, wenn man ihnen angeboten hätte, sie könnten vier Jahre 10 % abschreiben, obwohl die Wirtschaftlichkeitsberechnung nach fünf Jahren nicht mehr stimmt, gnadenlos gebaut – das ist ja nicht neu – und wären die zehnjährige Bindung eingegangen.

(Abg. Schrempp SPD: Die hätten verkauft, und der nächste hätte das wieder gemacht! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Schrempp, wenn ich eine zehnjährige Bindung für den Kreis der Finanzschwachen mit einem steuerlichen Verlust von 30 000 DM erkaufen kann, komme ich der Sache sehr viel schneller näher, als wenn ich es mit Direktsubvention über den Haushalt machen muß.

Die Bonner konnten sich in der Koalition nicht einigen; ich will das nicht näher untersuchen. Sie konnten sich in der Koalition nicht einigen; ich will jetzt nicht sagen, warum; ich sage es Ihnen aber auf Wunsch.

(Abg. Schrempp SPD: Ja, wir hätten den Wunsch!)

– Die Koalition hat sich auf den Vorschlag nicht geeinigt, weil nicht alle drei Parteien dem Gedanken zustimmen konnten, daß zum ersten Mal eine steuerliche Erleichterung konsequent mit der Bindung Wohnungsamtszuweisung gekoppelt wird. Das war meine Vorstellung. Darunter, wenn ich nur sage, ich hoffe, daß er einen nehme, hat es nämlich keinen Sinn. Meine Forderung war: 10 %, aber dann 6,70 DM Kostenmiete, Mietsteigerung höchstens 30 Pfennig alle zwei Jahre im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus und zehnjährige Bindung. Der Unterschied zwischen 5 und 10 % hätte geholfen.

Ich sage das deshalb, weil Sie dann mit 30 000 DM Steuerausfall pro Wohnung – –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Es ist doch viel mehr!)

– Nein, es ist nicht mehr. Ich gebe Ihnen die Computerberechnungen, die wir darüber angestellt haben. Wir haben das mit den Grenzsteuersätzen über den Computer ausgerechnet; das ist so ein Paket.

Jetzt haben alle 7 %. Ich sage Ihnen offen: Wenn alle 7 % haben, wird zwar auch mehr gebaut, aber es ist fraglich, ob der Personenkreis, um den es mir geht, richtig getroffen wird. Es werden sicherlich Ersatzwohnungen frei, ich glaube aber nicht, daß über das Steuerprogramm so gezielt eine große Zahl von Wohnungen für den finanzschwachen Personenkreis entsteht.

Jetzt kommt die Konsequenz daraus. Ich glaube nicht, daß wir im Jahre 1989 eine wesentliche Steigerung im sozialen Wohnungsbau über das Programm hinaus, das wir jetzt haben, Herr Brechtken, erreichen können. Wir müssen bedenken, daß wir Juni 1989 haben. Deshalb habe ich

(Ministerpräsident Späth)

darum gebeten, das Programm noch vor der Sommerpause zu verabschieden, damit wir die Mittel gleich vergeben können. Wir wissen ja, wie lange das geht: Mittelvergabe, Baugenehmigung, Bau. Das heißt, wir können die Aufstockungsfrage eigentlich für 1990 diskutieren, weil 1989 nicht mehr sehr viel laufen wird.

Ich bin bereit, für 1990 folgende Fragen zu diskutieren: eine Aufstockung im Jahre 1990, möglicherweise nach anderen Kriterien. Wir sollten nämlich zum Beispiel einmal folgendes überlegen – ich sage es einfach zum Nachdenken –: Unter Umständen sollten wir den Unterschied zwischen den 7 und den 10 % gegen eine Bindung sogar als Aufwendungsdarlehen geben. Dann könnte man vielleicht mit einem Aufwendungsdarlehen von 15 000 DM plus Bindung – vielleicht kriegen wir dann nur eine fünfjährige Bindung hin – einen Kreis von Privatinvestoren stärker ansprechen und damit die rein öffentlichen Programme ergänzen.

Deshalb will ich noch einmal in aller Sachlichkeit sagen: Das, was wir jetzt vorgelegt haben, ist das, von dem wir sicher sind, daß wir es 1989 für den zu begünstigenden Personenkreis freihändig durchziehen können. Jetzt müssen wir die Bundesentscheidungen für 1990 abwarten. Erst wenn wir die kennen, können wir ein komplementäres Wohnungsbauprogramm für 1990 aufbauen. Das werden wir im Nachtrag 1989 im Herbst mit vorlegen. Das, was wir jetzt machen, ist eine Soforthilfe, die wir sofort vergeben können. Ich glaube, mehr läßt sich bauwirtschaftlich und zeitlich 1989 nicht verkraften. Wir sind für eine Diskussion über die beste Lösung für 1990 offen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen Wortmeldungen nicht mehr vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung nunmehr zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlußempfehlungen des Finanzausschusses, Drucksachen 10/1645 und 10/1646.

Wir stimmen zunächst ab über den

Nachtragshaushaltsplan

Abstimmungsgrundlage hierfür ist die Beschlußempfehlung Drucksache 10/1645.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

und hier das Kapitel 0309 – Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen – und dazu den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/1665-2. Soll dieser Antrag begründet werden? – Herr Abg. Redling, Sie haben das Wort.

Abg. Redling SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir im Februar dieses Jahres den Doppelhaus-

halt 1989/90 berieten, hat die SPD-Fraktion einen Antrag auf 12 000 Sozialmietwohnungen vorgelegt.

(Abg. Haasis CDU: Geld verteilt!)

Auf die Zahl 12 000 kamen wir durch Gespräche, die wir mit den städtischen Wohnungsämtern und mit den Wohnungsbaugenossenschaften geführt haben. Das war damals der unterste aktuelle Stand.

Der Grund dafür, daß in Baden-Württemberg ein so hoher Bedarf besteht, ist heute schon ein paarmal angesprochen worden: die jungen Menschen, die geburtenstarken Jahrgänge, die auf den Wohnungsmarkt drängen, die zum Teil Single-Haushalte gründen, zum Teil aber auch heiraten; der Trend zur größeren Wohnung, der allgemein feststellbar ist. Herr Schlee, ich gehe davon aus, daß Sie jetzt auch eine größere Wohnung haben als in der Zeit, als Sie geheiratet haben. Also, auch Sie haben ein Bedürfnis, das größer ist als vor 20 Jahren. Wir haben die vielen unverorgten kinderreichen Familien, und wir haben auch die Aussiedler.

Bei den Haushaltsberatungen lag die Blaue Broschüre vor, die 350 alte Mietwohnungen enthielt, die um 650 auf insgesamt 1 000 aufgestockt wurden. Dazu kam dann das sogenannte Aussiedlerwohnungsprogramm, von dem wir heute wissen, daß von den 5 000 Wohneinheiten insgesamt 3 300 als Sozialmietwohnungen gedacht sind. Das heißt also, von unserem errechneten Bedarf hat die CDU im Februar dieses Jahres haushaltsmäßig ein Drittel zugestanden.

Was ist seit Februar, seit der Verabschiedung des Haushalts passiert bis zu den Programmen, die jetzt nachgeschoben werden? Was die Grundsätze angeht, auf die man eigentlich Politik aufbauen sollte, ist da eigentlich nichts geschehen. Denn damals schon hat der Herr Innenminister gesagt: Wir werden im Jahre 1989 in Baden-Württemberg mit etwa 60 000 bis 70 000 Aussiedlern rechnen müssen. Das wurde heute auch wieder bestätigt. Auch damals war klar, daß der Trend zu größeren Wohnungen besteht, daß die jungen Menschen sehr früh aus dem Elternhaus ausziehen und eigene Wohnungen beziehen wollen. Also, von den Grundlagen her hat sich nichts geändert. Geändert hat sich natürlich etwas in der politischen Landschaft. Ich erinnere an die Wahl in Berlin und die Kommunalwahlen in Hessen, vor allem in Frankfurt.

Trotzdem haben wir heute einen Nachtragshaushaltsplan vorliegen, der die Finanzierung von 1 000 Altmietwohnungen und 2 400 Sozialmietwohnungen vorsieht. Das heißt also, die Landesregierung und die CDU-Fraktion haben sich unseren Vorstellungen jetzt auf zwei Drittel genähert.

Diese 2 400 Wohnungen werden folgendermaßen finanziert: Die CDU verkauft Forderungen, die dem Land zustehen, an die Landeskreditbank, verringert also, um es buchhalterisch zu sagen, die Aktiva. Unsere Vorstellungen zur Finanzierung, die wir schon im Februar eingebracht haben, beinhalten etwas Ähnliches. Wir würden die Passiva erhöhen, allerdings nicht durch mehr Schulden. Wir wollen

(Redling)

den Schuldenstand beibehalten, ihn allerdings umschichten.

Herr Haasis hat uns im Ausschuß „verdeckte Kreditaufnahme“ zugerufen. Das, was wir wollen, ist aber nichts anderes als das, was Sie gemacht haben, was die CDU-Regierung in ihrem neuen Programm macht und was das Land schon einige Male praktiziert hat, zum Beispiel beim Klinikum Heidelberg mit einem Volumen von 222 Millionen DM oder beim Klinikum Freiburg mit 150 Millionen DM Volumen.

Wenn man den Entwurf dieses Gesetzes und seine Begründung liest, dann stellt sich heraus, daß auch die CDU die Notwendigkeit dieser 12 000 Mietwohnungen erkannt hat, es allerdings noch nicht zu sagen wagt. Da müssen wir vielleicht noch einmal vier Monate warten, bis auch die CDU sagt: Es stimmt, daß die 12 000 Wohnungen notwendig sind. Denn auf Seite 3 des Briefs, den das Finanzministerium dem Vorsitzenden des Finanzausschusses geschrieben hat, steht zum Beispiel, daß, wenn man es hinausziehe, dies der Zielsetzung des Programms widersprechen würde, das Landessonderprogramm ohne Zeitverzögerung unverzüglich umzusetzen.

Noch einmal ganz kurz, dann komme ich zum Ende ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Redling SPD: ... – ich habe es gerade angekündigt –: Ein Zeitverlust von über zwei Monaten sollte insbesondere bei familiengerechten Mietwohnungen vermieden werden. Meine Damen und Herren von der CDU, vermeiden Sie einen weiteren Zeitverlust, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Staatssekretär Heckmann vom Finanzministerium.

Staatssekretär Heckmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion ist geradezu abenteuerlich.

(Abg. Haasis CDU: Jawohl! Richtig! – Gegenrufe von der SPD)

Mit einem kühnen Schwung schreiben Sie in Ihrem Antrag, Sie wollten 4 300 weitere Wohnungen mit einem Subventionswert von 73 500 DM pro Wohnung fördern. Sie haben es offenbar versäumt – ich weiß nicht, ob dies fahrlässig oder vielleicht auch vorsätzlich war –, überhaupt auszurechnen, zu welchem Gesamtergebnis der Subventionierung und damit der Haushaltsbelastung für die Zukunft Sie in diesem Fall kommen.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Ich habe Ihnen diese Aufgabe abgenommen und will Ihnen die Zahl nennen. Es ist ein Betrag von 3 Milliarden und 160 000 DM.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schrempp?

Staatssekretär Heckmann: Ja, bitte.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön, Herr Abg. Schrempp.

(Abg. Brechtken SPD: Herr Staatssekretär, das war eine Zehnerpotenz zuviel!)

Staatssekretär Heckmann: So? Es ist trotzdem noch zuviel.

(Lachen bei der SPD)

Abg. Schrempp SPD: Herr Staatssekretär, ich möchte Sie gern fragen, warum Sie, nachdem wir vor zwei Tagen bei einer gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Innenausschusses über diese Dinge gesprochen haben und ich Ihnen ausdrücklich und detailliert die Finanzierung dargestellt habe, dort geschwiegen und die Gelegenheit zur Aussprache nicht genutzt haben. Jetzt gehen Sie als Regierungsvertreter hin, wo wir keine Redezeit mehr haben, und bringen die These, daß alles falsch sei. Ich bin davon ausgegangen, wir hätten Sie davon überzeugt, daß unser Finanzierungssystem mit Ihrem vergleichbar ist. Dem haben Sie zumindest dort nicht widersprochen.

(Abg. Drexler SPD: Und dann rechnet er auch noch falsch!)

Staatssekretär Heckmann: Gut, wir wollen nicht mehr darüber streiten. Wir haben im Finanzausschuß schon deutlich gemacht, daß wir diese Finanzierung für nicht solide halten,

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

daß man jetzt mit einem Teilbetrag von 10 Millionen DM, also mit einem Minibetrag dessen, was man an Subventionen braucht – das ist wohl unbestritten –, eine Subventionierung und die zusätzliche Förderung von 4 300 Sozialwohnungen einleitet, ohne dafür einen finanziellen Deckungsvorschlag zu machen. Deshalb sehen wir uns außerstande, einem solchen Antrag zuzustimmen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Wenn ich das Wort zu dem Antrag habe, Herr Präsident, will ich gleich, wenn es erlaubt ist – –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Darf ich gerade darum bitten, daß Sie die Zahl „3 Milliarden“ korrigieren! Das ist nämlich wirklich eine Zehnerpotenz zuviel!)

(Staatssekretär Heckmann)

– Ich rechne das nach. Wenn ich im Augenblick falsch gerechnet habe, will ich das natürlich korrigieren. Aber es geht hier um das Prinzip.

(Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Da können Sie doch nicht etwas anderes sagen. Sie finanzieren Aufwendungen der Zukunft

(Abg. Brechtken SPD: Ich sage gleich etwas dazu!)

mit Beträgen, die Sie jetzt haushaltsmäßig nicht darstellen können.

Sie haben übrigens ein Weiteres versäumt. Sie haben die Verpflichtungsermächtigung, die für den Gesamtbetrag notwendig wäre, um das rechtlich in Gang zu setzen – eine Förderung kann ja nur dann ausgesprochen werden, wenn die Haushaltsermächtigung da ist –, nicht auf den Gesamtbetrag der Förderung, sondern nur auf einen Teilbetrag erstreckt. Deshalb ist auch das nicht in Ordnung. Vielleicht sind Sie realistischerweise davon ausgegangen, daß die Mehrheitsfraktion diesen Antrag, so wie er es verdient, ablehnt.

Jetzt zu Ihrem Antrag, Herr Kollege Bütikofer.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Den ich noch gar nicht begründet habe!)

– Ja, aber er liegt auf dem Tisch. Ich darf das vielleicht gleich sagen. Es vereinfacht die Abwicklung.

Es mag ja gut gemeint sein, wenn Sie eine 30jährige Sozialbindung beantragen. Wenn Sie aber einmal die Erfahrungen, die wir mit diesem Instrument in der Vergangenheit gemacht haben, einbeziehen, dann müssen Sie zugeben, daß ein solches Begehren in der Realität nicht sozial, sondern im Endeffekt unsozial ist. Es ist deshalb unsozial, weil Sie die Zahl der Wohnungen, die mit dem gleichen Geld subventioniert werden könnten, zumindest halbieren. Der Hälfte unserer Bürger, die eine Sozialwohnung brauchen und eine bekommen könnten, enthalten Sie die Möglichkeit vor, eine zu bekommen. Zum zweiten muß doch jeder einsehen, daß der, der eine Mietbindung von 30 Jahren verlangt, heute schon die Lunte für die Fehlbelegung künftiger Jahrzehnte legt. Deshalb meine ich, daß Sie auf einen solchen Antrag verzichten sollten. Er bringt nichts und schadet nur. Deshalb werden wir einen solchen Antrag auch ablehnen.

Herr Kollege Vollmer, weil Sie wiederum den Vorwurf mit der LEG gemacht und die Frage gestellt haben, ob die LEG bevorzugt werde, will ich hier eindeutig in der Öffentlichkeit das wiederholen, was ich bereits im Finanzausschuß erklärt habe: Es kann keine Rede davon sein, daß wir die LEG auch nur in einem Punkt bevorzugen. Die Türen stehen weit offen für alle Wohnungsbaugesellschaften, die zu gleichen Bedingungen wie die LEG bereit und in der Lage sind, Wohnungen zu finanzieren und zu bauen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wir laden alle ein, das gleiche zu machen wie das, was die LEG schon seit Jahren leistet. Wenn die Baugesellschaften so verfahren, ist es besser, als wenn man immer das Beispiel der LEG bejammert und den unbegründeten Verdacht äußert, der LEG werde in irgendeiner Weise ein Vorteil zugeschoben.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, nachdem der Herr Staatssekretär den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/1665-3, mit erörtert hat, rufe ich diesen Antrag auf. Ich erteile zunächst Herrn Abg. Bütikofer zur Begründung dieses Antrags das Wort.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Begründung dieses Antrags möchte ich zunächst der Demagogie des Herrn Staatssekretärs entgegentreten.

(Lachen und Widerspruch bei der CDU – Unruhe)

Was Sie hier vorgeführt haben, ist in zwei Punkten demagogisch, Herr Heckmann. Erstens behaupten Sie, die Finanzierung, die wir vorsehen, ermögliche nur, die Hälfte der Wohnungen zu bauen. Dabei ist doch Tatsache, daß wir im Unterschied zu Ihnen mehr Wohnungen bauen wollen, als die Landesregierung vorgesehen hat, und daß wir dies auch finanzieren.

Demagogisch ist es auch, Sozialbindungen als „unsozial“ zu diffamieren. Sie verfolgen die Absicht, Mieter dem sogenannten „freien Markt“ auszuliefern, anstatt ihnen soziale Sicherheit zu gewährleisten. Das können Sie nicht als eine soziale Heldentat verklären; das hat den politischen Gehalt der Erklärung des seligen Herrn Bangemann, der einmal gemeint hat, der Sozialstaat sei schlimmer als die schlimmste Sklaverei. Mit diesen Ausführungen haben Sie sich nicht eben mit Ruhm bekleckert.

Meine Damen und Herren, wir halten – und das ist der Inhalt dieses Antrags – die Sozialbindung, und zwar sowohl die Belegungsbindung als auch die Mietpreisbindung, in der Tat für ein entscheidendes Kriterium im Mietwohnungsbau.

Der Herr Innenminister hat erklärt, man müsse schnell reagieren. Das ist ja gar nicht strittig, Herr Innenminister. Die Frage ist vielmehr, auf welche Art und Weise wir dies tun. Sie haben es versäumt, dem Hause zu erklären, wieso Sie nicht zum Beispiel genauso schnell den Wohnungsbaugenossenschaften Subventionen oder Zinsverbilligungen für einen sozialen Wohnungsbau mit langer Bindungsfrist anbieten. Das können Sie auch nicht erklären, weil Sie ganz genau wissen, daß die Wohnungsbaugenossenschaften, wenn Sie ihnen das anbieten, zugreifen werden. Da brauchen Sie nicht ein Subventionsvolumen von 130 000 DM, sondern die greifen schon bei weniger zu. Das wissen Sie genau. Schon die ganze Zeit insinuierten Sie, daß man dann, wenn man schnell sein will, Ihren Weg gehen müsse; in Wirklichkeit segeln Sie unter falscher Flagge, um schnell, schnell eine verderbliche sozialpolitische Orientierung durchzusetzen.

(Bütikofer)

Ich gestehe Ihnen gerne zu, Herr Innenminister, daß Ihre Politik in einem bestimmten Sinn aus einem Guß ist, wie Sie das gerade nannten. Es steht eine einheitliche Ideologie dahinter, nämlich die Ideologie, daß es Wohnungsbau nur unter dem Primat der Eigentumsbildung geben darf. Sie haben in der Vergangenheit die Eigentumsförderung bei den kleinen Leuten in den Vordergrund gerückt. Was Sie jetzt mit diesem Mietwohnungsbauprogramm in den Vordergrund rücken, ist die Eigentumsbildung bei denen, die sowieso schon genug Geld haben. Das heißt, Ihre Antwort auf die soziale Unruhe an der Basis dieser Gesellschaft ist sozusagen eine klassenbewußte Ordnungspolitik der Wohlhabenden. Ich weiß nicht, wie Sie damit über die Runden kommen wollen.

Aus unserer Sicht ergibt sich von daher in zwei Punkten eine klare Alternative. Wir halten Ihren Weg für falsch. Aber wenn Sie schon privates Kapital mobilisieren wollen, sagen wir: Okay, mobilisieren Sie dieses private Kapital, aber dann sollte wenigstens staatliche Subvention zu sozialer Verantwortung verpflichten. Das heißt: Dieses Subventionsvolumen von 130 000 DM pro Wohnung gibt es nur für eine soziale Bindung auf lange Zeit. Das ist der erste Antrag, den wir stellen.

Unser zweiter Antrag lautet, die Wohnungsbaugenossenschaften in das Spiel zu bringen, weil wir überzeugt sind, daß diese Mietwohnungsbaubilliger und besser machen können. „Besser“ hat dabei auch eine ökologische Dimension, denn es ist besser, den Geschoßwohnungsbau zu fördern als zum Beispiel den Eigenheimbau. Da muß ich in der Tat dem Herrn Ministerpräsidenten recht geben: Die Art der Förderung, die jetzt über diesen verbesserten § 7 Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes greifen soll, ist wirklich mit der Gießkanne gestreut und erlaubt eine Feinsteuerung im ökologischen Sinne, im Sinne eines sorgsamem Umgangs mit den wenigen in den Ballungszentren noch zur Verfügung stehenden Restflächen für den Wohnungsbau überhaupt nicht.

In diesem Sinne fordern wir Sie auf, wenigstens ein Mindestmaß von sozialem Gewissen zu zeigen und von dem Prinzip der Sozialbindung nicht Abstand zu nehmen. Welche Probleme Sie andernfalls dieser Gesellschaft auf den Hals laden, das können Sie ja in der „Zeit“ nachlesen, das können Sie überall dort nachlesen, wo man sich ernsthaft mit diesen Fragen auseinandersetzt. Das Auslaufen der Mietpreis- und Belegungsbindungen nach zehn Jahren würde dazu führen, daß es auf absehbare Zeit nicht mehr die erforderlichen billigen Mietwohnungen geben wird. Überlegen Sie, ob Sie sich diese Verantwortung aufladen wollen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur kurz auf das eingehen, was Staatssekretär Heckmann zur Finanzfrage gesagt hat.

Erste Feststellung, Herr Staatssekretär: Es sind genau 316,05 Millionen DM und nicht, wie Sie gesagt haben, 3 Milliarden DM. Da ist genau eine Zehnerpotenz falsch. Aber Sie korrigieren es ja. Ich habe Verständnis, denn ich

bin auch einmal in der Situation gewesen, eine etwas schwierige Zahl vertreten zu müssen. Wir sind uns also einig: Das Fördervolumen beträgt 316 Millionen DM.

(Abg. Haasis CDU: Das ist auch nicht wenig!)

Wir haben auch nie bestritten, daß das, was wir wollen, eine Kreditschöpfung ist. Das ist völlig klar. Das ist ein kreditähnlicher Vorgang, indem wir uns das gesamte Fördervolumen bei der LKB nehmen, damit Bewilligungen aussprechen und Zins und Tilgung daraus bezahlen. Das ist ein kreditähnlicher Vorgang. Er läuft nicht unter Krediten, aber wir haben ja einen Ministerpräsidenten, der sehr viel Erfahrung mit solchen Geschäften hat.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Späth)

– Ja, sehen Sie, wir lernen gegenseitig voneinander. Ich hoffe, Sie auch. Übrigens, was Sie vorhin gemacht haben, war für mich auch interessant. Sie haben jetzt bereits den zweiten Schritt des Zubewegens auf die SPD hin, bezogen auf den Nachtrag, den wir im Herbst bekommen werden, gemacht. Bravo! Jetzt sage ich ausnahmsweise einmal: Weiter so, Herr Ministerpräsident!

(Lachen bei der CDU – Abg. Haasis CDU: Der wird sich freuen!)

Es freut mich, daß Sie sich in dieser Richtung bewegen, die ich für richtig halte.

Jetzt kommt für mich der Punkt, Herr Staatssekretär. Daß ausgerechnet Sie das gesagt haben, hat mich doch sehr gewundert. Man kann über einen solchen Vorgang streiten, aber man kann nicht hierherstehen und zur SPD gewandt sagen, sie habe hier so etwas wie ein kreditähnliches Geschäft gemacht, ihr das vorwerfen und gleichzeitig auf Seite 9 des eigenen Nachtrags den folgenden Vorgang vornehmen. Das Land hat Anspruch auf Rückzahlung früher geleisteter Wohnungsbaudarlehen. Nun machen Sie folgenden Finanzvorgang: Sie gehen zur LKB und sagen: „Liebe LKB, gib mir bitte cash; ich brauche das jetzt für den Wohnungsbau. Gleichzeitig trete ich an dich die entsprechenden Forderungen ab, und daraus tilge ich dann die gesamte Geschichte.“

(Zuruf des Abg. Haasis CDU – Abg. Heckmann CDU: Das ist Geld, das uns gehört!)

Das ist nichts anderes – ich kritisiere das ja gar nicht – als ein kreditähnlicher Vorgang durch Schöpfung bei der LKB und gleichzeitige Abtretung von Ansprüchen auf die Zukunft.

(Abg. Schrempp SPD zur CDU: Natürlich! Ihr zahlt doch Zinsen!)

Sie kapitalisieren einen Anspruch auf die Zukunft jetzt sofort über die LKB. Das ist nichts anderes als eine Kreditschöpfung. Das ist doch völlig klar. Finanzwirtschaftlich – das haben wir ja im Finanzausschuß unter Fachleuten besprochen und waren uns einig – ist das nichts anderes als eine Kreditschöpfung.

(Brechtken)

(Abg. Haasis CDU: Nein, da waren wir uns eben nicht einig! Es ist ein Unterschied, ob ich meine Darlehen zurückhole oder ob ich Schulden mache! – Gegenruf des Abg. Schrempp SPD: Aber ihr zahlt doch Zinsen!)

Jetzt sage ich Ihnen noch eines, bloß damit das auch festgehalten ist. Dann brauche ich nachher beim zweiten Antrag nichts mehr zu sagen. Es gibt in der ganzen Geschichte einen einzigen Unterschied zwischen uns beiden, nämlich den

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Er ist Staatssekretär!)

– das auch –, daß wir im Zusammenhang mit der Frage, wie wir dies finanzieren, gleichzeitig, was die Aufwendungen angeht, eine Umschichtung vornehmen durch unseren zweiten Finanzierungsantrag, während Sie bisher nicht dargelegt haben, wie Sie das künftig finanzieren.

(Abg. Heckmann CDU: Ja, doch! Das ist doch klar!)

Denn Sie haben ja die Rechtslage, daß die Forderungen, auf die Sie jetzt verzichten, wenn sie zurückgeflossen wären, unmittelbar nach der Bindung dem Wohnungsbau hätten zufließen müssen.

(Abg. Heckmann CDU: Die fließen doch jetzt schon zu!)

Dies müssen Sie dann durch entsprechende Mittel aus dem Haushalt in den kommenden Jahren nachfinanzieren. Wir legen dies gleich im Augenblick fest,

(Abg. Heckmann CDU: Das trifft nicht zu!)

indem wir im Haushalt durch unseren Antrag umschichten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Haasis und Heckmann CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen zu diesen Anträgen liegen nicht mehr vor.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/1665-2. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt darauf hinweisen, daß im Kapitel 0309 der Titel 182 01 in der Erläuterung wie folgt geändert worden ist: „Mehr wegen Verkauf von Forderungen aus Wohnungsbaudarlehen an die Landesreditbank.“

Bevor ich jetzt über das Kapitel 0309 abstimmen lasse, erteile ich Herrn Abg. Vollmer das Wort.

Abg. Vollmer FDP/DVP: Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen, meine Kollegen! Es geht ganz schnell, denn ich habe nicht mehr sehr viel Redezeit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber doch noch zwei, drei Bemerkungen.

Ich habe vorhin begründet, daß wir dem Antrag der Grünen in einem Punkt zustimmen und uns bei einer Ziffer der Stimme enthalten wollen. Deshalb beantrage ich, über diesen Antrag ziffernweise abzustimmen.

Im Antrag der SPD, Herr Kollege Brechtken, wurden die Verpflichtungsermächtigungen vergessen, meine ich.

(Abg. Brechtken SPD: Die sind drin, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Heckmann CDU: Nur ein kleiner Teil!)

– Ich ersehe sie aus dem Antrag nicht.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist aber Ihr Problem! – Zurufe: Über den Antrag ist abgestimmt!)

– Ja, ich weiß.

(Abg. Schrempp SPD: Herr Vollmer, das haben wir schon zur Kenntnis genommen, daß Sie unseren Antrag abgelehnt haben!)

Nun noch eine kurze Entgegnung auf das, was der Herr Staatssekretär sagte. Herr Staatssekretär, ich möchte eines klarstellen, damit das nicht mißverstanden wird: Es ist nicht so, daß ich etwas gegen die LEG hätte. Das möchte ich sehr deutlich klarstellen. Im Gegenteil, mir gefällt gerade die Aktivität, die sie im Bereich des sozialen Mietwohnungsbaus zeigt. Eines aber ist mir wichtig: Es soll der Anschein vermieden werden, daß hier eine einseitige Bevorzugung erfolgt.

(Abg. Heckmann CDU: Darum habe ich das noch einmal gesagt!)

Das ist auch dadurch zum Ausdruck gekommen, daß auf Seite 17 der Vorlage wieder steht, daß durch Bauträger gebaut werden soll und daß dies insbesondere mit der LEG geschehen soll. Im Finanzausschuß haben wir diesen Klammerzusatz gestrichen, aber dies war der Hintergrund. Wenn wir aber schon dabei sind, die Erläuterungen zu berichtigen, die im Haushaltsplan stehen, dann möchte ich darauf hinweisen, daß nirgends ein Hinweis auf die 1 000 Altenwohnungen, die Sie fördern wollen, im Haushaltsplan enthalten ist. Sie müssen deshalb auf Seite 11, das heißt bei Titel 663 70,

(Abg. Brechtken SPD: Sehr gut, Herr Vollmer!)

nach „und 2 400 Mietwohnungen“ folgendes ergänzen: „und weitere 1 000 Altenwohnungen“. Ich bitte, Herr Präsident, daß dies so gemacht wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heckmann CDU: Das ist richtig! Wird so gemacht! – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut! Einstimmig so beschlossen!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Kollege Vollmer, würden Sie mir bitte schnell die Vorlage geben, weil diese bei meinen Akten fehlt. - Vielen Dank.

Herr Kollege Vollmer hat darauf hingewiesen, daß bei den Erläuterungen zum Titel 663 70 der Hinweis, daß weitere 1 000 Altenwohnungen gefördert werden sollen, in der Vorlage fehlt.

(Abg. Heckmann CDU: Das ist richtig!)

- Der Herr Staatssekretär vom Finanzministerium bestätigt dies. Ich kann also davon ausgehen, daß das Hohe Haus zustimmt, daß die Erläuterungen um den Zusatz, den Herr Kollege Vollmer in die Debatte eingebracht hat, ergänzt werden. - Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

- das ist ein Entschließungsantrag; er kommt ganz zum Schluß, Herr Kollege; ich habe ihn nicht vergessen, Herr Kollege Bütikofer - über das Kapitel 0309 abzustimmen. Wer dem Kapitel 0309 nach der Beschlußempfehlung Drucksache 10/1645 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel 0309 ist bei wenigen Gegenstimmen zugestimmt.

Damit hat das Haus dem Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zugestimmt.

Wir haben jetzt abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/1665-3, und zwar über die Ziffern 1 und 2. Herr Kollege Vollmer hat insoweit getrennte Abstimmung beantragt.

Ich lasse jetzt also über Ziffer 1 des Antrags Drucksache 10/1665-3 abstimmen. Wer dieser Ziffer 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe bei der SPD)

- Sie müssen sich schon einig werden, ob Sie zustimmen wollen oder nicht. - Gegenprobe! -

(Abg. Schrempf SPD: Nur keine Hektik!)

Stimmenthaltungen? - Ziffer 1 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Ziffer 2 abstimmen. Wer Ziffer 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ziffer 2 ist bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Da lasse ich zunächst abstimmen über Kapitel 1409: Aufwendungen für die Förderung der Studenten im Hochschulbereich. Hierzu liegt kein Antrag vor. Wer Kapitel 1409 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe jetzt Kapitel 1423 - Allgemeine Aufwendungen für die Universitäten - auf. - Nein, Entschuldigung. Ich habe noch den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/1665-3, zu Kapitel 1409 aufzurufen. Das Wort dazu wird nicht gewünscht. Ich lasse über Ziffer 3 dieses Antrags abstimmen. Wer dieser Ziffer 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch Ziffer 3 dieses Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu Kapitel 1423. Hier empfiehlt der Finanzausschuß, in den Erläuterungen zu Titel 893 01 den Klammerzusatz zu streichen.

(Abg. Brechtken SPD: Zustimmung!)

- Sie nehmen davon Kenntnis.

Jetzt haben wir abzustimmen über Kapitel 1423: Allgemeine Aufwendungen für die Universitäten. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch diesem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe jetzt auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

mit dem Kapitel 1201 - Steuern - und dazu den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/1665-1. Dazu habe ich jetzt allerdings die Frage zu stellen: Wenn ich das richtig verstehe, handelt es sich hier um einen Deckungsvorschlag zu dem anderen Antrag, der zwischenzeitlich abgelehnt worden ist. Wird deshalb dieser Antrag zurückgenommen? - Herr Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Nein, Herr Präsident. Nachdem wir nachher dieses Thema diskutieren und Sie alle erkennen werden, daß Einsparungen in diesem Bereich dringend geboten sind, bitten wir um Abstimmung über diesen Antrag.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Sie bitten um Abstimmung über diesen Antrag. Dann stelle ich jetzt den Antrag Drucksache 10/1665-1 zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -

(Abg. Ulrich Maurer SPD: So geht ihr mit unserem Geld um! Ihr könnt nicht mit Geld umgehen! Verschwender!)

Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Meine Damen und Herren, dann haben wir noch über Kapitel 1201 nach der Beschlußvorlage abzustimmen. Wer dem Kapitel 1201 nach der Beschlußvorlage Drucksache 10/1645 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Stimmenthaltungen ist dem Kapitel 1201 zugestimmt.

Damit ist die Zweite Beratung des Nachtrags beendet.

Wir kommen zur Zweiten Beratung des

Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1989/90

Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf Drucksache 10/1624 unverändert zuzustimmen.

Ich rufe den Gesetzentwurf Drucksache 10/1624 auf. Wir kommen zunächst zu

§ 1

Wer § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Stimmenthaltungen ist § 1 zugestimmt.

Ich rufe

§ 2

auf. - Hier kann ich wohl ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen.

(Abg. Brechtken SPD: Sehr gut, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Dritten Beratung. Abstimmungsgrundlage sind die schon in Zweiter Beratung gefaßten Beschlüsse.

Wir stimmen zunächst über den

Nachtrag zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1989/90

ab.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

- Ich kann die Zustimmung feststellen. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft und Kunst

- Auch hier kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

- Zustimmung.

Ich rufe in der Dritten Beratung das

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1989/90

auf.

§ 1

- Zustimmung.

§ 2

- Zustimmung.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 1. Juni 1989 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1989/90“. - Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schl u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Gesetz ist bei wenigen Stimmenthaltungen angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 2.

Meine Damen und Herren, bevor wir nunmehr in die Mittagspause eintreten, darf ich noch folgendes bekanntgeben: Die Fraktionen sind übereingekommen, die weitere Abwicklung der Tagesordnung wie folgt vorzunehmen: Nach der Mittagspause wird zunächst Tagesordnungspunkt 4 - Mitteilung des Rechnungshofs - aufgerufen. Als nächster Punkt kommt der bisherige Tagesordnungspunkt 3. Das ist der gemeinsame Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP zum Kommunalwahlrecht. Dann wird der bisherige Punkt 7 - Antrag der Fraktion GRÜNE betreffend Verhinderung von Sommer-Smog - aufgerufen. Anschließend findet die Fragestunde statt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Außerdem werden die Tagesordnungspunkte 6, 8, 9 und 17 von der Tagesordnung abgesetzt.

(Abg. Weimer SPD: Warum?)

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird bis 14.45 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.49 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14.49 Uhr)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Entsprechend der Vereinbarung der Fraktionen und meiner Mitteilung vor der Mittagspause rufe ich jetzt **Punkt 4** der bisherigen Tagesordnung auf:

Mitteilung des Rechnungshofs vom 10. Mai 1989 – Bericht über die Prüfung des Landesverwaltungsnetzes und weiterer Aspekte des Landessystemkonzepts – Drucksache 10/1590

Ich darf noch darauf hinweisen, daß hierzu eine schriftliche Stellungnahme des Innenministeriums vom 22. Mai 1989 eingegangen ist. Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache 15 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Maus.

Abg. Dr. Maus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute kurz nach der Mittagspause mit einem schwierigen Problem, vielleicht mit einem der schwierigsten – vor allem auch technisch –, die der Landtag je zu bewältigen hatte. Deshalb hat sicherlich jedermann Verständnis, wenn wir jetzt nicht zu sehr in Details gehen.

(Abg. Köder SPD: Das versteht jeder! – Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Wir wollen dies in den beiden Ausschüssen noch detaillierter tun. Sie werden genügend Details bekommen, Herr Kollege Brechtken.

Mit dem Bericht des Rechnungshofs vom 10. Mai 1989 wird dem Landtagsbeschluß vom 28. September des vergangenen Jahres Rechnung getragen. Meine ganze Fraktion und ich sind dem Rechnungshof für diesen Bericht dankbar, wenn wir ihm auch nicht in allen Punkten folgen können, wenn wir auch nicht in allen Punkten zum gleichen Ergebnis kommen.

Der Bericht kann, für den Eingeweihten jedenfalls, nur ein Zwischenbericht sein, denn das gesamte Projekt, das Landessystemkonzept und das in seinem Gefolge aufzubauende Landesverwaltungsnetz, ist ja noch nicht abgeschlossen. Wir sollten die Diskussion von vornherein so sachlich

halten, daß wir diesen Bericht als Zwischenbilanz auf dem Weg zu einem Ziel betrachten und bewerten,

(Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

allerdings als einen wichtigen Zwischenbericht, als eine wichtige Zwischenbilanz, aus der auch nach Meinung meiner Fraktion Konsequenzen zu ziehen sein werden.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Gut!)

Der Zwischenbericht fußt auf einem vom Rechnungshof zugezogenen – wie er es selbst nennt – „Fachmann und Praktiker aus der Industrie“. Der Rechnungshof hat sich also selbst sachkundig gemacht. Dieser Fachmann und Praktiker aus der Industrie kommt für den Rechnungshof zu dem Ergebnis – ich zitiere –, es sei ein weitsichtiger Schritt gewesen, daß durch die Empfehlung einer 1982 eingesetzten Expertengruppe – ich zitiere jetzt wieder – die richtigen Ansatzpunkte für die strategische Planung sowie die stufenweise Realisierung eines landesweiten Informations- und Kommunikationssystems geliefert worden seien. Soweit der Praktiker und Fachmann der Industrie für den Rechnungshof.

Dieser Gutachter begrüßt ferner den Ministerratsbeschluß vom 16. Dezember 1985 als, so wörtlich, „mutige Grundsatzenscheidung“. Dies gilt heute wohl noch genauso. Dazu steht meine Fraktion in vollem Umfang.

Die vom Ministerrat eingesetzte Stabsstelle hat auf der Grundlage des Ministerratsbeschlusses zur Verwirklichung dieses Ziels, nämlich die stufenweise Realisierung eines landesweiten Informations- und Kommunikationsnetzes, Grundsatzentscheidungen treffen müssen, Rahmenbedingungen festlegen müssen, Standards bestimmen müssen, die jetzt zwar kritisiert, aber nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Die erste und die wichtigste Entscheidung war diejenige – ich sage das bewußt so –, auf dem Weg zu dem Übertragungssystem OSIK zunächst das System SNA als Zwischenstufe zu wählen. Diese Entscheidung wird heute kritisiert. Sie kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. OSIK steht jetzt unmittelbar zum Einsatz an. Es wäre falsch, jetzt umzusteigen. Bei aller Kritik an dieser Entscheidung wird man sehen müssen, daß Entscheidungen getroffen werden müssen. Wenn wir hier verschiedene Meinungen haben – und die wird man haben können –, dann ist dies nichts Abnormales, sondern dann ist dies nahezu das Normalste in diesem Bereich. Wäre dies nicht so, dann hätten wir nicht verschiedene Systeme verschiedener Firmen, und jede Firma ist überzeugt, daß sie das Beste, das Richtige und das Billigste hat. Aber hier war eben die Entscheidung zu fällen.

Die Kritik des Rechnungshofs, man hätte zunächst nicht diese Entscheidung für SNA auf dem Weg zu OSIK treffen sollen, sondern man hätte vorhandene Netze der Polizei oder der Steuerverwaltung und daneben dann auch bei einem speziellen Verfahren Einrichtungen der Post wie Teletex und Telefax nutzen können, halten wir nicht für gerechtfertigt. Das Innenministerium hat dazu sehr eingehende Ausführungen gemacht, die wir für richtig halten.

(Dr. Maus)

Ich will dazu nur soviel sagen: Die für Spezialzwecke aufgebauten Netze der Polizei – seit 17 Jahren, seit ich im Landtag bin, arbeite ich in dem für Polizeifragen zuständigen Ausschuß mit; ich bilde mir deshalb ein, zu wissen, wovon ich rede – und der Steuerverwaltung hätten niemals nebenher, in Wochenendarbeit beispielsweise, die Vielzahl von technischen, organisatorischen und personellen Problemen lösen können, die hier zu lösen aufgegeben waren. Auch Teletex und Telefax können das hauptsächlich für Störfälle, und zwar zu deren Vermeidung wie auch zu deren Bekämpfung, vorgesehene Umweltinformationssystem niemals ersetzen. Die Erfahrungen aller mit den Folgen von Tschernobyl Befäßen belegen dies eindeutig. Auch dazu hat das Innenministerium Ausführungen gemacht, die wir für richtig halten, vor allem weil sie aus der Praxis abgeleitet sind. Insofern vermögen wir also der Kritik des Rechnungshofs nicht zu folgen.

Damit hängen auch die Entscheidungen zur Anschaffung der entsprechenden Hardware, sprich der Rechner, zusammen. Wer ein neues, einheitliches landesweites Informationssystem schaffen will, mit dem auch Störfälle bewältigt werden sollen, kann nicht bestehende Geräte und Netze benutzen, die im Störfall, aus dem Bereich der Umwelt etwa, die normalen Funktionen der Verwaltung, sprich der Polizei und der Steuerverwaltung, weiter erfüllen müssen.

Noch niemand hat auch – um eine andere Kritik des Rechnungshofs aufzugreifen – einen Rechner beschafft, der bereits am Tage der Beschaffung ausgelastet war. Hier waren Entscheidungen nötig, die über den Tag der Anschaffung hinaus das Gesamtziel im Auge hatten und deshalb von Anfang an, wenn man so sagen will, Überkapazitäten oder Unterauslastungen implementieren mußten. Gerade die Auslastung eines solchen zunächst zu großen Rechners kann anderthalb Jahre nach der Beschaffung noch nicht endgültig berechnet werden, sondern allenfalls nach der Erfüllung der meisten, wenn nicht aller Stufen bis zur Realisierung. Insofern sind die Methoden des Rechnungshofs zur Bemessung der Auslastung der Rechner und der Netze ungeeignet, vor allem aber ist die Bemessung zeitlich viel zu früh erfolgt.

Die Ausführungen des Rechnungshofs zur Nutzung des Rechners 3083 E und 3083 B im Gemeinschaftsrechenzentrum und zur parallelen Beschaffung des Steuerrechners 3090-150 im Netzwerkmanagementzentrum und zu der gerügten Mehraufwendung von 1,7 Millionen DM, die sich nach Auffassung des Rechnungshofs bei Nutzung des vorhandenen Rechners 3081 hätte vermeiden lassen, halte ich deshalb in dieser Form nicht für gerechtfertigt. Man kann die Auslastung eines für den Kriegsfall gebauten Schutzraums nicht nach der Nutzung im Friedensfall bemessen. Ich weiß, daß dieser Vergleich hinkt,

(Abg. Zeller SPD: Allerdings!)

aber er macht doch deutlich, daß ein neues Netz mit neuen Funktionen nicht nebenher aufgebaut und nicht vor der Vollnutzung endgültig bewertet werden kann.

Wenn das mit dem Schutzraumbau nicht eingängig ist, Herr Kollege Zeller, dann lade ich Sie ein, in mein Landratsamt zu kommen. Dort haben wir eine geschützte

Führungsstelle für den Krisenfall gebaut. Wenn Sie die Aufwendungen dafür bewerten wollen, kommen Sie zu einer absolut unwirtschaftlichen Ausgabe, weil ich sie bis jetzt nämlich nicht benutzt habe. Wir haben sie auch so gebaut, daß wir sie hoffentlich nie nutzen müssen.

(Abg. Brechtken SPD: Sie reden aber kräftig am Thema vorbei!)

– Der Vergleich paßt Ihnen nicht, weil er doch sitzt, Herr Brechtken; ich verstehe das. Aber haarscharf genauso ist es bei einem Rechner und bei einem Netzwerkmanagementsystem, das Sie für den Störfall aufbauen müssen. Insofern können wir uns also der Kritik des Rechnungshofs nicht anschließen.

Anders sehen wir dies bei der vom Rechnungshof gerügten Anmietung von Postleitungen. Hier ist zuzugeben, daß im Sinne der angestrebten stufenweisen Realisierung durchaus einige Leitungen zu bestimmten Nutzern, auch Nutzergruppen, erst dann hätten gemietet werden können, wenn auch beim Nutzer die notwendige Schulung und die erforderliche Software vorhanden gewesen wären. Hier hat der Rechnungshof zu Recht eine ganze Reihe von Einsparungsmöglichkeiten dargestellt; die will ich nicht bestreiten. Man hätte in diesem Punkt mit etwas weniger besser und früher etwas mehr erreichen können.

Dieser Fehler hängt allerdings fraglos mit der Funktion der Stabsstelle und ihrer Kompetenz zusammen. Unsere Verfassung garantiert das Ressortprinzip, das im Grunde eine Durchsetzung des hier verfolgten Zieles gar nicht erst ermöglicht. Die SIK hat diesen Mangel, nämlich die Bindung an das Ressortprinzip, häufig beschrieben und noch häufiger beklagt, und der Landessystembeauftragte hat in unzähligen zähen, schwierigen Gesprächen zwischen den beteiligten Ressorts viele Fragen trotzdem gelöst, allerdings mit ungeheuer hohem Aufwand.

Aber nicht alle betroffenen Ressorts haben diese vom Systemkonzept formulierten Ziele mit großer Begeisterung gefördert. Dies trifft vor allem auf die angestrebte Zusammenlegung der acht Rechenzentren des Landes zu. Hier sind bestimmte Ressortegoismen ganz deutlich zutage getreten, vielleicht auch ein Stück weit verständlich, aber eben nicht zu billigen unter dem Ziel, welches das Landes-systemkonzept formuliert hat.

Die Kritik des Rechnungshofs trifft in diesem Punkt nach unserer Auffassung die SIK zu Unrecht, auch wenn sie in der zweiten Begründung, nach der Stellungnahme des Innenministeriums, noch einmal wiederholt worden ist. Diese Kritik müßte sich im Grunde genommen die an die Verfassung gebundene Regierung zu Herzen nehmen. Der Ministerrat müßte sich veranlaßt sehen, auf der Grundlage der Verfassung nach Lösungen zu suchen, die trotz des Ressortprinzips das Ziel erreichbar machen. Geschieht dies in Zukunft nicht, so wird auch die neugestaltete SIK in wenigen Jahren derselben Kritik ausgesetzt sein. Hier wünscht sich die CDU-Fraktion vom Ministerrat eine konkrete Folgerung aus diesem Bericht des Rechnungshofs, der sicher nicht der letzte sein wird.

(Dr. Maus)

Ein anderer zentraler Kritikpunkt des Rechnungshofs ist die Praxis der Einschaltung externer Gutachter. Dabei bestreitet der Rechnungshof die Notwendigkeit externer Gutachten nicht grundsätzlich; er hat ja selbst einen Fachmann aus der Industrie als Gutachter geholt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Einen!)

Der Rechnungshof rügt nach unserer Auffassung zu Recht, daß bei einigen Gutachten, nicht bei allen, das Ziel, der Gegenstand des Gutachtens, nicht ausreichend präzise formuliert war. Dies wird sich allerdings so nicht wiederholen. Entsprechende Richtlinien sind nämlich inzwischen bei der umgestalteten SIK vorhanden. Gleiches gilt auch für die Rüge des Rechnungshofs für die allzuhäufigen freihändigen Vergaben. Auch hier hat die SIK inzwischen weitgehend Abhilfe geschaffen.

Für gravierend hält auch die CDU-Fraktion die Vergabe jenes Gutachtens, das inhaltlich so schlecht ist, daß die Regierung das vereinbarte Honorar nicht bezahlt hat, bis heute nicht, und die Angelegenheit derzeit in einem Rechtsstreit geklärt werden muß. Wir gehen davon aus, daß solch bittere Lehren künftig zu anderen Entscheidungen führen. Auch dies fordert die CDU-Fraktion als Folge und als Lehre aus diesem Bericht.

Es wird dabei nicht verkannt, daß externer Sachverstand unverzichtbar ist und auch künftig nicht beliebig verfügbar sein wird. Wegen der beschränkten Zahl qualifizierter Gutachter wird solcher Sachverstand auch künftig nicht billig, nicht zu niedrigerem Preis zu erlangen sein. Genau dies muß aber – die Kritik des Rechnungshofs einschränkend – für die Anfangsphase der Realisierung des Landessystemkonzepts mit Deutlichkeit hervorgehoben und der Kritik des Rechnungshofs entgegengestellt werden. Wer in der Materie tätig ist, weiß, daß wenige Fachfirmen Kompetenz haben. Ich will nicht sagen, daß eine Monopolsituation gegeben sei, aber die Gutachterkapazität ist nicht beliebig verfügbar, auch heute nicht; vor drei Jahren war sie es erst recht nicht. Entsprechend mußte man auch freihändig vergeben. Dies sehen wir ein, wenn auch nicht in dem Maße, wie es geschehen ist.

Meine Damen und Herren, abschließend will ich für die CDU-Fraktion dem Rechnungshof für diesen informativen Bericht herzlich danken. Ich tue das nicht, ohne daraus noch einige konkrete Schlußfolgerungen zu ziehen.

Erstens: Das verfolgte Ziel des Landessystemkonzepts war und ist richtig. Durch die Arbeit der SIK sind unerläßliche Rahmenbedingungen für das künftige Netz geschaffen worden. Es sind Rahmenbedingungen und Standards gesetzt worden, die jetzt auf OSIK zusteuern und die nach wie vor richtig sind.

Zweitens: Das Ziel muß stufenweise, aber zügig realisiert werden.

Drittens: Die dem Landesverwaltungsnetz angeschlossenen Behörden müssen ihr Personal rasch schulen und zur Nutzung der Systeme fähig machen, und zwar in allen vorgesehenen Ressorts möglichst gleichzeitig und gleichmäßig.

Viertens: Die erforderliche Software muß verstärkt und parallel zu den weiteren Schritten der Realisierung rechtzeitig entwickelt werden.

Fünftens: Vorrangig sollte das Umweltinformationssystem nun in Gang gesetzt und vollends zum Einsatz gebracht werden, wobei auch hier die unteren staatlichen Verwaltungsbehörden und die Kommunen stufenweise angeschlossen werden müssen. Hier empfiehlt sich ganz besonders die ins Auge gefaßte Pilotierung mit einigen wenigen Behörden der genannten Art, um nachher die gesamten Behörden mit anzuschließen.

Sechstens: Große Bedeutung innerhalb des Landessystemkonzepts messen wir auch dem Haushaltsmanagement bei, das nach unserer Auffassung mit Vorrang fortzuentwickeln ist.

Wenn in diesem Sinne auf den gegebenen guten Grundlagen und mit den Verbesserungen im Verfahren bei der Handhabung, der Schulung und dem Vollzug fortgefahren wird, dann sind wir sicher, daß das Landessystemkonzept auch für das Land Baden-Württemberg den Erfolg bringen wird, den sich die Väter dieses Konzepts vorgenommen haben.

Wir dürfen heute immerhin mit Dankbarkeit feststellen, daß das Land Baden-Württemberg mit dieser Einrichtung nicht nur bundesweit, sondern weit über unsere Bundesrepublik hinaus Beachtung gefunden hat. Ich darf feststellen, daß sich die Mitglieder des Innenausschusses bei ihrem Besuch unter anderem in South Carolina im Jahr 1986 davon überzeugen konnten, daß das Land Baden-Württemberg auf dem absolut richtigen Weg zu einer modernen Verwaltung ist, die nur mit einem modernen Verwaltungsmanagement mit den entsprechenden Systemen – auch mit der modernen Kommunikation – möglich ist.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

In diesem Sinne warten wir auf den nächsten Bericht des Rechnungshofs, der vom Landtag zu gegebener Zeit sicher wieder eingefordert werden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Spöri.

Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was der Herr Kollege Maus soeben hier zur Angelegenheit SIK – zur Stabsstelle für Information und Kommunikation – und zum Landessystemkonzept gesagt hat, war zwar nicht das, was man sich erhoffen konnte, wenn man vom Landesrechnungshof einen solchen kritischen Bericht bekommt, aber es war doch ganz anders als das, was wir im letzten September hierzu von der CDU-Fraktion gehört haben.

Als wir im letzten September auf Antrag der SPD-Fraktion über die Frage einer möglichen Mißwirtschaft der Landesregierung bei der Einführung des Landessystemkonzepts, das heißt der datentechnischen Vernetzung in der Landesverwaltung, debattiert haben, hat der Herr Ministerpräsi-

(Dr. Spöri)

dent im Grunde genommen alle kritischen Hinweise, die aus der SPD-Fraktion zu diesem Thema gekommen sind, bestritten. Herr Späth, Sie haben im letzten September hier all die groben Fehler, ein chaotisches Management, ja, einen sich jetzt herausstellenden unglaublichen Schlendrian beim Management dieses Konzepts einfach heruntergespielt. Sie haben davon gesprochen, es handle sich um die typischen Anlaufschwierigkeiten auf einem neuen Weg. Sie haben dann sogar gesagt, bei der ganzen Kritik handle es sich lediglich um eine SPD-Intrige, mit der dem Ministerpräsidenten etwas angehängt werden solle. Sie haben dann noch gesagt, daß die SPD aus rein parteipolitischen Gründen gewissermaßen eine hervorragende Arbeit, eine Stabsstelle in Ihrem Hause nur attackieren und miesmachen wolle.

Inzwischen haben wir den Rechnungshofbericht vorliegen. Es ist kein SPD-Bericht. Dieser Rechnungshofbericht stellt unbestreitbar fest, Herr Maus, daß dieses ganze Landesystemkonzept das Land bisher rund 30 Millionen DM gekostet hat. Wir streiten nicht um die eine oder andere Million. Dazu kommen jährlich 6 Millionen DM an Betriebskosten. Aber das Ziel, Herr Maus, das man mit diesen horrenden Mitteln verfolgt hat, nämlich die Einrichtung eines landesweiten Systems zur Kommunikation im Katastrophenfall oder im Notfall, wurde eindeutig nicht erreicht. Dieses Ziel wurde verfehlt. Das Landesverwaltungsnetz, das bisher installiert wurde, funktioniert nicht einmal als landesweites Bürokommunikationssystem zwischen den Behörden. Eine Testanfrage des Landesrechnungshofs neun Monate nach Aufnahme des Regelbetriebs des Landesverwaltungsnetzes bei den angeschlossenen Teilnehmern hat ergeben, daß es eine geradezu lächerliche, ja katastrophale Resonanz gegeben hat. Es handelt sich also hier, Herr Späth, nicht um die typischen Anlaufschwierigkeiten auf einem neuen Weg, wie Sie das dem Plenum hier noch im September des vergangenen Jahres geschildert haben. Der Landesrechnungshof - wenn Sie den Bericht genau nachlesen, werden Sie das feststellen - sagt, dieses Landesystemkonzept und sein bisheriger Mißerfolg seien das Ergebnis eines dilettantischen Projektmanagements in Ihrem Staatsministerium, das heißt, die Stabsstelle für Information und Kommunikation hat dieses Großprojekt einseitig technisch orientiert durchgeführt, ohne auf die Bedingungen der Benutzer im Anwendungsbereich, im Personalbereich oder im Softwarebereich auch nur im geringsten Rücksicht zu nehmen.

Genau dieses reine Technikdenken hat dazu geführt, daß sich die Stabsstelle in Ihrem Haus schon damit zufriedengegeben hat, wenn die Leitungen zu den Behörden gelegt und geschaltet waren. Es hat überhaupt nicht interessiert, ob die Datenendgeräte in den Behörden angeschlossen waren, ob es organisatorische Vorkehrungen zur Nutzung dieser Einrichtungen im Katastrophenfall gegeben hat. Übung und Schulung haben im Projektmanagement keine Rolle gespielt.

Das Ergebnis des Landesrechnungshofs sieht folgendermaßen aus: Das Staatsministerium betrieb praktisch eine Modernisierungsstrategie, die wegen einer unkritischen Faszination durch neue Datentechnologien den Faktor Mensch in der Verwaltung völlig übergangen hat.

(Beifall bei der SPD)

Das Staatsministerium betrieb nicht nur konzeptionell, Herr Ministerpräsident, eine falsche Modernisierungsstrategie im Zusammenhang mit dem Landesystemkonzept, sondern auch die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit wurden sträflich vernachlässigt, was den Steuerzahler inzwischen Millionen an Steuergeldern gekostet hat. Das gilt für den Aufbau des elektronischen Textaustausches genauso wie für die Rechnerkapazitäten. Statt hier einen stufenweisen, bedarfsgerechten Ausbau zu betreiben, Herr Ministerpräsident, wurde einfach nach dem Motto, ja schon nach der Manie „Je größer, desto besser“ eingekauft.

Der Landesrechnungshof zitiert, moniert und kritisiert hier auch einen Fall, den Sie bei unserer letzten Debatte noch bestritten haben, nämlich die Beschaffung eines Großcomputers durch das Finanzministerium. Es war eindeutig so - auch nach Auffassung des Rechnungshofs -, daß das Staatsministerium hier lobbyartig interveniert hat zugunsten des teuersten Anbieters, nämlich IBM. Dies stellt einen krassen Verstoß gegen die fairen Wettbewerbsregeln im öffentlichen Beschaffungswesen dar.

(Beifall bei der SPD)

Den schlimmsten Schlendrian zu Lasten des Steuerzahlers belegt der Landesrechnungshof im Zusammenhang mit der Einschaltung externer Berater und Gutachter im Rahmen des Landesystemkonzepts. Was Sie hier geboten haben, war eine gewisse kritische Sensibilität, aber Sie haben die Dimension der Vorwürfe des Landesrechnungshofs nicht tatsächlich ernst genommen.

Was hier betrieben worden ist, sieht folgendermaßen aus: Das Auftragsvolumen für Gutachten und Beratungen lag bei 13 Millionen DM, noch nicht voll abgewickelt; das ist klar. Der Rechnungshof stellt fest, es handle sich weitgehend um hinausgeworfenes Steuergeld. Insbesondere, Herr Späth, die Stabsstelle für Information und Kommunikation, die bei Ihnen im Staatsministerium so hervorragend gearbeitet hat, wurde zu einem Selbstbedienungsladen für Gutachterhaie. Unter Verstoß gegen § 55 der Landeshaushaltsordnung wurden laufend reihenweise wertlose Gutachten ohne hinreichende Vorbereitung vergeben, und zwar freihändig, ohne die vorgeschriebene Ausschreibung, meine Damen und Herren. Es war gang und gäbe, daß die Gutachter und die Berater selbst den Umfang ihrer Beratungstätigkeit und damit natürlich auch ihr Honorar bestimmen. Und das ist sehr beachtlich.

(Zuruf des Abg. Longin CDU)

Und was noch viel schlimmer ist: In dieses Beratungswesen spielten auch persönliche Bekanntschaften - das haben Sie nicht angesprochen -

(Zuruf des Abg. Dr. Maus CDU)

und Beziehungen mit hinein, ohne daß es zu einer entsprechenden, dem Honorar entsprechenden Gegenleistung gekommen wäre.

(Dr. Spöri)

(Abg. Oettinger CDU: Was heißt das konkret?)

Ich zitiere – nicht von Spöri, sondern vom Landesrechnungshof –

(Ministerpräsident Späth: Das ist auch besser!)

aus Seite 136 des Originals einige kleine Kostproben:

Als die Firma E

– es handelt sich um die Hamburger Firma Scanlan –

Anfang 1987 erstmals beauftragt wurde, war die Netzkonzeption im wesentlichen abgeschlossen, die entscheidenden Weichen waren gestellt. Nach Auffassung des RH waren die Verträge mit E für die „strategische Planung“ von über 1 Million DM nicht notwendig ... Die Verträge im einzelnen: ... Der Auftrag wurde freihändig vergeben. Der Geschäftsführer der Auftragnehmerin war der Leiterin der SIK aufgrund seiner Mitarbeit in ihrer früheren Beratungsfirma persönlich bekannt.

(Abg. Birzele SPD: Hört, hört! – Abg. Wieser CDU: Das ist doch nicht verboten, daß man mit jemand bekannt ist!)

Nach Aktenlage wurden keine Vergleichsangebote eingeholt. Der Auftrag hätte nach Sachlage ausgeschrieben werden müssen.

(Abg. Köder SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Dr. Maus CDU)

Es gibt hier noch Steigerungen, meine Damen und Herren:

Den im Vertrag vereinbarten Bericht konnte die SIK dem RH nicht vorlegen; es gibt wohl keinen.

Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Den Bericht gibt es gar nicht, aber den Auftrag hat es gegeben, und das Honorar hat es gegeben.

(Abg. Dr. Maus CDU: Prozeß! – Abg. Köder SPD: Und das Geld auch! – Abg. Ulrich Maurer SPD: Das ist Bananenrepublik!)

Das geht auf Seite 137 so weiter. Ein weiterer Vertrag vom 22. Juni bzw. 22. Oktober 1987:

Bei diesem ebenfalls freihändig vergebenen Vertrag fällt die große Zeitdifferenz zwischen den Unterschriften von Auftragnehmer und Auftraggeber auf. Mit Schreiben vom 1. 10. 1987 teilt die SIK der Abt. I des StM mit, daß der Vertrag rückwirkend abgeschlossen werden mußte, und bittet um eine Abschlagszahlung von 80 000 DM.

Gesamtumfang dieses Gutachtens – wieder mit der gleichen Firma, mit der bekannten Firma, also die alte Beziehungskiste – 250 000 DM.

Seite 138 noch ein Auftrag an die Firma E – Scanlan –, der ebenfalls rückwirkend am 20. Juni 1988 mit einem Volumen von 684 000 DM abgeschlossen wurde. § 5 dieses Auftrags: „Der Auftragnehmer nimmt seine Tätigkeit am 4. 1. 1988 auf.“ Das heißt, wir haben das seltsame Phänomen, daß der Gutachter schon ein halbes Jahr, bevor er den Auftrag erteilt bekommen hat, die Arbeiten aufgenommen hatte in einer hellseherischen Vorsehung,

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Paraguay!)

daß er diesen Auftrag bekommen würde, meine Damen und Herren. Dieser Auftrag wurde am 20. Juni 1988 abgeschlossen, also zu einem Datum, von dem wir wissen, daß zu dieser Zeit die meisten Mitarbeiter samt der Leiterin der SIK das sinkende Schiff der SIK im Staatsministerium verlassen haben.

(Abg. Brechtken SPD: Der Chef hat das Schiff abgeschoben!)

Da wurde noch schnell ein Auftrag über die Rampe geschoben.

Ich kann Ihnen hier nur eines sagen: Wer sich diese Seiten durchliest – der Landesrechnungshof formuliert ja immer relativ dezent –, der erkennt eindeutig: Das ist nicht nur Schlampelei, das ist nicht nur Schlendrian. Hier stellt sich, Herr Späth, die Frage der Rückzahlung der geflossenen Gelder. Es sind, glaube ich, 700 000 DM inzwischen. Hier stellt sich die Frage der Haftung und der Entschädigung, aber auch der Haftung im strafrechtlichen Sinne, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten, daß die Regierung diesen juristischen Implikationen und diesen Fragen nachgeht.

Fazit dieses Rechnungshofberichts aus unserer Sicht: Herr Späth, nicht Ihre Idee des Landessystemkonzepts war falsch. Diese Idee war richtig und auch mutig. Wir brauchen eine moderne datentechnische Verwaltung, die dem Standard der Wirtschaft entspricht. Aber die Umsetzung aus Ihrem Staatsministerium war hundsmiserabel. Das Management war schlecht.

(Abg. Arnegger CDU: Nur langsam! Das ist aber ein dicker Brocken!)

Hierbei handelt es sich nicht etwa um die typischen Reibungsverluste, wie der Ministerpräsident immer zu sagen pflegt, wie sie auch bei einer Privatfirma als Anlaufschwierigkeiten bei der Einführung der Datenverarbeitung auftreten. Ich sage Ihnen: Eine Privatfirma wäre bei einer solchen Schlampelei und bei einem solchen Schlendrian, bei einem solchen Projektmanagement längst bankrott gegangen, meine Damen und Herren, wenn das nicht auf Steuerzahlerkosten gelaufen wäre.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Eine schwache Firma, sehr schwach!)

(Dr. Spöri)

Deswegen stellt der Landesrechnungshof auch schlicht fest - Sie können das ja auf Seite 43 nachlesen -, und das ist ein vernichtendes Urteil, dieses Landesverwaltungsnetz sei ein Beispiel dafür, wie Informations- und Kommunikationsprojekte nicht durchgeführt werden dürfen. Für dieses Negativbeispiel tragen Sie, Herr Ministerpräsident, persönlich mit dem Staatsministerium und mit der Stabsstelle, die damals bei Ihnen angesiedelt war, die Verantwortung.

Fazit: Sie sollten dieses Gutachten ernst nehmen. Sie sollten jetzt nicht versuchen, die Vorwürfe und die kritischen Hinweise zu relativieren. Sie sollten die Kritik konstruktiv aufnehmen. Sie sollten auch die Empfehlungen, die der Landesrechnungshof gibt, produktiv umsetzen, damit Schaden für die Steuerzahler wenigstens in Zukunft verhindert wird.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie die Ausführungen meiner beiden Vorredner zeigen, ist die Einschätzung dieser Untersuchung des Rechnungshofs und dessen, was diesem Bericht zugrunde liegt, doch recht verschieden. Doch der Reihe nach.

Ich meine, die vorliegende Untersuchung des Rechnungshofs zeigt mit großer Sachkenntnis und Gründlichkeit auf, welche Mängel und Versäumnisse bei der überstürzten Einführung eines einheitlichen Computernetzes in der Landesverwaltung - oder besser gesagt: bei dem Versuch dieser Einführung - gemacht wurden. Ich finde es bemerkenswert, meine Damen und Herren, daß der Rechnungshof hier nicht nur auflistet, wie es die Stabsstelle im Staatsministerium, die unter Späths direkter Schirmherrschaft stand, geschafft hat, es in ihrer schon tragikomisch technikbesessenen Tolpatschigkeit fertiggebracht hat,

(Lachen des Abg. Wieser CDU)

Millionen zu verschleudern, sondern der Rechnungshof tut noch ein anderes, er macht nämlich Vorschläge für ein wirklich funktionsfähiges Informationssystem unter Einbeziehung vorhandener Postdienste und Teletex. Ich komme darauf später noch einmal zurück. Das zeigt, meine Damen und Herren, daß sich der Rechnungshof zu einer Kontrollinstanz entwickelt hat, die auch modernen Managementmethoden, dem Maßstab der Wirtschaft entsprechend, gerecht würde. Das ist etwas ganz anderes als das, was häufig noch als Bild vom Rechnungshof in der Gegend herumgeistert, daß da nämlich einer sitzt, der die Pfennige in der Portokasse zählt.

Das bringt mich noch auf einen Gedanken, Herr Ministerpräsident. Sie geben doch Millionen für Aufträge an private Consulting-Firmen aus. Wenn man schon meint, es sei notwendig, eine solche Beratungskapazität in Anspruch zu nehmen, etwa in bezug auf die Rundfunkanstalten oder aber in bezug auf die Umorganisation der Landesanstalt für Umweltschutz, dann wäre es doch sinnvoll, Sie überlegen sich einmal, ob nicht durch eine Stärkung der

Kontrollkapazität des Rechnungshofs diese Aufgabe genauso gut oder vielleicht sogar besser von ihm übernommen werden könnte. Das ist nur eine Anregung.

Ich sage das deswegen, meine Damen und Herren, weil sich diese zukunftsorientierte Arbeit des Rechnungshofs in auffälliger Weise von dem abhebt, was aus dem Bericht des Innenministeriums hervorgeht. Da kann ich - das sage ich ausdrücklich an Ihre Adresse, Herr Kollege Maus - überhaupt nichts von modernem Management finden; im Gegenteil. Allein die Art, wie das Innenministerium mit den Vorhaltungen des Rechnungshofs, mit dieser Kritik, umgeht, ist sehr ärgerlich und ein Stil, der für meine Begriffe eher von einem sehr vorgestrigen, einem muffigen Dunst von Ärmelschonern und Amtsschimmel geprägt ist. Daran kann auch das High-Tech-Thema nichts ändern.

(Abg. Köder SPD: Kein sauberes Management!)

Das Innenministerium agiert hier nach dem Motto: Abwehren, abwiegeln, bloß nichts zugeben.

Nun will ich hier gar nicht entscheiden, meine Damen und Herren, wer im einzelnen recht oder unrecht hat, der Rechnungshof oder das Innenministerium. Das ist mir im Moment gar nicht so wichtig, sondern ich meine, es ist dieser Stil, der furchtbar unproduktiv ist. Das ist genau das, was wir hier schon vor ein paar Monaten debattiert haben: wie nämlich Frau von Benda vorgegangen ist und wie sie im Umgang mit den Ressorts gescheitert ist. Die Tatsache, daß wir uns heute wieder damit herumschlagen müssen, zeigt mir, daß die verantwortlichen Leute viel erlebt und nichts gelernt haben. Das ist keine Frage der Qualifikation oder des Engagements einzelner Mitarbeiter, sondern das ist eher die Frage des Selbstverständnisses einer Verwaltung oder auch eines Unternehmens. Das ist die Frage, ob und wie man in der Lage ist, Konflikte zu lösen und diskursiv aufzunehmen. Da hat sich gerade das Innenministerium nun wahrlich keinen guten Namen gemacht.

Ich denke auch, die heutigen Problemlagen machen es für die öffentliche Verwaltung immer stärker notwendig, ressortübergreifend und interdisziplinär zu arbeiten. Das heißt doch dann, daß gerade die Fähigkeit zur produktiven Umsetzung von Konflikten ein entscheidendes Erfolgskriterium einer modernen Verwaltung sein muß, meine Damen und Herren. Genau das Gegenteil davon hat das Innenministerium hier gemacht.

Im übrigen stellt gerade diese Notwendigkeit, ressortübergreifend zu arbeiten - ich denke da an das Thema Umwelt; beim Thema Informationstechnik ist es ja genauso -, auch Fragen an die weitere Gültigkeit und Nützlichkeit des Ressortprinzips. Der Herr Ministerpräsident hat ja dafür eine Lösung gefunden, die seinem Naturell entspricht. Er zieht halt alles an sich. Die Losung heißt Zentralisierung. Ich meine nicht, daß das die richtige Lösung ist. Man müßte sich vielmehr überlegen, einmal mehr Elemente projektorientierter Organisation in die Verwaltung einzubringen, ähnlich einer Produktlinienverantwortung in der Industrie. Das nur als Anregung.

Ich komme zurück zum Rechnungshof. Ich will der Versuchung widerstehen, meine Damen und Herren, jetzt die

(Birgitt Bender)

ganze Sündenliste, die der Rechnungshof aufgedeckt hat, herunterzubeten. Aber es ist natürlich schon hanebüchen, wenn wir hören, daß bei einer Testsendung des Rechnungshofs der Großteil der Behörden überhaupt nicht reagiert hat – und das immerhin bei einem System, das für einen Notfall wie Tschernobyl konzipiert sein soll –, weil er überhaupt keine Geräte hatte, nicht damit umzugehen wußte oder eben im Umgang damit nicht eingewiesen, einfach alleingelassen worden war.

Ich will hier zwei Punkte herausgreifen. Die Frage der Gutachtenvergabe ist schon von meinen Vorrednern angesprochen worden. Ich meine, es lohnt sich, sich das noch einmal näher anzusehen – im Hinblick auf das Demokratie- und Rechtsverständnis, das offenbar in der Stabsstelle vorherrschte. Es wurde schon erwähnt: Dort wurden Gutachten nämlich nicht, wie das üblich und vorgeschrieben ist, ausgeschrieben, sondern freihändig vergeben. Ich darf aus Seite 137 der Mitteilung des Rechnungshofs zitieren. Da heißt es:

Zur Begründung für die freihändige Vergabe führt die SIK keine Tatsachen an, sondern ihre subjektive Wertung: „Er (der Auftragnehmer) ist der SIK als besonders zuverlässig und vertrauenswürdig bekannt und in der Lage,

(Lachen bei der SPD – Abg. Ulrich Maurer SPD: Paraguay!)

die komplexe Aufgabe kurzfristig durchzuführen.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Palermo!)

Wegen der politischen Sensibilität des Themas (Datenschutz, Volkszählung) und des beschränkten Kreises einschlägig erfahrener Beratungsunternehmen ist eine öffentliche Ausschreibung nach wie vor nicht geboten“.

Meine Damen und Herren, so weit sind wir offenbar in dieser Stabsstelle schon gekommen, daß Kriterien persönlicher Bekanntheit und politischer Zuverlässigkeit maßgebend sind für die Vergabe von Gutachten, während von öffentlicher Ausschreibung nicht mehr die Rede ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Dr. Döring FDP/DVP – Abg. Ulrich Maurer SPD: Democrazia Christiana!)

Es ist ja nicht so, als hätte das niemand bemerkt. Die Rechtsabteilung des Staatsministeriums hat ja hin und wieder schüchtern Einwände vorgebracht, wenn da Gutachten im 100 000-DM-Bereich ohne Ausschreibung, ohne klaren Auftrag und, wie sich ja jetzt herausgestellt hat, auch ohne verwendbares Ergebnis hinausgegeben wurden. Aber da herrschte eben auch ein Klima, wo man wußte: Das ist Chefsache, da hält der Herr Ministerpräsident seine Hand drüber, wenn man da Kritik übt, dann ist das weder gesundheits- noch karrierefördernd. – Deswegen hat man das nicht weiterbetrieben. Das erhellt der Rechnungshofbericht für meine Begriffe sehr, sehr gut. Genau das versucht das Innenministerium in seiner Stellungnahme aber zu beschönigen.

Ich finde, Herr Späth, es wäre höchste Zeit, daß Sie sich einmal dazu äußern, welche Konsequenzen Sie daraus ziehen.

(Ministerpräsident Späth: Mache ich doch gleich, sobald Sie fertig sind!)

– Ich bin noch nicht fertig, Herr Ministerpräsident. Ich habe Ihnen noch einiges zu sagen.

(Ministerpräsident Späth: Deshalb müssen Sie die Geduld noch haben! Ich kann nicht vor Ihnen reden! – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Zweitens: Das Thema Teletex als Kommunikationsträger. Der Rechnungshof führt aus: Als schnell aufzubauendes Netz wäre Teletex gut geeignet gewesen zur Information von Landesbehörden und kommunalen Stellen.

(Abg. Oettinger CDU: Völliger Irrweg!)

Das Innenministerium wiederum sagt dazu, im Notfall hätte es Stunden gebraucht, um die 250 Behörden zu informieren. Nun habe ich das einmal nachgeprüft. Ich habe nämlich unseren Pressesprecher gefragt, der ja täglich – manchmal auch mehrmals täglich – ungefähr 120 Zeitungen und Presseagenturen über Teletex Informationen aus der Landtagsfraktion zukommen läßt. Unser Pressesprecher sagte mir,

(Ministerpräsident Späth: Der ist Fachmann!)

daß er mit seinem einen Bildschirmarbeitsplatz über Teletex etwa 60 bis 65 Sendungen in einer Stunde absetzt. Jetzt folgen Sie mir einmal bei meinem Rechenexempel. Nehmen Sie einmal an, Sie haben vier Teletexplätze. Einer kostet zirka 10 000 DM. Dann können Sie binnen einer Stunde 250 Behörden informieren. Diese Behörden finden den Text an ihrem Bildschirmarbeitsplatz fertig vor. Sie können auch, wenn es ein entsprechendes Bürokommunikationssystem wie hier im Landtag gibt, diese Nachricht weiter übermitteln. Das alles kennen Sie, meine Damen und Herren. Sie kennen auch die Einrichtungen in Ihren eigenen Fraktionen.

Ich frage mich, wieso das eigentlich kein Vorbild für die Verwaltung gewesen wäre. Da hätte man keinen zentralen Rechencomputer gebraucht, kein Netzmanagement, keine teure Standleitung. Das alles hätte die Deutsche Bundespost für eine Grundgebühr von 170 DM im Monat erledigt.

(Ministerpräsident Späth: So einfach ist das nicht! – Zuruf von der CDU: Neue Technologieministerin?)

Nun sagt das Innenministerium immer, mit Teletex könne man keine Graphiken übertragen. Jetzt erzählen Sie mir doch nicht, wenn Sie immer mit dem Notfall Tschernobyl argumentieren, daß es bei Tschernobyl notwendig gewesen wäre, Graphiken zu übertragen. Im übrigen kann das das Landesverwaltungsnetz bis heute nicht.

Zum anderen wird immer gesagt, man müsse 100-Seiten-Dokumente in Sekundenschnelle übertragen. Aber auch

(Birgitt Bender)

das ist doch gar nicht das Problem. Sie wollen mir doch nicht erzählen, daß man jede Viertelstunde ein 100-Seiten-Dokument übertragen muß.

(Zuruf von der CDU: Wenn Sie allein sechzigmal die Presse benachrichtigen!)

Das eigentliche Problem bei Tschernobyl war doch, daß die Dienststellen draußen im Lande keine Informationen hatten, vor allem auch keine zutreffenden, und daran ändert im übrigen auch ein Landesverwaltungsnetz nichts. Das wäre in den letzten drei Jahren, wenn es einen solchen Fall wieder gegeben hätte, genauso gewesen, weil es bis heute nicht anders geht. Bis heute ist zum Beispiel die Landesanstalt für Umweltschutz, von der ja wohl die entscheidende Information kommen würde, gar nicht an das Landesverwaltungsnetz angeschlossen.

Überhaupt, Tschernobyl ist immer der Joker, das Argument, mit dem alles gerechtfertigt wird. Jeder Aufwand ist richtig, feinste Technik, größte Ausgabe ist gerade gut genug. Wenn das das Problem gewesen wäre, Herr Ministerpräsident, dann hätten Sie so eine schnelle Lösung, wie eben genannt, machen können. Offensichtlich war es das aber nicht, sondern das Ganze ist ein Scheinargument, damit die Technokraten ihren freien Auslauf haben und die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, an die sich eigentlich die Verwaltung halten soll, im Papierkorb landen. Was ist das Ergebnis? Jetzt stehen teure Computer herum, für nichts. Ein Beispiel, das der Rechnungshof nennt: Eine neue Anlage vom Typ IBM 3090 hat eine Auslastung von gerade 3 %.

Im übrigen, Herr Ministerpräsident, Sie reden immer von Tschernobyl. Ich möchte Sie auch einmal darauf hinweisen: Wenn Sie den Fall Obrigheim haben, dann nützt Ihnen die Information auch nichts mehr. Politik sollte auch darauf zielen, politische Großrisiken abzubauen und nicht nur flächendeckend zu informieren. Da hat Ihre Technikpolitik, Herr Ministerpräsident, völlig versagt; und das nicht nur beim Thema Technik und Risiko, sondern, das zeigt mir gerade dieser Bericht des Rechnungshofes sehr deutlich, auch beim Thema Technik und Mensch. Diese Landesverwaltung ist so eine Art Gesellschaft im Kleinen. Da müßte man zeigen, wie man mit Technik umgeht, ob man auch soziale Strukturen, ob man auch die Menschen dabei berücksichtigt oder ob man einfach nur Technikpolitik betreibt nach dem Motto: Augen zu und durch.

Mein Vorredner hat schon aus dem Bericht des Rechnungshofs zitiert. Ich glaube, es lohnt sich, Herr Spöri, dieses Zitat ganz anzusehen. Der Rechnungshof sagt auf Seite 43:

Weil mit der Technik vorgeprescht wurde und die anderen zum Gelingen des Gesamtvorhabens wichtigen Bereiche deutlich nachhinken, ist das Landesverwaltungsnetz ein Beispiel dafür, wie IuK-Großprojekte nicht durchgeführt werden dürfen.

Das ist genau dieses Augen zu und durch, das Frau von Benda in Erfüllung ihrer politischen Dienstpflicht von Anfang an betrieben hat. Darin, Herr Ministerpräsident, liegt unter Ihrer Schirmherrschaft das politische Versagen. Sie haben hier eine Technikspielwiese für Experten einge-

richtet und nicht berücksichtigt, daß eine Verwaltung auch Strukturen hat, daß die Einrichtung einer Technik Auswirkungen hat und daß man damit auch entsprechend umgehen muß. Das heißt – ich komme zum Schluß – was hier gescheitert ist, ist letztlich nicht die Stabsstelle, sondern das technikalpolitische Grundverständnis dieser Landesregierung.

(Ministerpräsident Späth: Jetzt weiß ich es!)

Ich erinnere Sie daran, meine Damen und Herren, die Grünen haben hier im Landtag regelmäßig Anträge zur Technikfolgenabschätzung gestellt, die ebenso regelmäßig abgebugelt worden sind. Ich hoffe, daß durch diese Bauchlandung vielleicht ein Lerneffekt eintritt,

(Zuruf des Ministerpräsidenten Späth)

daß auch Sie lernen, daß es hier nicht darum geht, Menschen technikfähig zu machen, sondern darum, die Technik sozialverträglich zu machen,

(Abg. Wieser CDU: Die Technik ist doch von Menschen erfunden worden! Die Ameisen erfinden keine Technik! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD)

und daß man dazu auch bestimmte Verfahrensweisen braucht, Herr Wieser.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Wenn dieser Lerneffekt wirklich einträte, dann wären, glaube ich, diese verschleuderten Millionen letztlich noch ganz gut angelegt. Es ist ja so, daß die Bundesregierung immer gleich Milliarden braucht, um dazuzulernen. Ich nenne nur die Stichworte Wackersdorf oder Hochtemperatur-Reaktor. Wenn das hier im Land schon mit ein paar Millionen geht und wirklich diesen Effekt hat,

(Zuruf des Ministerpräsidenten Späth)

dann wäre ich sehr froh, und dann, meine Damen und Herren, würde ich es auch schätzen, wenn in der nächsten Haushaltsdebatte der Herr Finanzminister diese Affäre als ein Beispiel für baden-württembergische Sparpolitik nennt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! An den Anfang wollen wir den Dank an den Landesrechnungshof für die Erfüllung des Auftrags stellen, den ihm der Landtag im vergangenen September erteilt hat. Gleichzeitig wollen wir uns gegen den Vorwurf wenden, der erhoben worden ist, hier sei zu früh geprüft worden.

(Lachen des Abg. Dr. Spöri SPD)

Ich meine, daß das ein unsinniger Vorwurf ist.

(Dr. Döring)

(Abg. Köder SPD: Vor der Verjährung!)

Denn es ist doch besser, wenn man zeitig prüft, damit noch Korrekturen vorgenommen werden können, als daß man wartet, bis die Sache vollends verfahren ist.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Dann wäre nachher der Vorwurf gekommen, sie hätten zu spät geprüft!)

Deswegen halten wir den Zeitpunkt der Prüfung für richtig.

Wenn am Verfahren herumkritisiert wird, dann muß das doch auch ein bißchen als Beleg dafür gelten, daß man zur Sache und in der Sache nicht allzuviel im Köcher hat; sonst würde man sich ja nicht so sehr am Verfahren aufhalten.

Es muß in unser aller Interesse liegen, daß wir rechtzeitig gewarnt werden, denn wenn die Weichen am Anfang falsch gestellt werden, kostet es natürlich im Gesamtverlauf weiterhin nur noch viel mehr Geld. Es ist doch jetzt schon ganz offensichtlich, daß hier ein erheblicher Einsatz von Steuermitteln getätigt wurde, wobei Kosten und Nutzen zumindest bisher in keinem angemessenen Verhältnis mehr stehen.

Die Fehlentscheidungen, die hier getroffen worden sind, und die Verschwendung von Geldern in dem Ausmaß würde – das ist vorhin sicher zu Recht gesagt worden – in der freien Wirtschaft normalerweise zum Bankrott führen. Hier aber werden eklatante Fehler gemacht, die nicht diejenigen, die diese Fehler machen, ausbaden müssen, sondern die man locker den Steuerzahlern aufbürdet. Und das ist einer der Skandale im Zusammenhang mit dieser Geschichte.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Köder SPD: So etwas könnte sich kein Mittelständler leisten! – Gegenruf des Ministerpräsidenten Späth: Ein Mittelständler braucht auch kein solches System! – Abg. Dr. Spöri SPD: Da ist die Eigenkapitaldecke zu gering! – Ministerpräsident Späth zu Abg. Dr. Spöri SPD: Sie verstehen doch mehr davon, als Sie zugeben! – Abg. Dr. Spöri SPD: Danke!)

– Mit Sicherheit kein Mittelständler, Herr Köder.

Als wir den Bericht des Landesrechnungshofs bekommen haben, mußten wir feststellen, daß er eigentlich noch schlimmer ausgefallen ist, als wir es erwartet haben. Die schlimmsten Erwartungen wurden in der Tat bei weitem noch übertroffen. Die Tatsache, daß die Landesregierung gegen diesen Landesrechnungshofsbericht nur wenig ins Feld zu führen hat, geht auch aus der Gegendarstellung des Innenministeriums hervor; denn das Innenministerium argumentiert in der Darstellung, die uns da zugeschickt worden ist, hilflos, kläglich, teilweise geradezu beschämend. Hier wäre es in der Tat besser gewesen, Sie wären nicht nach dem Motto verfahren „Angriff ist die beste Verteidigung“, sondern Sie hätten danach gehandelt, daß es auch einmal angebracht sein kann, Versäumnisse einzugestehen und rasche Besserung zuzusichern. Wir brauchen jetzt nämlich kein langatmiges Lamentieren, sondern

wir brauchen jetzt endlich konkretes Handeln, um weiteren Schaden und weitere Verschwendung von Steuergeldern zu vermeiden.

Wir von seiten der FDP/DVP-Fraktion bedauern ausdrücklich, daß es über diesen Bericht des Landesrechnungshofs zu einer so heftigen Auseinandersetzung kommen muß; denn nach wie vor gilt für uns, daß wir es für gut und richtig halten, daß die Landesregierung den Willen zur Innovation hat. Aber – darauf hat mein Kollege Goll in der Sitzung vom September 1988 schon hingewiesen – die Sache wurde insgesamt völlig falsch angepackt. Die Reform wurde den Dienststellen von oben übergestülpt, und das zusammen mit der Art der Präsentation dieser Reform weckt schon den Verdacht, daß hier die Sache an die zweite Stelle, der Ruhm des Ministerpräsidenten aber erneut an die erste Stelle gesetzt wurde. Da war eine Gigantomanie, wie wir sie ja an verschiedenen Stellen immer wieder spüren, da ist Sucht nach dem Größten, Teuersten und Bedeutendsten, aber nicht nach dem vermeintlich Besten. Und unter dem Strich muß man bedauerlicherweise feststellen, daß hier zumindest vorläufig eher von einer Bauchlandung zu sprechen ist als von einem Erfolg für Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Wir meinen – das hat der Kollege Goll schon im September so ausgeführt –, weniger monarchisches Gehabe und mehr demokratisches Verhalten, weniger Großmannssucht und mehr Sachorientierung wären hier wie in allen anderen Fällen auch sachdienlicher gewesen.

Dieses Überstülpen von oben geht Hand in Hand mit der unsinnigen Vorgehensweise bei dem Sonderprogramm „Meß- und Kommunikationssystem Umwelt“, wo fatalerweise nach dem Motto verfahren wurde: „Erst einmal die Geräte anschaffen. Die Anwendung wird sich dann schon noch finden. Und wenn nicht, dann lassen wir auf Kosten des Steuerzahlers ein Heer von Gutachtern ran.“ Nein, so, meine Damen und Herren, darf es doch nicht laufen, wenn man Erfolg haben will und wenn man mit Überzeugung arbeiten möchte.

Bezeichnenderweise hat der Rechnungshof in seinem Bericht auch empfohlen, zunächst die Bediensteten einzuarbeiten und Programme zu entwickeln und dann die ganze Reform stufenweise aufzubauen. Man darf doch eine so große Sache einer Verwaltung nicht einfach aufzwingen, sondern muß sie und vor allem die in ihr tätigen Menschen zum Mitmachen überzeugen. Auch hier wird eine völlig falsche Einstellung deutlich: Vor lauter demonstrativ zur Schau getragener Technikbegeisterung werden die Menschen, die mit dieser Technik umzugehen haben, schlicht und ergreifend übergangen, schlimmer noch, sie werden schlicht und ergreifend vergessen. Auch das Innenministerium führt in seiner Stellungnahme geradezu rührend aus – ich darf daraus zitieren –:

Im übrigen ist festzustellen, daß komplexe arbeitsteilige EDV-Projekte in einer modernen, pluralistischen Industriegesellschaft sowieso nur in Teamarbeit und im Konsens mit vielen Kompromissen durchgeführt werden können.

(Dr. Döring)

Genau richtig, so hätte es laufen müssen, im Konsens, in Teamarbeit, in Absprache, mit Überzeugung. Aber genau das ist ja bedauerlicherweise nicht geschehen. Das sind genau solche Bestandteile einer Reform von unten, wie wir sie uns vorstellen und wie sie auch der einzig richtige Weg zum Erfolg einer solchen Reform sind, wenn man ernsthaft um einen Erfolg bemüht ist.

Der Landesrechnungshof hat ein insgesamt vernichtendes Urteil gefällt und hat dies auch ausführlich und sachlich begründet. Die übereifrige High-Tech-Politik hat dem Land finanziellen Schaden gebracht. Da wurden Steuergelder fahrlässig vergeudet, und dabei hat man erneut zumindest bis heute außer vollmundigen Ankündigungen nichts überzeugend Positives für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande feststellen können. Die Landesregierung muß sich hier eindeutig schlimme Versäumnisse vorhalten lassen. Sie ist vorgegangen wie der Elefant im Porzellanladen, und genauso wie dort sind auch hier gewaltige Scherben hinterlassen worden. „Millionen von Steuergeldern vergeudet“, „Landesverwaltungsnetz funktioniert ungenügend“, „Netz bedeutet für den Benutzer keine Arbeits erleichterung“, so lauten einige wenige Stichworte, die zeigen, daß Sie mit Ihrer übereilten, im Grunde auch unsachlichen Vorgehensweise gescheitert sind.

Aber der Reihe nach. Am 28. September 1988 sagte der Ministerpräsident unter anderem, daß die Landesregierung das Umweltinformationssystem eingerichtet habe, um bei einer zweiten Katastrophe wie Tschernobyl besser gerüstet zu sein. Da aber wichtige Behörden gar nicht angeschlossen waren, da die wenigen angeschlossenen das Paßwort nicht kannten, da aufgrund mangelnder Schulung die wichtigsten Umweltbehörden nicht in der Lage waren, sich des Landesverwaltungsnetzes zu bedienen, da das Umweltministerium wegen seines Umzugs nicht zu erreichen war und da an einer anderen Stelle derjenige, der sich auskannte, gerade im Urlaub war, hat beim Probelauf nichts geklappt. Wir alle miteinander können nur hoffen, daß die nächste Katastrophe Rücksicht nimmt auf Umzugszeiten von Ministerien und auf Urlaubszeiten derjenigen, die mit den Geräten umgehen können.

Sie haben Steuergelder verschleudert bei der Rechnerbeschaffung, bei der Anmietung von Leitungen und bei vielen anderen Dingen mehr. Ganz besonders toll getrieben hat man es aber ganz offensichtlich bei der Vergabe von Gutachten. Da sind für eine Unzahl von Gutachten über 13 Millionen DM, ohne daß man mit der Wimper gezuckt hätte, geradezu hinausgeschleudert worden. Da haben Sie freihändig vergeben. Da waren Sie nicht in der Lage, klare Aufträge zu erteilen. Da haben Sie angelieferte Ergebnisse, sofern man bei diesen Gutachten überhaupt von Ergebnissen sprechen konnte, nicht sorgfältig nachgeprüft.

Diese Gutachten wurden häufig als unbrauchbar beurteilt, nicht selten auch schlicht und einfach als falsch. Die Gutachten, so heißt es, waren zu teuer. Die Tatsache aber schon allein, daß eine Vielzahl von Gutachten in Auftrag gegeben wurde, belegt natürlich auch auf eindrucksvolle Weise die Konzeptionslosigkeit, sie belegt, wie wild und rücksichtslos in eine Sache hineingestürzt wurde, ohne daß man auch nur eine Sekunde daran gedacht hätte, wie sie bewältigt werden kann.

Was das Innenministerium am 22. Mai 1989 in seiner Stellungnahme zu dem Bericht des Landesrechnungshofs bezüglich der Gutachten schreibt, ist schon ein starkes Stück: kein Satz zu der unsinnig hohen Zahl der Gutachten; kein Satz zu der Art der Vergabe, zum Beispiel auch kein Satz dazu, wie vorhin schon ausgeführt wurde, daß ohne Ausschreibung an Bekannte – das ist eigentlich ein schlimmer Vorwurf – vergeben wurde; keine Zeile zur Brauchbarkeit bzw. Unbrauchbarkeit dieser sogenannten Gutachten, statt dessen ein reichlich hilfloses Herumgesoße über Stundensätze, wo man sich brüstet, daß man einen um ein paar Mark günstigeren Stundensatz aushandeln konnte. Meine Damen und Herren, die Landesregierung und die zuständigen Stellen haben in diesem Bereich auf jeden Fall eindeutig versagt.

Der Skandal an der ganzen Sache ist natürlich der, daß Sie nach einer solchen Fehlerkette ungerührt weiterhin auf der Regierungsbank sitzen, während Leute in der freien Wirtschaft nach einer solchen Fehlerkette entlassen werden. Kommen Sie endlich herunter von Ihrem ohnehin viel zu hohen Roß, sehen Sie Ihre offensichtlichen Versäumnisse ein und sorgen Sie endlich und rasch für Verbesserungen.

(Beifall bei der FDP/DVP, bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Wem von der Regierung darf ich das Wort geben? – Herr Ministerpräsident, ich erteile Ihnen das Wort.

Ministerpräsident Späth: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe jetzt viele Stichworte aus dem Rechnungshofbericht, politisch sauber garniert, mit der entsprechenden Polemik versehen, gehört, aber zu dem gesamten Entwicklungsprozeß ist außer dem Vorwurf, da sei schlampig eingestiegen worden, von oben herunter, sei nichts überlegt worden, nichts Konkretes ausgesagt worden. Ich erwarte eigentlich schon – der Rechnungshof hat es wenigstens in Ansätzen gemacht –, daß Sie zu Ihren Zitaten einmal die Übersicht dieses Rechnungshofberichts nehmen.

Der Rechnungshof beginnt mit der Feststellung:

Der durch das LSK-Gutachten ausgelöste Neuanfang war deshalb grundsätzlich gerechtfertigt. Durch Schaffung des Landessystembeauftragten, des Landessystemausschusses und der Stabsstelle wurde der zunehmenden Bedeutung der IuK-Technik und der Durchdringung nahezu aller Verwaltungsbereiche mit DV Rechnung getragen.

So leitet der Rechnungshof sein Gutachten ein.

Jetzt müssen wir überlegen: Was war denn unsere Aufgabe bei der Einleitung, und was waren die Alternativen? Die Alternative wäre gewesen – das kommt jetzt immer vor –, kleine Lösungen zu verfolgen, das Ganze also etwa nach dem Beispiel des Pressesprechers der Grünen aufzubauen. Mir scheint ein Teil der Diskussion darin zu bestehen, daß furchtbar viele Nichtfachleute über ein ganz komplexes System diskutieren und kaum – –

(Ministerpräsident Späth)

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Die Fachleute haben es doch gar nicht auf die Reihe gebracht!)

– Der Rechnungshof hat ähnliche Schwierigkeiten wie wir auch. Ich komme noch darauf.

Der Rechnungshof war nämlich im Landessystemausschuß vertreten, und zwar auf meinen ausdrücklichen Wunsch, weil ich gesagt habe: „Nehmt den Landesrechnungshof in den Systemausschuß, wo alle Fragen behandelt werden. Dann kann auch der Rechnungshof rechtzeitig seine Position vertreten und Warnungen geben.“

Da kommen wir auf das ganz große Problem, wenn wir schon über den Rechnungshof reden. Ich würde sehr gerne in vielen Fällen den Rechnungshof als Gutachter beauftragen. Aber der Rechnungshof hat große Zweifel, ob er als Gutachter fungieren soll, weil er anschließend in seiner Prüfung erheblich beeinträchtigt ist, wenn er vorher als Gutachter tätig war. Wir werden in den Ausschüssen darüber diskutieren – da frage ich jetzt in Richtung Rechnungshof, ob er das bestreitet; schön wäre es, wenn man hier wirklich einmal mit dem Rechnungshof darüber diskutieren könnte –, ob nicht auch er der Meinung ist, daß es sehr viele – –

(Abg. Dr. Spöri SPD: Ja, das wäre wirklich schön! Das sollten wir einführen!)

– Das tun wir ja im Ausschuß.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das sollten wir auch im Plenum machen!)

– Ich führe es sofort ein, wenn das möglich ist. Ich hätte gar nichts dagegen.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Zusage!)

Ich hätte gegen eine Teilnahme des Präsidenten des Rechnungshofs an dieser Debatte überhaupt keine Bedenken, auch gegen eine Zuziehung der Fachleute nicht, und zwar deshalb nicht, weil es sehr viel einfacher ist, anschließend alles nachzuprüfen und dann zu sagen: „Da und da und da . . .“, als im voraus die Verantwortung für eine Konzeption und deren Entwicklung zu übernehmen. Dies ist, glaube ich, im Grunde nicht einmal beim Rechnungshof strittig.

Wir mußten uns entscheiden, einen neuen Weg zu gehen oder im Grunde so weiterzumachen wie bisher. Herr Spöri, es wäre auch einmal interessant, und darum werden wir den Rechnungshof bitten – die Prüfung geht ja weiter,

(Abg. Dr. Spöri SPD: Ja!)

und ich möchte, daß sie weitergeht; ich möchte auch gerne einmal Systemvergleiche, und um solche werden wir den Rechnungshof bitten –, darzustellen, wie sich die alten Verfahren im Verhältnis zu einem integrierten Verfahren entwickelt hätten, wie die Kostenstrukturen in solchen einfachen, ressortorientierten Verfahren ohne Verbund, wie hoch der Informationsgrad und der Einsetzbarkeitsgrad gewesen wäre. Das große Problem ist nämlich: Irgend-

wann müssen Sie integrieren. Das passiert bei allen Firmen und passiert auch beim Staat. Was Sie, wenn jedes Ressort sein System vor sich hin entwickelt, natürlich nicht kontrollieren können, das ist, ob es kompatibel ist oder nicht, ob man die richtigen Investitionen macht oder nicht. Das alles bricht erst auf, wenn man das Ganze einmal zusammenfaßt und dann eine neue Diskussion eröffnet, die natürlich auch ein Ressortkampf ist.

Es ist doch keine Frage: Es ist zunächst einmal nicht das Interesse des Ressorts, integrierte Systeme zu unterstützen. Vielmehr ist das Interesse des Ressorts zunächst einmal, seine eigene Datenbank und seine eigene Organisationsform zu haben. Wenn Sie sich einmal die Kostenentwicklung in der Landesverwaltung im IuK-Bereich in allen Ländern ansehen, werden Sie schnell entdecken, daß irgendwann der Zeitpunkt kommt, an dem Sie zu einem integrierten System übergehen müssen, wenn Sie nicht zulassen wollen, daß das Ganze kostenmäßig aus dem Ruder läuft. Das sind andere Beträge, die da verlorengehen. Über die Beträge können Sie deshalb nicht diskutieren, weil sie niemand bemerkt. Deshalb ist es viel leichter, jetzt über die Steuerbeträge zu diskutieren, die hier strittig sind, als über das, was es kosten würde, wenn sich die einzelnen Systeme alle nebeneinander weiterhin so entwickelt hätten, ohne daß Sie irgendwann zu einem integrierten System kommen.

Wie haben wir denn das vorbereitet? Jetzt will ich einmal auf den Vorwurf eingehen. Sie wollen mir ja vor allem einen politischen Vorwurf machen; das ist auch die Aufgabe der parlamentarischen Diskussion. Ich würde von Ihnen gern hören, was Sie anders gemacht hätten. Ich trage einmal von Anfang an vor, was wir gemacht haben, was die Entscheidung angeht.

Wir haben den Auftrag des Ministerrats an eine Arbeitsgemeinschaft führender Consulting-Firmen gegeben – Diebold-Dornier-Ikoss –, ein Gutachten zum Ausbau der Informationstechniken in der Landesverwaltung zu erstellen. Vor der Entscheidung über die Umsetzung des Systems wurden folgende Institutionen um eine Stellungnahme gebeten: Landtag, Rechnungshof, Landesbeauftragte für den Datenschutz, Regierungsbeauftragter für Technologie, kommunale Landesverbände, Datenzentrale Baden-Württemberg und alle Ministerien. Wie anders hätten wir es einleiten sollen als damit, zunächst einmal ein Gutachtergremium zu installieren, das die Fragen untersucht, was man machen kann, und dann das Ergebnis an alle Ressorts und alle Stellen zu geben und zu sagen: „Nehmt einmal Stellung dazu, was wir machen können“?

Dann haben wir eine Projektgruppe eingesetzt – etwas anderes wollen Sie ja auch nicht machen –, und diese Projektgruppe hat die Gutachten und die Stellungnahmen ausgewertet. Diese Projektgruppe hat dem Kabinett berichtet. Schließlich haben wir am 15. Juli 1985 entschieden: Jetzt wird das Landessystemkonzept umgesetzt. Weil wir die Sorge hatten, daß die Umsetzung im Ressortbereich scheitert, weil das, was ich vorhin geschildert habe, Ausgangslage ist, haben wir gesagt: Es funktioniert nur, wenn wir eine Projektgruppe – so ist die SIK entstanden – schaffen, die das durchsetzt. Aber die Verantwortung für die Entscheidungen muß bei einem Landessystemausschuß

(Ministerpräsident Späth)

und beim Landessystembeauftragten liegen. Alle Ministerien müssen durch die für Organisation zuständigen Abteilungsleiter in dem Ausschuß vertreten sein. In diesem Ausschuß sitzen alle Abteilungsleiter, die in ihrem Ministerium für diesen Bereich zuständig sind. Da sitzt der Rechnungshof, da sitzt die Landesbeauftragte für den Datenschutz, und da sitzt die Datenzentrale jeweils als beratendes Mitglied.

Nun haben wir Planungsrichtlinien erstellt, die seit 1. Januar 1987 in Kraft sind. Das Prinzip ist: nach wie vor Verantwortung der Ressorts für die Budgetierung und die Beschaffung – entsprechend dem Ressortprinzip der Landesverfassung –, aber zentrale Abstimmung zur Vermeidung von Parallelentwicklungen, gemeinsame Nutzung von Ressourcen und verbesserte Transparenz. Die Neuordnung des Planungsprozesses, wie sie damals vorgenommen wurde, entspricht übrigens einer Forderung des Landesrechnungshofs. Ich darf darauf hinweisen: Dazu gibt es Forderungen in einer Denkschrift, nämlich aus dem Jahr 1981. Genau an diese Forderung haben wir uns gehalten.

Dann haben wir das Informationelle Gesamtbudget geschaffen. Interessant ist: Das IGB umfaßt heute außer den Personalkosten über 95 % der Aufwendungen für Information und Kommunikation. Das vom Rechnungshof in diesem Sektor Gerügte – insbesondere fehlende Darstellung der Kosten von Einzelprojekten – ist exakt die Konsequenz der geltenden Haushaltssystematik und nicht durch die Situation des IGB verursacht. Darüber müssen wir diskutieren. Aber das trifft nicht dieses Informationelle Gesamtbudget, sondern das trifft die Haushaltssystematik, mit der wir arbeiten müssen.

Beispielsweise sind 28 ständige Ausschüsse und Ad-hoc-Ausschüsse gebildet worden, um in den fachspezifischen Fragen jeweils Abstimmungen zwischen den Fachressorts und der SIK durchzuführen.

Damit hatten wir automatisch das Problem des Verhältnisses Linie und Stab, das wir übrigens in allen diesen Bereichen hatten. 14 Sitzungen des Landessystemausschusses, 19 Sitzungen des Arbeitskreises „Informationstechnik“ – dies alles ist parallel mit all den Entwicklungen gelaufen. So, daß da irgend jemand wie wild herumgeführt hätte, war es also absolut nicht. Deshalb haben wir Ihnen ja auch die Akten gegeben. Übrigens ist heute überhaupt nichts Neues gekommen, nichts, was nicht in den Akten gewesen wäre, die wir Ihnen geschickt haben.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das haben Sie doch bestritten! – Abg. Brechtken SPD: Das haben Sie bestritten!)

Das müssen Sie doch einräumen. – Sie hatten doch die Akten. Sie haben doch von uns alle Akten bekommen. Sie müssen doch zugeben – –

(Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Späth, ich komme gleich darauf! Kürzen wir es ab!)

Sie müssen doch zugeben, daß Sie alle Akten bekommen haben, so daß Sie all dem nachgehen konnten.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Natürlich! Aber Sie haben im September, als wir hier darüber gesprochen haben, die Konsequenzen daraus bestritten!)

– Ich kann wenig von dem zurücknehmen, was ich im September gesagt habe. Ich komme noch zu ein paar Einzelpunkten.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Dann sind Sie total im Kontrast zum Rechnungshof! – Abg. Köder SPD: Das stört ihn nicht!)

– Ich komme auch noch einmal zum Rechnungshof und zu seiner Bewertung.

Wir haben 300 – –

(Zuruf von der SPD)

– Ich bin es auch nicht. Bei Herrn Spöri habe ich allerdings den Verdacht, daß er von den Problemen der Einführung solcher Dinge mehr versteht, als er zugibt, denn sonst könnte er nicht ausreichend kritisieren. Aber das ist eher eine Vermutung.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das ist sehr infernalisch gedacht! So infernalisch denke ich nicht wie Sie!)

Ich sage dazu: Ich verstehe so viel, daß ich weiß, daß wir heute in all diesen Bereichen überall die gleiche Entwicklung haben. Warum haben wir denn die Expansion all dieser Bereiche? Gehen Sie doch in die Firmen. Warum benutzen die denn alle diese Systeme? Weil sie alle mit ihren Kostenstrukturen und ihren komplizierten Strukturen anders nicht mehr zurecht kommen. Wenn Sie sagen, ein Mittelständler wäre bankrott gegangen, muß ich erwidern: Das Problem eines Mittelständlers ist nicht, ein Informations- und Kommunikationssystem aufzubauen, wie wir es in einer so zentralen Landesverwaltung brauchen.

Jetzt möchte ich etwas zur Termsituation sagen. Der Rechnungshof macht ja selbst etwas widersprüchliche Aussagen. Er sagt einerseits: Alles langsamer! Andererseits sagt er, daß der Nutzungsgrad nicht ausreichend sei. Ich muß doch zuerst einmal das Netz haben, bevor ich etwas anschließen und das systematisch durchprüfen und entwickeln kann.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das hat er nicht gesagt!)

Jetzt nehme ich einmal diesen berühmten Test. Bei diesem Test hat einer sofort geantwortet – das bestreitet nicht einmal der Rechnungshof –, nämlich das Staatsministerium, und zwar deshalb, weil seine Bediensteten als erste voll eingeübt waren.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Dr. Spöri SPD: Ein begnadeter Trick!)

– Dazu brauche ich doch keinen Trick. Meine Leute haben mir gesagt, der Rechnungshof habe festgestellt, wer wie reagiert habe.

(Ministerpräsident Späth)

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das ist wirklich Spitzenniveau! Das ist Spitzenballett! Marcia Haydée!)

– Ihr Einfallsreichtum war auch schon größer.

(Lachen bei der CDU)

Aber wahrscheinlich sind Sie von heute morgen noch ein bißchen – –

(Abg. Dr. Spöri SPD: Für Sie langt's auch heute noch!)

– Das mag ja sein. Ich habe den Eindruck, das ist nur Ihr Gefühl. Sie scheinen von heute morgen noch etwas beschädigt zu sein.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Spöri SPD: Das hat Sie schwer getroffen!)

Jetzt nehmen wir einmal den Prüfungsablauf. Der Rechnungshof hat drei Jahre nach Einrichtung der SIK, anderthalb Jahre nach dem Projektstart für das integrierte Netz und noch nicht einmal ein Jahr nach Beginn der Aufbauarbeiten geprüft. Da sagt der Rechnungshof, dies sei der technische Begriff des Regelbetriebs. Das ist meiner Meinung nach ein Mißverständnis.

Ich will Ihnen einmal sagen, wie lange Firmen am Aufbau gearbeitet haben. Die IBM, eine Einrichtung, die auf diesem Gebiet zu Hause ist, hat acht Jahre gebraucht, um ihr System in Stuttgart betriebsfertig aufzubauen. Acht Jahre hat die IBM gebraucht! Die Lufthansa hat für den Anschluß ihrer 15 000 Terminals zehn Jahre gebraucht.

(Abg. Köder SPD: Aber damit ist das Know-how vorhanden!)

Bei solchen Großprojekten braucht man üblicherweise eine Anlaufzeit von fünf bis sechs Jahren, bis sie voll in Betrieb und voll nutzbar sind. Das gilt überall.

(Abg. Brechtken SPD: Exakt darauf haben Sie keine Rücksicht genommen!)

– Aber selbstverständlich. Wir haben diese sechs Jahre doch noch gar nicht, geschweige denn acht Jahre oder mehr.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Wir haben bis heute 8 000 Bildschirme installiert; 15 000 wollen wir installieren. Bis heute sind 200 Behörden des Landes mit 1 000 Nutzern angeschlossen. Stand März 1989: 212 Dienststellen, Endausbau des Umweltsystems 268 Behörden. Wir werden in den nächsten Tagen einmal der Öffentlichkeit, um auch einmal zu zeigen, wie so etwas abläuft, zusammen mit McKinsey das ganze UIS vorstellen: was es leistet, wie es funktioniert und welche Pilotprojekte wir alle machen müssen, bis es integriert läuft. Dieses komplizierte System müssen Sie deshalb angehen, weil Sie am Schluß tatsächlich leistungsfähig sein müssen. Wenn Sie nochmals Ereignisse wie in Tschernobyl haben sollten, verehrte Frau Kollegin Bender, wird – nehmen Sie es mir

nicht übel – selbst Ihr Pressesprecher mit sechs parallel laufenden Telefax-Geräten nichts mehr herausreißen.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Ihre Landesstelle doch auch nicht! Das ist der Punkt!)

Ich widerspreche dem Landesrechnungshof eindeutig, wenn er glaubt, daß Telefax- und Teletextsysteme das Ende dieser Entwicklung seien. Alle Fachleute sagen mir, daß die heutigen Systeme noch nicht das Ende dessen seien, was wir an integrierter Informationssystematik brauchen. Vor allem haben wir ja nicht nur das Versenden von Mitteilungen. Vielmehr brauchen Sie, wenn sich wieder ein Unglück wie in Tschernobyl ereignet, eine riesige Rechenkapazität, um die ganzen Meßdaten aufzunehmen, damit Sie aus diesen heraus die Entscheidungsalternativen treffen können. Diese Entscheidungsalternativen müssen Sie in Sekunden bei den kommunalen Dienststellen haben; sonst können sie doch gar nicht reagieren. Ich kann doch einen Computer, der auf diese Höchstlast ausgerichtet ist, bei der Wirtschaftlichkeit nicht nach einem Normallastbetrieb beurteilen.

(Abg. Brechtken SPD: Aber zum richtigen Zeitpunkt kann man ihn anschaffen!)

Das ist meine erste Aussage.

Meine zweite Aussage ist: Während der Rechnungshof an dem Problem arbeitete, nämlich in den letzten sechs Monaten, hat sich der Grad der Rechnerauslastung laufend nach oben verändert, und die ersten Beanstandungen, daß die Nutzung nur 10 % betrage, kommen gar nicht mehr, weil wir innerhalb von Monaten inzwischen bei 40 und 50 % sind. Nun nehmen Sie jetzt noch drei Jahre dazu und gehen von der vollen Auslastung aus. Deshalb möchte ich gerne in zwei Jahren und in vier Jahren hier wieder diskutieren, um festzustellen, ob der Rechnungshof dann noch alle Beanstandungen aufrechterhält, die er in diesem Stadium der Entwicklung getroffen hat.

Nach meiner Meinung konnte der Rechnungshof eine Wirtschaftlichkeitsprüfung des Systems in diesem Stadium gar nicht vornehmen. Er konnte sich mit allen möglichen Aspekten des Systems, mit möglichen Fehlentwicklungen befassen – das ist seine Aufgabe, das geht in Ordnung –, aber er konnte eine abschließende Beurteilung des Systems, seiner Funktionsfähigkeit, seiner Wirtschaftlichkeit noch nicht vornehmen.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist auch gar nicht seine Aufgabe!)

– Natürlich ist das seine Aufgabe. – Sie können zum Beispiel Schwimmen nicht am Trockengerät lernen. Wenn Sie die Leute am System in Interkommunikation schulen wollen, dann brauchen Sie zunächst ein Leitungsnetz. Dann können Terminals angeschlossen werden. Ich kann die Leute nicht an irgendwelchen Terminals üben lassen und erst dann das Leitungsnetz legen. Das Leitungsnetz ist am Beginn immer unterausgelastet und wird erst im Laufe der Zeit einer Vollaustattung voll genutzt. Deshalb ist für mich beispielsweise auch ganz interessant, daß ein schwerer Vorwurf des Rechnungshofs, nämlich die einseitige Begün-

(Ministerpräsident Späth)

stigung des Marktführers im IuK-Bereich, nach den Darlegungen des Innenministeriums in dem endgültigen Prüfungsbericht nicht mehr auftaucht. Das hat sicher auch einen Grund. Möglicherweise beruht das auf der Erkenntnis, daß man diesen Vorwurf so nicht aufrechterhalten kann.

(Abg. Brechtken SPD: Das stimmt aber auch nicht ganz! Das stimmt nicht, Herr Ministerpräsident!)

Ich meine, man sollte bei der Beurteilung dieses Systems mit der pauschalen Wertung vorsichtig sein. Ich sage noch einmal: Ich habe nichts dagegen, wenn einige Punkte hier kritisch angesprochen werden, zum Beispiel diese Gutachterfrage.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Aha!)

– Ja. Ich will diese Gutachterfrage ganz präzise und mit allen Details geklärt haben.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Sehr gut!)

Deshalb prozessieren wir zur Zeit mit diesem Gutachter. Ich weiß nicht, ob Ihnen das bekannt ist. Es ist ein Rechtsstreit anhängig, bei dem wir die Behauptung aufstellen, daß die Kosten für dieses Gutachten nicht in Ordnung seien. Jetzt hat der Gutachter geklagt.

(Abg. Brechtken SPD: Es geht doch nicht nur um ein Gutachten! – Abg. Dr. Spöri SPD: Es geht um mehrere Gutachten!)

– Es geht um den Gutachter, den Sie vorhin angesprochen haben, um seine Gutachten, und da werden wir jetzt klären, was das Gericht – –

(Abg. Dr. Spöri SPD: Um alle Gutachten bei diesem Prozeß?)

– Da bin ich im Moment überfragt. Ich will keine falsche Auskunft geben. Das werde ich überprüfen. Aber ich sage ausdrücklich: Ich habe überhaupt nichts dagegen. – Diese zwei Dinge müssen wir unterscheiden. Das gebietet meiner Meinung nach die Fairneß.

Übrigens noch zu dieser allgemeinen Ausschreibung. Sie können auf diesem Sektor zum großen Teil nicht viel mit Ausschreibungen anfangen, weil Sie sehr komplizierte Sachverhalte gutachtlich überprüfen lassen müssen.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

– Herr Brechtken, das ist so.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Aber mit der persönlichen Kungelei, da kann man etwas anfangen!)

– Ich habe doch da keine persönliche Beurteilung getroffen. Ich habe nachher gehört, daß Frau von Benda der Meinung war, daß dies der richtige Partner gewesen sei, und daß das jetzt strittig ist. Wenn das strittig ist, dann muß es überprüft werden. Dazu haben wir die entsprechenden

Rechtseinrichtungen und Rechtsabteilungen. Wenn da irgend etwas relevant wäre, würde dem selbstverständlich vollständig und mit allen Konsequenzen nachgegangen werden.

Was Sie mir politisch vorwerfen können, ist, wie wir das System angegangen haben. Wenn ich alles durchgehe, weiß ich eigentlich nicht, wo der politische Vorwurf an mich ist, was ich falsch gemacht habe. Da, wo Sie mir allerdings Formulierungen wie „Allgemeiner Technikwahn“ und „Je größer, je besser“ vorhalten, fängt bei mir die Polemik an, mit der ich nichts mehr anfangen kann.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist nur handwerklich schlecht gemacht!)

– Herr Brechtken, das hat noch nicht einmal etwas mit handwerklich zu tun. Sie würden es auch nicht anders machen, wenn Sie es machen müßten. Sie haben das Glück, daß Sie nichts anderes damit zu tun haben, als es nachher zu kontrollieren.

Schauen Sie, wenn acht bedeutende deutsche und internationale Firmen während der Entwicklung des Systems zu uns kommen und sagen: „Wir machen euch bestimmte Leistungen umsonst, wenn wir das Recht haben, die Erfahrungen, die wir beim Aufbau des Systems sammeln, anschließend zu vermarkten“, dann ist doch damit der entscheidende Aspekt angesprochen: Noch niemand hat eine definitive Erfahrung mit dem Aufbau eines solchen Landesinformationssystems. Aber die Erfahrung muß ich sammeln, weil einmal jemand mit dem Aufbau anfangen muß. Das hat nichts mit Größenwahn zu tun. Wenn uns acht Firmen kostenlose Leistungen liefern, dann könnte ich diese Leistungen gegen die Millionen rechnen, Herr Spöri. Ich lasse einmal aktivieren, welche Leistungen wir umsonst und nur gegen die Zusage bekommen haben: Ihr könnt dafür, daß ihr uns das kostenlos macht, eure Erfahrungen beim Aufbau des Systems anschließend vermarkten. Das können wir dagegenrechnen. Das hat das Land nichts gekostet. Das geben wir dem Rechnungshof auch in Auftrag. Der Rechnungshof wird von uns Aufträge in all diesen Bereichen bekommen. Ich lasse gerade einen ganzen Katalog aufstellen, weil ich an die Sache schon ran will. Ganz tief und ganz prinzipiell will ich da ran.

Es ist auch interessant, daß beispielsweise Berlin und Hessen jetzt beim Aufbau ihres Landessystemkonzepts den baden-württembergischen Ansatz nehmen, nachdem sie alle anderen Ansätze untersucht haben und zu dem Ergebnis gekommen sind, den baden-württembergischen Ansatz zu nehmen.

(Abg. Brechtken SPD: Was, die Rotgrünen auch?)

Wir sind hier in einem Bereich, wo wir alle während des Aufbaus lernen müssen. Das will ich alles nicht – –

(Abg. Brechtken SPD: Die, die er heute morgen noch verdammt hat, werden jetzt als Beispiele herangezogen! Herr Teufel erschrickt richtig!)

– Dazu muß ich sagen: Den 1. Mai in Berlin mit dem Aufbau des Landessystemkonzepts in Vergleich zu ziehen,

(Ministerpräsident Späth)

das ist mir ein bißchen zu einfach. Es ging ja am 1. Mai nicht um Computer, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe.

(Abg. Erich Schneider CDU: Auch nicht um Maikäfer!)

Es hat ja keiner am 1. Mai nachts Computer angezündet, sondern es ging ja um Autos und Leute.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Aber ganz so schrecklich ist es dann in Berlin doch nicht!)

– Ich kann nur sagen: Ich kann noch nicht einmal garantieren, ob das nicht der letzte Senat war. Damit hätten wir dann endlich ein politisches Thema. Wir können ja einmal über die Frage streiten, wer auf die Idee kam, dieses unsinnige System von Baden-Württemberg zu übernehmen. Ich warne Sie nur: Rufen Sie Ihre Kollegen in Berlin an, und sagen Sie ihnen: „Seid dagegen; das kommt aus Baden-Württemberg.“

(Abg. Teufel CDU: Herr Ministerpräsident, die arbeiten jetzt in Berlin nicht mehr mit Mikrochips, sondern mit Kartoffelchips! – Heiterkeit bei der CDU)

– Möglicherweise gibt das auch dem dortigen Pressesprecher der Alternativen Liste Gelegenheit, zur Trommel zurückzukehren.

(Abg. Drexler SPD: Das ist das Niveau des Herrn Teufel! Das Niveau des Fraktionsvorsitzenden wird immer schlimmer!)

Also Spaß beiseite!

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das Konzept war nicht falsch, sondern die Umsetzung!)

Herr Spöri, ich räume ein, wer solch ein neues System angeht, macht auch Fehler. Was ich nur zurückweise, ist, daß Sie quasi politisch sagen, hier sei geschlampert worden, hier sei ein Chaos angerichtet worden, hier sei alles unsinnig gewesen. Ich sage: Die Systeme, die wir installiert haben, waren für den Kontrollvorgang, für den Einleitungsvorgang und für den Durchsetzungsvorgang notwendig. Ich bestreite nicht, daß bei dem Aufbau eines solchen Systems solche Probleme beispielsweise wie die Auswahl von Gutachtern auftreten können. Wie soll ich denn als Politiker kontrollieren, ob man da eine Ausschreibung machen kann oder nicht. In weiten Bereichen können Sie bei solchen Spezialfragen keine öffentliche Ausschreibung machen, weil Sie, wenn Sie so etwas aufbauen, für das es kein Vorbild gibt, wirklich – das zeigt die Zusammenarbeit mit den anderen Firmen – auch ein System von Learning by doing haben.

Berechtigt ist, daß eine ganze Reihe von Kritikpunkten zeigen, daß da möglicherweise im einen oder anderen Fall etwas falsch gemacht wurde. Aber das ist natürlich auch in jedem Rechnungshofbericht bei einer Prüfung in der konventionellen Verwaltung immer wieder der Fall. Die Einrichtung des Rechnungshofs dient dazu, die Verwaltung

und die Politik zu kontrollieren. Dort, wo Fehler gemacht wurden und konstruktive Verbesserungen möglich sind, bin ich dafür offen. Aber – und da bitte ich Sie auch noch einmal Ihre Argumentation zu überprüfen – wir haben keine Alternative zum Aufbau des Systemkonzepts. Ich behaupte, alles, was wir in der politischen Verantwortung strukturell eingeleitet haben, ist so verantwortbar, daß ich sage, die politische Verantwortung für diese Weise des Vorgehens übernehme ich nach wie vor. Ich bestreite nicht Fehler im Detail. Die passieren in der Verwaltung genauso wie anderswo, und diese habe ich natürlich zu verantworten. Ich habe auch die Kritik zu verantworten. Aber ich weiß nicht, ob die Kritik all derer, die so locker über die Millionenverschleuderung geredet haben, in zwei, drei Jahren, wenn wir einmal Bilanz ziehen, wenn das System wirklich funktionsmäßig weiter ist, noch hält. Deshalb meine ich: Ich muß ertragen, daß Sie das jetzt kritisieren. Aber Sie möchten bitte erlauben, daß ich in zwei Jahren die Diskussion wieder haben möchte

(Abg. Brechtken SPD: Aber selbstverständlich!)

und dann die Stellungnahmen haben möchte, ob alles, was in dem ersten Bericht steht, noch aufrechterhalten wird. Lassen wir uns doch beiderseits kritikfähig sein. Aber ich meine, wir müssen ein bißchen unseren Wortmaßstab in Ordnung bringen, und nicht alles heißt gleich Verschleuderung, Skandal, Steuergeldverschwendung.

Auch bei solchen Auseinandersetzungen, die weit über die Sache hinaus in die Polemik hineingehen, können wir ein bißchen zu dem zurückkehren, was Streitkultur in einer politischen, freien Gesellschaft ist und was politische Kultur überhaupt ist.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gemäß § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Dr. Spöri das Wort.

Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! So, wie Sie, Herr Ministerpräsident, sich jetzt eben mit diesem Rechnungshofgutachten auseinandergesetzt haben, kann man das nicht stehen lassen. Der Schluß war zwar sehr besinnlich, aber Sie haben dennoch im Grunde genommen die wichtigsten Vorwürfe überhaupt nicht ernst genommen, die vom Rechnungshof gekommen sind. Sie haben das als Polemik bezeichnet, was Ihnen an dieser Auseinandersetzung an Sachkritik nicht gefällt. Der faktische Ablauf war nämlich so: Zunächst einmal, als wir dieses Thema hier aufgebracht haben, war Ihre Reaktion die, daß Sie gesagt haben: „Im Grunde genommen typische Anlaufschwierigkeiten.“

(Ministerpräsident Späth: Natürlich!)

Hier handelt es sich nur um Ressortegoismen. Da streiten sich eifersüchtige Beamte und fertigen Vermerke an, und die SPD macht daraus einen Riesenskandal.“ Im Grunde genommen war der Tenor: Daran ist überhaupt nichts. Was Sie heute gesagt haben, hat sich schon etwas anders angehört, muß ich sagen. Aber dennoch: Wie Sie hier mit dem

(Dr. Spöri)

Rechnungshof umgegangen sind, das ist nicht fair, das ist nicht korrekt.

(Lachen des Ministerpräsidenten Späth)

Herr Ministerpräsident, Sie haben – bezogen auf diese Diskussion auf der Basis des Rechnungshofberichts – moniert, hier finde eine Diskussion von Nichtfachleuten statt, wobei natürlich der Rechnungshof in diese Qualifizierung offensichtlich einbezogen gewesen ist. Ich frage mich nur, wie Sie es dann verantworten können, daß Sie diese Leute alle selbst bestellen und als Landesregierung selbst die Qualifikation prüfen, wenn Sie anschließend, wenn irgendwelche Gutachten vorliegen, die Gutachten in verschiedenen Bezügen dermaßen als inkompetent darstellen.

Sie haben gesagt, der Rechnungshof sei in seiner Kritik überhaupt nicht sachlich, weil er auf der einen Seite sage, Herr Späth, man solle technologisch alles langsamer vorantreiben, und weil er auf der anderen Seite sage, die Systeme seien zu schlecht ausgelastet. Der Rechnungshof hat das überhaupt nicht so gesagt. Er hat gesagt, die Landesregierung müsse sich entscheiden, wenn sie die Technik so vorantreibe, wie sie sie vorangetrieben habe, auch mehr an die Software, an den Anwendungsbereich, an den Personal-, an den Schulungs- und Übungsbereich zu denken, damit die Technologie auch tatsächlich genutzt werden könne. Dies war die Empfehlung des Rechnungshofs. Sie ist nach wie vor qualifiziert – und in diesem Zusammenhang auch die Kritik, Sie hätten bei Ihrer Einführungsstrategie einseitig nur die technologische Seite gesehen. Diese Kritik ist nach wie vor stichhaltig.

Meine Damen und Herren, wenn man sich die Innenministeriumsstellungnahme einmal ansieht, stellt man fest, es handelt sich hier immer um den gleichen Trick, wie man einen solchen Vorwurf des Rechnungshofs aushebeln will. Es wird immer gesagt, es werde zu früh gemessen. Wenn man später gemessen hätte, wären diese ganzen Schwierigkeiten nicht mehr festgestellt worden, und im Grunde genommen handle es sich bei allen hier kritisierten Sachverhalten nur um typische Anlaufschwierigkeiten.

Ich habe mir dieses Gutachten dieser Prüfer sehr genau angesehen und muß sagen: Die haben, Herr Späth, alle typischen Anlaufschwierigkeiten einbezogen und berücksichtigt. Sie sind im Rechnungshof nicht so inkompetent hergegangen und haben gedacht, das müsse in der ersten Sekunde alles paletti sein und in einem solchen Landes-systemkonzept laufen. Sie haben auch eingestellt und berücksichtigt, daß so etwas Anlaufschwierigkeiten hat, aber Sie haben gesagt: „Aufgrund falscher konzeptioneller Methoden, einer falschen Strategie und eines falschen Projektmanagements ist es zu Fehlern und zur Verschwendung von Steuermitteln über die üblichen Anlaufschwierigkeiten und deren Folgekosten hinaus gekommen.“ Dies ist die Argumentation. So naiv, wie der Rechnungshof hier qualifiziert wird, daß er nicht wüßte, was klassische Anlaufschwierigkeiten sind, ist er nicht mit seinem Gutachten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist ja auch bezeichnend – und ich finde das sehr bemerkenswert –, daß das Innenministerium kein Wort über die handfeste Kritik an diesem Eldorado im Gutachterbereich verliert. Ich finde es bemerkenswert, daß Sie hier gesagt haben, Sie würden das alles auch von der juristischen Seite her überprüfen. Aber im Grunde genommen haben Sie gerade eben die zentralen und konkreten Vorwürfe nicht ausräumen können.

Ich möchte nur noch einmal ein paar nennen, Herr Späth. Da wird ganz konkret gesagt, daß zum Beispiel die Landesanstalt für Umweltschutz, die ja für die Überwachung von Luft, der Radioaktivität und von Wasser oder für die Kernreaktorüberwachung zuständig ist, dieses teure Landesverwaltungsnetz bisher überhaupt nicht nutzen konnte. Diese Kritik wurde nicht widerlegt.

Da wird zum Beispiel gesagt, daß sich der Landesrechnungshof sehr früh eingeschaltet habe. Sie haben so getan, als ob es Ihnen recht wäre, wenn der Landesrechnungshof früh einbezogen wird. Ich sage Ihnen: Aus dem Gutachten ergibt sich – wenn Sie das einmal nachlesen, wenn Sie wirklich all diese Seiten nachlesen würden –, daß der Landesrechnungshof sehr früh, Herr Ministerpräsident, auf verschiedene Punkte eingegangen ist und Sie, das Staatsministerium – vielleicht nicht Sie persönlich, aber das Staatsministerium –, darauf aufmerksam gemacht hat, daß es Fehlentwicklungen gibt. Es ist eindeutig auf den Seiten 8 und 10 nachzulesen, daß die SIK – das heißt, die Stabsstelle –, die in Ihrem Hause angesiedelt worden ist, sehr frühzeitig auf diese falsche Einführungsstrategie dieser Technik hingewiesen worden ist. Es ist auch eindeutig, daß sie darauf hingewiesen worden ist, daß sie mehr im Anwendungsbereich, im Schulungsbereich und im organisatorischen Bereich machen muß, wenn diese Geschichte kein Flop werden soll. Das ist sehr frühzeitig gesagt worden. Das heißt, der Landesrechnungshof hat sich nicht um seine Gutachtensverantwortung in einer sehr frühen Phase gedrückt. Aber aus dem Staatsministerium kam auf diese Kritik hin keine Reaktion, meine Damen und Herren.

Nächster Punkt: Tschernobyl ist ja das Zauberwort. Das ist hier schon gesagt worden. Hier ist überhaupt nicht ausgeräumt worden, daß das Argument vom letzten Jahr – auch auf der Landespressekonferenz, Herr Ministerpräsident –, mit dem Sie die baden-württembergische Presse bedienen haben lassen, für eine überteuerte Computerbeschaffung und für Unterauslastung von Computern überhaupt nicht standhält, weil diese teuren Computer im Katastrophenfall überhaupt nicht funktioniert hätten. Diese Begründung ist nicht stichhaltig gewesen. Das hat der Landesrechnungshof eindeutig widerlegt. Das heißt: Im Grunde genommen bestätigt sich damit der Vorwurf, daß hier Gerät und Material beschafft worden ist, Technologie in Millionenumfang, die verschwendete Steuergelder darstellt.

Nächster Punkt, Herr Späth, was das Gutachterproblem anlangt. Sie haben hier ja zugesichert, daß Ihr Haus das sehr präzise prüfen wird, vielleicht über den einen Prozeß hinaus einmal nachprüfen wird, wie das mit den anderen Gutachten ist, an die Firma E., Firma Scanlan. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß der Rechnungshof schon 1986 an das Staatsministerium eine Schrift gerichtet hat und in

(Dr. Spöri)

dieser Schrift die Gutachtenspraxis moniert, sehr hart kritisiert und gesagt hat, daß diese gegen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der schwäbischen Sparsamkeit verstößt. Sie haben mit Ihrem Haus zu diesem Zeitpunkt 1986 überhaupt nicht auf den Rechnungshof reagiert.

(Beifall bei der SPD)

Das ist zum Beispiel ein Führungsdefizit, das wir monieren, daß eine solche Kritik der Herren des Rechnungshofs überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wird, daß es dann so weit kommen muß, wie es jetzt gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen eines sagen: Das Ganze wird am besten dadurch bewiesen, lieber Herr Späth: Wenn Sie zum Beispiel einmal auf Seite 43 dieses Gutachtens schauen würden, dann erübrigt sich Ihre ganze defensive Argumentation, weil Sie selbst durch das eigene Innenministerium, das heißt durch die neue SIK, die jetzt beim Innenministerium angesiedelt worden ist, widerlegt werden. Auf Seite 43 werden Sie nämlich das nachlesen können, was wir hier als konzeptionell falsche Strategie kritisiert haben. Herr Späth, ich zitiere die jetzige SIK, im Innenministerium angesiedelt, die jetzige Stabsstelle für Information und Kommunikation. Sie kritisiert die bisher stattgefunden Politik in diesem Bereich insofern – wörtliches Zitat –:

Der Aufbau des Landesverwaltungsnetzes erfolgte bisher nur unter dem Gesichtspunkt der technischen Konzeption. Eine technische Konzeption ist ohne Einbindung einer organisatorischen Regelung fast wertlos. Es sind deshalb organisatorische Maßnahmen schnellstens zu initiieren.

Deutlicher kann eine Kritik des Innenministeriums an Ihrem bisherigen Projektmanagement gar nicht mehr ausfallen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt haben Sie zu uns gesagt: Wenn ihr da schon so furchtbar viel herumkritisiert, was eure Aufgabe ist und euer Recht gnadenhalber in der Opposition, dann dürft ihr auch einmal sagen, was da besser gemacht werden könnte. – Das möchte ich Ihnen auch noch liefern, weil wir bereit sind, das besser zu machen, auch in Ihrer Funktion.

Erstens: Sie müssen künftig die Empfehlung des Rechnungshofs ernst nehmen. Es sind die Empfehlungen, daß Sie künftig stärker auf die Schulung und die Anwendungsbedingungen achten, damit die Akzeptanz dieser neuen Technologien bei den Beamten in den Behörden verbessert wird, damit die mit den Geräten umgehen können, damit die Geräte nicht nur herumstehen und nicht benutzt werden können. Die Leute kannten in einzelnen Fällen nicht einmal die Paßworte.

Zweitens: Sie müssen stärker auf die organisatorischen Regelungen achten, damit im Katastrophenfall diese Systeme angewendet werden können. Sie müssen den Beamten Übungsmöglichkeiten bieten.

Drittens: Sie müssen vor allem, wie der Rechnungshof empfohlen hat, bei der Beschaffung und bei der Beratungsseite sparsamer umgehen und auch kritischer umgehen.

Interessant ist, daß die SIK, nachdem sie vom Staatsministerium ins Innenministerium verlagert worden ist, sich alle diese Konsequenzen zu Herzen genommen hat – Herr Späth, entschuldigen Sie bitte, bloß ganz kurz.

(Ministerpräsident Späth: Ich höre Ihnen zu!)

Es ist wirklich interessant, daß diese Empfehlungen, die ich für richtig halte, gar nicht als Opposition neu erfinden muß, zum Teil ansatzweise schon umgesetzt worden sind, als die neue SIK, die neue Stabsstelle, im Innenministerium gegründet wurde. Insofern ein partielles Kompliment an Herrn Schlee. Es ist bemerkenswert, daß die Stabsstelle verlagert werden mußte, damit diese Konsequenzen wirklich gezogen werden konnten.

Meine Damen und Herren, abschließend eine Bitte

(Zurufe von der CDU)

– jetzt kommt ihr nicht mehr lebendig heraus –: Anstatt jetzt die Kompetenz des Rechnungshofs zu relativieren,

(Abg. Dr. Volz CDU: Nicht die Kompetenz, sondern das Gutachten! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD)

anstatt die Autorität des Gutachtens zu demolieren – ich habe gerade eben einige der kritischen Einwände, der Scheineinwände unter Bezugnahme auf dieses Gutachten widerlegt –, anstatt jetzt hier defensiv den Rechnungshof zu attackieren, sollten Sie doch dessen Arbeit als eine Chance begreifen und dann tatsächlich diese Vorschläge umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen eines sagen. Mir ist eines aufgefallen bei diesem Vorgang. Eines ist im Grunde genommen nicht mehr zu übersehen, was da abgelaufen ist; das ist sehr beeindruckend. Es erinnert mich an die Abläufe bei anderen großen Projekten in der Landespolitik. Wir haben es immer mit dem gleichen Ablaufschema zu tun, Herr Späth. Zunächst einmal ist es so, daß es eine sehr große, wichtige Eingebung des Ministerpräsidenten gibt, einen negativen oder einen positiven Genieblitz, je nach Tagesform. Anschließend kommt eine recht miserable Vorbereitung im Rahmen der politischen Planung eines solchen Projekts, und anschließend führt das Ganze dann zu einem Flop, wie das schon in verschiedenen Fällen der Fall war,

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

ob das jetzt die Privatuni in Mannheim gewesen ist, ob das die Senderfusion sein wird

(Abg. Brechtken SPD: Jede Menge Beispiele!)

oder ob dies bisher beim Landessystemkonzept der Fall gewesen ist. Das heißt, man stellt fest: Es gibt durchaus

(Dr. Spöri)

Vorschläge, die sinnvoll sind, wie das Landessystemkonzept. Nur die Umsetzungspraxis ist zu hudelig, zu unschwäbisch und zu unsolide, Herr Ministerpräsident, als daß wir langfristig damit zufrieden sein könnten.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß Ihnen eines sagen. Wir sind ja manchmal froh, daß Ihre negativen Genieblitze, wie zum Beispiel die Privatuni in Mannheim und wie die Fusionsidee bei den Rundfunkanstalten, keine Chancen haben. Da sind wir froh, daß Sie so ein schlechtes Projektmanagement haben, daß Sie das gar nicht umsetzen können.

(Abg. Haasis CDU: Er muß lange überlegen, bis ihm dazu etwas einfällt!)

Aber wir können uns das nicht bei jedem sinnvollen landespolitischen Projekt leisten, meine Damen und Herren. Und das Landessystemkonzept muß durchgesetzt werden, weil wir eine moderne, auch technologisch moderne Verwaltung brauchen.

(Abg. Haasis CDU: Am Anfang wart ihr doch dagegen, daß wir es überhaupt machen! Natürlich! Großes Geschrei der SPD dagegen! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD: Da komme ich noch drauf!)

Deswegen sollten Sie Ihre administrative Kompetenz und Ihre politische Planung verbessern. Lieber Herr Haasis, ruhig Blut.

(Abg. Haasis CDU: Wir schon! Ich heiße doch nicht Brechtken!)

Die ökonomischen Strukturen dieses Landes haben es bisher ausgehalten, daß ein dermaßen unzulängliches politisches Projektmanagement betrieben worden ist. Wir können uns das langfristig nicht mehr leisten.

(Abg. Köder SPD: Die Ressourcen werden knapper!)

Einige Dinge dürfen nicht nur angedacht, andiskutiert, angerissen und in Gang gesetzt werden. Einige Dinge, zum Beispiel auch im Bereich der Umweltpolitik, der Giftmüllnotstand zum Beispiel, müssen endlich gelöst werden, und da muß Ihre administrative Kompetenz, Herr Späth, verbessert werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Inhalt Null!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Ring frei zur dritten Runde!)

Ministerpräsident Späth: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden ja in den Ausschüssen noch Gelegenheit haben – –

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Immer wenn es unangenehm wird, werden die Ausschüsse angesprochen!)

– Das hat doch nichts damit zu tun. Sonst müßte ich noch sagen: Was steht der Oppositionsführer hier hin, baut seine große Alternative auf und sagt: „Ihr hättet halt die Leute mehr schulen müssen“, und damit schließt er seine Alternative ab. Dann kommt sein alter Drehwurm, nämlich das politische Management. Dann ist all das, was vorher sachlich diskutiert wurde, weg, weil er den Schluß auf seinen Zettel aufgeschrieben hat, und das ganze Geschäft war nur dazu da, solange zu arbeiten, bis er endlich den Schlußpunkt auf seinem Zettel wieder erwischen kann. Und dazu muß alles mögliche erhalten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Spöri SPD: Wenn Sie die Empfehlung – –)

Dazu muß erhalten: Der Ministerpräsident verunglimpft den Rechnungshof.

(Zurufe von der SPD)

– Ich habe den Rechnungshof überhaupt nicht verunglimpft. Das weise ich entschieden zurück. Für diese Behauptung gibt es nicht einen Ansatz in meinen Ausführungen.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Dann gucken wir im Protokoll! „Eine Diskussion von Nichtfachleuten“, haben Sie gesagt!)

– Ich habe gesagt: Was wir hier führen, ist weitgehend eine Diskussion von Nichtfachleuten. Da habe ich Sie und mich vor allem gemeint.

(Lachen bei der SPD)

Aber Sie zuerst.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das ist aber ein direkter Widerspruch zu Ihrem vorherigen Verdacht! Vorher war es noch umgekehrt!)

– Aber Sie zuerst. Moment, ich habe Ihnen nicht die ganze Kompetenz zugesprochen, sondern nur, daß Sie von Systemen prinzipiell etwas mehr verstehen, als Sie zugeben können, um Ihre Kritik aufrechterhalten zu können.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Soviel FORTRAN wie Sie habe ich schon lange gelernt! – Abg. Teufel CDU: Keine Unterstellungen!)

Aber jetzt nehmen wir ein praktisches Beispiel. Sie stehen hierher und sagen: Nach dem Hinweis des Rechnungshofs von 1986 ist gar nichts geschehen in der Gutachterfrage. Wenn Sie die Akten untersuchen, sehen Sie, daß wir genau nach diesem Hinweis des Rechnungshofs das Verfahren für die Gutachten formalisiert haben.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Mit welchem Effekt?)

(Ministerpräsident Späth)

– Daß alle Ressorts mitgewirkt haben von dort ab und daß kein Gutachten mehr freihändig vergeben werden konnte.

(Abg. Köder und Abg. Dr. Spöri SPD: Was?)

Das können Sie nachlesen.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Alle freihändig vergeben nach 1986!)

– Ein formalisiertes Verfahren über die Gutachter – – Lassen Sie sich die richtigen – –

(Abg. Dr. Spöri SPD: Menschskinder!)

– Schreien Sie doch nicht „Menschskinder“, sondern lesen Sie das nach. Es geht nicht um Menschskinder, sondern in diesem Fall geht es um formalisierte Verfahren zur Vergabe von Gutachten, nicht an Menschskinder, sondern an Fachleute.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Ne, ne! Halt einmal! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Spöri?

(Abg. Dr. Spöri SPD: So geht's hier nicht! So geht's nicht, Herr Späth!)

Ministerpräsident Späth: Also wie geht's dann? – Ich habe die Frage noch gar nicht gestattet. Aber ich gestatte sie gern.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: War das als Wortmeldung zu verstehen?

(Abg. Dr. Spöri SPD: Ich wollte bloß eine Frage stellen!)

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie die Zwischenfrage?

Ministerpräsident Späth: Ja, natürlich.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Dr. Spöri.

Abg. Dr. Spöri SPD: Lieber Herr Späth, Sie haben doch eben gesagt,

(Ministerpräsident Späth: Nicht diese Freundlichkeiten!)

Sie hätten die gesamte Gutachterpraxis umgestellt, die Vergaben nach 1986, Sie hätten hier ein effizienteres System der Gutachtensvergabe eingeführt, nachdem Sie der Rechnungshof auf diese Unzulänglichkeit hingewiesen habe. Sie haben behauptet, daß danach nicht mehr freihändig vergeben werden dürfen.

(Ministerpräsident Späth: Nein! – Abg. Haasis CDU: Das stimmt doch gar nicht! Das hat er gar nicht gesagt!)

Hier gibt es massenhaft Beispiele, nach denen nach 1986 freihändig ohne Ausschreibung vergeben wurde.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Späth: Herr Spöri, ich wiederhole: Sie haben hier vorhin den Vorwurf erhoben, daß die Einwendungen des Rechnungshofs überhaupt nicht beachtet worden wären. Sie haben gesagt: „Was hat das Staatsministerium nach den Hinweisen des Rechnungshofs getan? – Nichts.“

(Abg. Dr. Spöri SPD: Aber Sie haben doch gesagt – –)

– Jetzt hören Sie mir doch einmal 2 Minuten zu. – Daraufhin habe ich meinen Ministerialdirektor, der der Landessystembeauftragte war, gefragt, ob das stimme. Er hat mir geantwortet, es stimme nicht. Der Rechnungshof habe 1986 interveniert. Daraufhin sei das Vergabeverfahren in Abstimmung mit den Ressorts formalisiert worden. Das heißt, es wurde ein formal festgelegtes Gutachtensvergabeverfahren eingeführt.

(Abg. Ulrich Lang SPD: Aber es wurde doch freihändig vergeben! – Zuruf des Abg. Dr. Spöri SPD – Abg. Bütikofer GRÜNE: Es ist nicht mehr freihändig, aber man merkt den Unterschied nicht!)

– Wir können hier ja noch ein bißchen herumpolemisieren. Ich zitiere das, was man mir – –

(Abg. Dr. Spöri SPD: Da steht es doch!)

– Herr Spöri, nehmen Sie es jetzt doch so, wie ich es gesagt habe. Ich habe auf Ihren Vorwurf hin gefragt, ob es stimme, daß wir 1986 nicht reagiert hätten. Das ist doch nicht auf meinem Schreibtisch gelegen. Ich kann Ihnen doch nicht aus eigenem Gedächtnis sagen – –

(Abg. Birzele SPD: Dann sind Sie falsch informiert worden, denn das stimmt doch nicht überein!)

– Das könnt ihr im Ausschuß nachprüfen. Mir hat mein Ministerialdirektor gesagt – –

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

– Dann führen wir halt noch einmal eine Debatte. Aber überlegen Sie jetzt doch einmal ganz praktisch: Es läuft doch nicht über meinen Schreibtisch, wie die Gutachtensvergabeverfahren der SIK im einzelnen abgelaufen sind.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Nach 1986 freihändige Vergabe! – Gegenruf des Ministers Schlee: Das kann doch auch sein! Das ist nach der VOB möglich! Jeder Gemeinderat weiß es, daß man das kann! – Gegenruf des Abg. Dr. Spöri SPD: Aber er bestreitet es!)

– Nein, das bestreite ich nicht. Ich sage, es ist eine formalisierte Festlegung getroffen worden,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Ministerpräsident Späth)

in welchem Rahmen und in welcher Struktur Gutachten vergeben werden können.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Eine formalisierte freihändige Vergabe! – Gegenruf des Ministers Schlee: Natürlich! Das gibt es in jedem Gemeinderat!)

– Mag sein.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Wir sind hier nicht im Gemeinderat, und das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Späth: Ich schlage vor, Sie gehen mit all diesen Fragen in den Ausschuß und kommen dann wieder hierher.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Gehen Sie doch hin!)

– Anders können wir doch nicht verfahren. Sie können doch diese Details – –

(Abg. Dr. Spöri SPD: Sie sind doch für den Laden verantwortlich!)

– Ich erkläre ja, daß ich dafür politisch verantwortlich bin, aber ich erkläre Ihnen auch – und das wissen Sie ganz genau –, daß ich nicht alle Schriftwechsel zwischen allen möglichen Abteilungen der Ressorts im Kopf haben kann.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Wenn Sie mir einen Vorwurf machen und ich auf meine Rückfrage hin eine Auskunft bekomme, dann gebe ich die weiter. Und jetzt gehen Sie in den Ausschuß, prüfen das alles nach und kommen dann mit Ihrem Prüfungsergebnis wieder hierher. Dann eröffnen wir die Diskussion gerne wieder.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Gehen Sie doch in den Ausschuß!)

Ich gehe der Diskussion nicht aus dem Wege.

Nur eines: Was ist denn übriggeblieben? Sie sind lediglich wieder in Ihre alte pauschale Position gegangen, wir hätten den Rechnungshof kritisiert. Der Rechnungshof kritisiert uns, und wir haben das Recht, in Stellungnahmen gegensätzliche Auffassungen vorzutragen. Wir haben eine andere Verantwortung, als sie der Rechnungshof hat.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Sie gehen sehr schlecht mit den Empfehlungen des Rechnungshofs um, die ich zitiert habe!)

– Es ist etwas ganz anderes, wenn Sie mir vorwerfen, ich beachtete Empfehlungen nicht oder ich kritisierte sie, als wenn Sie sagen, ich bestreite die Kompetenz des Rechnungshofs. Ich sage dazu nur: Der Mann vom Rechnungshof, der da prüft – das können wir im Ausschuß gerne klären –, hat auch noch nicht viele Möglichkeiten gehabt,

an anderer Stelle vergleichbare Systeme zu prüfen, um im Vergleich darzustellen, was gut und was schlecht ist.

Und vielleicht noch ein Letztes: Sie haben das Glück, zu einer Institution zu gehören, die vom Rechnungshof noch nie überprüft wurde. Das macht es Ihnen leichter. Der Rechnungshof ist da, um uns zu überprüfen – –

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das ist aber jetzt billig! – Abg. Dr. Spöri SPD: Ich tausche gern mit Ihnen! – Heiterkeit bei der SPD)

– Das glaube ich.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Ich lasse mich gerne prüfen!)

Aber dafür, daß ich einen solchen Nachmittag habe, wo ich an einem solchen Beispiel versuche, die Regierung in ihrer ganzen Kompetenz anzugreifen mit dem Ergebnis, daß die Leute schon abwägen können, was nun wirklich ein Problem ist und was administrative Dinge sind, dem gucke ich – –

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: 30 Millionen zum Fenster hinausgeschmissen!)

– Es sind überhaupt nicht 30 Millionen zum Fenster hinausgeschmissen worden. Das ist genau die Art, wie Sie Ihre Oppositionsrolle auffassen. Ihnen geht es nicht um die Sache, Ihnen geht es nicht um den Erfolg des Landessystemkonzepts, Ihnen geht es schlicht darum, dieser Regierung zu unterstellen, sie schmeiße Geld zum Fenster hinaus.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Hauptsache, Ihnen geht es um die Sache!)

Jetzt entwickeln Sie einige kritische Anmerkungen weiter und machen daraus Ihr Pauschalurteil. Erhalten Sie sich Ihre Pauschalurteile – Ihnen bleibt die Opposition erhalten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Spöri SPD: Hauptsache, Ihnen geht es um die Sache!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gemäß § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Frau Abg. Bender das Wort.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich bin doch etwas enttäuscht über das, was Sie hier machen. Sie stellen sich hin und sagen: „Ha, ihr mäkelt jetzt alle rum, ihr hättet es auch nicht besser gemacht, und wenn ihr es euch richtig anguckt, der Rechnungshof weiß es schon gar nicht besser, und wir haben das schon alles ganz richtig gemacht bis auf das bisschen da mit den Gutachten.“ Ich finde, so kann man das nicht abfeiern. Gutachten hin oder her, Sie mögen dazu inzwischen Entscheidungen getroffen haben; die sind dann eben doch nicht eingehalten worden. Aber ich will das an dieser Stelle nicht mehr vertiefen.

Mir fällt auf, daß Sie einen Rundschlag machen. Sie sagen, Sie verunglimpfen den Rechnungshof nicht; das will ich

(Birgitt Bender)

Ihnen ja auch gar nicht unterstellen. Aber Sie zweifeln an der Berechtigung und an der Kompetenz des Rechnungshofes, diese Kritik an der Einführung des Landesverwaltungsnetzes zu üben. Ich denke, da wäre ein bißchen Fairneß angesagt. Sie können nicht einfach hergehen und sagen: „Die sind doch mit im Landessystemausschuß gesessen.“ Daß sie jetzt plötzlich Kritik anbringen, das sei dann nicht – –

(Ministerpräsident Späth unterhält sich mit Abg. Dr. Volz CDU.)

– Sie hören mir ja eh nicht zu, aber vielleicht lesen Sie es dann im Protokoll nach. – Aus dem Landessystemausschuß haben wir von mehreren Seiten gehört, daß die SIK dort mehrmals nicht in der Lage war, die erwünschten Unterlagen vorzulegen. Dann ist es natürlich schwierig, das zu prüfen und die entsprechende Kritik frühzeitig anzubringen.

Ich frage mich überhaupt: Wenn alles so paletti war, wie Sie, Herr Ministerpräsident, hier sagen, warum mußte dann eigentlich die Stabsstelle umressortiert werden? Warum mußte sie umbesetzt werden, wenn sie nicht eine Bauchlandung gemacht hätte? Ich denke, es wäre gut, wenn Sie im Sinne zukünftiger Entscheidungen auch zugäben, daß das eine Bauchlandung war und daß da ganz klar Fehler gemacht worden sind.

Sie reden zum Beispiel auch von den Zeitvorgaben. Sie sagen: „Der Rechnungshof soll sich nicht so anstellen, das dauert ja alles lang.“ Wer hat denn die Zeitvorgaben gemacht? Das waren doch Sie selber. Die Landesregierung hat 1986 und 1987 ellenlange Pressemitteilungen gemacht und gesagt: „1988 steht das ganze Netz.“

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Aber der Landtag hat es auch gewünscht?)

Nun steht es eben nicht, und so müssen Sie das vielleicht auch einmal zugeben.

Nächstes Beispiel: Teletex. Ich finde es überhaupt nicht komisch, wenn Sie das zum Anlaß nehmen, über mögliche Grünen-Buschtrommeln zu mutmaßen. Sie machen das System, das alle Fraktionen des Landtags benutzen, damit im Grunde lächerlich.

(Abg. Oettinger CDU: Nein! Völlig anderer Zweck!)

Sie mokieren sich doch faktisch über die Tatsache, daß hier täglich von allen Fraktionen mehrere hundert Dokumente an mehrere hundert Stellen hinausgeschickt werden.

(Ministerpräsident Späth: Das ist doch etwas ganz anderes!)

Das ist doch das, was Sie im Notfall als Katastropheninformationssystem hätten benutzen können.

(Abg. Oettinger CDU: Das ist überhaupt nicht die Frage!)

Das ist selbstverständlich keine Globalalternative zu Ihrem Landesverwaltungsnetz. Aber es wäre eine schnell verfügbare und überdies preiswerte Informationsmöglichkeit gewesen. Daß Sie das nicht nutzen und selbst jetzt nicht zugeben, daß Sie es hätten nutzen können, das zeigt mir, daß Sie das mit der Information im Katastrophenfall eigentlich überhaupt nicht ernst nehmen.

(Abg. Dr. Maus CDU: Sie verstehen es nicht, Frau Kollegin!)

So paßt es denn auch, Herr Ministerpräsident, daß Sie zu dem eigentlichen Problem, um das es ja angeblich immer ging, nämlich Information in einem solchen Fall wie Tschernobyl, überhaupt nichts gesagt haben. Sie wären mit Ihrem Landesverwaltungsnetz, so wie es heute dasteht, nach wie vor nicht in der Lage, diese Informationen in einem solchen Notfall zu verbreiten. Dazu müssen Sie doch stehen.

(Abg. Haasis CDU: Deshalb ist man dabei, das Konzept aufzubauen!)

Dann können Sie nicht sagen: „Das dauert halt alles noch ein bißchen.“ Was machen Sie denn, wenn wieder etwas passiert?

(Abg. Haasis CDU: Sie tun so, als ob das alles schon fertig wäre!)

Eine Bemerkung zum Schluß, Herr Ministerpräsident. Ich denke, es täte wirklich gut – es täte Ihnen auch gut –, etwas aus dieser Geschichte zu lernen.

Jetzt gehen Sie nicht einfach her und sagen zur Opposition: „Wie hätten Sie es denn gemacht? Sie hätten es auch nicht besser gemacht.“ Ich weiß nicht,

(Ministerpräsident Späth: Ich werde nicht grün!)

ob wir es besser gemacht hätten. Aber Sie jedenfalls haben die Organisationshoheit für die Landesverwaltung. Darum sollten Sie sich nicht herumdrücken.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Aber ich denke, daß Sie daraus zweierlei lernen können: zum einen, daß Sie Ihr technikpolitisches Grundverständnis überprüfen, und zum anderen, daß Sie sich wirklich einmal Organisationsformen für die Verwaltung überlegen, die interdisziplinär und ressortübergreifend sind. Damit fahren Sie in Zukunft vielleicht besser.

(Abg. Dr. Volz CDU: Genau das ist doch das System!)

Das wäre eine zukunftsweisende Schlußfolgerung aus dieser Bauchlandung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Im Rahmen der allgemeinen Redezeit erteile ich Herrn Abg. Brechtken das Wort.

(Abg. Haasis CDU: Jetzt kommt der Spezialist!
– Abg. Oettinger CDU: Das haben wir nicht verdient!)

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich will versuchen, an drei Punkten konkret auf Alternativen einzugehen, weil ich Wert darauf lege, daß wir hier keine Nebelkerzen werfen.

Erste Bemerkung: Es ist schlicht falsch, wenn Sie vorhin behauptet haben, Sie seien hier alleiniger Vorreiter. Andere Länder waren zu dem Zeitpunkt, zu dem wir das angefangen haben, wesentlich weiter. Davon hätten wir auch lernen können.

(Abg. Oettinger CDU: Beispiel?)

– Etwa im allerobersten Norden, nur um ein Beispiel zu nennen.

(Abg. Haasis CDU: Wo? – Zuruf des Abg. Dr. Volz CDU)

– Ich habe nur 4 Minuten Redezeit. Deshalb mache ich es sehr kurz und gehe nicht auf Zwischenrufe ein.

(Abg. Haasis CDU: Sagen Sie einmal, wo!)

– Ich habe es doch gerade gesagt.

Zweiter Punkt. Herr Ministerpräsident, ich will Ihnen in der Frage, in der Sie sich mit den Grünen auseinandergesetzt haben – Teletex und Ihr Landesverwaltungsnetz –, wozu der Rechnungshof meiner Ansicht nach zutreffend – –

(Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Haasis und Oettinger)

– Meine Damen und Herren, ich verstehe ja prima, daß Sie, wenn man versucht, zu sachlichen Fragen etwas zu sagen, und wenn man nur noch 4 Minuten Redezeit hat, dann Zwischenrufe machen. Ich würde Sie jetzt einfach bitten, ganz schlicht zuzuhören.

(Abg. Oettinger CDU: Nicht so säuerlich! – Abg. Haasis CDU: Antworten geben, nicht Nebelkerzen!)

– Ich habe die Antwort gegeben.

Der Rechnungshof hat gesagt – und zwar meiner Ansicht nach zu Recht –, daß das Landesverwaltungsnetz viele Jahre Einführungszeit braucht, bis es steht. Darin sind wir uns einig.

(Abg. Oettinger CDU: Alle einig!)

In diesem Zusammenhang hat man aber den zentralen Fehler gemacht, daß man bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt von der Computerkapazität bis hin zum Schalten von Standleitungen und anderen Investitionen den Gesamtumfang mit den Auswirkungen auf die Kosten investiv vorgenommen hat.

(Abg. Haasis CDU: Das ist bei jeder Anlage so!
– Zurufe der Abg. Oettinger und Dr. Volz CDU)

Der Rechnungshof hat dagegen folgenden Vorschlag gemacht. Er hat gesagt: „Jawohl, macht eine Langfristplanung. Dann schaltet ihr Stück für Stück, je nach Schulung, je nach personeller Kapazität und je nach Durchführung in einzelnen Bereichen zu. Dann braucht ihr“ – das weist er genau nach – „in der Anfangsphase den Großcomputer nicht. Den könnt ihr nämlich vier, fünf Jahre später nachrüsten. Ihr könnt vorläufig anstatt Standleitungen Wählleitungen nehmen, und ihr könnt in bestimmten Bereichen den Austausch über Telex, Telefax und all die Methoden in den Bereichen machen, die vorläufig nicht angeschlossen sind.“ Das weist er meiner Ansicht nach sauber und zutreffend nach. Das hätte uns, wenn Sie es einmal rechnen, Herr Kollege, ungefähr Kosten von 14 bis 15 Millionen DM erspart. Dies ist die saubere Alternative. Ich will das hier darstellen. Das werden wir im Ausschuß im einzelnen noch einmal tun.

(Abg. Haasis CDU: Das würde ich auch sagen!)

Zum nächsten Punkt: kostenlose Leistungen der Firmen. Um diese Frage geht es doch gar nicht. Ich nenne nur ein Beispiel. Bei einer einzigen Vergabe, nämlich bei dem berühmten Rechner, bei dem IBM zum Zuge kommen sollte und Comparex ein billigeres Angebot gemacht hat, hat die Firma IBM, und zwar nach eigener Einschätzung, nicht auf Vorgaben der SIK, das Angebot mit Personalleistungen nachgebessert. Aufgrund dieses Vorgangs ist das IBM-Angebot plötzlich kostengünstiger geworden. Sie haben es aber in die Hand des einzelnen Herstellers gegeben, daß er kostengünstiger wird. Damit haben Sie den Wettbewerb verzerrt. Damit schmeißen Sie mögliche andere Computerhersteller aus dem Konzept. Damit begünstigen Sie implizit einen bestimmten Hersteller.

Im übrigen: Der Vorwurf bezüglich der Begünstigung eines Herstellers ist im ausgedruckten Bericht nicht zurückgenommen. Lesen Sie es nach. Es heißt hier:

Der Vorgang wirft die Frage auf, ob das massive Eintreten der SIK für ein Produkt eines Herstellers notwendig war. Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten soll das Land den Wettbewerb auf dem Großrechen-sektor eher fördern als erschweren.

(Abg. Dr. Volz CDU: Schneller!)

Jetzt bringe ich das letzte Beispiel mit den Gutachten. Herr Ministerpräsident, es ist schlicht unwahr. Gut, „freihändige Vergabe“ ist hier der falsche Begriff vom Vergaberecht her.

(Lebhafte Unruhe)

Selbstverständlich, es gibt im Einzelfall die Notwendigkeit. Das ist völlig klar.

(Abg. Oettinger CDU: Nach links sprechen, Herr Brechtken!)

Nur – Moment! –: Der Rechnungshof weist nach, daß es in dem konkreten Fall Scanlan andere Gutachterfirmen

(Brechtken)

gibt, die gleiche Qualität und gleiche Aufgaben bewältigen können.

(Zuruf von der CDU: Natürlich!)

Da können Sie nicht mehr freihändig vergeben, weil Sie zuerst ein Vergleichsangebot einholen müssen.

(Zuruf von der CDU)

Im übrigen: Die meisten zu beanstandenden Vorgänge, bei denen der Gutachter bereits ein halbes Jahr tätig war und dann erst der Vertrag abgeschlossen wurde, wo der Gutachter seinen Auftragsumfang selbst bestimmt hat, sind Vorgänge, die im Jahre 1987 geschehen sind, nach dem Zeitpunkt, von dem Sie vorhin gesprochen haben. Das hätten Sie übrigens bei Durchsicht Ihrer eigenen Akten feststellen können.

(Abg. Oettinger CDU: Wird eingeräumt!)

Meine Damen und Herren, ich will hier ein letztes Zitat bringen. Es bezieht sich direkt auf Sie, Herr Ministerpräsident. Es ist auch einmal interessant, das ein bißchen länger zurückzuverfolgen. Wir haben im Jahre 1985

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

bei der Beratung des Doppelhaushalts, als das Informationsbudget eingeführt wurde, von uns aus, ich habe das damals als Berichterstatter für den Einzelplan 02 für unsere Fraktion vorgetragen, gesagt: Wir teilen das Ziel, aber bitte machen Sie dies in kleineren Schritten, machen Sie es langsamer, kontinuierlicher,

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

auch mit Rücksicht auf die Frage, wie dies das Personal nachvollziehen kann. Sie haben dann damals verteidigt und gesagt, das gehe alles viel schneller, das würden Sie schaffen. Ein Höhepunkt war damals eine Aussage, die Sie gemacht haben. Ich zitiere aus dem Protokoll vom 13. November 1985 über die Aussagen hier an diesem Ort. Sie haben damals gesagt:

Das, was wir machen, ist die vorübergehende Einrichtung einer Stabsstelle, die das Ganze aufbauen soll, das dann aus den Einsparungen in der allgemeinen Datenverarbeitung wieder ausgeglichen werden soll.

So weit, so richtig. Dies teilen wir langfristig.

Aber erst ist es doch klar, daß ich die besten Leute in der Stabsstelle konzentrieren muß und nachher in die einzelnen Schlüsselstellungen der einzelnen Ressorts für die Verarbeitung hineinsetze. Dafür werde ich andere Stellen wegfallen lassen.

(Abg. Haasis CDU: Auch richtig!)

– Auch das ist richtig. – Jetzt kommt die Frage des Zeitpunkts. Sie reden ja hier manchmal sehr unpräzise. Damals sind Sie durch Zwischenfrage gefragt worden, wie

Sie sich das konkret vorstellen. Darauf haben Sie gesagt – ich zitiere wieder wörtlich –:

Ich bin bereit, hier zu erklären, daß die gesamte Stabsstelle spätestens in fünf Jahren wieder aufgelöst ist.

Meine Damen und Herren, das wäre von heute aus gerechnet in knapp einem Jahr.

(Abg. Haasis CDU: Vorhin habt ihr kritisiert, daß sie aufgelöst worden ist! Was jetzt?)

– Sie ist doch nicht aufgelöst, sondern sie ist nur verlagert worden. – In knapp einem Jahr!

(Abg. Haasis CDU: Herr Brechtken, das ist doch etwas ganz anderes!)

Sie wird in einem Jahr nicht aufgelöst sein, weil Sie sie nach wie vor benötigen. Dies ist die Frage. Es geht nicht um das Ziel, sondern um eine falsche Durchführung und um ein handwerkliches Falschmachen. Ich meine, daß der Rechnungshof konsequent Alternativen aufgezeigt hat. Und der Rechnungshof hat in der Sache recht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Schlechter Auftakt, schlechter Abgang!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir haben jetzt noch über die Mitteilung des Rechnungshofs geschäftsordnungsmäßig zu beschließen. Es wird vorgeschlagen, den Bericht über die Prüfung des Landesverwaltungsnetzes und weiterer Aspekte des Landessystemkonzepts vorberatend an den Innenausschuß und federführend an den Finanzausschuß zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe nunmehr **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Innenministeriums – Kommunalwahlrecht für Staatsangehörige der EG-Mitgliedsstaaten – Drucksache 10/1454

Das Präsidium hat gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von 10 Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In 17 Tagen, am 18. Juni dieses Jahres, finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Alle Parteien sind damit gefordert, in diesem Wahlkampf ihre wesentlichen Zielsetzungen klarzumachen. Wir Sozialdemokraten wollen die europäische Integration. Wir wollen ein vereinigtes demokratisches Europa. Die notwendige Demokratisierung Europas erfordert die Einführung demokratischer Strukturen auf der europäischen Ebene, die Trennung von Exekutive und Legislative und die Übertragung der vollen legislativen Kompetenz auf das Europäische Parlament.

(Birzele)

Zur Demokratisierung gehört aber auch der Ausbau demokratischer Mitwirkungsrechte der Gemeinschaftsbürger. In dieser Zielsetzung wissen sich die Unterzeichner dieses Antrags der Fraktionen der SPD, GRÜNE und der FDP/DVP mit der großen Mehrheit des Europäischen Parlaments einig. Das Europäische Parlament hat in seinem Beschluß vom 15. März 1989 betont, daß das Wahlrecht bei Kommunalwahlen eine von den Gemeinschaftsbürgern, die in einem anderen Gemeinschaftsland als ihrem Herkunftsland ansässig sind, immer wieder erhobene, berechnete Forderung sei. Es hat darauf hingewiesen, daß es zu den Aufgaben der Gemeinschaft gehört, die Hindernisse für den freien Personenverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten zu beseitigen. Wörtlich wurde ausgeführt:

Wenn die Freizügigkeit unter den objektiven Voraussetzungen der Freiheit und der Würde verwirklicht werden soll, so muß die tatsächliche und rechtliche Eingliederung der Angehörigen anderer Mitgliedsstaaten in den Aufnahmestaat sichergestellt werden. Um diese Eingliederung zu gewährleisten, erweist sich die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen im Aufenthaltsstaat als notwendig. Diese trägt zur Wahrung der demokratischen Rechte bei, die die Mitgliedsstaaten gemäß der Einheitlichen Europäischen Akte zu ihrem Anliegen gemacht haben.

Das Europäische Parlament hat deshalb im Richtlinienentwurf über das Wahlrecht der Staatsangehörigen der Mitgliedsstaaten bei den Kommunalwahlen im Aufenthaltsstaat in Artikel 2 beschlossen:

Die Mitgliedsstaaten gewähren den Staatsangehörigen anderer Mitgliedsstaaten, die sich regelmäßig in ihrem Staatsgebiet aufhalten, vorbehaltlich der Einhaltung der Bedingungen gemäß der nachstehenden Artikel 3 bis 6 das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen in der Gemeinde, in der sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Dieser Beschluß des Europäischen Parlaments erfolgte mit einer Mehrheit von über 80 % der Stimmen. Alle Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus Baden-Württemberg, also die sechs Abgeordneten der CDU, die vier der SPD und der eine der Grünen, haben bei diesem Beschluß zugestimmt. Von deutscher Seite stimmten lediglich die Abgeordneten der CSU geschlossen und drei CDU-Abgeordnete aus Hessen gegen diesen Beschluß. Damit hat also auch die große Mehrheit der Christdemokraten aus der Bundesrepublik im Europäischen Parlament das kommunale Wahlrecht für EG-Ausländer unterstützt.

Heinz Oskar Vetter, der Berichterstatter für den Ausschuß für Recht und Bürgerrechte, hat im Europäischen Parlament bei der Debatte zu Recht darauf hingewiesen, daß aufkeimender Ausländerfeindlichkeit nur durch eine aktive Integration der Ausländer entgegengewirkt werden könne. Diese Menschen leben zu über 60 % mehr als fünf Jahre hier bei uns. Sie arbeiten hier, sie zahlen hier ihre Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Es ist deshalb konsequent, ihnen auch demokratische Mitwirkungsrechte einzuräumen und sie nicht nur in Sonntagsreden als Mitbürger anzusprechen.

Wir von der SPD sind für die Einräumung des Kommunalwahlrechts für alle Ausländer. Dessenungeachtet haben wir uns wie die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament dazu entschlossen, zusammen mit der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP hier im Hause, entsprechend dem Beschluß des Europäischen Parlaments das Kommunalwahlrecht für EG-Gemeinschaftsbürger zu fordern. Wir sehen dies als einen ersten notwendigen Schritt zur Einführung eines allgemeinen Ausländerwahlrechts.

Das Europäische Parlament hat in seinem Beschluß auch ausdrücklich festgehalten, daß die Richtlinie keinerlei Beschränkung für die Mitgliedsstaaten schafft, „in denen bereits eine weiterreichende Regelung des Wahlrechts gilt oder die eine solche zu schaffen beabsichtigen“.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Ich bitte um Ruhe.

Abg. Birzele SPD: Ich bedanke mich, Herr Präsident. – Bedauerlicherweise hat die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zu unserem gemeinsamen Antrag unser Petitionum als integrationspolitisch verfrüht und mit der verfassungsrechtlichen Lage nicht in Einklang stehend abgelehnt. Die Landesregierung verkennt dabei, daß eine solche nationalstaatliche und integrationsunwillige Denkweise überholt ist, und zwar bereits seit der Entscheidung der Staats- und Regierungschefs im Dezember 1974, als dort eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, spätestens jedoch mit der Ratstagung von Fontainebleau aus dem Jahr 1984 und der Einsetzung des Ausschusses mit der Bezeichnung „Europa der Bürger“. Dabei ist die Notwendigkeit deutlich geworden, innerhalb der EG den Gemeinschaftsbürgern politische Mitwirkungsrechte einzuräumen.

Die Landesregierung vertritt ferner die Auffassung, daß die politische Union auf der Wirtschaftsunion aufbauen müsse. Dabei verkennt die Landesregierung, daß es gerade im Hinblick auf die Fortentwicklung der EG zu einer politischen Union unerläßlich ist, auch und gerade politische Mitwirkungsrechte zu verstärken. Es berührt eigenartig, daß die Landesregierung erst viel weiter gehende Wirtschaftsveränderungen für notwendig hält.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal um Ruhe bitten.

Abg. Birzele SPD: Da stellt sich die Frage, ob bei der Landesregierung entsprechend marxistischer Grundüberzeugung der Satz gilt: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein.“

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Dieser Satz wird dauernd falsch zitiert!)

Die Landesregierung verkennt in ihrer Argumentation aber auch, daß es gemäß Artikel 3 Buchst. c des EWG-Vertrages zu den Aufgaben der Gemeinschaft gehört, die Hindernisse für den freien Personenverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten zu beseitigen. Gemäß Artikel 8 Buchst. a des EWG-

(Birzele)

Vertrages hat die Gemeinschaft alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den freien Personenverkehr gemäß den Bestimmungen des Vertrags zu gewährleisten.

In Baden-Württemberg befinden sich gegenwärtig zirka 260 000 Gemeinschaftsbürgerinnen und -bürger, die sich seit mehr als fünf Jahren hier aufhalten. Das sind etwas mehr als 2,5 % der Bevölkerung. Es kann doch nicht angehen, daß diese Mitbürgerinnen und Mitbürger, die von der gewollten Freizügigkeit in Europa Gebrauch machen, dadurch einen Teil ihrer demokratischen Mitwirkungsrechte verlieren.

(Beifall der Abg. Weimer und Köder SPD)

Die Landesregierung müßte sich auch klar erklären, welche weiteren wirtschaftlichen Schritte sie für erforderlich hält, bevor das kommunale Wahlrecht für Angehörige der EG-Staaten eingeführt werden kann. Der Europäische Binnenmarkt soll bis Ende 1992 verwirklicht werden. Mit unserem Antrag begehren wir die Einführung des Kommunalwahlrechts erst für die übernächste Kommunalwahl 1994. Was will also die Landesregierung über die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarkts hinaus noch an weiteren wirtschaftlichen Voraussetzungen fordern?

Die Behauptung der Landesregierung, das Kommunalwahlrecht für Europäer stehe mit der verfassungsrechtlichen Lage nicht in Einklang, ist nach unserer Auffassung unrichtig. Es braucht hierauf jedoch in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen zu werden. Zum einen wird das Bundesverfassungsgericht diese Frage wohl demnächst auf entsprechende Anträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bzw. der Bundesregierung zu klären haben, zum anderen könnten – das ist das entscheidende Argument – verfassungsrechtliche Bedenken, wenn sie bestehen sollten, durch eine entsprechende Verfassungsänderung ausgeräumt werden, der sich die SPD, die Grünen und die FDP nicht entziehen würden, weder auf Bundes- noch auf Landesebene.

Die CDU ist gefordert, gerade jetzt im Europawahlkampf klarzumachen, was sie will. Die CDU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die alle bis auf einen wieder kandidieren, setzen sich für das Kommunalwahlrecht für Gemeinschaftsbürger auf europäischer Ebene ein und tun dies hoffentlich auch im Wahlkampf. Das Kommunalwahlrecht selbst ist in Baden-Württemberg zu realisieren. Die Landesregierung ist aufgefordert, über den Bundesrat dafür Sorge zu tragen, daß das Kommunalwahlrecht für Ausländer durch ein entsprechendes Verhalten der Bundesregierung im Rat der EG insgesamt in Europa eingeführt wird. Dann wäre – nebenbei – auch die Gegenseitigkeit überall gewährleistet. Es kann nicht angehen, daß die CDU auf der einen Ebene sich europäisch gibt, auf der anderen, der Landesebene dagegen gegenteilig handelt.

Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur einen ungehinderten Warenverkehr in Europa. Wir wollen für alle Menschen in der EG eine demokratische politische Union.

(Beifall bei der SPD)

Die Oppositionsfraktionen haben sich in dieser wichtigen Frage als kompromiß- und handlungsfähig erwiesen, getragen vom europäischen Geist. Überwinden Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, deshalb Ihre provinziellen Ängste, geben Sie Ihre Bremserrolle auf, stimmen Sie für unseren Antrag, und schaffen Sie damit jetzt einen wichtigen Baustein für die Verwirklichung einer demokratischen politischen Union in Europa.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Frau Abg. Glaser.

Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen es außerordentlich, daß alle drei Oppositionsfraktionen heute einen gemeinsamen Antrag zur Ausländerpolitik vorlegen. Für uns kann allerdings das Kommunalwahlrecht für alle ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger erst ein Einstieg zur rechtlichen Gleichstellung dieser Menschen in unserem Land sein. Der hier vorliegende gemeinsame Antrag bezieht sich ja lediglich auf das Kommunalwahlrecht für Staatsangehörige der EG-Mitgliedsstaaten. Er ist aus grüner Sicht lediglich ein Minieinstieg zur längst überfälligen rechtlichen Gleichstellung der hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Uns ist es deshalb nicht leichtgefallen, diesen Antrag zu unterschreiben, denn es gibt keinen Grund, das Kommunalwahlrecht lediglich auf Staatsangehörige der EG-Mitgliedsstaaten zu begrenzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäuble CDU)

Es gibt auch keinen Grund, das Wahlrecht auf den kommunalen Bereich zu beschränken, so nach dem Motto: Na ja, im kommunalen Bereich kann ja nicht viel schiefgehen, wenn man die Ausländer da mitmachen läßt: Hundesteuer, Klärbeiträge, Kindergärten, das geht ja noch.

Im Unterschied zur FDP/DVP und zur SPD, den Mitunterzeichnern des Antrags, sehen wir das Ausländer-Kommunalwahlrecht als Vorbereitung zum Landtags- und Bundestagswahlrecht. Ein auf EG-Mitglieder beschränktes Ausländerwahlrecht schafft und verfestigt das Dreiklassenrecht, nämlich hier Deutsche, da EG-Ausländer und da Nicht-EG-Ausländer.

Ausländer haben weniger Rechte als Inländer. Das ist in allen Staaten so. Doch in der Bundesrepublik hat die rechtliche Ungleichheit unübersehbare Ausmaße angenommen. Auf eine Kleine Anfrage meiner Kollegin Frau Treznitz im Bundestag, in der sie nach den rechtlichen Regelungen fragte, die direkt oder indirekt nach der Staatsangehörigkeit differenzieren, antwortete der damalige Bundesinnenminister mit Schreiben vom 30. September 1988 – ich möchte mit Ihrer Genehmigung zitieren –:

(Zuruf von der SPD)

... Eine Auflistung aller Normen des geltenden Bundesrechts, die unmittelbar oder möglicherweise auch nur mittelbar zu unterschiedlichen Regelungen für Ausländer und Deutsche führen, würde zu einem

(Rosemarie Glaser)

unverhältnismäßigen Aufwand führen, der nicht zu vertreten ist.

– Bundestagsdrucksache 11/3029. – Die rechtliche Sonderbehandlung von „Ausländern“ – ich setze das Wort Ausländer bewußt in Anführungszeichen – wird regelmäßig damit begründet, diese Menschen seien ja nur für kurze Zeit im Land und könnten daher festansässigen Bürgern nicht gleichgestellt werden. Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland, heißt der unverrückbare Glaubenssatz der herrschenden Ausländerpolitik. Aber diese Behauptung ist falsch und geht an der tatsächlichen Entwicklung der letzten 20 Jahre vorbei. Wer die Augen nicht völlig verschließt, weiß dies auch ganz genau.

Als Lösung wird dann ganz arrogant die Einbürgerung angeboten. Aber das Einbürgerungsverfahren ist der reinste Hürdenlauf, wenn es einige von Ihnen hier auch nicht gerne hören, aber es muß gesagt werden. Das in der Bundesrepublik restriktive Ausleseverfahren setzt die Germanisierung voraus. Das muß man einfach zugeben, wenn man in die Einbürgerungsrichtlinien hineinschaut. Verlangt wird unter anderem der Nachweis einer – Zitat – „dauernden Hinwendung zu Deutschland“ und einer bestimmten „Einstellung zum deutschen Kulturkreis“. Dann werden noch Sprachkenntnisse verlangt bis hin, daß, um die Rechtschreibkenntnisse nachzuweisen, Diktate geschrieben werden müssen.

Dazu wird die Aufgabe der eigenen Staatsbürgerschaft verlangt. Die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft bleibt so lange nur Geplänkel und lenkt unseres Erachtens nur vom Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer ab, solange die doppelte Staatsbürgerschaft der zweiten Generation per Geburt nicht ins Auge gefaßt wird. Ein Blick über die Grenzen zeigt: In Frankreich, Dänemark, Belgien und den Niederlanden erhalten Kinder der zweiten Generation die Staatsbürgerschaft automatisch bei Geburt oder auf Option bei Erreichen der Volljährigkeit, ohne besondere Bedingungen erfüllen zu müssen.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE:
Hört, hört!)

Ich meine, daß dies auch ein ganz praktischer Beitrag für die Menschen in Europa und für das Zusammenwachsen der Menschen in Europa wäre. Darüber hinaus wäre das eine Rückkehr zu den Regelungen in der Weimarer Republik. Damals war man nämlich in diesem Punkt wesentlich weiter.

Doch es geht auch anders. Bürgerrechte können Ausländern gewährt werden, ohne daß sie in die Staatsbürgerschaft eintreten. In diesem Zusammenhang ist das Wahlrecht von besonderer Bedeutung. Ein kommunales Wahlrecht für Ausländer gibt es in den Niederlanden, in Belgien, Dänemark, Norwegen und Schweden, in Finnland und Island für Angehörige der nordischen Staaten. In Belgien und Schweden können Ausländer auch über die Zusammensetzung der Bezirks- bzw. Provinzparlamente mitbestimmen. In Großbritannien haben Bürger des Commonwealth, die den überwiegenden Teil der dort lebenden Ausländer ausmachen, volles Wahlrecht auf kommunaler wie nationaler Ebene.

In den Niederlanden wie in mehreren nordischen Ländern wird derzeit das allgemeine Wahlrecht für Ausländer ohne nationale Staatsbürgerschaft vorbereitet. Dazu haben übrigens die guten Erfahrungen mit dem kommunalen Wahlrecht entscheidend beigetragen. In diesen Ländern wird derzeit auch ein allgemeines Niederlassungsrecht diskutiert.

Die Einräumung des Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer ist nicht nur verfassungsrechtlich geboten, sondern auch politisch sinnvoll und unverzichtbarer Bestandteil einer Demokratie. Der allseits bekannte und breit gepflegte Rückzug der CDU und teilweise auch der FDP auf die Verfassungsdebatte ist ein zu durchsichtiges Ablenkungsmanöver.

(Beifall der Abg. Christine Muscheler-Frohne
GRÜNE)

Sagen Sie doch ehrlich, warum Sie das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer nicht wollen. Wäre das Grundgesetz wirklich ein Hindernis für die Verwirklichung des Ausländer-Kommunalwahlrechts, könnte das Grundgesetz ja mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden, wie es in den letzten 40 Jahren nahezu 40mal geschehen ist. Es geht in erster Linie darum, ob das Ausländer-Kommunalwahlrecht politisch gewollt ist oder nicht. Das ist die zentrale Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies ist vor allem eine Frage des politischen Willens, der politischen Parteien und nicht der Verfassung.

Meine Damen und Herren von der CDU, vergießen Sie bitte nicht weiterhin in Sonntagsreden Krokodilstränen, wenn es um die Ausländerfeindlichkeit im Zusammenhang mit den Rechtsparteien und den rechtsextremen Parteien geht. Machen Sie endlich eine Politik, die der Ausländerfeindlichkeit entschlossen und unverblümt entgegentritt. Auf manche Grüne oder die AL Berlin einzuprügeln, wie heute morgen, ist dem Problem und vor allem den Betroffenen wenig dienlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute haben Sie die Gelegenheit zu einem konstruktiven Beitrag in der Ausländerpolitik. Springen Sie über Ihren Schatten und stimmen Sie mit uns drei anderen Fraktionen hier im Hause für diesen vorliegenden Antrag und damit dafür, wofür bereits Ihre Kollegen im Europaparlament gestimmt haben. So können Sie für alle gut sichtbar und eindeutig zeigen, auf welcher Seite Sie stehen, wenn es um die Hetze gegen Ausländer und Ausländerinnen geht.

Das Wahlrecht für Ausländer und Ausländerinnen ist eine Einrichtung, die der Ausländerfeindlichkeit wirksam entgegentritt, ohne daß damit irgendwelche sozialen, politischen oder materiellen Kosten verbunden wären. Mit der Gewährung des Ausländer-Kommunalwahlrechts könnten Sie demonstrieren, daß Sie keine Trennung zwischen Bürgern und Bürgerinnen erster und zweiter Klasse möchten – ein wichtiger Akt, der nicht ohne Auswirkungen auf das

(Rosemarie Glaser)

Bewußtsein der deutschen wie der ausländischen Bevölkerung bleiben wird.

Die bewußtseinsbildende und -verändernde Wirkung der Parteien und des Parlaments kann zur Bekämpfung der herrschenden und zunehmenden ausländerfeindlichen Stimmung beitragen. Dazu sollte jede sich bietende Gelegenheit genutzt werden. Dies ist auch die Aufgabe und die Verantwortung, die wir in diesem Hause tragen.

Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich fordere Sie auf, wirklich für diesen vorgelegten Antrag zu stimmen. Das ist die große Chance und ein für alle inländischen und ausländischen Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande nachvollziehbarer Schritt, wenn gemeinsam von diesem Hause aus hier ein deutliches Zeichen gesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich für die, die noch da sind,

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

ein paar Antworten geben auf fünf Behauptungen der Landesregierung, auf die wesentlichen Argumente, die sie unserer Forderung bisher entgegengehalten hat, sowohl in der Stellungnahme zu diesem gemeinsamen Antrag wie auch in der Stellungnahme zu dem früheren Antrag. Sie wissen, wir haben einen ähnlichen Antrag bereits kurze Zeit vorher einmal im Zusammenhang mit anderen Forderungen betreffend das Ausländerwahlrecht gestellt. Die Argumente, die uns die Landesregierung bisher entgegengesetzt, sind alle samt und sonders entweder nicht stichhaltig oder schlicht falsch.

Argument eins: Das Wahlrecht ist kein geeignetes Mittel zur Integration von Ausländern, sondern setzt die Integration voraus.

(Abg. Haasis CDU: Ist doch wohl richtig! Bestreiten Sie das?)

Dazu nur ein kleiner Auszug aus der Präambel unserer Verfassung.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

- Etwas Geduld, Herr Haasis. Ich zitiere aus der Präambel der Landesverfassung:

... entschlossen, ein neues demokratisches Bundesland als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland zu gestalten, ...

Meine Damen und Herren, wovon soll es denn leben, dieses lebendige Glied der Bundesrepublik Deutschland? Es kann nur von der Demokratie leben. Und wovon lebt die Demokratie? - Von Wahlen, denn Wahlen sind das Herzstück der Demokratie. Nicht umsonst waren die ersten

Wahlen, die auf diesem Boden nach dem Krieg stattgefunden haben, Kommunalwahlen.

Sie sagen, die Teilnahme an diesen Wahlen diene nicht der Integration in diesen Staat. Dieses Argument ist für meine Begriffe absurd. Es ist schlicht und einfach absurd. Natürlich hat die Teilnahme an Wahlen mit Integration zu tun. Sie ist ein wesentliches Stück, um die Integration zu fördern. Das kann kein vernünftiger Mensch bestreiten.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Argument zwei: Die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für die Angehörigen der Mitgliedsstaaten setzt eine fortgeschrittenere Integration auf dem Weg zur politischen Union und eine europäische Verfassung voraus. So heißt es hier.

Zunächst, meine Damen und Herren, zur fortgeschrittenen Integration. Es soll also so sein, daß 1994 zwar ein Techniker aus dem Elsaß im Zentrum eines baden-württembergischen Kernkraftwerkes arbeiten darf, daß ein spanischer Arzt an deutschen Patienten in Tübingen Bypass-Operationen vornehmen kann, aber beide miteinander sollen dann nicht integriert genug sein, um über die Einstellung einer Kindergärtnerin oder die Gebühren im Freibad abzustimmen. Das ist doch lächerlich.

(Abg. Haasis CDU: Das ist eine Argumentation! Überlegen Sie einmal, was Sie da sagen!)

Wir haben zum Beispiel bei uns im Ortsverband einen griechischen Staatsbürger, der seit über zehn Jahren an der Internatsschule in Salem unterrichtet. Jedesmal vor den Wahlen wird uns klar, daß wir den gar nicht aufstellen dürfen. Erklären Sie dem das einmal. Der ist vollständig integriert, der ist in mehreren Vereinen tätig,

(Abg. Haasis CDU: Warum läßt er sich nicht einbürgern? Kein Problem!)

er ist vollwertiger Mitbürger. Jedesmal müssen wir dem im letzten Moment sagen, er dürfe nicht auf unsere Liste. Vielleicht hätten wir mit dieser Debatte bis zum Herbst warten sollen, dann hätten Sie gemerkt, daß Sie die CDU-Listen nicht voll bringen, dann wären Sie vielleicht mehr bereit gewesen, diesem Antrag zuzustimmen.

(Lachen bei der CDU - Abg. Haasis CDU: Ihr vielleicht, das unterscheidet uns wirklich von der FDP!)

- Unsere Liste ist in einem guten Zustand. Wir werden Sie in Salem und anderswo noch das Fürchten lehren.

Stichwort europäische Verfassung: Wenn Sie sagen, eine europäische Verfassung sei Voraussetzung, dann muß ich Ihnen sagen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland jahrelang Kommunalwahlen ohne Verfassung durchgeführt haben, nämlich genauso lange, wie wir betont haben, daß das Grundgesetz keine Verfassung ist, sondern nur ein Provisorium, haben wir in der Bundesrepublik Deutschland Kommunalwahlen ohne Verfassung durchgeführt.

(Dr. Ulrich Goll)

(Abg. Haasis CDU: Staatsrecht!)

Und Sie wollen sagen, das Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer erfordere eine europäische Verfassung? Nun ist es aber natürlich eine bewährte Taktik: Wenn ich etwas nicht will, dann binde ich es an schwer erreichbare Voraussetzungen, auch wenn sie gar nicht notwendig sind; dadurch erreiche ich natürlich, daß das Verfahren verzögert wird. Nur ist diese Taktik durchsichtig.

Drittes Argument: Die Landesregierung hält es für verfrüht, nur einen Teilaspekt der Rechtsstellung von EG-Ausländern im jeweiligen Aufenthaltsstaat zu regeln, ohne in einem Gesamtkonzept andere Rechte und die damit korrespondierenden Pflichten aller Mitgliedsbürger gegenseitig und gleichzeitig zu vereinheitlichen.

Meine Damen und Herren, diese Theorie vom Gesamtkonzept widerspricht allen bisherigen Erfahrungen in der EG, denn in der EG hat alles bisher immer mit Teillösungen angefangen, weil eben Gesamtlösungen nicht durchzusetzen waren. Es hat angefangen mit Kohle und Stahl. Da hätte man auch sagen können: Das ist nicht möglich ohne die ganze Wirtschaft. Es ist weitergegangen mit der Wirtschaftsgemeinschaft. Da hätte man auch sagen können: Es geht nicht ohne Politik und Kultur. Nehmen Sie die europäische politische Zusammenarbeit – das sind alles nur Ansätze, alles nur Teilkonzepte. Der Binnenmarkt, auch nur ein Teilkonzept.

Umgekehrt ist gerade das Kommunalwahlrecht sehr wohl als einzelner Bestandteil, als Teilkonzept herauszulösen, weil gerade das Kommunalwahlrecht natürlich eine gewisse selbständige Einheit ist, eine herauslösbare Einheit, im Grunde genommen ein Teilkonzept, mit dem anzufangen sich geradezu anbietet, geradezu empfiehlt, wenn Sie mit der politischen Integration innerhalb der EG – und davon haben wir es – ein Stück weiterkommen wollen, gerade im Europajahr, wo wir über diesen Antrag diskutieren.

Das vierte Argument heißt: Beim Wahlrecht geht es allein um ein Staatsbürgerrecht, das ausschließlich der Regelungskompetenz der Mitgliedsstaaten unterliegt. Die Europäische Gemeinschaft hat hier keine Kompetenzen.

Meine Damen und Herren, ich will hier auf den Streit um die Möglichkeit der Ableitung dieser Kompetenz aus bestehenden Verträgen nicht eingehen. Ich will nur die wesentliche Frage stellen: Was war eigentlich Anfang April 1951? Die Antwort: Da hatte die EG noch überhaupt keine Kompetenz. Aber wahrscheinlich hat es dort schon eine ganze Reihe von Leuten in den Regierungen gegeben, die die ersten Kompetenzen mit genauso formalistischen Argumenten abzuwürgen versucht haben, wie Sie das im Moment tun. Tatsache ist: Wenn wir es wollen, kann die EG natürlich auf diesem Gebiet handeln. Dieses Argument ist wie die vorhergehenden nicht stichhaltig.

Das fünfte und letzte Argument: Einer Ausdehnung des kommunalen Wahlrechts steht das Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland entgegen.

Zunächst ist das ja noch umstritten, wohlgemerkt. Aber ich will auch auf diesen Streit nicht im einzelnen eingehen. Ich

will nur eines sagen: Es ist ohne Zweifel, ironisch gesprochen, von hoher Glaubwürdigkeit, wenn Sie im Asylrecht ständig die Änderbarkeit der Verfassung reklamieren und von uns verlangen, wir sollten sie ändern, aber einige Artikel weiter soll dann die Verfassung auf einmal heilig und unantastbar sein. Aber das ist natürlich auch ein formalistisches Argument, selbst wenn das Verfassungsrecht – –

(Abg. Haasis CDU: Aber dann seien Sie doch so konsequent und sagen Sie: Wir müssen die Verfassung ändern!)

– Wir ändern die Verfassung dort, wo wir es für richtig und für sinnvoll halten, wo die Verfassung nicht mehr zeitgemäß ist.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Eine Verfassung, in der steht, daß EG-Ausländer hier an Kommunalwahlen nicht teilnehmen dürfen, ist spätestens 1994 nicht mehr zeitgemäß.

(Abg. Haasis CDU: Ich habe ja nichts dagegen! Aber sagen Sie doch: Die Verfassung muß geändert werden!)

Sie werden noch sehen, daß es genau so kommen wird. Aber das Entscheidende ist: Wenn Sie nach dem Grund suchen, warum beim leisesten Hauch der Vernunft diese wesentlichen Argumente zusammenfallen wie ein Kartenhaus, dann müssen Sie auf die Antwort kommen: Diese Argumente haben mit Vernunft gar nicht so viel zu tun, sondern sie haben vielmehr zu tun mit einem hektischen Zurückweichen vor den neuen Strömungen auf dem rechten Flügel, und diese Strömungen auf dem rechten Flügel haben immerhin schon einen beachtlichen Erfolg erzielt. Sie haben nämlich eine demokratische Partei dazu gebracht, daß sie EG-Mitbürgern bei uns völlig unschädliche, völlig harmlose demokratische Rechte absprechen will. Dabei ist das Kommunalwahlrecht natürlich nicht nur unschädlich und harmlos, sondern es ist richtig und zukunftsweisend auf einem Weg politischer Einigung, zu dem Sie sich ja ständig auch bekennen.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Ludwig Uhland, meine Damen und Herren, hier ja kein Unbekannter, hat im letzten Jahrhundert ein berühmtes Wort geprägt. Er hat gesagt, die neue Republik ohne ein gewähltes Staatsoberhaupt an der Spitze sei wie ein Jüngling mit weißem Haar. Das neue Europa ohne kommunales Wahlrecht an der Basis kommt mit Plattfüßen daher, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Straub CDU: Da dreht sich der Uhland im Grab herum! – Gegenruf der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haasis.

Abg. Haasis CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Üblicherweise wird es ja beklagt, wenn das Plenum so leer ist. Ich habe aber Verständnis dafür, daß unsere Kollegen alle zum Bundeskanzler auf den Marktplatz gegangen sind. Ich freue mich außerdem, daß offensichtlich auch so viele Kollegen der Opposition beim Bundeskanzler auf dem Marktplatz sind, um einmal zu hören, wie zukunftsorientierte Politik gemacht wird.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Sie werden doch nicht sagen wollen, daß Ihre Kollegen in der Gaststätte sind. Ich nehme schon an, daß sie auf dem Marktplatz sind.

(Abg. Weyrosta SPD: Hören Sie auf! Wir wissen doch, daß die Veranstaltung drüben unterbrochen worden ist! Der kommt ja gar nicht zu Wort!)

- Herr Weyrosta, waren Sie auch schon dort? Ihnen hätte es auf jeden Fall gutgetan.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion hat hier schon oft erklärt, und ich bekräftige das heute erneut, daß sie sich für eine möglichst weitgehende Integration der bei uns lebenden Ausländer einsetzt. Wir sagen aber genauso deutlich, daß aus unserer Sicht wirkliche Integration gute Sprachkenntnisse und vor allem im Hinblick auf die junge, auf die zweite und die dritte Ausländergeneration auch eine entsprechende berufliche Qualifizierung voraussetzt. Wir halten es deshalb auch für wünschenswert, wenn am Ende eines solchen Integrationsprozesses die Einbürgerung steht und damit natürlich und automatisch auch die Erlangung des Wahlrechtes.

(Abg. Birzele SPD: Wann soll dies sein?)

Nun sind knapp zwei Drittel der Ausländer in Baden-Württemberg, die bei uns leben, schon seit mindestens einem Jahrzehnt in diesem Land. Ein großer Teil erfüllt damit also die Voraussetzungen für die Einbürgerung und alle rechtlichen Möglichkeiten. Die Tatsache aber, daß sich nur eine ganz geringe Anzahl dieser Ausländer hat einbürgern lassen, kann aus unserer Sicht nicht zu dem Schluß führen, daß man deshalb das Wahlrecht für ausländische Mitbürger einführen müsse und daß dieses von der Staatsbürgerschaft abzukoppeln sei. Wir meinen nach wie vor, daß ein politisches und soziales Gemeinwesen nur funktionieren kann, wenn die Bürger, die ja letztlich den Staat tragen und den Staat bilden, sich auch als Teile der Solidargemeinschaft verstehen. Ein Staat ist ja keine Schönwettergemeinschaft, bei der man nach Belieben ein- oder aussteigt, sondern er ist auf die Solidarität und auf den Zusammenhalt des Staatsvolks angewiesen.

(Abg. Weyrosta SPD: Wie bewältigen die Niederländer und die Belgier dies?)

- Dazu sage ich nachher schon noch etwas, Herr Weyrosta.
- Deshalb können das Wahlrecht und auch das Recht der Mitwirkung an den Entscheidungen über die Zukunft des Gemeinwesens, gleich auf welcher Ebene - wir unterschei-

den nicht zwischen Bund, Land und Gemeinden -, nur diejenigen für sich in Anspruch nehmen, die sich auch als Staatsbürger zu diesem Staat bekennen. Dies bringt das Grundgesetz in Artikel 20 Abs. 2 auch deutlich zum Ausdruck, wo gesagt wird, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von diesem in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Auch Artikel 26 der baden-württembergischen Verfassung sagt ja klar und eindeutig: „Wahl- und stimmberechtigt ist jeder Deutsche, der im Lande wohnt ...“

Nun wissen auch Sie, Herr Dr. Goll, meine ich, gut, daß eine große Mehrzahl der Staatsrechtler und der Verfassungsjuristen der Auffassung ist, daß unter Volk die Summe der Staatsbürger zu verstehen ist und deshalb das Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft gebunden ist. Wenn Sie deshalb sagen, die Verfassung und das Grundgesetz seien antiquiert, dann, meine ich, wäre es ein Gebot der Ehrlichkeit, daß Sie auch vor Ihre Wähler, vor die Bürger hintreten und sagen: „Wir sind für eine Änderung des Grundgesetzes, für eine Änderung der Verfassung, die Ausländern das Wahlrecht einräumt“, und das nicht nur neutral mit der Forderung nach einem Kommunalwahlrecht für Ausländer formulieren.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Haasis, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Goll?

Abg. Haasis CDU: Insoweit, muß ich sagen, sind die Grünen konsequent. Sie haben im Bundestag den Entwurf eines Bundeswahlgesetzes eingebracht, in dem sie sagen, daß alle Ausländer bei Bundes-, bei Landtags- und bei Kommunalwahlen wahlberechtigt sind, daß beispielsweise auch geduldete Asylanten wahlberechtigt sind. Das, meine ich, ist wesentlich konsequenter als das, was die FDP/DVP hier fordert, und das, was die SPD sagt. Es kommt in Ihrem Antrag auch zum Ausdruck, daß Sie hier sehr unterschiedlicher Meinung sind.

(Abg. Köder SPD: Dafür, daß Sie alles ablehnen, ist das eine sehr feingesponnene Differenzierung!
- Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Haasis, Herr Abg. Dr. Goll, der eine Zwischenfrage stellen möchte, läßt nicht locker.

Abg. Haasis CDU: Ich auch nicht, Herr Präsident.

Für uns ist klar, daß berufliche und soziale Integration die Gewährung des Kommunalwahlrechtes nicht erfordern. Sie, Herr Goll, sagen, die Integration erfordere dieses. Insofern unterscheiden wir uns. Wir sind nicht dieser Meinung, sondern wir meinen, daß gerade politische Integration nach unserem Staatsverständnis auch die Einbürgerung voraussetzt, denn das Wahlrecht ist ein klassisches Bürgerrecht und kein allgemeines Menschenrecht.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Deshalb gilt für uns auch: Wer das Wahlrecht als höchstes und vornehmstes Bürgerrecht für sich in Anspruch nehmen

(Haasis)

möchte, muß bereit sein, durch die Einbürgerung auch die damit verbundenen Pflichten zu übernehmen und sich dauerhaft dazu zu bekennen.

Nun zu der Frage, wie wir uns dazu in der EG stellen, in einer beginnenden Gemeinschaft, nun einer Wirtschaftsgemeinschaft, die ja zumindest nach unseren Vorstellungen auch in einer politischen Gemeinschaft enden soll. Hier sagen wir klar und eindeutig, daß sich die europäische Integration und die nun beginnende Integration der Wirtschaft nicht auf den Binnenmarkt, die Freizügigkeit der Güter und der Menschen, die innerhalb dieser Länder beliebig reisen und auch arbeiten können, beschränken können, sondern daß am Ende dieses Prozesses auch eine politische europäische Union stehen muß.

(Abg. Köder SPD: Erst die Autos, dann die Menschen!)

Deshalb lehnen wir die Einführung des Kommunalwahlrechts für EG-Bürger am jeweiligen Aufenthaltsort nicht grundsätzlich ab. Es erscheint aus unserer Sicht aber selbstverständlich, daß im Rahmen der Schaffung einer politischen Union und bei voller Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Gewährung des Wahlrechts am jeweiligen Aufenthaltsort zu erfolgen hat. Hier unterscheiden wir uns auch von dem, was in dem vorliegenden Antrag zum Ausdruck kommt. Wir sagen: Wenn es in der europäischen Union kommt, dann Gewährung des Wahlrechts am jeweiligen Aufenthaltsort.

Insoweit stehen wir auch hinter der Erklärung des Bundesrates, die dieser am 12. Mai dieses Jahres als Punkt 13 seiner 600. Sitzung beschlossen hat und in der es unter Ziffer 2 heißt:

Vor diesem Hintergrund spricht sich der Bundesrat für die Einführung eines in der ganzen Gemeinschaft geltenden kommunalen Wahlrechts für die Angehörigen der EG-Mitgliedsstaaten im jeweiligen Aufenthaltsstaat aus.

(Abg. Birzele SPD: Dann stimmen Sie also jetzt zu?)

Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Angehörige der EG-Mitgliedsstaaten kann erst im Rahmen der noch zu schaffenden europäischen politischen Gemeinschaft erfolgen.

(Abg. Straub CDU: Das ist es!)

Ich verzichte auf die übrigen Punkte. Das Land Baden-Württemberg hat dieser Erklärung zugestimmt. Das ist auch unsere Meinung, die ich hier vortrage.

(Abg. Köder SPD: Auf diese Weise wird die politische Gemeinschaft nie entstehen, wenn man alle Schritte dazu abblockt!)

Wir würden es für verfehlt halten, über die Einführung des Kommunalwahlrechts für EG-Angehörige jetzt isoliert zu diskutieren, ohne daß diese europäische Union Gestalt angenommen hat, und es isoliert einzuführen. Wir sind der

Auffassung, daß die einzelnen Schritte in der richtigen Reihenfolge erfolgen sollten.

(Abg. Birzele SPD: Was sind jetzt die Voraussetzungen?)

– Ich habe es gesagt, Herr Birzele:

(Abg. Birzele SPD: Nein, das haben Sie nicht gesagt!)

die europäische Union, die politische europäische Union.

(Abg. Birzele SPD: Und was sind die Voraussetzungen für die europäische Union?)

– Das hat Herr Goll vorhin beantwortet, indem er gesagt hat, daß wir über das hinaus, was bis jetzt geschehen ist, zu einer europäischen Verfassung kommen sollen.

(Abg. Köder SPD: Das ist doch ein Schritt dahin!)

– Natürlich.

(Abg. Birzele SPD: Sagen Sie doch Ihre Voraussetzungen, wenn die europäische Union da ist!)

– Eine europäische Verfassung, nach dem Binnenmarkt weitergehend auf volle Integration zu einer europäischen Union, in der Freizügigkeit besteht

(Abg. Birzele SPD: Freizügigkeit besteht doch jetzt schon!)

und dann das Wahlrecht am jeweiligen Aufenthaltsort wahrgenommen wird. Wir meinen halt, daß das am Ende des politischen Prozesses steht und nicht am Beginn der europäischen Union. Wenn ich das für Sie mit dem Hausbau vergleichen darf, so meinen wir eben, daß nicht zuerst die einzelnen Zimmer im Dachgeschoß zu bauen sind oder das zweite Stockwerk,

(Abg. Straub CDU: Gutes Beispiel!)

sondern daß nach einem soliden Plan auf solidem Fundament erst einmal die europäische Verfassung zu schaffen ist, eine Vereinheitlichung des Rechts und darauf aufbauend dann alle Rechte, die damit entstehen.

(Abg. Weyrosta SPD: Sie wollen erst in den Himmel kommen und dann heiliggesprochen werden!)

Wir meinen, daß es deshalb im Moment verfrüht wäre, dies einseitig zu erklären, vielmehr sollten alle zwölf EG-Staaten gemeinsam dieses einheitliche Wahlrecht in Europa einführen. Unter dieser Voraussetzung haben wir im Bundesrat zugestimmt, alle gemeinsam. Unter dieser Voraussetzung stimmen wir auch hier in diesem Parlament zu.

(Beifall bei der CDU – Abg. Weyrosta SPD: Jetzt sagen Sie doch etwas zu den Belgiern und Holländern! Das haben Sie mir versprochen!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

Innenminister Schlee: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir führen – –

(Abg. Weyrosta SPD: Herr Haasis, Sie haben keine Antwort gegeben! – Abg. Haasis CDU: Natürlich! Ich habe gesagt: alle zwölf!)

– Herr Kollege Weyrosta, würden Sie mir bitte zuhören.

(Abg. Weyrosta SPD: Ja, das mache ich gern!)

– Das weiß ich. Ich wollte es nur quittiert haben, Herr Kollege.

(Abg. Weyrosta SPD: Ich mußte bloß dem Haasis die Meinung sagen! Wenn Sie es beantworten, ist es besser!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir führen heute zum wiederholten Male in diesem Hause eine Debatte über das Ausländerwahlrecht. In der Vergangenheit waren es zum einen Initiativen der SPD, der FDP/DVP, dann der Grünen. Neu ist, daß der heutigen Debatte eine große Koalition der Opposition zu diesem Thema zugrunde liegt

(Abg. Wintruff SPD: Ein Fortschritt!)

und daß die Stichworte etwas variiert worden sind. Nach dem, was ich bisher gehört habe, sind allerdings nur die alten Argumente vorgetragen worden.

(Abg. Reddemann CDU: Aufgewärmt!)

Neue Argumente, die in den vorausgegangenen Debatten nicht schon vorgetragen worden wären, habe ich nicht gehört.

(Abg. Weyrosta SPD: Das muß ja wohl an Ihnen liegen, weil Sie nichts Neues bringen!)

– Lieber Herr Kollege Weyrosta, ich gehe davon aus, daß mit dieser multifraktionellen Initiative

(Abg. Weyrosta SPD: Das werden Sie noch öfter erleben, wenn Sie so weitermachen!)

nun multinationale Parlamente propagiert werden sollen,

(Lachen des Abg. Dr. Schäuble CDU)

nachdem die Idee der multikulturellen Gesellschaft offensichtlich nicht der große Renner geworden ist.

(Beifall des Abg. Haas CDU – Abg. Weyrosta SPD: Ihr seid mir schöne Europäer!)

Ich frage mich, ob eine solche Diskussion zur Unzeit den unmittelbar Betroffenen nutzt, ob sie etwas zur Einigung Europas beiträgt, ob sie zur Integration dieser Menschen,

die immer wieder angesprochen worden sind, beiträgt. Dies möchte ich nachhaltig bezweifeln.

Meine Damen und Herren, ich will sagen, wie das zu gehen hat. Die Landesregierung begrüßt und unterstützt alle Bemühungen, die den Prozeß der europäischen Einigung effektiv – ich unterstreiche: effektiv – voranbringen.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Gerade weil wir, Herr Kollege Weyrosta, überzeugte Europäer sind, wollen wir neben der wirtschaftlichen Union, neben der sozialen Union auch die politische Einigung Europas. Aber wir wollen die richtige Reihenfolge haben.

(Zurufe der Abg. Birzele SPD und Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

– Herr Kollege Birzele, ich will Ihnen das darstellen. Hören Sie bitte zu.

(Abg. Weyrosta SPD: Haben Sie eine solche Rede schon einmal im Europäischen Parlament gehalten? Da würden Sie von den Konservativen ausgelacht!)

– Zum Europäischen Parlament sage ich gleich noch etwas. – Weil wir dieses Ziel bejahen, sagen wir aber auch, daß wir uns in Europa zunächst, Herr Kollege Weyrosta, auf die Aufgaben konzentrieren sollten, die jetzt anstehen. Und das ist die wirtschaftliche Union,

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Ha, ha!)

oder das sind im Vorfeld – ich will Ihnen das an einem ernstesten Beispiel verdeutlichen – des Wegfalls der Grenzen Fragen wie die nach dem Ausgleich der Sicherheitsdefizite. Das ist ein Gebot der Stunde. Das ist ein wichtiger Punkt.

Wir sollten – das ist das zweite – nicht einen Einzelaspekt aus diesem mehrstufigen Gesamtkonzept herausgreifen, weil dieses ganze Gebäude sonst überhaupt nicht tragfähig wird.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Erst die Menschen und dann die Wirtschaft und nicht umgekehrt!)

– Nein, nein, das kommunale Wahlrecht für EG-Staatsangehörige ist eine Frage der politischen Union. Das ist keine Frage der wirtschaftlichen Union, die wir gerade unter großen Schwierigkeiten an allen Ecken und Enden schaffen. Diesen Zusammenhang durchbrechen Sie mit Ihrem Antrag. Ihr Antrag trägt daher nicht dazu bei,

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

die europäische Integration zu fördern. Er ist möglicherweise Begleitmusik in diesem Wahlkampf. Dafür kann man ein gewisses Verständnis haben. Aber Sie haben heute morgen bei einem anderen Punkt schon einen derartigen Versuch gestartet, der nicht besonders gut ausgegangen ist.

(Minister Schlee)

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Herr Kollege Birzele, Sie haben vorhin eine Reihe von Unionsparlamentariern des Europäischen Parlaments als Kronzeugen für Ihre Haltung gesucht.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Herr Kollege Birzele, Sie machen aber den Fehler, die politische Zielperspektive mit den Möglichkeiten der aktuellen konkreten Umsetzung zu vermengen.

(Abg. Birzele SPD: Wer? Ich oder Sie? Wieso denn ich?)

- Sie machen diesen Fehler.

(Abg. Weyrosta SPD: Das werfen Sie Ihren Kollegen im Europaparlament vor! Das werde ich dem Alber einmal schreiben!)

Im übrigen - Sie haben es ja gesagt; bloß, damit es noch einmal deutlich wird - geht es Ihnen jedenfalls nicht in erster Linie um das Kommunalwahlrecht für EG-Angehörige. Vielmehr hat Ihr Sprecher für die Europapolitik im Bundesvorstand - Sie haben das noch einmal deutlich gemacht - schon vor Wochen gesagt: „Uns geht es um das kommunale Wahlrecht für alle ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.“

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Wir haben immer wieder gesagt, daß wir dies nicht mitmachen. Ich will es der Ordnung halber hier noch einmal feststellen.

Ihr Antrag geht auch von falschen Voraussetzungen aus. Sie wollen den zweiten und den dritten Schritt vor dem ersten tun.

(Lachen des Abg. Birzele SPD)

Wer so etwas macht, verheddert sich.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Herr Kollege Birzele, Sie wissen auch genau: Wer das geeinte Europa bauen will, darf nicht beim Dach beginnen,

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

nur weil ihm das innenpolitische Richtfest im Vorfeld der Europawahl zupaß kommt, sondern er muß an die Fundamente gehen.

(Zuruf der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Er muß es Schritt für Schritt aufbauen.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Wir sind im Augenblick dabei, dies zu tun.

Ihr Vorschlag hat auch eine Reihe - das ist angeklungen, Herr Kollege Haasis hat es gesagt - rechtlicher, sozialer und politischer Pferdefüße.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD - Abg. Weyrosta SPD: Das sind lauter Sprechblasen!)

Ich will mit der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Kompetenz, die Mitgliedsstaaten zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts zu verpflichten, beginnen, Herr Kollege Birzele. Es ist doch inzwischen unbestritten, daß die Gemeinschaft das nicht kann, daß die Kommission das nicht kann, daß der EWG-Vertrag dies im Rahmen des Gemeinsamen Markts nicht hergibt.

(Abg. Birzele SPD: Das ist nicht wahr! Das stimmt doch nicht!)

Das ist im Augenblick die Lage. Da kann man noch so herumargumentieren. Im Rahmen der Bildung des Gemeinsamen Markts ist das Kommunalwahlrecht eben kein tragender Grund. Das kann man drehen und wenden, wie man will. Das wird von dem entsprechenden Artikel des EWG-Vertrags nicht abgedeckt.

(Abg. Weyrosta SPD: Das hat doch niemand behauptet!)

Das Wahlrecht hat mit dem freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten, wie er im Binnenmarkt realisiert werden soll, nichts zu tun. Das ist doch so sonnenklar wie nur irgend etwas.

(Abg. Weyrosta SPD: Das hat doch niemand behauptet!)

- Doch. Da geht es um die Kompetenz. Herr Birzele weiß schon, was ich meine. Es geht um die Kompetenz der Kommission, so etwas regeln zu können. Und die Kommission hat diese Kompetenz nicht, sonst hätte sie es längst geregelt. Wenn sie das auf die Spitze --

(Abg. Birzele SPD: Was erzählen Sie denn da? Der Rat beschließt, nicht die Kommission!)

- Ja, gut. Die Kommission hätte eine beschlußfähige Vorlage gemacht,

(Abg. Birzele SPD: Das müßten Sie doch wissen!)

wenn sie nicht wüßte, auf welche Schwierigkeiten sie stoßen würde.

(Abg. Birzele SPD: Vielleicht fahren Sie einmal nach Brüssel und lassen sich aufklären!)

Sie übergehen aber nicht nur gemeinschaftsrechtliche Regelungen, sondern Sie tragen auch unserem geltenden Verfassungsrecht nicht Rechnung. Diese Diskussion, lieber Herr Kollege Birzele, haben wir hier ja wiederholt geführt. Ich brauche das nicht in allen Einzelheiten noch einmal darzustellen.

(Minister Schlee)

Wie oft haben wir über die Frage – Sie, Herr Kollege Goll, haben das noch einmal angesprochen –, wer wählen darf, und darüber, wie das in der Verfassung geregelt ist, diskutiert. Ich meine, das ist ein für Sie ganz schwieriger Punkt, Herr Kollege Birzele, den ich doch noch ansprechen möchte, nämlich zwischen – ich will es einmal so formulieren – einem „großen Wahlrecht“ für das Europäische Parlament, für den Bundestag und für die Landtage auf der einen Seite und einem „kleinen Wahlrecht“ für die kommunalen Parlamente auf der anderen Seite zu unterscheiden.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäuble CDU)

Ich frage: Warum glauben Sie denn, daß die kommunalen Spitzenverbände dagegen Sturm laufen? Weil sie selbstverständlich diese Differenzierung nicht haben wollen, weil sie kein „kleines Wahlrecht“ haben wollen. Gerade in einem Land, in dem die Selbstverwaltung so ausgeprägt wie in Baden-Württemberg ist, braucht man dazu wohl kein weiteres Wort zu sagen.

Von Professor Goll ist die Frage der Integration in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt worden. Wir haben immer gesagt, daß das Wahlrecht nach unserer Auffassung nicht mit dem Integrationsargument zu begründen ist. Die Integration muß im Alltag ansetzen und nicht beim Wahlrecht. Wie oft habe ich schon während meiner Zeit als Sozialminister dargestellt,

(Lachen bei der SPD)

was für die Integration notwendig ist. Kindergärten sind zum Beispiel notwendig, Vereinsarbeit ist notwendig.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Beides! Sowohl – als auch!)

Es ist nicht notwendig, das Wahlrecht an die Spitze zu stellen. Wenn die Integration fortgeschritten ist, steht am Ende dieses Prozesses die Einbürgerung für diejenigen, die das wollen, und damit das Wahlrecht. Das ist das ganze Geheimnis.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Weil Sie im Alltag so wenig für die Ausländer tun, müssen sie auf das Wahlrecht noch viel länger warten!)

– Lieber Herr Kollege Bütikofer, ich sage Ihnen: Was die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger angeht, habe ich überhaupt keine Defizite, und zwar weder als Privatperson noch als Minister. Ich sage das, damit kein falscher Eindruck entsteht.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wie hoch ist die Quote des Übergangs von Ausländerkindern aufs Gymnasium?)

– Nirgendwo höher als in Baden-Württemberg. Noch nicht hoch genug, aber nirgends höher als in Baden-Württemberg.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Von wegen kein Defizit! Sie haben lauter blinde Flecke!)

Beachten Sie einmal, wieviel Kinder in Kindergärten sind.

Ich wollte das nur als Beispiel dafür darstellen, wie die Integrationsbemühungen abzulaufen haben. Jeder kennt diese Reihenfolge, und ich meine, daß diese Reihenfolge richtig ist. Wir sollten unsere Gemeinde- und Kreisparlamente nicht zum Experimentierfeld für verfassungsrechtlich fragwürdige Operationen machen. Für verfassungsrechtlich fragwürdige Operationen! Da hat Herr Kollege Birzele natürlich recht: Das Bundesverfassungsgericht wird sich dazu wohl bald äußern. In Ländern, die das Kommunalwahlrecht für Ausländer einzuführen versuchen, stehen ja Kommunalwahlen an.

(Abg. Weyrosta SPD: Aus Ihnen wird kein Europäer!)

– Lieber Herr Kollege Weyrosta, es kann gar nicht sein, daß ich noch einer werde, weil ich nämlich schon ein überzeugter Europäer bin.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Birzele SPD – Abg. Weyrosta SPD: Was wollten Sie eigentlich sagen, Herr Minister? – Gegenruf des Abg. Dr. Ohnewald CDU: Daß wir es nicht wollen! – Abg. Haasis CDU: Herr Weyrosta hat wieder einmal nicht zugehört!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: In der zweiten Runde erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage, die ich an Herrn Haasis nicht stellen durfte, die ich aber noch stellen will, denn er kann sich ihr jetzt nicht entziehen,

(Abg. Haasis CDU: Nur benutzen Sie dazu bitte Ihre eigene Redezeit!)

sowie einige Punkte in der Rede von Herrn Schlee lassen mich doch noch einmal hierhertreten. Ich bitte um Ihr Verständnis, wenn ich die Debatte um zwei Minuten verlängere, denn mehr Zeit habe ich nicht.

Erstens: Wenn Sie so auf dem Verfassungsargument beharren, dann können Sie das kommunale Wahlrecht für Ausländer nie einführen.

(Abg. Haasis CDU: Doch! Sie müssen halt die Verfassung ändern!)

Dann dürfen Sie hier nicht vom ersten, zweiten und dritten Schritt reden, sondern dann müssen Sie zugeben, daß wir die Verfassung ändern müssen, wenn wir im dritten Schritt irgendwann einmal das Kommunalwahlrecht einführen wollen.

(Abg. Haasis CDU: Na also! Ich habe ja nur gesagt, Sie sollten bitte sagen, daß Sie das wollen! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Hat er doch erklärt: Wenn Sie Bedenken haben, dann ändern Sie die Verfassung!)

(Dr. Ulrich Goll)

Oder wollen Sie, daß EG-Staatsbürger sich hier erst einbürgern lassen, damit sie das Wahlrecht bekommen? Irgendwann einmal müssen Sie die Verfassung ändern. Also sagen Sie, daß dieses Argument nicht viel wert ist.

Sie versuchen, uns den Schwarzen Peter zuzuschieben, indem Sie sagen, wir würden etwas zur Unzeit machen. Das mag für Sie zur Unzeit sein, weil Sie sich vom Profil her gerade gerne etwas in Ausländerfeindlichkeit ergehen.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Haasis CDU:
Dann hätte ich hier eine andere Rede gehalten,
Herr Goll!)

Aber ich frage mich: Was paßt besser in ein Europawahljahr als dieser Antrag? Was paßt da besser hinein?

Nochmals zur Sache. Beim Kommunalwahlrecht geht es um örtliche Angelegenheiten.

(Abg. Haasis CDU: Ist das in Ihren Augen gegenüber dem Bundes- und Landeswahlrecht ein minderes Wahlrecht?)

Im Grunde genommen ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir nach drei oder fünf Jahren Aufenthalt in unserem Land Italienern oder Franzosen ein Mitspracherecht über diese örtlichen Angelegenheiten einräumen. Es entbehrt doch wirklich des logischen Zwangs, wenn Sie sagen, zur Mitbestimmung über örtlichen Angelegenheiten bedürfe es eines Staatsbürgerrechts. So etwas kann beim besten Willen nicht überzeugend sein.

Als letztes Stichwort die Integration: Es ist ein Stück Desintegration, politische Desintegration, wenn die Leute nur zu 30 oder 40 % zum Wählen gehen. Natürlich ist es im Umkehrschluß so, daß das Wahlrecht integrierend wirkt. Genau in dem Moment, in dem wir manchmal gerne hätten, daß die Leute bei einer Bürgermeisterwahl zur Urne gehen, ist das, gerade wenn sie es tun, doch ein Prozeß, der sie ein Stück weit in diesen demokratischen Staat integriert.

(Abg. Haasis CDU: Ausländerbeirat machen!)

Darum möchte ich an der Aussage festhalten: Das Wahlrecht auf örtlicher Ebene hat selbstverständlich eine integrierende Wirkung.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Goll hat gerade zu Recht darauf hingewiesen, daß es beim Kommunalwahlrecht darum geht, an den kommunalen Entscheidungen, das heißt an der unmittelbaren Daseinsvorsorge, mitzuwirken. Deshalb ist es angemessen, denen, die seit fünf Jahren, seit zehn Jahren hier leben – der größte Teil der EG-Ausländer lebt ja schon seit über zehn Jahren in der Bundesrepublik –, auch das Kommunalwahlrecht einzuräumen. Das ist keine Abwer-

tung des Kommunalwahlrechts. Wer auf die politische Union verweist und sagt, erst dann, wenn es sie gebe, sei ein Kommunalwahlrecht angemessen, der will letztlich eine solche politische Union nicht,

(Beifall des Abg. Weimer SPD – Abg. Weimer SPD: So ist es! – Lachen des Abg. Haasis CDU)

weil Sie sich ganz genau darüber im klaren sein müssen, daß eine solche politische Union nur schrittweise verwirklicht werden wird, so wie der Gemeinsame Markt ebenfalls schrittweise durch Abbau von Handelshemmnissen verwirklicht wurde und 1992 abgeschlossen sein wird.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Weder Sie, Herr Haasis, noch der Innenminister haben erklärt, was alles noch an wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden muß, bis eine solche politische Union

(Abg. Haasis CDU: Keine wirtschaftlichen Voraussetzungen!)

– das steht doch in der Antwort der Landesregierung! – verwirklicht werden kann. 4 Millionen Europäer, Herr Haasis – das sollten Sie sich einmal vor Augen halten –, machen gegenwärtig vom Recht der Freizügigkeit in Europa Gebrauch. Es ist doch absurd, von denen zu erwarten, daß sie die jeweilige Staatsbürgerschaft erwerben, wenn sie ihre demokratischen Mitwirkungsrechte nicht verlieren wollen. Dann müßte der Betreffende ja ständig die Staatsbürgerschaft wechseln, je nachdem, wo er sich fünf oder zehn Jahre lang aufhält.

(Abg. Haasis CDU: Eben nicht, weil er nur einmal wählen kann!)

Das ist doch unsinnig. Deshalb ist der Weg, den Sie da aufzeigen, nicht gangbar.

Nun zu dem letzten Argument, das der Innenminister gebracht hat.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

– Herr Haasis, Sie sollten einmal zuhören können.

(Abg. Haasis CDU: Das ist daneben, was Sie da sagen! – Abg. Dr. Geisel SPD: Das trifft genau in den Kern! – Gegenruf des Abg. Bütikofer GRÜNE: Aus seiner Sicht ist das natürlich daneben!)

Zum letzten Argument, das der Herr Innenminister gebracht hat, es sei eine Diskussion zur Unzeit: Wenn Sie sagen, ein Beschluß des Europäischen Parlaments, der mit über 80 % der Stimmen gefaßt wurde, dem bis auf drei CDU-Abgeordnete aus der Bundesrepublik, die aus Hessen stammen, alle CDU-Abgeordneten zugestimmt haben, dem aus Baden-Württemberg alle Abgeordneten zugestimmt haben,

(Birzele)

(Abg. Straub CDU: Das haben Sie schon einmal gesagt!)

sei ein Nullum, der würde uns hier überhaupt nicht zu interessieren haben, denn sonst könnten Sie sich nicht zu der Behauptung versteigen, das sei eine Diskussion zur Unzeit,

(Abg. Haasis CDU: Das habe ich nicht gesagt, sondern Sie interpretieren das so!)

dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

Insbesondere eine Bemerkung ist sehr aufschlußreich gewesen.

(Abg. Weimer SPD: Entlarvend!)

Sie behaupten schlicht, es sei doch sonnenklar, daß die EG keine Kompetenz dafür habe. Wenn dies so sonnenklar ist, dann fragen Sie doch einmal Ihren Parteifreund Alber, den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, wie er dazu kommen kann, ein Kommunalwahlrecht als Richtlinie in der EG beschlossen haben zu wollen. Dann lassen Sie sich doch einmal von ihm erklären,

(Abg. Haasis CDU: Das habe ich auch gesagt!)

ob er Papierkorbbeschlüsse fassen will oder nicht. Deshalb: Machen Sie es sich nicht so einfach mit der Ablehnung des Kommunalwahlrechts. Das sind alles vorgeschobene Argumente.

So, wie Sie argumentieren, erhebt sich der Verdacht, Sie wollten zwar ein Europa der Waren, aber Sie haben nicht gezeigt, daß Sie ein Europa der Bürger wollen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schäuble.

Abg. Dr. Schäuble CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem jetzt hier immer wieder von Europa gesprochen wurde, muß ich doch auf eines hinweisen: Wer war es denn, der in den letzten Jahren Europa vorangebracht hat?

(Abg. Weimer SPD: Schäuble! – Heiterkeit)

Es war die Bundesregierung von CDU, CSU und FDP unter Bundeskanzler Kohl.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Speziell der Kohl, genau!)

Wenn ich versuche, mich daran zu erinnern, was die sozialliberale Koalition für Europa getan hat, und sehe, wie Sie heute als Trittbrettfahrer das Wort von Europa in den Mund nehmen wollen, dann fällt mir zu Europa in Ihren Bemühungen überhaupt nichts ein.

(Abg. Köder SPD: Herr Schäuble, erinnern Sie sich, wann das europäische Währungssystem geschaffen wurde?)

Es fällt mir ein, wie die Staatsverschuldung von 40 auf über 200 Milliarden DM gewachsen ist. An dieser Zinslast haben wir heute noch als Erblast zu tragen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Erinnern Sie sich noch an den Herrn Bundeskanzler Schmidt? Erinnern Sie sich an den?)

Es fällt mir ein, wie Sie in der sozialliberalen Koalition alle unangenehmen Probleme, zum Beispiel die Gesundheitsreform, die damals schon längst überfällig gewesen wäre, liegengelassen haben. Das fällt mir dazu ein.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Was hat das mit dem Wahlrecht zu tun? – Abg. Birzele SPD: Beschäftigen Sie sich doch wenigstens mit dem Diskussionsgegenstand!)

Es fällt mir zu Europa bei Ihnen nur ein, daß der damalige Bundeskanzler, der sagenhafte Helmut Schmidt,

(Abg. Haasis CDU: Sagenumwoben!)

sich darauf beschränkt hat, unsere Nachbarstaaten im Stile eines Oberlehrers zu schulmeistern.

(Abg. Köder SPD: Steht das in eurer Musterrede drin? – Abg. Birzele SPD: Herr Ohnewald, solche Leute lassen Sie raus?)

Erst durch die Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl ist überhaupt wieder ein neuer Schwung und Auftrieb für Europa gekommen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es überhaupt keine Frage,

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Wahlkampfrede!)

daß die CDU natürlich nicht nur ein Europa im Sinne einer Wirtschaftsgemeinschaft will, sondern im Sinne einer politischen Union.

(Abg. Birzele SPD: Sie strafen Ihre Parteifreunde Lügen! Sie sind unglaubwürdig!)

– Herr Birzele, jetzt hören Sie gut zu, und achten Sie auf die Nuancen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Der Wahlkampf findet doch da drüben statt!)

Deshalb ist es natürlich auch notwendig – –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Gehen Sie doch einmal zu Kohl! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Ich kann ja wegen Ihnen nicht zum Bundeskanzler gehen, weil wir hier noch sprechen müssen.

(Dr. Schäuble)

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Deshalb ist es auch notwendig, daß wir ein kommunales Wahlrecht für EG-Angehörige einführen, aber, meine Damen und Herren, natürlich nicht einseitig, sondern nur gemeinsam, nur dann, wenn alle zwölf Mitgliedsstaaten der EG dies gemeinsam beschließen. Die entscheidenden Beschlüsse für Europa müssen immer gemeinsam und dürfen nicht einseitig gefaßt werden.

(Abg. Birzele SPD: Dann müssen Sie der Ziffer 1 des Antrags zustimmen!)

Deshalb ist die CDU-Landtagsfraktion der Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl dankbar dafür, daß er Europa so vorangebracht hat.

(Abg. Birzele SPD: Dann stimmen Sie der Ziffer 1 zu!)

Diese erfolgreiche Politik muß – das muß ja auch in Ihrem Sinne sein, wenn Sie von Europa sprechen – fortgeführt werden. Wir sind auch dafür, daß zum richtigen Zeitpunkt gemeinsam das Wahlrecht für die EG-Angehörigen eingeführt wird,

(Abg. Dr. Weingärtner SPD: Wann der richtige Zeitpunkt ist, das bestimmt der Herr Schäuble! – Abg. Dr. Geisel SPD: Eiertanz!)

aber – meine Herren von der FDP/DVP, dies sollten Sie auch, Herr Kollege Goll, deutlich betonen – im Sinne dessen, was wir mit Blick auf eine politische Union in Europa für die EG-Staatsangehörigen wollen, jedoch nicht ein allgemeines kommunales Ausländerwahlrecht, so wie es die SPD und die Grünen ja ganz offen wollen. Deshalb, glaube ich, müssen Sie hier stark differenzieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Das ist doch unglaublich! – Abg. Köder SPD: Ist das eure Musterrede für die Europawahl?)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren, ich habe keine Wortmeldungen mehr. Wir müssen jetzt darüber befinden, was mit diesem Antrag geschehen soll.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Namentliche Abstimmung!)

Ich frage die Antragsteller. Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Da die CDU-Fraktion zu einem großen Teil zu Herrn Kohl gegangen ist und die Geschäftsführer vereinbart haben, daß deshalb keine kontroversen Abstimmungen stattfinden können, beantragen wir die Überweisung des Antrags an den Innenausschuß.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das freut mich. Vielen Dank. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf, und zwar den ursprünglichen Punkt 7. Ehe ich ihn verlese, darf ich folgendes in Ihre Erinnerung zurück-

rufen: Der bisherige Punkt 6 der Tagesordnung wurde abgesetzt, und der bisherige Punkt 5 der Tagesordnung – Fragestunde – wird als nächster Tagesordnungspunkt aufgerufen. Ich rufe also jetzt Punkt 7 auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt – Verhinderung von Sommersmog – Drucksache 10/410

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags 5 Minuten, für die Aussprache 5 Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rochlitz.

Abg. Dr. Rochlitz GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die meteorologische Vorausahnung des Präsidiums muß hier einmal ausdrücklich gelobt werden. Der Antrag „Verhinderung von Sommersmog“ kommt genau zu einer Zeit, in der die Ozonwerte in diesem Sommer landesweit Spitzenwerte erreicht haben. Es geht uns dabei nicht nur um die Warnung vor dem Sommersmog, sondern wir meinen, daß ganz konkrete Maßnahmen zu seiner Verhinderung ergriffen werden müssen.

Wenn nun erstmals vom Umweltministerium eine Warnung der Bevölkerung erfolgte – übrigens gleichzeitig mit der Warnung, die vom heute so gescholtenen rotgrünen Berliner Senat ausgesprochen wurde –, so werte ich dies als ein erstes positives Ergebnis unseres Antrags. Aber wenn diese Warnung und diese Hinweise in eine dialektische Verharmlosungsstrategie eingebettet werden, dann wird dieser positive Ansatz zur Scharlatanerie. Erlauben Sie mir, die schlimmsten Entgleisungen zur Verharmlosung einmal aufzuspießen:

Da sagte der Staatssekretär, eine eindeutige Schwelle, jenseits derer die beschriebenen Symptome auftraten, sei nicht bekannt. Ein Sprecher des Umweltministeriums meinte, kein Toxikologe könne sagen, ab welcher Größenordnung das Ozon gesundheitsgefährlich sei.

(Abg. Haas CDU: Stimmt das etwa nicht?)

Schließlich haben die Ministerien einen Arzt gefunden, der sich dazu hinreißen ließ, zu behaupten, für Gesunde seien keine Dauerschäden zu befürchten.

Meine Damen und Herren von der Regierungsbank, ich nehme Ihnen nicht ab, mir können Sie das nicht weismachen, daß Sie die VDI-Richtlinie 2310 Blatt 15 nicht gekannt hätten.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Auf drei Seiten werden dort die toxikologischen Wirkungen des Ozons tabellarisch aufgelistet. Wenn Sie letzte Woche behaupteten, es sei keine eindeutige Schwelle bekannt, dann war dies glatt gelogen, Herr Staatssekretär.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Auch Ihnen mußte bekannt sein, daß es außer dem unverbindlichen MIK-Wert des Vereins Deutscher Ingenieure

(Dr. Rochlitz)

einen verbindlichen maximalen Arbeitsplatzkonzentrationswert für das Ozon gibt, der zudem lediglich den hundertsten Teil dessen beträgt, der für das bekannte starke Gift Blausäure gilt. Ozon ist also eine hochtoxische Substanz, zirka hundertmal so giftig wie Blausäure, weil es zu den stärksten oxidierenden Stoffen zählt – das muß man hier einmal als Chemiker sagen –, die die Lungenoberfläche besonders leicht oxidieren können, ja geradezu verbrennen können.

(Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Nennen Sie doch den MAK-Wert, bitte!)

– 0,1 ppm, Herr Scharf.

(Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Na also, 200 Mikrogramm!)

Damit ist es das Giftgas schlechthin, das alle Bürgerinnen – selbst fern von chemischen Industrien, auch fern von der BASF, Herr Scharf – erreichen kann. Leider stellt es in mehrfacher Hinsicht nur die Spitze eines Eisbergs dar, auf den wir aufgelaufen sind:

Erstens ist das Ozon der im Sommer meßbare hervorstechende Indikator für die europaweite unerträgliche Luftverschmutzung durch Stickoxide und Kohlenwasserstoffe.

Zweitens ist es ja nur eine herausragende Komponente aus einer Vielzahl weiterer sogenannter Photooxidantien, zu denen außer dem krebserregenden Formaldehyd noch aggressivere Luftverunreinigungen zählen. So gesehen, ist das Ozonhoch hier unten auf der Erde ein ebenso deutliches Zeichen der Warnung wie das Ozonloch in der Stratosphäre oder das Robbensterben in der Nordsee. Es muß endlich einmal gehandelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Man darf sich nicht weiter hinter der Argumentation, das Ozonproblem sei ein überregionales und europaweites Problem, verstecken. Schließlich sind die Spitzenwerte zum Beispiel nicht von ungefähr in Mannheim, Karlsruhe oder Kehl lokalisiert.

(Beifall der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Nicht von ungefähr wurde im Jahrhundertsommer von 1976 in Mannheim der bisher höchste Halbstundenwert gefunden: 664 Mikrogramm pro Kubikmeter waren es damals, und wir haben die traurige Chance, wieder in diese Gegend zu kommen, wenn nichts getan wird. Wir haben ja schließlich noch nicht einmal Sommer.

Mannheim, Karlsruhe und Kehl ist gemeinsam, daß dort von Raffinerien und chemischer Industrie aus zusätzlich zum Kfz-Verkehr Kohlenwasserstoffemissionen stattfinden, zusätzlich auch Lösungsmitteldämpfe aus Industrie und Gewerbe austreten. Die daraus folgenden Immissionen haben in Mannheim schon zu großflächigen Überschreitungen von leider nur in Nordrhein-Westfalen geltenden Grenzwerten geführt. Doch die Landesregierung – und das ist ein weiterer Skandal – hat diese alarmierenden Meß-

werte bisher der Öffentlichkeit vorenthalten. Diese Meßwerte könnten aber zeigen, daß sehr wohl lokal begrenzte Maßnahmen sinnvoll sein könnten, ja schnellstens umgesetzt werden müßten.

Dazu zählen gemäß den Punkten unseres Antrags: erstens die Drosselung des Betriebs oder die Einstellung von sommersmogrelevanten Betrieben, die Kohlenwasserstoffe oder Lösungsmittel emittieren; zweitens die Einstellung des Kfz-Verkehrs wie beim Wintersmog im gesetzlichen Rahmen einer Sommersmog-Verordnung; drittens viel schnellere Maßnahmen hin zu Tempo-30-Zonen; viertens Begünstigung und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, zum Beispiel mit Umwelttickets usw. Fünftens, meine Damen und Herren, wäre dringend erforderlich, daß im Umfeld der Großstädte, im Umfeld dieser Ballungsräume, die tatsächlichen Ozonspitzenkonzentrationen mit Hilfe von Meßwagen erfaßt werden.

(Abg. Haas CDU: Die finden sich doch dort gar nicht!)

Das, was uns bis jetzt bekanntgegeben wurde, ist doch nur ein niedriger Level,

(Beifall der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

da diese Meßwerte aus den Innenbereichen von Mannheim stammen. Dort sind die Konzentrationen normalerweise niedriger als im Umfeld der Städte. Mannheim hat bis heute noch keinen Meßwagen; er ist nicht nur für Ozonmessungen dringend erforderlich.

Selbstverständlich müssen solche lokalen Maßnahmen begleitet sein von regionalen oder überregionalen Einschränkungen. Die deutlich höhere Ozonbelastung des Rheingraben und des Kraichgaus mit häufigen Überschreitungen von 140 Mikrogramm pro Kubikmeter ließe sich durch Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 80 km/h auf Landstraßen und 100 km/h auf den Autobahnen sehr wohl reduzieren.

Wir müssen weiterhin in Erinnerung bringen, daß Ozon mit den übrigen Photooxidantien am Waldsterben beteiligt ist, ja daß für empfindliche Pflanzen noch niedrigere Werte als der MIK-Wert von 120 Mikrogramm festgelegt worden sind.

Dies heißt: Alle Maßnahmen zur Verhinderung des Sommersmogs bedeuten auch einen Schutz unserer Ökosysteme und unserer Wälder. Und nicht nur ökologischer Schutz wird erreicht, sondern auch Ernteeinbußen und damit wirtschaftliche Verluste durch die von Photooxidantien ausgelösten Vegetationsschäden können eingeschränkt werden.

Lassen Sie mich noch einmal auf die gesundheitlichen Auswirkungen zurückkommen. Neueste toxikologische Ergebnisse haben erbracht, daß bei Kindern aus New Jersey jedes dritte Kind beim Atmen in ozonhaltiger Luft Schwierigkeiten bekam. Das Atemvolumen sackte bei etwa 0,1 ppm Ozon – das sind 200 Mikrogramm pro Kubikmeter – in der Atemluft um 16 % ab. 10 % minus aber gelten

(Dr. Rochlitz)

unter Medizinern schon als gefährlich, und zwar nicht nur für Kinder und Asthmatiker. Hinzu kommt, daß Ozon erwiesenermaßen – ähnlich wie Röntgenstrahlen – das Erbgut schädigen kann. Das Vorhandensein krebserregender und -fördernder Eigenschaften läßt sich nicht eindeutig ausschließen.

Unserem Antrag zuzustimmen bedeutet also, daß vor allem der Gesundheitserhaltung der Schwächsten, der Kinder, der Kranken und der Alten, gedient wird.

(Abg. Haas CDU: So ein Blödsinn!)

Es wäre zudem längst an der Zeit, den Teufelskreis aus Ozonbildung in den bodennahen Schichten und dem Ozonschwund in der stratosphärischen Höhe zu zerstören. Denn je weniger wirksam die Ozonschicht ist, um so mehr wird sie UV-Licht durchlassen, desto leichter bilden sich diese durch Sonneneinstrahlung in der unteren Atmosphäre entstehenden Ozonmengen. Wir sollten alles tun, um diesen Prozeß endlich zu stoppen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haas.

Abg. Haas CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit einem Antrag des Kollegen Sieber hat die CDU-Fraktion das Thema Ozonbildung im August des vergangenen Jahres aufgegriffen. Auch wir haben bereits, wie im Antrag der Grünen, der im Monat September folgte, die Frage der Festlegung eines Grenzwertes für Ozon in den Smog-Verordnungen aufgeworfen und nach der Sinnhaftigkeit gefragt. Die Landesregierung hat in der Antwort, auch zum Antrag der Grünen, deutlich gemacht, daß es sich bei der bestehenden Smog-Verordnung um eine Vorschrift handelt, mit der dem Entstehen besonderer Gefahren bei länger anhaltenden austauscharmen Wetterlagen, insbesondere in den Wintermonaten, begegnet werden soll.

Wir wissen aus Messungen und ersten wissenschaftlichen Erkenntnissen, daß es sich bei der Ozonbildung um großräumig ablaufende Prozesse handelt. Das Umweltbundesamt hat bereits im vergangenen Jahr darüber berichtet, daß Episoden mit gleichzeitigem Konzentrationsanstieg von der Mittelmeerküste bis nach Schweden beobachtet worden sind. Erhöhte Ozonkonzentrationen können deshalb an sonnigen Tagen überall im Bereich des Schönwettergebietes auftreten und sind doch örtlich und zeitlich sehr unterschiedlich.

Bei einer solchen Situation beantragen die Grünen, Gebiete im Lande auszuweisen, in denen es zu erhöhten Ozonkonzentrationen kommen kann, und in diesen Gebieten Warnsysteme zu errichten. An der Stelle ist der Antrag das Papier nicht wert,

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Abg. Dr. Rochlitz GRÜNE: Dann erklären Sie doch einmal die Mannheimer Verhältnisse! – Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Es spricht der ADAC-Vertreter!)

denn wir wissen schon länger, daß die Ozonwerte an verschiedenen Meßstationen am gleichen Tag oft deutlich voneinander abweichen.

Ich komme zu meinen Erklärungen, Herr Rochlitz.

Im letzten Sommer haben die Grünen die Landesregierung kritisiert, weil sie keine Warnungen wegen möglicher Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung ausgesprochen habe, als der MIK-Wert vereinzelt überschritten wurde. In diesem Jahr hat das Umweltministerium die Öffentlichkeit von den gegebenen Umständen in Kenntnis gesetzt, Meßwerte bekanntgegeben und Verhaltensmaßregeln genannt. Und da kommt die SPD und redet von erschreckender Tatenlosigkeit, und die Ozoninformationspolitik wird von SPD und Grünen kritisiert. Dieses Sommerozontheater machen wir nicht mit. Wir werden nicht jeden Sommer einer neuen Diskussion über den Schadstoff der Woche hinterherlaufen,

(Abg. Reinelt SPD: Schaffen Sie den Sommer ab!
– Zuruf von der SPD: Das ist blanker Zynismus,
was Sie hier produzieren!)

sondern wir stellen uns den drängenden Fragen durch konkretes, langfristig ausgerichtetes Handeln,

(Zuruf von den GRÜNEN: Geschwätz!)

um den Problemen der Ozonbildung beizukommen.

Ich zähle Ihnen das noch auf, das angebliche Geschwätz. Das neue Schlagwort der Grünen oder, besser, die neuen Schlagzahlen heißen 30, 80, 100. Damit wollen Sie unseren Bürgerinnen und Bürgern suggerieren, mit diesen Geschwindigkeitsbeschränkungen könnten die entscheidenden Schritte zugunsten unserer Umwelt getan werden.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Das ist falsch! Jetzt spricht der ADAC!)

Mitnichten. Ich sage Ihnen: Sorgen Sie dafür, daß der Stinkbolzen Ibbenbüren entgiftet wird, dann haben Sie exakt

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

– ich weiß, daß Ihnen das nicht behagt –

(Abg. Birzele SPD: Wer hat das in Betrieb genommen? Das ist ja Wahnsinn!)

die gleiche Schadstoffreduktion wie bei einem allgemeinen Tempolimit in der Bundesrepublik. Wenn alle Oppositionsparteien in diesem Parlament, die in anderen Ländern in der Regierungsverantwortung sind, dafür Sorge tragen, daß in diesen Ländern die gleichen Maßnahmen wie in Baden-Württemberg getroffen werden, dann haben wir nicht das 30-, das 80- oder das 100-, sondern das über 1 000fache an Umweltentlastung erreicht.

(Abg. Birzele SPD: Was sollen die mit dem Albrecht machen? – Abg. Bütikofer GRÜNE: Das

(Haas)

ist doch unzumutbar, so eine Rede! Jetzt fehlen nur noch die Atomkraftwerke!

Wir brauchen Effekte, die unserer übermäßig belasteten Luft helfen, die das Waldsterben stoppen, die die Ozonbildung verhindern und unserer Gesundheit dienlich sind. Wir werden konsequent auch in Europa durch Verschärfung der Gesetze für eine effektorientierte Umweltpolitik eintreten.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Effektorientiert!)

Gerade bei der Luftschadstoffbelastung und der Frage der Ozonbildung wird überdeutlich, daß wir mit ausschließlichen Alleingängen keinen Blumentopf gewinnen, weil uns die Nachbarn den Dreck exportieren.

(Abg. Weyrosta SPD: Das muß doch am TÜV liegen, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ich finde es ausgezeichnet, daß Sie sich, Herr Kretschmann, jetzt zu Wort melden, denn ich zitiere Sie aus Ihrer gestrigen Rede:

Heute kann doch niemand mehr bestreiten, daß das Problem der Umweltbelastung und der Umweltverschmutzung erstens das ist, daß es Fernwirkungen hat, zweitens, daß es diffuse Wirkungen hat

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

und drittens – das ist das Gravierendste –, daß Beziehungen zwischen Ursache und Wirkung bei den Hauptproblemen in aller Regel nicht mehr nachgewiesen werden können.

Und da stellt sich Ihr Parteifreund Rochlitz hin und verlangt lokal begrenzte Maßnahmen.

(Abg. Köder SPD: Was schließen Sie jetzt daraus?)

Sie müssen mir einmal erklären, wie das zusammengebracht werden kann.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Die wirken doch nicht lokal begrenzt! Weil sie „Fernwirkungen“ haben! Merken Sie gar nicht, was Sie für einen Schwachsinn reden? – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist eine Gangsterlogik!)

– Ich habe es mir gedacht, daß es Ihnen heute leid tut, daß Sie das gestern gesagt haben. Das habe ich mir schon vorgestellt. Ich habe auch das entsprechende Stichwort zu Protokoll gegeben, Herr Kretschmann.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Wir müssen die Luftverschmutzung wirksam verringern. Ich will Ihnen nur in aller Kürze sagen, was gerade wir in Baden-Württemberg dazu beigetragen haben. Ich erinnere an die grundlegende Veränderung der Vorschriften zur Luftreinhaltung, der Großfeuerungsanlagen-Verordnung,

der Technischen Anleitung Luft, des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, und an die Sanierung von Altanlagen. Das sind die entscheidenden Maßnahmen.

Ich will Sie zweitens an die Initiative der Landesregierung aus dem Jahre 1983 erinnern, die zu den freiwilligen Vereinbarungen mit unseren Energieversorgungsunternehmen geführt hat. Dadurch wurden der Stickoxidausstoß und der Schwefeldioxidausstoß auf ein Viertel des ursprünglichen Wertes reduziert. Das sind konkrete Maßnahmen, die dazu beitragen, daß eine Ozonbildung verhindert wird.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wie beim SO₂ auch! – Abg. Weyrosta SPD: Schade, daß Sie 1970 noch nicht hier waren! Damals ist das von Ihnen alles abgelehnt worden! Lesen Sie einmal die damaligen Protokolle nach! Eine solche Arroganz wie bei Ihnen habe ich noch nie erlebt! Dafür sind Sie zu kurz dabei! – Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Ich erinnere Sie daran, daß die landeseigenen Heizungsanlagen mit erheblichem Aufwand saniert wurden. Wir haben den Ausbau der Gasversorgung vorangetrieben, um die Schwefeldioxidemissionen zu reduzieren, und ein ganz wichtiger Bereich, den wir mit unseren Initiativen angestoßen haben, ist die Reduzierung der Schadstoffe bei den Kraftfahrzeugen.

(Abg. Weyrosta SPD: Sie müssen einmal die Protokolle von 1970 und 1971 lesen! Dann schämen Sie sich! Damals haben Sie uns lächerlich gemacht, als wir Entschwefelungsanlagen gefordert haben!)

Ich will das gar nicht weiter vertiefen. Ich will Sie nur daran erinnern, daß es gerade die CDU-Fraktion war, die hier entscheidende Diskussionen auf den Weg gebracht hat.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Haas, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Haas CDU: Ich komme zum Schluß, Herr Präsident.

(Abg. Weyrosta SPD: Gott sei Dank!)

Ich will Ihnen auch sagen, daß wir noch eine ganze Reihe von Schritten vor uns haben, wenn nicht gerade – –

(Lachen bei den GRÜNEN – Abg. Dr. Schwandner GRÜNE: Ohne Frage! – Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

– Jetzt hören Sie einfach zu, und arbeiten Sie mit uns an diesen Dingen. Dann werden wir die verschmutzte Luft entlasten. – Wir denken daran, daß wir auch im Bereich der Diesel-Pkws zu verschärften Grenzwerten kommen müssen, ebenso wie wir darangehen müssen, die Grenzwerte und die Stickoxid- und die Kohlenwasserstoffemissionen bei den Lkws zurückzuführen.

(Haas)

(Beifall des Abg. Jacobi GRÜNE)

Wir brauchen Konzepte für eine ökologische Verkehrspolitik –

(Abg. Weyrosta SPD: Das tut einem körperlich weh, so etwas anhören zu müssen!)

da stimme ich mit Herrn Rochlitz überein –, und wir brauchen verkehrspolitische Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität und der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel.

(Abg. Weyrosta SPD: Vor zehn Jahren haben Sie uns ausgelacht, als wir das gefordert haben!)

Lieber Herr Weyrosta, wir warten nicht, ob die Wetterlage eine Diskussion um Ozonbildung rechtfertigt oder nicht, sondern wir tragen durch eine verantwortliche Politik im Land, im Bund und in Europa dazu bei, daß es zu wirklichen Entlastungen unserer mit zuviel Schadstoff überfrachteten Luft kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Guten Nachhauseweg! Ich hoffe aber, daß Sie nicht ins Ozonloch fallen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Seltenreich.

Abg. Seltenreich SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem, was der Kollege gerade ausgeführt hat, könnte ich jetzt meine Rede eigentlich wegwerfen.

(Abg. Haas CDU: Dann tun Sie es doch!)

Aber ich halte meine Rede trotzdem.

„Alle Jahre wieder“ ist das Motto, unter der die Diskussion um erhöhte Ozonwerte in Baden-Württemberg läuft. In diesem Jahr findet die Auseinandersetzung über dieses Thema etwas früher statt. Aufgrund des ungewöhnlich sonnigen Maiwetters sind bekanntermaßen die Ozonwerte bei uns stark angestiegen und haben in verschiedenen Landesteilen zur Überschreitung von Richtwerten geführt.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Die Sonne ist nicht schuld!)

Ozon ist ein natürlicher Bestandteil der Luft, der normalerweise bei uns in Mengen von 20 bis 90 Mikrogramm pro Kubikmeter vorkommt. In höheren Schichten der Atmosphäre schützt die Ozonschicht unsere Erde vor schädlicher Sonneneinstrahlung.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Die Sonne ist nicht schuld!)

In bodennahen Luftschichten wird ein Ansteigen der Ozonkonzentration zum Problem. Schon bei einem MIK-Wert von 100 Mikrogramm je Kubikmeter Luft wird der Wuchs von Pflanzen nachteilig beeinflusst und damit zum Beispiel

auch das Waldsterben begünstigt. Ab 120 Mikrogramm beeinflußt Ozon die Leistungsfähigkeit von Arbeitern und Sportlern. Bei weiterem Ansteigen der Konzentration nimmt die gesundheitliche Belastung bis hin zur Schädigung der Atmungsorgane zu.

Nachdem schon seit Jahren von allen Fraktionen im Landtag wirksame Maßnahmen gefordert wurden, war bislang die Regierung nicht in der Lage, befriedigende Lösungen aufzuzeigen. Trotz des Wissens um die jährlich wiederkehrende Ozonbelastung mit den damit verbundenen gesundheitlichen Belastungen und Gefährdungen insbesondere von chronisch Kranken, Älteren und Kindern hat das Umweltministerium bislang keine Absichten erkennen lassen, zumindest ansatzweise etwas gegen den Sommersmog zu unternehmen. Dabei ist der eigentliche Sommer noch gar nicht da. Aber es ist natürlich so: Ein Smogalarm macht noch keinen Sommer. Das stimmt.

Auf unsere Anfragen der letzten Jahre kommt immer die gleiche stereotype Antwort des Herrn Baumhauer, daß aufgrund der „Großflächigkeit“ des Problems in Baden-Württemberg keine geeigneten Maßnahmen zur Reduktion der Ozonbelastung durchgeführt werden könnten.

Die gemessenen Ozonkonzentrationen der letzten Tage zeigen vielerorts eine deutliche Überschreitung des VDI-Richtwerts von 120 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Und das nicht nur in Höhenlagen des Schwarzwalds, wo Ozon eine höhere natürliche Konzentration hat, sondern vor allem auch in Ballungsgebieten wie zum Beispiel in Mannheim mit Konzentrationen von über 220. Folgerichtig haben aufgrund der Messungen der LfU Regierungsvertreter individuelle Ratschläge zur Vermeidung von Ozonaufnahme durch sogenannte Risikogruppen gegeben. Ein vorbeugendes Konzept zur wirksamen Reduzierung der Ozonwerte fehlt dagegen allerdings gänzlich.

Die Druckmedien schrieben dazu süffisant: „Die Regierung hat die Fähigkeit zu messen, aber nicht die Fähigkeit zu handeln.“ Was nützen gemessene Ozonkonzentrationen, wenn die Ergebnisse gesammelt und aufbewahrt, Konsequenzen jedoch nicht gezogen werden? Die Emissionen von Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen, die die Voraussetzung für die Bildung von Ozon darstellen, müssen endlich wirkungsvoll reduziert werden. Die Aufnahme eines Ozongrenzwerts in die Smog-Verordnung würde die Einschränkung des Betriebs von Feuerungsanlagen und des Autoverkehrs ermöglichen. Der Smogalarm muß nach unserer Meinung schon bei einem Wert von 120 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft – das ist die kritische Grenze für den Menschen – ausgelöst werden.

Wir halten die Einschätzung des Herrn Baumhauer für falsch, daß erhöhte Ozonbelastung im Sommer nur ein übergeordnetes Problem sei und daher keine regionalen Maßnahmen ergriffen werden müßten. Wie kommt es denn, daß Mannheim in der letzten Zeit einen Wert von über 222 Mikrogramm aufzuweisen hatte, obwohl es zirka 80 m über dem Meeresspiegel liegt und bekanntermaßen die höheren Ozonkonzentrationen im Gebirge gemessen werden?

(Seltenreich)

Mannheim hatte vorgestern eine Ozonkonzentration von 190 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft erreicht, das nahe Weinheim eine Konzentration von „nur“ 110 Mikrogramm und Heidelberg eine solche von 180. Insgesamt war die Bandbreite der Messungen von 80 bis 190 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Offensichtlich sind doch regionale Einflüsse vorhanden, die folgern lassen, daß sich der Ozonpegel mit regionalen Maßnahmen doch nach unten drücken läßt.

Außerdem nützt es den kranken und alten Menschen und Kindern recht wenig, daß das Land nichts unternimmt, wenn andere in einem übergreifenden Ozonbelastungsgebiet auch nichts tun.

(Beifall der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Irgendwo muß man ja wohl mit der Schadstoffreduzierung anfangen.

(Abg. Haas CDU: Das tun wir doch! Als einziges Bundesland sogar!)

Deswegen können wir zu Recht die Frage stellen, was Sie bisher zur überregionalen Minderung der Ozonkonzentration im Sommer getan haben.

Wir stimmen dem Antrag Drucksache 10/410 der Grünen zu, Ozon in die Smog-Verordnung aufzunehmen. Allerdings ist uns der Vorwarnwert des eineinhalbfachen MIK-Wertes noch zu hoch. Wir fordern daher, daß als Vorwarnwert eine Ozonkonzentration von 120 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft in die Smog-Verordnung aufgenommen wird.

An erster Stelle müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Ozonkonzentration gar nicht erst anwachsen zu lassen. Ich erinnere an so einfache Möglichkeiten wie die Einführung des Katalysators und des Tempolimits. Eine pfiffige Lösung, um des Autoverkehrs beispielsweise in den Städten Herr zu werden, zeigen uns die Schweden. In Stockholm müssen Autofahrer in Zukunft, wenn sie mit dem Auto in die Innenstadt fahren wollen, als Mautgebühr eine Monatskarte der S-Bahn kaufen. Damit können sie die Bahn benutzen, oder sie müssen die Fahrkarte als Einfahrausweis im Auto anbringen. Dies wäre auch eine Möglichkeit, um der Entstehung von Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen und damit auch der Ozonbildung zu begegnen.

Ihre Ratschlagpolitik führt dazu, daß die Diskussion um das Ozon auf dem Rücken der Schwächsten unserer Gesellschaft, der Kinder, der kranken und der älteren Menschen, der sogenannten Risikogruppen, ausgegossen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und den GRÜNEN)

Wäre das Thema nicht so ernst, würde ich der Landesregierung empfehlen, trotz angespannter Haushaltslage einen Regenmacher einzustellen.

Ich appelliere an Sie: Reden Sie nicht nur, geben Sie nicht nur weise Ratschläge, sondern handeln Sie.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scharf.

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ozon in geringen Konzentrationen ist ein normaler Bestandteil der Luft in den bodennahen Schichten der Atmosphäre. Diese natürlichen Konzentrationen sind für Pflanze, Tier und Mensch unbedenklich. Ozon bildet sich vorwiegend in der Stratosphäre in etwa 25 bis 30 km Höhe und wird von dort durch atmosphärische Zirkulation in niedrigen Konzentrationen in erdnahe Schichten gebracht.

(Abg. Reinelt SPD: Ach was?)

Daneben bildet sich aber zusätzlich in bodennahen Luftschichten Ozon durch intensive Sonneneinstrahlung und durch die in der Luft vorhandenen Schadstoffe Stickstoffoxid und Kohlenwasserstoff,

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Die Sonne ist nicht schuld!)

wodurch es zeitweise bei sommerlichen Hochdrucklagen zu stark erhöhten Konzentrationen von bis zu über 600 Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter Luft kommen kann. Dabei treten die hohen Konzentrationen besonders in höhergelegenen Waldgebieten und in ländlichen, also als Reinluftgebiete eingestuften Regionen auf, wo man solche Werte zunächst wohl weniger erwarten würde als in Ballungsräumen. Das ist mit dem Umstand zu erklären, daß es sich bei den Stickoxiden, die durch die Autoabgase in die Luft gelangen, um niedere Oxidationsstufen des Stickstoffs handelt, die ihrerseits mit dem sehr reaktionsfreudigen Ozon zu Stickstoffdioxid reagieren und dadurch das Ozon abbauen. Das so gebildete Stickstoffdioxid wird durch Luftströme in die Reinluftgebiete getragen. Dort kann es mit Kohlenwasserstoffen bei starker Sonneneinstrahlung die Bildung von Ozon bewirken.

Nebenbei: Diese Kohlenwasserstoffe können durchaus natürlichen Ursprungs sein. Sie wissen, auch Bäume emittieren Kohlenwasserstoffe.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Warum müssen Sie das betonen? – Abg. Brinkmann SPD: Sind Sie sicher, oder glauben Sie daran?)

– Natürlich glaube ich daran. Das ist nachgewiesen. Das ist gemessen, Herr Brinkmann.

Experimentelle und epidemiologische Untersuchungen haben ergeben, daß bei Ozonkonzentrationen ab zirka 120 bis 240 Mikrogramm pro Kubikmeter erste Beschwerden bei Menschen auftreten. Da gibt es unterschiedliche Untersuchungen und unterschiedliche Angaben; aber es ist unbestritten, daß Beschwerden auftreten. Es ist auch bekannt, daß es da einen gewissen Einschleifeffekt gibt. Wenn Sie mit niedrigen Konzentrationen anfangen, hält die Versuchsperson oder auch das Versuchstier viel höhere Konzentrationen aus.

(Dr. Scharf)

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Keine Tierversuche bitte! - Abg. Reinelt SPD: Das heißt, man muß sich nur möglichst lange darin aufhalten!)

Wir gehen davon aus, daß diese Ozonkonzentrationen plötzlich aus heiterem Himmel im wahrsten Sinne des Wortes auftreten.

Weil diese Gefährdung oder Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit bekannt ist, haben einige Länder Grenzwerte für die Warnung der Bevölkerung festgelegt, so zum Beispiel einige Kantone in der Schweiz einen Grenzwert von 180 Mikrogramm pro Kubikmeter und die USA einen solchen von 240 Mikrogramm pro Kubikmeter. In Deutschland existiert zur Zeit als offizieller Wert lediglich der MAK-Wert, also die maximale Arbeitsplatzkonzentration, der für Ozon bei 200 Mikrogramm pro Kubikmeter liegt. Das bedeutet, man geht davon aus, daß ein Mensch arbeitstäglich und lebenslang dieser Konzentration ausgesetzt sein kann, ohne daß man gesundheitliche Schäden erwartet.

(Abg. Haas CDU: Hört, hört!)

Das ist die Definition des MAK-Wertes.

Vorliegende langjährige Messungen von Ozonkonzentrationen zeigen, daß überall in Deutschland in jedem normalen Sommer und für längere Zeiträume der vom VDI empfohlene MIK-Wert von 120 Mikrogramm pro Kubikmeter überschritten wird. Es fällt dabei auf, daß zum Beispiel in Karlsruhe-West die gemessenen Maximalwerte zwischen 145 Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahre 1979 und 668 Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahre 1977 schwanken. Es ist zum Beispiel im Zeitraum von 1976 bis 1984 bei dieser Meßstelle wie auch bei anderen kein Gang in den Werten zu beobachten, das heißt, die Werte schwanken unregelmäßig von Jahr zu Jahr. Diese Tatsache, daß zum Beispiel trotz zunehmender Verkehrsdichte und damit erhöhten Schadstoffausstoßes die Ozonwerte nicht parallel dazu ansteigen, sondern ihre Entwicklung teilweise sogar gegenläufig ist, bedarf natürlich noch weiterer Klärung. Daraus kann man auch schließen, daß die Schadstoffkonzentration zumindest nicht allein für das Auftreten erhöhter Ozonkonzentrationen verantwortlich gemacht werden kann.

Unter diesen Umständen ist es derzeit wohl nicht möglich, bestimmte Gebiete als vorausschaubare Sommersmoggebiete zu klassifizieren. Denn das schwankt immer wieder. Es fehlen noch die erforderlichen Daten und Meßergebnisse, um eine sinnvolle und fachlich begründbare Sommersmog-Verordnung zu erlassen.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, die in ihrer Antwort zugesagten Erhebungen und Untersuchungen zu diesem Problem beschleunigt voranzutreiben,

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

damit auf der Grundlage von umfassenden und fundierten Daten und Erkenntnissen eine sinnvolle Regelung zum Schutz der Bevölkerung erfolgen kann.

Unabhängig davon müssen wir alle Maßnahmen, die zu einer Reduzierung der Schadstoffemissionen durch Verkehr, Haushalt und Industrie führen, weiter nachhaltig verstärken,

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Haas CDU)

wie zum Beispiel endlich die verbindliche Einführung des Katalysators und des zwischenzeitlich von uns wiederholt geforderten gespaltenen Tempolimits. Damit würden wir das Übel an der Wurzel packen und nicht nur auf Mißstände reagieren.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP - Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Welcher Katalysator?)

- Der Dreiwegekatalysator natürlich. In der Zwischenzeit haben wir schon einige Male die Einführung des gespaltenen Tempolimits vorgeschlagen. Viel wirkungsvoller als eine Geschwindigkeitsbeschränkung ist der Katalysator. Beim Katalysator haben wir eine 90prozentige Reduzierung der Schadstoffemissionen, bei der Geschwindigkeitsreduktion nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Haas CDU)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Kretschmann, Sie haben um das Wort gebeten. Ich erteile es Ihnen. Herr Abgeordneter, ich bitte aber, die knappe Redezeit zu beachten.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Haas, Sie haben einen Satz aus meiner gestrigen Rede zitiert. Ich habe gesagt, daß die Schadwirkungen von Emissionen über Fernwirkungen individuell - das war jedenfalls in dem Sinnzusammenhang eindeutig - nicht nachgewiesen werden können. Das heißt, der einzelne Mensch kann nicht sagen: „Ich bin durch diese oder jene Emission erkrankt.“ Sie haben mir das Wort im Mund herumgedreht.

(Abg. Haas CDU: Ich habe Sie nur zitiert!)

Sie haben nämlich den Eindruck erweckt, als könnten wir, da Fernwirkungen von Schadstoffen nicht mehr auf ihre individuelle Schadenspotenz nachgewiesen werden könnten, im Sinne der Beziehung von Ursache und Wirkung am Ort auf die Emissionsvermeidung verzichten. Damit haben Sie mir wirklich das Wort im Mund herumgedreht. Das ist eine finstere Methode.

(Abg. Haas CDU: Das ist Ihre Politik! Heute so und morgen so! - Gegenruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Ich möchte Ihnen eines sagen: Ich habe mich bereit gefunden, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Aber wenn Sie den Versuch machen, mich vorzuführen, indem Sie mir das Wort im Mund herumdrehen, dann ist es damit aus. Ich habe keine Lust, für euch den Hampelmann zu spielen, hier ehrlich zu argumentieren, wenn ihr mir nachher das Wort

(Kretschmann)

im Mund herumdreht. Wenn das Versuche sind, die über Ihre Person hinausgehen, dann mache ich keine Minute mehr länger mit. Das möchte ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Baumhauer.

Staatssekretär Baumhauer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kritisieren ist leichter als handeln.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wir haben als erstes Bundesland auf die Problematik der Ozonbelastung und der erhöhten Ozonwerte hingewiesen. Ich habe am 23. Mai eine Presseerklärung abgegeben. Alle anderen Bundesländer kamen nach uns. Erst dadurch, daß wir auf die Problematik hingewiesen haben, ist dieses Problem in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Zum Beispiel hat der Umweltminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Matthiesen, viele Tage nachdem wir bereits an die Öffentlichkeit gegangen waren, einen Brief an Herrn Töpfer geschrieben, uns eine Durchschrift geschickt und uns darum gebeten, mit ihm dafür einzutreten, nach der TA Luft Grenzwerte für Ozon festzulegen.

Ich darf Ihnen auch mitteilen, daß wir uns auf Bundesebene bemühen, das Bundes-Immissionsschutzgesetz erneut zu novellieren, und daß wir leider – auch bei der SPD – auf wenig Gegenliebe stoßen. Die Verhandlungen in der Umweltministerkonferenz werden sicherlich nicht an uns, dem Land Baden-Württemberg, scheitern.

Für uns ist diese Problematik auch gar nicht neu, sondern sie wird innerhalb der Landesregierung seit vielen Jahren behandelt. Deshalb waren wir auch für die Problematik sensibilisiert, und wir haben uns als erste zu Wort gemeldet.

Ich habe mir manchen bissigen Kommentar eingehandelt. Sie haben das ja nachgelesen. Die Presseberichte haben sich dann geändert. Ich habe heute mit einigen Journalisten gesprochen, die mich kritisiert und gesagt haben: „Der Baumhauer macht in Hysterie. Was soll denn das alles? Sollen wir keinen Sport mehr treiben? Dürfen wir nicht mehr Fußball spielen?“ Man hat das alles überzogen. Ich habe heute einigen der Kommentatoren sagen können: Sie sind aber ganz schön schiefgelegen. Die Journalisten haben mir das auch bestätigt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Muscheler-Frohne?

Staatssekretär Baumhauer: Ich will jetzt im Zusammenhang argumentieren, hinterher gerne, wie gestern auch, Frau Muscheler-Frohne. Ich weiche dem überhaupt nicht aus.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Frau Muscheler-Frohne, Sie melden sich dann noch einmal zu Wort.

(Zustimmung der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Staatssekretär Baumhauer: Wir haben auch auf die Richtwertproblematik hingewiesen. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß es Hinweise der Weltgesundheitsorganisation und auch des Vereins Deutscher Ingenieure gibt. Das alles ist von uns in aller Offenheit in einer Pressemitteilung dargelegt worden. Wir haben auf Kalifornien hingewiesen, und wir haben auch all die Werte definiert und deutlich gemacht, daß dies Vorsorgewerte sind und dies hinsichtlich der gesundheitlichen Problematik selbstverständlich auch Probleme mit sich bringt.

Sie haben wohl gelesen, daß einer der Mediziner geschrieben hat, daß das Passivrauchen sehr viel problematischer sei als das, wovor wir gewarnt haben. Er hat dargestellt, er habe sich in einer Klimakammer dem Zehnfachen des Ozonwerts ausgesetzt, den wir bei der Grenzwertproblematik dargestellt haben, und er habe keinen Schaden genommen.

Ich habe etwa zehnmal in Interviews versucht, unsere Position deutlich zu machen. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß wir in unseren 38 Luftmeßstationen auch das Ozon messen. Wir haben in aller Offenheit gesagt, wie oft die 120 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft überschritten worden sind. Wir haben darauf hingewiesen, wenn 180 Mikrogramm überschritten wurden. Wenn der Wert 200 Mikrogramm überschritten wurde, haben wir ständig die Werte publiziert, wohl wissend, daß dies nicht überall auf Verständnis stößt.

Wir haben uns – und da sind wir in voller Übereinstimmung in der Einschätzung, daß Probleme bei der Lungenfunktion und ähnliches auftreten können – die Aussagen der Mediziner zu eigen gemacht, und ich habe diese in vielen Darstellungen der letzten Zeit zitiert.

Was ist zu tun, und was haben wir getan? Wir haben als erstes Bundesland einen Ozoninformationsdienst bei unserer Landesanstalt für Umweltschutz eingerichtet. Dort können auch Prognosen abgefragt werden. Mein Mitarbeiter, Herr Leitender Ministerialrat Dr. Palandt, hat mich soeben darüber informiert, daß ihm Anfragen auch aus der Schweiz, aus Österreich und aus Frankreich dazu zugegangen sind, wie wir das gehandhabt haben; denn wir haben die Aufmerksamkeit auf uns gezogen.

Wir haben auch ein Falblatt entwickelt, in dem wir die ganze Problematik deutlich machen und das wir in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit übergeben wollen.

Meine Damen und Herren, ich habe auch spüren müssen – es ist, wie ich meine, von einem der Kollegen auch gesagt worden –, daß die Bevölkerung das häufig nicht begriffen hat. Es wurde gesagt: Einerseits gibt es zuwenig Ozon – sie meinten das, was wir in der Stratosphäre zuwenig haben –, und andererseits gibt es zuviel Ozon.

(Staatssekretär Baumhauer)

(Abg. Pfister FDP/DVP: Unten ist es schlecht, oben ist es gut!)

Ich habe mich immer wieder bemüht, deutlich zu machen, daß es sich um zwei unterschiedliche Phänomene handelt, daß das übermäßige Ozon in der bodennahen Schicht, in der Troposphäre, Probleme schafft, daß wir aber gern etwas mehr Ozon in der Stratosphäre hätten. Bei der Umweltproblematik gibt es häufig den Fall, daß schwierige naturwissenschaftliche, physikalische Zusammenhänge in der Öffentlichkeit nur sehr schwer verständlich gemacht werden können.

Wir haben daraus Konsequenzen gezogen und darauf hingewiesen, daß dies ein großräumig ablaufender Prozeß ist, ohne damit sagen zu wollen, daß wir nichts tun können. Wir wollten deutlich machen, daß das ein umfassendes Problem ist und wir nur weiterkommen, wenn auch die anderen mitspielen, zumal es sich bei den Stickoxiden und den Kohlenwasserstoffen um die Vorläufersubstanzen des Ozons handelt. Wir haben dann auch auf alle möglichen Dinge hingewiesen, die der einzelne tun kann. Natürlich kann er auch seinen Pkw stehen lassen und damit seinen Beitrag leisten.

Im übrigen hat Baden-Württemberg – das ist vom Umweltminister hier verschiedentlich vorgetragen worden – in der Umweltministerkonferenz durchsetzen können, daß man zu einem Beschluß über die Emissionen im Kraftfahrzeugverkehr gekommen ist. Wir haben das ja x-mal miteinander abgehandelt, und es ist einer der Bausteine, die wir da mit einbringen, um von den Belastungen herunterzukommen, damit dann, wenn wieder eine solche Hochdruckwetterlage kommt, die entsprechende Vorsorge getroffen werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesem Thema greifen Sie uns ganz sicherlich an der falschen Stelle an, wenn Sie sagen, wir hätten nicht richtig reagiert oder wir hätten nicht die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Herr Kollege Haas hat ja schon auf einiges hingewiesen. Ich will natürlich nicht darüber mit Ihnen streiten, lieber Herr Weyrosta, wer was zuerst gemacht hat.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Wir haben zur Zeit viel Besuch aus den Ostblockstaaten. Ich hatte den bulgarischen Umweltminister zu begleiten, der Altbach besuchte. Er war von dem, was wir dort in der Entstickung und in der Entschwefelung machen, wirklich beeindruckt. Wir wissen ja alle, daß es die Stickoxide sind, die uns die große Problematik bescheren. Unser Weg ist ja dargelegt worden, nämlich im Kfz-Bereich den Dreiwegkatalysator verbindlich vorzuschreiben.

Ich will nun nicht alle Punkte der Luftreinhaltepolitik darlegen und nicht erneut vor Ihnen referieren. Ich möchte Ihnen aber sagen: Sowohl was die Öffentlichkeitsarbeit anbelangt als auch mit dem, was wir an konkreten Maßnahmen zur Luftreinhaltung tun, kann sich Baden-Württemberg weiß Gott sehen lassen.

Ich will es damit bewenden lassen, aber der Frau Kollegin noch die Gelegenheit zu einer Frage geben. Das habe ich ja zugesagt.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Frau Abg. Muscheler-Frohne.

Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Herr Baumhauer, wir sind auch deshalb aktiv geworden, weil wir uns geärgert haben bzw. weil wir es etwas unredlich fanden, daß Sie zwar die richtigen Analysen gemacht – Sie haben die Werte an die Öffentlichkeit gegeben, und das wollen wir hier überhaupt nicht niedermachen oder geringschätzen –, aber nicht die richtigen Konsequenzen gezogen haben. Mich würde interessieren, was Sie dazu sagen. Sie haben nämlich sofort im nächsten Satz ihrer Pressemitteilung erklärt, ein Fahrverbot bzw. ein Tempolimit komme aber nicht in Frage.

Meine zweite Frage, die ich auch noch an Sie stellen will: Warum warnen Sie nur vor Langstreckenlauf? Sie wissen doch ganz genau, daß jedes Kind, das draußen herumtobt, jeder Bauer, der draußen arbeitet, jeder Bauarbeiter, jeder Mensch, der draußen intensiv arbeitet – das sind doch sehr viele –, im Grunde die gleiche erhöhte Atmung hat wie ein Langstreckenläufer. Diese Vorgehensweise fanden wir einfach unseriös.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Baumhauer: Frau Muscheler-Frohne, ich weiß nicht, wieweit Sie alles verfolgt haben. All das, was Sie jetzt angesprochen haben, habe ich gesagt, nur mit der Einschränkung, daß nämlich die Belastungsfähigkeit des einzelnen sehr individuell und unterschiedlich ist. Daß wir gewarnt haben, hat mir, wie ich bereits sagte, den Vorwurf eingebracht, wir hätten in Hysterie gemacht. Das war aber nicht der Fall. Ein Reporter hat mir zum Abschluß eines Interviews gesagt, er wolle am Abend Fußball spielen, und – natürlich mit einem ironischen Unterton – gefragt, ob er das tun solle oder nicht. Ich habe ihm dann sagen müssen, er müsse selbst beurteilen, wie belastbar er sei, weil jeder eine andere Belastbarkeit habe.

Unser Problem war es in den vergangenen Tagen, einerseits objektiv zu informieren – darum haben wir uns bemüht – und andererseits zu vermeiden, daß man in Hysterie ausbricht. Mich hat zum Beispiel die Landwirtschaft sehr beschimpft und gesagt: „Was glauben Sie denn eigentlich, was unsere Bauern jetzt tun sollen, wenn die Sonne scheint und sie das Heu draußen machen müssen? Sagen Sie mal, sind Sie denn noch voll bei Verstand?“

Was ich mir also in den letzten Tagen von der einen wie von der anderen Seite habe anhören müssen,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Si tacuisses!)

bringt mich zu der Erkenntnis, daß wir es aus unserer Sicht richtig gemacht haben. Auch beim Kfz-Verkehr habe ich lediglich gesagt, daß lokale Bezüge keinen Wert haben, weil – das ist, glaube ich, von Ihnen, Herr Dr. Scharf, gesagt worden – das Ozon sich dort am schlechtesten abbaut, wo die Luft am reinsten ist. Es ist eben das

(Staatssekretär Baumhauer)

Problem, daß man die Luftbelastung nicht in eine Korrelation zu der Höhe der Ozonwerte bringen kann, und das macht es natürlich in diesen austauscharmen Wetterlagen so schwierig.

Wie gesagt, im Moment ist es so, daß für eine Sommermog-Verordnung die Rechtsgrundlage nicht vorhanden ist, weil das Bundes-Immissionsschutzgesetz uns nur in den austauscharmen Wetterlagen, sprich im Wintersmog, die Grundlage gibt. Deshalb bemühen wir uns, in Bonn zu erreichen, daß das Bundes-Immissionsschutzgesetz erneut novelliert wird und dann dort auch die Grenzwerte mit hineingenommen werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mithelfen würden, daß die Bemühungen von Baden-Württemberg in Bonn unterstützt werden.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Staatssekretär, es liegen mir noch zwei Wortmeldungen zu Zwischenfragen vor. Sind Sie damit einverstanden?

Staatssekretär Baumhauer: Ja, gerne.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Zuerst Herr Abg. Dr. Rochlitz und dann Herr Abg. Dr. Scharf.

Abg. Dr. Rochlitz GRÜNE: Herr Staatssekretär, ich hätte doch ganz gerne einmal gewußt, wie Sie sich diese lokalen Spitzen in Mannheim, Karlsruhe und Kehl erklären und wie Sie sich erklären, daß längs des Rheingrabens diese erhöhten Ozonkonzentrationen auftreten. Das als erste Frage.

Dann hätte ich zweitens ganz gerne gewußt, ob Sie mit mir darin übereinstimmen, daß die jetzt gemessenen Spitzenwerte in Mannheim wahrscheinlich noch übertroffen werden von den Ozonwerten im Umfeld dieser Städte, dort, wo dann tatsächlich diese photochemischen Prozesse ablaufen.

Staatssekretär Baumhauer: Herr Kollege Rochlitz, ich habe Ihnen ja gesagt, daß man da keine Korrelation herstellen kann und daß wir auch nicht an jedem Punkt des Landes Baden-Württemberg messen können. Wir messen derzeit an 38 Stellen. Das ist unser Luftmeßnetz, und wir werden dieses natürlich auch noch verdichten. Wir sind dabei, dies zu tun. Insoweit kann ich die Werte nennen, die uns zur Verfügung stehen und die gemessen worden sind. Ich glaube kaum, daß ein anderes Bundesland im Luftbereich in diesem umfassenden Maße mißt, wie wir dies tun.

Was nun Ihre andere Frage anlangt: Die klimatischen Verhältnisse am Rheingraben entlang führen dazu, daß es zu diesen hohen Ozonwerten kommt. Wir haben ja noch so eine klimatische Zone, wo auch hohe Ozonwerte vorhanden sind. Es sind eben zwei Dinge: Es sind die Stickoxide, und es sind die Kohlenwasserstoffe. Hinzu kommt die klimatische Voraussetzung, die entlang des Rheingrabens sich so darstellt, daß wir dort immer erhöhte Ozonwerte haben.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Die Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Scharf, bitte.

Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Herr Staatssekretär, ich habe schon einmal im Umweltausschuß die Frage gestellt, ob dem Umweltministerium bekannt ist, wie hoch die Ozonkonzentration in öffentlichen Schwimmbädern ist, die ozonisiert werden. Wir verwenden ja Ozon zur Desinfizierung von Schwimmbädern.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Was hat das damit zu tun? – Abg. Brinkmann SPD: Ist das in der BASF nicht bekannt? – Glocke des Präsidenten)

– Wir haben kein Schwimmbad, Herr Brinkmann. Wir produzieren.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Ist Ihre Frage abgeschlossen, Herr Abg. Dr. Scharf? – Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Baumhauer: Ich muß im Moment passen. Das ist eine Frage, die natürlich im Gesundheitsministerium untersucht wird und wo auch gemessen wird. Aber bevor ich da etwas Falsches sage, will ich lieber zugeben, daß ich das im Moment nicht auswendig weiß.

(Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Denn dort strengt man sich ja meistens an!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Damit ist die Aussprache beendet, und wir müssen noch darüber beschließen, was mit dem Antrag geschieht. Ich frage die Antragsteller. Herr Abg. Dr. Rochlitz!

(Abg. Dr. Rochlitz GRÜNE: In den Umweltausschuß!)

– In den Umweltausschuß. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Fragestunde – Drucksache 10/1644

Es liegen insgesamt sieben Mündliche Anfragen vor. Zunächst darf ich zu der Mündlichen Anfrage des Herrn Abg. Bebbler bemerken, daß dieser damit einverstanden ist, daß diese Anfrage schriftlich beantwortet wird. Er wird sie daher nicht zur Verlesung bringen.

*

Mündliche Anfrage des Abg. Wolfgang Bebbler SPD – Computer für Bedienstete des Staatlichen Hochbauamts Heilbronn

Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, daß Bedienstete des Staatlichen Hochbauamts Heilbronn von Baufirmen Computer geschenkt erhalten haben, die die Bediensteten auf Bitten des Hochbauamts zu dienstlichen Zwecken verwenden sollen?

Schriftliche Antwort des Finanzministeriums

Der Amtsvorstand des Staatlichen Hochbauamts Heilbronn hat berichtet, daß zwei Mitarbeiter seines Amts mit seiner Billigung private Computer dienstlich benutzen. Er weist die Unterstellung, diese Computer seien den Mitarbeitern von Baufirmen geschenkt worden, entschieden zurück. Dem Finanzministerium liegen Erklärungen der betroffenen Mitarbeiter vor, wonach sie die Computer mit eigenen Mitteln erworben haben. Aufgrund dieser Erklärungen möchte ich unsere Mitarbeiter vor Verdächtigungen in Schutz nehmen, solange für diese keine Beweise vorgelegt werden.

Die Landesregierung würde die unentgeltliche Überlassung von Computern an Mitarbeiter, wie sie in der Anfrage unterstellt wird, nicht dulden. Sie erhebt aber keine Einwendungen dagegen, daß besonders interessierte und motivierte Mitarbeiter zum Zwecke der Erprobung und des Sammelns von Erfahrung mit Wissen des Behördenleiters privateigene Hilfsmittel dienstlich einsetzen.

*

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Ich rufe die Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Döring FDP/DVP – Entschädigung wegen PCB-kontaminierter Futtermittel

Herr Abg. Dr. Döring, ich erteile Ihnen das Wort zur Verlesung der Anfrage.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe zwei Fragen mit folgendem Wortlaut:

- a) Treffen Hinweise zu, daß aufgrund fehlender Laborkapazitäten bzw. mangelnder Abstimmung unter den Behörden Proben auf PCB in Futtermitteln wochenlang unterwegs waren und zum Teil neu gezogen werden mußten, und wie beurteilt die Landesregierung die so gewonnenen Untersuchungsergebnisse?
- b) Hält die Landesregierung die an die betroffenen Landwirte in Mühlacker und Gaildorf bezahlten Entschädigungen für die entstandenen Schäden durch PCB-kontaminierte Futtermittel für ausreichend?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Dr. Ohnewald, für die Regierung?

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Ohnewald CDU: Nein, Herr Präsident. Der Herr Staatssekretär Schöttle ist im Haus, und er hört mit. Ich bin sicher, er kommt in den nächsten 2 Minuten.

(Abg. Birzele SPD und Abg. Haag FDP/DVP: Er ist schon da!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Dann erteile ich Herrn Staatssekretär Schöttle das Wort zur Beantwortung der Anfrage des Herrn Abg. Dr. Döring.

(Abg. Birzele SPD zu Abg. Dr. Ohnewald CDU: Sie verfügen über erstaunliche prognostische Fähigkeiten!)

Staatssekretär Schöttle: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung darf ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Dr. Döring wie folgt beantworten:

Zu a: Untersuchungen auf polychlorierte Biphenyle (PCB) werden durchgeführt von der Staatlichen Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Augusten-berg (LUFA) für die Bereiche Boden, Futter, Anstriche und andere Materialien, von der Staatlichen Milchwirtschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalt – Dr.-Oskar-Farny-Institut – Wangen im Allgäu für den Bereich Milch, von den Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsämtern für die Bereiche Fleisch, Blut und Tiermehl sowie von der Landesanstalt für Pflanzenbau in Rheinstetten.

Sämtliche Proben aus den Bereichen Boden, Futter, Anstriche und anderen Materialien werden der LUFA zugeleitet, die ihrerseits, soweit ihre eigene Untersuchungs-kapazität nicht ausreicht, Proben zur Untersuchung an die genannten Anstalten weitergibt.

Bedingt durch die Untersuchung PCB-haltiger Siloanstriche war in den Monaten Dezember 1988 bis Februar 1989 das Labor der LUFA selbst mit PCB kontaminiert. Deshalb konnten Boden- und Futterproben dort einige Zeit nicht mehr untersucht werden, sondern mußten an die anderen Untersuchungsstellen weitergegeben werden. Hierdurch traten Verzögerungen in der Untersuchung ein.

Die Kontaminierung des Labors war auch der Grund, warum drei Futterproben noch einmal gezogen und auch einige andere Proben nachuntersucht werden mußten.

Es besteht deshalb kein Anlaß, die gewonnenen Untersuchungsergebnisse in Frage zu stellen.

Hierzu muß noch bemerkt werden, daß nach Aussagen des Bundesgesundheitsamtes bei PCB-Rückstandsanalysen in Boden- und Futterproben im Mikrogrammbereich mit einem Streubereich von 40 % zu rechnen ist.

Zu b: Bereits am 10. Oktober 1988 hat der Ministerrat Ausgleichsleistungen für die geschädigten Landwirte beschlossen und am 3. April 1989 der Weiterführung der Hilfsmaßnahmen zugestimmt.

Hierbei handelt es sich um freiwillige Leistungen des Landes an betroffene Landwirte zur Vermeidung von Existenzgefährdungen; diese sind höher als in allen anderen Bundesländern.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Ist damit die Anfrage beantwortet?

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Daraus kann ich schließen, daß Sie es in der Höhe für angemessen und ausreichend halten!)

Staatssekretär Schöttle: Die Höhe ist natürlich grenzenlos, wenn man darüber diskutieren kann. Aber irgendwo muß man ja eine Norm finden. Wir haben bei der Schätzung der Werte, die verlorengegangen sind, auch Fachleute eingespannt gehabt.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Vielen Dank. Zu der Anfrage des Abg. Weimer unter Ziffer 3 betreffend Stellung des Ministers für Wissenschaft und Kunst ist mir eine Notiz gegeben worden. - Herr Abg. Weimer, bitte sehr.

Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe zwei sehr präzise Fragen an den Herrn Minister gestellt. Jetzt hat mir vor etwa einer Stunde der Staatssekretär mitgeteilt, er möchte diese beiden Fragen beantworten. Das macht aus meiner und aus unserer Sicht keinen Sinn.

Minister Engler ist in der DDR. Jetzt nehme ich zugunsten des Herrn Ministers an, daß er sich nicht, nachdem er meine beiden Fragen gelesen hat, nach drüben aufgemacht hat, sozusagen vor den Fragen geflüchtet ist, sondern daß er sich bei Gelegenheit den beiden Fragen und natürlich erst recht den Zusatzfragen stellen wird. Deswegen möchte ich darum bitten, heute die beiden Fragen abzusetzen und auf die Tagesordnung der nächsten

(Abg. Teufel CDU: Fragestunde!)

- genau - Fragestunde zu setzen.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Einverstanden. Es ist so beschlossen.

Mündliche Anfrage des Abg. Josef Rebhan CDU - Verkabelung in den Gemeinden

Herr Abg. Rebhan, ich erteile Ihnen das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Rebhan CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Ist der Landesregierung bekannt, daß die Verkabelung des ländlichen Raums hinter den Wünschen der Gemeinden und der Bürger zurückbleibt, weil die Bundespost in vielen Fällen nur zu einer Verkabelung bereit ist, wenn die Gemeinden hierfür Zuschüsse gewähren oder die an einem Anschluß interessierten Haushalte bereit sind, unverhältnismäßig hohe Anschlußgebühren zu bezahlen?

b) Ist die Landesregierung bereit, auf die Bundespost einzuwirken, um eine Verkabelung auch in ländlichen Gemeinden zu gleichen Bedingungen wie in den Ballungsräumen zu erreichen?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage des Abg. Rebhan erteile ich Herrn Staatssekretär Maurer.

Staatssekretär Alfons Maurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregie-

rung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Rebhan wie folgt:

Zu a: Die Bundespost betreibt den Ausbau der Breitbandverteilnetze rentabilitätsorientiert. Sie folgt damit unter anderem den Vorgaben des Bundesrechnungshofs. Die Investitionsvorgaben der Post sehen durchschnittliche Pauschalangaben von 700 DM je anschließbarer Wohneinheit vor. Dabei ist bereits eine unterschiedliche Bevölkerungsdichte berücksichtigt. Durch den verstärkten und weniger kostenaufwendigen Ausbau dichtbesiedelter Bereiche besteht die Möglichkeit, zum Ausgleich auch weniger dicht bebaute Bereiche auszubauen.

Die Bundespost ist zudem bereit, den besonderen Anschlußwünschen von Gemeinden oder privaten Interessengemeinschaften ohne Vorliegen der Investitionsvorgaben Rechnung zu tragen, wenn von diesen eine ausreichend hohe Anschlußdichte garantiert wird oder Kostenbeiträge geleistet werden. Übrigens ist der Landesregierung dieser Sachverhalt bekannt.

Zu b: Der Ausbauplanung der Bundespost liegen einheitliche Investitionsvorgaben und -bedingungen für den ländlichen Raum und für die Verdichtungsräume zugrunde. Tatsächlich lassen die Kostenvorgaben eine Verkabelung in locker besiedelten Gebieten aber oft nur dann zu, wenn entsprechende Kostenbeiträge von dritter Seite geleistet werden. Die Landesregierung hat sich deshalb mehrfach und intensiv darum bemüht, bei der Bundespost eine Verbesserung der Ausbauprogramme und -praktiken zu erreichen. Die Post ist aber im Hinblick auf die Rentabilitätsanforderungen nicht bereit, von der genannten Investitionsvorgabe abzugehen. Die Landesregierung wird sich selbstverständlich weiterhin in Einzelfällen in die Verhandlungen mit der Post einschalten, wenn es darum geht, einer Benachteiligung des ländlichen Raumes entgegenzuwirken.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Vielen Dank. - Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Brinkmann.

Abg. Brinkmann SPD: Herr Staatssekretär, würde es der Landesregierung nicht besser anstehen, anstelle dieses Einsatzes für eine stärkere Verkabelung diese Bemühungen im Hinblick auf die sozialen und psychologischen Auswirkungen eines verstärkten Fernsehangebotes einzustellen und sich in noch stärkerem Maße für die Förderung des Vereinslebens im ländlichen Raum einzusetzen?

(Abg. Göbel CDU: Völlig realitätsfern!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Staatssekretär, bitte sehr.

Staatssekretär Alfons Maurer: Herr Kollege, das eine schließt das andere nicht aus. Ich meine auch, die Bürger sind im wesentlichen mündige Menschen,

(Abg. Leicht CDU: Die sind alt genug!)

die entscheiden können, welche Programme sie ansehen und welche nicht.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Ohnewald.

Abg. Dr. Ohnewald CDU: Herr Staatssekretär, in den Fällen, in denen die Bundespost die Verkabelung nicht durchführt, gibt es die Möglichkeit, Antennenschüsseln aufzustellen. Halten Sie es für gerechtfertigt, daß die Bundespost, wenn sie nicht verkabelt, trotzdem von denen, die Antennenschüsseln anschaffen, 5 DM monatlich an Gebühren kassiert?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Staatssekretär, bitte sehr.

Staatssekretär Alfons Maurer: Sie haben natürlich einen normalen Empfang. Es ist aber sicherlich so, daß für den Rest - und das wohl überwiegend im ländlichen Raum - eine Vermehrung der Programme nur über private Satellitenempfangsanlagen erreicht werden kann. Aber eine Grundentschädigung ist auch dort wahrscheinlich richtig, weil die Grunddienstleistung ja bei der Post vorhanden ist und nicht alle Programme ausschließlich über die privaten Anschlüsse empfangen werden können.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Herr Staatssekretär, wenn ich das Gesicht des Fragestellers, des Kollegen Rebhan, richtig interpretiere, fürchte ich, daß er sehr unbefriedigt ist von Ihrer Antwort. Ich meine, er hat von Ihnen auch nichts Neues gehört. Ich sage das deshalb, weil dieses Thema den Landtag bereits mehrfach beschäftigt hat. Deshalb meine Frage: Was haben Sie zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Antrag des Abg. Ströbele unternommen, der mindestens schon drei Jahre alt ist? Was haben Sie in der Zwischenzeit gegenüber Bonn getan, gegenüber dem, was Sie vorhin ausgeführt haben? Sie wollten sich bemühen, sich einsetzen. Was haben Sie konkret im einzelnen getan, um dem damaligen einstimmigen Beschluß des Innenausschusses und auch des Plenums Rechnung zu tragen?

Zweitens: Welche Partei stellt denn überhaupt den Bundespostminister?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Staatssekretär, bitte sehr.

Staatssekretär Alfons Maurer: Ich glaube, um die Gesichtszüge des Kollegen Rebhan müssen Sie sich keine Sorgen machen.

(Abg. Birzele SPD: Jetzt lacht er wieder, nachdem der Kollege Weimer gefragt hat!)

Im übrigen haben wir in der Beantwortung des Antrags der Kollegen Remppel u. a., Drucksache 9/4183, zu diesen Fragen ausführlich Stellung genommen.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Rebhan.

Abg. Rebhan CDU: Herr Staatssekretär, haben Sie mich richtig verstanden, daß ich nicht einem vermehrten Fern-

sehkonsum das Wort reden wollte, sondern nur den Bewohnern im ländlichen Raum auch die Chance beschaffen möchte, eine bessere Auswahl aus den Programmen vornehmen zu können?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Alfons Maurer: Herr Kollege Rebhan, ich habe Sie richtig verstanden. - Ich glaube, das ist auch unser gemeinsames Interesse. Wir wollen ja keine Bevormundung der Bevölkerung.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Vielen Dank, dann ist diese Anfrage erledigt.

Ich rufe auf die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Döring FDP/DVP - „Chemische Zeitbombe“ auf Crailsheimer Deponie

Herr Abg. Dr. Döring, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Treffen Pressemeldungen des „Hohenloher Tagblatts“ vom 23. Mai 1989 zu, und welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung vor, daß in der früheren Mülldeponie der Stadt Crailsheim in der Teufelsklinge bei Beuerlbach 1976 die US-Streitkräfte mehrere Lkw-Ladungen Chemikalien abgeladen haben sollen?
- b) Wie und auf welche konkrete Weise ist die Landesregierung zu einer schnellstmöglichen Bereinigung der Angelegenheit bereit?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Baumhauer.

Staatssekretär Baumhauer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Döring wie folgt:

Das Umweltministerium ist zur Zeit dabei, den Sachverhalt zu prüfen. Es liegen derzeit folgende Erkenntnisse vor.

Erstens: Die frühere Mülldeponie der Stadt Crailsheim wurde als Übergangsdeponie von der Stadt Crailsheim bis 1976 betrieben, anschließend als Erddeponie bis 1983/1984.

Zweitens: Das Wasser aus der Deponie wurde regelmäßig untersucht. Erkenntnisse, die auf den angefragten Sachverhalt hindeuten könnten, wurden dabei nicht gewonnen.

Drittens: Der Sachverhalt wird derzeit durch das Landratsamt Schwäbisch Hall unter Hinzuziehung der amerikanischen Stellen sowie des Wirtschaftskontrolldienstes und der Kriminalpolizei ermittelt. Die fachliche Beurteilung der mutmaßlichen Inhaltsstoffe erfolgt parallel hierzu durch das Wasserwirtschaftsamt, unterstützt durch die Landes-

(Staatssekretär Baumhauer)

stalt für Umweltschutz. Sofern erforderlich, werden die notwendigen technischen Maßnahmen ergriffen.

Zur Frage b der Mündlichen Anfrage des Abg. Dr. Döring: Sollte sich der in der Presse behauptete Verdacht bestätigen und sollten Sanierungsmaßnahmen erforderlich werden, sind diese von der unteren Wasserbehörde anzuordnen. Die Kosten wären gegebenenfalls vom Verursacher bzw. von der ehemaligen Betreiberin der Deponie zu tragen.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Keine Zusatzfragen.

Dann rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 6 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Kurt Vollmer FDP/DVP - „Lange Polizei-Leitung“ von Baden ins Elsaß

Herr Abg. Vollmer, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Vollmer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Treffen Pressemeldungen zu, wonach es gegenwärtig oft ein bis zwei Monate dauert, bis Polizeibeamte diesseits und jenseits der französischen Grenze gegenseitig Rechts- und Amtshilfe in Anspruch nehmen können?
- b) Was hat die Landesregierung in all den Jahren getan, um in diesem Bereich Verbesserungen zu erreichen, zum Beispiel durch einen direkten „heißen Draht“?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort zur Beantwortung erteile ich Herrn Staatssekretär Maurer.

Staatssekretär Alfons Maurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Vollmer wie folgt:

Zu a: Es ist möglich, daß die Erledigung von Rechtshilfeersuchen, in denen der nach dem europäischen Rechtshilfeübereinkommen von 1959 vorgesehene Geschäftsweg über die dafür zuständigen Justizbehörden eingehalten wird, etwa ein bis zwei Monate dauern kann. In dringenden Fällen war und ist es aber stets gelungen, im Grenzgebiet binnen Stunden die Einreise von Polizeibeamten zur Durchführung von Rechtshilfehandlungen zu ermöglichen. Die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzgebiet außerhalb der Rechtshilfe für den Informations- und Nachrichtenaustausch über unaufschiebbare Maßnahmen der Gefahrenabwehr auf der Basis des deutsch-französischen Abkommens von 1977 ist nach den bisherigen Erfahrungen problemlos.

Zu b: Im Bereich der Rechtshilfe bemüht sich die Landesregierung seit längerem in Übereinstimmung mit der Bundesregierung um Vereinfachungen. Dieses ist teilweise unter Abweichung von zwischenstaatlichen Regelungen auch gelungen. Entscheidendes Ziel der Vertreter der Landesregierung in den nationalen Arbeitsgruppen, die sich mit einem Zusatzabkommen zum Schengener Übereinkommen zu befassen haben, ist eine weitgehende Vereinfachung der

Rechtshilfe und der polizeilichen Zusammenarbeit nach dem Wegfall der Grenzkontrollen im Verhältnis zu den Vertragsstaaten.

Im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit tragen die jährlichen Plenarversammlungen der deutschen und französischen Dienststellen im Grenzbereich durch gegenseitiges Kennenlernen der verantwortlichen Personen und durch die Erörterung der Probleme dazu bei, das Verhältnis zu verbessern.

Bei alledem darf nicht vergessen werden, daß unterschiedliche Rechtsordnungen und Zuständigkeiten zwangsläufige Auswirkungen auf die Zusammenarbeit haben. Wir haben natürlich in Frankreich ein sehr zentralistisches System, und deswegen sind auch dort die Rechtswege etwas anders.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Zusatzfrage, Herr Abg. Vollmer.

Abg. Vollmer FDP/DVP: Herr Staatssekretär, zunächst besten Dank für die ausführliche Beantwortung. Das sieht ja nun doch etwas anders aus. Deshalb meine einzige Zusatzfrage: Sind Sie in der Lage, den südbadischen Europaabgeordneten der CDU, Karl von Wogau, über den Sachverhalt zu unterrichten? Denn er hat in der Presse anderes erklärt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Alfons Maurer: Ich werde gerne dem südbadischen Europaabgeordneten von Wogau die Unterlagen zur Verfügung stellen, die wir in der heutigen Fragestunde vorliegen haben.

(Abg. Vollmer FDP/DVP: Danke schön, Herr Staatssekretär!)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Vielen Dank. Dann ist diese Anfrage beantwortet.

Als letztes rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 7 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP - Hamsterkäufe bei Atrazin und Anwendungsverbot

Herr Abg. Haag, ich erteile Ihnen das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Haag FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte noch anwesende Damen, meine Herren Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- a) Treffen Meldungen zu, daß es aufgrund des Handelsverbots von Herbiziden mit dem Wirkstoff Atrazin ab Oktober 1990 derzeit zu einer verstärkten Nachfrage (Hamsterkäufe) durch Landwirte bei Landhandelsfirmen kommt?

(Haag)

b) Ist die Landesregierung gegebenenfalls bei Zutreffen der obigen Vermutungen bereit, über das Handelsverbot hinausgehend ein generelles Anwendungsverbot von atrazinhaltigen Herbiziden ab Oktober 1990 zu fordern?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Schöttle das Wort.

Staatssekretär Schöttle: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Haag wie folgt:

Zu a: Nach Rücksprache mit Genossenschaften und Landhandel konnte dort keine verstärkte Nachfrage nach Atrazin festgestellt werden. Es gibt somit keine Hinweise, daß aufgrund der bevorstehenden Beendigung der Zulassung des Wirkstoffes Atrazin Hamsterkäufe durch Landwirte vorgenommen werden.

Zu b: Für einen verstärkten Verkauf von atrazinhaltigen Pflanzenschutzmitteln liegen keine Anhaltspunkte vor. Gleichwohl hat die Landesregierung wiederholt ein allgemeines Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Atrazin auf Bundesebene gefordert.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Haag. Bitte sehr.

Abg. Haag FDP/DVP: Herr Staatssekretär, darf ich Sie noch fragen: In welchem Umfang wirkt sich das Anwendungsverbot auf die Produktionskosten aus, und hält die Landesregierung die derzeitige Entschädigung in Wasserschutzgebieten diesbezüglich für angemessen?

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Schöttle: Zunächst einmal liegt ein Schreiben unseres Ministers an die Bundesregierung vor mit der Bitte um ein Gesamtverbot des Atrazins und, was wichtig ist, auch des Nachfolgemittels, das im Augenblick noch verlangt wird, des Terbutylazins. Das ist zunächst einmal eine Preisfrage. Sie wissen selber – ich bestätige Ihnen diese Frage –, daß die Mehrkosten bei 50 bis 60 DM pro Hektar liegen. In Wasserschutzgebieten ist schon damals abzusehen gewesen, daß mit diesen 310 DM, die man damals festgelegt und errechnet hat, auch diese Mehrkosten aufgewogen werden sollen oder können.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Haag, eine zweite Zusatzfrage.

Abg. Haag FDP/DVP: Herr Staatssekretär, darf ich Sie noch fragen: Welche Ersatzprodukte, außer denen, die Sie gerade genannt haben, empfiehlt die Landesregierung, um zum Beispiel die Erträge im Maisanbau für unsere heimische Landwirtschaft nach wie vor zu sichern?

(Zuruf des Abg. Weinmann SPD)

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Schöttle: Es ist ja so, daß wir hier keine Empfehlungen ausgeben, sondern daß wir dort, wo wir zuständig sind, in benachteiligten Gebieten und in Wasser-

schutzgebieten das Atrazin verboten haben. Also hier ist der Fall klar. Wir haben bisher keine Empfehlung ausgegeben. Der Käufer, der fachkundig ist, hat bisher auf Terbutylazin zurückgegriffen. Aber hier sehen wir ab dem nächsten Jahr große Gefahren, weil dieser Stoff schon im Grundwasser, zumindest im alten Gemeindebrunnen in Weissach bei Böblingen, gefunden wurde. Weitere Ersätze, die dieses Atrazin von der Qualität und vom Preis her aufwiegen könnten, sind zwar vorhanden, werden aber immer problematischer.

Stellv. Präsident Dr. Hopmeier: Vielen Dank. Damit ist auch diese Anfrage beantwortet.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung abgeschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 8 und 9 sind abgesetzt.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg zur Änderung des Staatsvertrags vom 5. Mai 1978 zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung – Drucksache 10/1380

Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 10/1610

Berichterstatter: Abg. Dr. Repnik

Der Herr Berichterstatter wünscht das Wort nicht. Sonst wird das Wort ebenfalls nicht gewünscht.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Einzelabstimmung. Meine Damen und Herren, der Sozialausschuß empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 10/1380, unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

– Zustimmung.

§ 2

– Zustimmung.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 1. Juni 1989 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg zur Änderung des Staatsvertrags vom 5. Mai 1978 zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten

(Stellv. Präsident Dr. Hopmeier)

und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung". – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schl u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke sehr. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 10/1561, 10/1562, 10/1574, 10/1613

Die Petition unter der Nummer 17 der Drucksache 10/1613 soll an den Petitionsausschuß zurücküberwiesen werden. Wird sonst das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß die Petition unter der Nummer 17 der Drucksache 10/1613 an den Petitionsausschuß zurücküberwiesen ist und daß das Haus den übrigen Beschlußempfehlungen des Petitionsausschusses zustimmt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 10/1536

Hier sollen die Nummern 2 und 23 heute abgesetzt werden. – Sie stimmen dem zu. Im übrigen stelle ich die Zustimmung des Hauses zu den Beschlußempfehlungen der Fachausschüsse fest. Zugrunde gelegt wird dasselbe Abstimmungsverhalten wie in den Ausschüssen.

Punkt 12 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Februar 1989 – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühr und zur Änderung des Staatsvertrages über einen Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten vom 27. Juni 1983; hier: Berichte der Landesrundfunkanstalten über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 1987 bis 1990 – Drucksachen 10/1243, 10/1428

Berichterstatter: Abg. Dr. Karl Lang

Der Herr Berichterstatter wünscht das Wort nicht. Auch sonst wird das Wort nicht gewünscht. – Ich stelle die Zustimmung des Hauses zu der Beschlußempfehlung des Ständigen Ausschusses fest.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Februar 1989

– **Anmeldung des Landes zum 18. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für die Jahre 1989 bis 1993 – Drucksachen 10/1234, 10/1596**

Berichterstatter: Abg. Vollmer

Herr Abg. Vollmer, da Sie anwesend sind, muß ich Sie fragen, ob Sie als Berichterstatter das Wort wünschen.

(Abg. Vollmer FDP/DVP: Nein, Herr Präsident!)

– Danke. – Das Wort wird auch sonst nicht gewünscht. – Ich stelle die Zustimmung des Hauses zu der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses fest.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 17. März 1989 – Anmeldungen des Landes zum 19. Rahmenplan (HBF) nach dem Hochschulbauförderungsgesetz – Drucksachen 10/1387, 10/1597

Berichterstatter: Abg. Meyer

Der Herr Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

(Zuruf: Er ist nicht da! – Abg. Mogg SPD: Er ist nicht da!)

Auch sonst wird das Wort nicht gewünscht. – Dann stelle ich die Zustimmung des Hauses zu der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses fest.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu

a) der Mitteilung der Landesregierung vom 16. März 1989 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“; hier: Änderung der Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 1989

b) der Mitteilung der Landesregierung vom 16. März 1989 – Anmeldung des Landes zum 18. Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für die Jahre 1990 bis 1993

Drucksachen 10/1368, 10/1379, 10/1598

Berichterstatter: Abg. Weber

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht. Das Wort wird auch sonst nicht gewünscht. – Dann stelle ich die Zustimmung des Hauses zu der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses fest.

Punkt 16 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Punkt 17 der Tagesordnung wurde abgesetzt.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

(Stellv. Präsident Dr. Hopmeier)

Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie vom 20. Januar 1989 – Energiebericht 1987/88 – Drucksache 10/1276

Berichterstatter: Abg. Tölg

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht. Auch sonst wird das Wort nicht gewünscht. – Ich stelle deshalb die Zustimmung des Hauses zu der Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses fest.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 10/1554, 10/1555, 10/1560

Die auf der Tagesordnung stehenden Kleinen Anfragen wurden in der Zwischenzeit schriftlich beantwortet.

Punkt 19 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Abg. Haasis CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die beiden nächsten Plenarsitzungen finden am 28. und 29. Juni 1989 statt. Die Tagesordnungen werden vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugesandt werden.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluß: 19.12 Uhr